

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

9. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIV. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 9. Dezember 1975

Tagesordnung

1. Grüner Plan 1976, Grüner Bericht 1974
 2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976
- Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Inhalt

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 574)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-3): Grüner Plan 1976, Grüner Bericht 1974 (42 d. B.)
 - (2) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 (50 d. B.)
- Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Berichterstatter: Križ (S. 574)

Redner: Dr. Lanner (S. 578 und S. 670), Pfeifer (S. 583), Meißl (S. 587), Egg (S. 595), Deutschmann (S. 599), Maderthaner (S. 602), Dipl.-Ing. Dr. Hanreich (S. 605), Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs (S. 608 und S. 652), Helga Wieser (S. 612), Maier (S. 616), Frodl (S. 618), Dr. Stix (S. 621), Dkfm. Gorton (S. 625), Stögner (S. 628), Huber (S. 631), Breiteneder (S. 634), Brunner (S. 635), Hietl (S. 637), Steiner (S. 640), Rempelbauer (S. 642), Dr.

Halder (S. 646), Brandstätter (S. 647), Hagpiel (S. 650), Ing. Schmitzer (S. 654), Ing. Url (S. 656), Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth (S. 659), Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden (S. 662), Lafer (S. 665) und Dipl.-Ing. Riegler (S. 668)

Entschließungsanträge der Abgeordneten

- a) Meißl und Genossen betreffend Kreditaktion für jungverheiratete Bäuerinnen (S. 594)
- b) Deutschmann und Genossen betreffend Kalkulationsmodelle für preisgeregelte Agrarprodukte (S. 601)
- c) Helga Wieser und Genossen betreffend Verbesserung der Agrarinvestitionskredite der ländlichen Hauswirtschaft (S. 614)

Ablehnung der drei Entschließungsanträge (S. 671)

Kenntnisnahme des Grünen Planes 1976 und des Grünen Berichtes 1974 (S. 671)

Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 671)

Eingebracht wurden

Bericht

über die österreichische Auslandskulturarbeit 1974, BM f. Auswärtige Angelegenheiten (III-12) (S. 574)

Anfragen der Abgeordneten

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Direktzug Wien-Krems (30/J)

Dr. Pelikan, Dr. Kaufmann, Ing. Letmaier und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend die Situation der Kleinhandelsbetriebe (31/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Minkowitsch, Dritter Präsident Probst.

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2 und Zu 2 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 samt Anlagen (50 der Beilagen)

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 7. Sitzung vom 4. Dezember 1975 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegen und unbeanstandet geblieben.

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VIII

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies:

Grüner Plan 1976 und

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 samt Anlagen.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Kriz. Ich ersuche ihn um seine beiden Berichte.

Spezialberichterstatter Kriz: Herr Präsident! Hohes Haus! Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes.

Gemäß den Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes vom 13. Juli 1960, BGBl. Nr. 155, in der geltenden Fassung, hat die Bundesregierung am 4. November 1975 dem Nationalrat einen „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im Kalenderjahr 1974“ (Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes – Grüner Plan 1976) vorgelegt. Dieser Bericht wurde vom Nationalrat am 4. November dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen.

Der Bericht der Bundesregierung ist von den Feststellungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes und den sich daraus ergebenden Notwendigkeiten ausgegangen. Aus den Feststellungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind die Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft, die Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft im Jahr 1974 sowie ein Überblick über die Verwendung der Mittel des Grünen Planes

Zuweisungen

Präsident: Den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag

8/A der Abgeordneten Blecha, Steinbauer, Dr. Broesigke und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik geändert wird, weise ich

dem Verfassungsausschuß zu.

Den eingelangten Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die österreichische Auslandskulturarbeit 1974 (III-12 der Beilagen) weise ich

dem Außenpolitischen Ausschuß zu.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Vereinbarungsgemäß wird die Debatte über die beiden Gegenstände der heutigen Tagesordnung zusammengefaßt werden.

Es wird daher zuerst der Berichterstatter seine zwei Berichte geben, sodann wird die Debatte über beide Punkte gemeinsam durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich – wie immer in solchen Fällen – getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? – Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-3 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 (Grüner Plan 1976), samt Beilage (Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1974) (42 der Beilagen)

Kriz

1974 hervorzuheben. Besondere Abschnitte sind den Änderungen der Agrarstruktur sowie den Empfehlungen für Förderungsschwerpunkte der Kommission gemäß § 7 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes gewidmet.

Wie der Grüne Bericht 1974 zeigt, ist der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Nationalprodukt und jener zum Volks einkommen im Vergleich zu 1973 um 6,5 beziehungsweise 3 Prozent gestiegen. Der Beitrag zum Brutto-Nationalprodukt (33,2 Milliarden Schilling) erreichte ebenso wie die Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft (47,70 Milliarden Schilling) eine neue Höchstmarke. Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen nahm weniger stark ab als in den letzten Jahren, nämlich um 13.300. Die Arbeitsproduktivität stieg um 6,2 Prozent. Die Preise für Betriebsmittel und Investitionsgüter sind 1974 rascher als die Preise auf der Einnahmenseite der Betriebe gestiegen.

Bei den buchführenden Testbetrieben, die den Kern der Landwirtschaft, nämlich die Voll- und Zuerwerbsbetriebe, repräsentieren, erfuhr der Rohertrag und der Aufwand (einschließlich des Lohnansatzes für die mitarbeitenden Familienmitglieder) im Mittel der Betriebe eine Steigerung um jeweils 9 Prozent. Die Einkommenserhöhungen waren in den ackerbaubetonten Produktionslagen besser als in den Grünlandgebieten. Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft und das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft verzeichneten im Bundesdurchschnitt einen Zuwachs um 12 beziehungsweise 13 Prozent auf 57.391 beziehungsweise 50.262 S. Hierbei ist das Betriebseinkommen und das landwirtschaftliche Einkommen im Durchschnitt aller Hauptproduktionslagen mit Ausnahme im Hochalpengebiet, in dem ein Rückgang festzuhalten war, gestiegen. Durch diese unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Produktionsgebieten beziehungsweise Betriebsgruppen hat sich die Disparität der landwirtschaftlichen Erwerbseinkommen innerhalb des Agrarsektors verschärft. Das Gesamteinkommen je Familie erreichte im Bundesdurchschnitt 145.012 S (+ 11 Prozent). Der Lebensstandard der bäuerlichen Familien konnte im Durchschnitt verbessert werden, was in dem um 11 Prozent auf 97.640 S erhöhten Verbrauch der Besitzerfamilien seinen Ausdruck findet.

Die wirtschaftliche Situation der Bergbauern betriebe war vor allem durch die schwierige Lage auf dem Viehsektor geprägt. Ihre Einkommensentwicklung ist im Vergleich zum Durchschnitt der Einkommensverbesserungen der Vollerwerbsbetriebe zurückgeblieben.

In den Weinbauspezialbetrieben waren

infolge der geringen Ernte Einkommensrück schläge zu verzeichnen. Das Einkommen der Testbetriebe des Gartenbaus zeigte im Vergleich zu 1973 eine günstige Entwicklung.

In den land- und forstwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben weist sowohl das Betriebsein kommen als auch das landwirtschaftliche Ein kommen ein niedriges Niveau auf; auch das Gesamteinkommen war etwas niedriger als das der Vollerwerbsbetriebe.

Im Gesamten weist das Jahr 1974 eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft auf.

Eine weitere Verbesserung des Einkommens wird insbesondere durch strukturelle Änderungen, Modernisierung der Betriebe, Hebung der Qualität der Produkte und Verbesserung der Vermarktung erwartet werden können. Die Maßnahmen des Grünen Planes werden auch in Hinkunft auf die Verbesserung der Infra-, Produktions-, Betriebs- und Marktstruktur zu richten sein. Immer mehr gewinnen aber neben diesen Maßnahmen solche zur Sicherung der Umweltbedingungen beziehungsweise Pflege der Kulturlandschaft vor allem im Rahmen der Bergbauernförderung an Bedeutung.

Im Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes wird deshalb vorgeschlagen, für die Maßnahmen des Grünen Planes im Jahr 1976 Bundesmittel in der Höhe von 1383,6 Millionen Schilling einzusetzen, hievon 417,1 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm. Weiters sind für den Grünen Plan aus dem Titel der Stabilisierungsquote und dem Konjunkturbelebungsprogramm Beträge von 150,5 beziehungsweise 62,806 Millionen Schilling vorgesehen. Im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1976 sind 417,1 Millionen Schilling im Ansatz 1/602 sowie 966,5 Millionen Schilling im Ansatz 1/603 im Normalvoranschlag und 120 Millionen Schilling beim Ansatz 1/602 sowie 93,306 Millionen Schilling beim Ansatz 1/603 im Konjunkturaus gleich-Voranschlag veranschlagt.

Bezüglich der Aufteilung der Mittel auf die Schwerpunktmaßnahmen und die einzelnen Förderungssparten wird auf den Bericht der Bundesregierung hingewiesen. Hervorzuheben ist, daß die Zinsenzuschüsse die Vergabe eines zinsverbilligten Kreditvolumens von 1,8 Milliarden Schilling ermöglichen werden.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960, (Grüner Plan 1976), samt Beilage (Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1974) (III-3 der Beilagen), zur Kenntnis nehmen.

Kritz**Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft**

Im Bundesvoranschlag 1976 sind für die Land- und Forstwirtschaft 3458,421 Millionen Schilling veranschlagt.

Dieser Ausgabenkredit gliedert sich in:

565,912 Millionen Schilling für den Personalaufwand,

619,020 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums (Titel 600), der nachgeordneten Dienststellen (Titel 605, 606 und 609) sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens (Titel 607).

44,223 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft (Titel 601),

417,100 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm (Titel 602),

966,500 Millionen Schilling für den Grünen Plan (Titel 603),

40,000 Millionen Schilling für den Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds (Titel 604),

805,666 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaus und der Lawinenverbauung im gesamtvolkswirtschaftlichen Interesse (Titel 608).

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erläutert.

Im Titel 600 mit einem Kredit von 236,2 Millionen Schilling ist neben dem Aufwand für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft selbst und den Beiträgen Österreichs zu internationalen Organisationen ein Betrag von 18,1 Millionen Schilling als Beitrag zum FAO-Welternährungsprogramm vorgesehen.

Unter dem Titel 601 mit einem Kredit von 44,223 Millionen Schilling ist insbesondere für das landwirtschaftliche Beratungs- und Bildungswesen sowie für sozial- und kreditpolitische Maßnahmen vorgesorgt.

Für die Durchführung des Bergbauern-Sonderprogramms sind unter dem Titel 602 417,1 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel sollen dazu dienen, in den Berggebieten und den übrigen entsiedlungsgefährdeten Gebieten wirtschaftlich gesunde und gesellschaftlich und kulturell lebendige Räume zu erhalten.

Für den Grünen Plan (Titel 603), dem wichtigsten Investitionsinstrument der Land- und Forstwirtschaft, sind 966,5 Millionen Schilling präliminiert, die den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960, in der geltenden Fassung zu dienen haben.

Unter dem Titel 604 sind Zuschüsse an den

Weinwirtschaftsfonds in der Höhe von 40 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Bestreitung des Personal- und Sachaufwandes der Lehr- und Versuchsanstalten, der den Lehranstalten angeschlossenen Internate, der forstlichen Ausbildungsstätten, der sonstigen nachgeordneten Dienststellen sowie für den Ersatz der Besoldungskosten für die Landeslehrer an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen gemäß FAG 1973 sind unter den Titeln 605, 606, 607 und 609 insgesamt 899,6 Millionen Schilling veranschlagt.

Unter dem Titel 608 sind die Kredite für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung im gesamtvolkswirtschaftlichen Interesse in der Höhe von 854,8 Millionen Schilling präliminiert. In dem Kredit von 854,8 Millionen Schilling sind auch die Beiträge Österreichs zur Erfüllung der internationalen wasserwirtschaftlichen Vereinbarungen und der Personal- und Sachaufwand für die einzelnen Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten.

Von den unter Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 1032,4 Millionen Schilling entfallen 634,5 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel. Die übrigen Einnahmen ergeben sich vor allem aus den Interessentenbeiträgen zu Maßnahmen an Bundesflüssen und Mietgebühren im Rahmen der Bauhofgebarung, aus dem Verkauf von Anstaltszeugnissen und der Einhebung von Gebühren bei der Qualitätskontrolle.

Darüber hinaus sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag bei Kapitel 60 in der Stabilisierungsquote 250 Millionen Schilling und im Konjunkturbelebungsprogramm 142,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 62: Preisausgleiche

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1976 sind für Preisausgleiche 2791,480 Millionen Schilling veranschlagt, denen 488,247 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen.

Die Ausgabenkredite verteilen sich wie folgt:

403,239 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich (Titel 620)

2043,939 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich (Titel 621),

130,002 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten (Titel 622),

43,900 Millionen Schilling für den Zuckerpreisausgleich (Titel 623),

Kriz

90,400 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich (Titel 625),

80,000 Millionen Schilling für den Düngemittelpreisausgleich (Titel 626).

Unter dem Titel 620 „Brotgetreideausgleich“ ist für die Auszahlung der Brotgetreidepreisstützung sowie für Qualitätsprämien, Lagerungs- und Verwertungsmaßnahmen vorgesorgt.

Unter dem Titel 621 „Milchpreisausgleich“ ist stützungsmäßig für die ordnungsgemäße Inlandversorgung mit Milch und Erzeugnissen aus Milch vorgesorgt.

Unter dem Titel 622 „Preisausgleiche bei Schlachttieren und tierischen Produkten“ sind Mittel zur Durchführung von Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Sektor Zucht- und Schlachtvieh sowie Fleisch zur Aufrechterhaltung einer gleichmäßigen Versorgung sowie zum Ausgleich saisonbedingter Schwankungen durch Interventionskäufe und Einlagerungen veranschlagt. Die Bedeckung für diese Ausgaben erfolgt durch korrespondierende Einnahmen aus dem Importausgleich gemäß Marktordnungsgesetz sowie BGBl. Nr. 135/1969.

Der für den „Zuckerpreisausgleich“ unter dem Titel 623 vorgesehene Betrag wird durch zweckgebundene Einnahmen aus der gesetzlichen Preisregelung für Zucker gedeckt.

Unter dem Titel 625 „Futtermittelpreisausgleich“ sind im Interesse einer Stabilisierung des Futtergetreidemarktes Bundesmittel zur Durchführung von marktentlastenden Maßnahmen vorgesehen. Weiters wird zur Erreichung eines bundeseinheitlichen Preises für Futtergetreide ein Frachtkostenausgleich durchgeführt.

Der unter dem Titel 626 „Düngemittelpreisausgleich“ in der gleichen Höhe wie im Vorjahr präliminierte Jahreskredit dient durch die Gewährung eines Transportkostenzuschusses zur Sicherstellung eines einheitlichen Verbraucherpreises für den importierten Kunstdünger im gesamten Bundesgebiet.

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Im Voranschlag 1976 des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ sind die mit der Bewirtschaftung des 831.334 Hektar großen Bundesforstbesitzes (hievon 489.141 Hektar Wald) verbundenen Ausgaben und die dabei erzielbaren Einnahmen insbesondere aus der Nutzung von rund 1.819.000 Festmeter Holz, vorgesehen. Veranschlagten Betriebsausgaben von 1301 Millionen Schilling stehen Betriebeinnahmen von 1165 Millionen Schilling gegenüber, was einen Betriebsabgang von 136 Millionen Schilling erwarten lässt.

Die Ursachen für die Veranschlagung eines Abganges liegen einerseits in dem starken Rückgang der Preise für Roh- und Schnittholz und andererseits im stetigen Ansteigen der Personal- und Sachausgaben.

Im einzelnen entfallen von den für 1976 vorgesehenen Betriebsausgaben 845 Millionen Schilling auf den Personalaufwand (hievon 764 Millionen Schilling auf den Aktivitätsaufwand und 81 Millionen Schilling auf den Pensionsaufwand). Der Personalaufwand ist damit um 114 Millionen Schilling höher veranschlagt als 1975. Der Sachaufwand ist mit 456 Millionen Schilling präliminiert und liegt um 49 Millionen Schilling über dem Voranschlag des Jahres 1975.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag ist mit 50 Millionen Schilling dotiert. Diese Mittel sind für betriebsnotwendige Investitionen bestimmt.

Im Rahmen der Einnahmen entfallen 1015 Millionen Schilling auf Erlöse aus dem Holzverkauf und 150 Millionen Schilling auf sonstige Einnahmen.

Bei Betrachtung des Voranschlages der Österreichischen Bundesforste ist noch zu beachten, daß die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung dieses Wirtschaftskörpers im Betrage von mehr als 60 Millionen Schilling zu tragen haben und im Rahmen der Einforstungsrechte zu Abgaben im Werte von rund 90 Millionen Schilling verpflichtet sind. Auch ist zu berücksichtigen, daß den Österreichischen Bundesforsten beträchtliche Kosten aus der im öffentlichen Interesse gelegenen Betreuung von Waldflächen erwachsen, die keinen Ertrag abwerfen. Auf die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungsfunktionen des Waldes wird besonders Bedacht genommen.

Bei der Bewirtschaftung des Bundesforstbesitzes wird auf die Wahrung des Landschaftsbildes Rücksicht genommen. Daraus ergeben sich allerdings oft Kostensteigerungen und Erlöseinbußen, welche den Betriebserfolg beeinflussen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft,
dem Kapitel 62: Preisausgleiche und
dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste
samt den zu den Kapiteln 60 und 77 dazugehörigen Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1976 wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, Herr Präsident, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Lanner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meiner Rede zum Kapitel Landwirtschaft vor allem mit der grundsätzlichen Art, wie Sie, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, heute Agrarpolitik machen, auseinandersetzen. Ich glaube, daß wir darüber einfach einmal reden müssen, weil es so nicht weitergehen kann. Ich möchte das begründen.

Wenn man heute mit dem Mann von der Straße spricht, wenn man ihn fragt, was ist denn dein Eindruck von dieser Agrarpolitik, dann kommt eines immer wieder zum Ausdruck: die Sachpolitik ist in den Hintergrund getreten. Ich glaube, das ist nicht gut. Statt dessen wirft man einander Wahlanalysen vor, statt dessen werden die Kammern angegriffen, statt dessen stellt man Pauschalverdächtigungen in den Raum, schürt das Mißtrauen zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen Stadt und Land und versucht, die Bauern gegen die gewählten Vertreter auszuspielen.

Zusammenfassend: Statt eines fruchtbaren Klimas, das die Voraussetzung für konstruktive Arbeit ist, wird das Feuer auf der ganzen Agrarfront eröffnet. Ich frage, wem nützt das? Wessen Vorteil soll das sein? Glauben Sie, daß Sie damit bei den Bauern besser ankommen? Ich glaube es nicht. Der Sache schadet es jedenfalls.

Agrarpolitik ist mehr als ein „Kuhhandel“. Laßt uns einen „Kuhhandel“ machen, meinte Bundeskanzler Kreisky einmal. Ich glaube, dazu ist Agrarpolitik viel zu ernst. Der Weltmarkt für Nahrungsmittel ist unsicher geworden. In dieser Zeit gefährden Sie durch eine unverantwortliche Vorgangsweise die Ernährungsbasis im Inland. Das kann nicht gut sein. Das kann nicht der richtige Weg sein.

Ich appelliere an Sie: Besinnen Sie sich zu einer Linie der Sachlichkeit! (Beifall bei der ÖVP.)

Was wir brauchen, ist mehr Sicherheit in diesem Land. Was wir brauchen, ist eine sichere Versorgung mit Nahrungsmitteln. Auch in Krisenzeiten! Hier muß man rechtzeitig Vorsorge treffen. Man gründet nicht die Feuerwehr erst dann, wenn das Haus schon brennt. Wir brauchen mehr Sicherheit in der Inlandsversorgung und mehr Sachlichkeit in der Agrarpolitik. Drängen Sie jene in Ihren Kreisen etwas zurück, die glauben, mit unsachlichen Argumenten den Streit schüren zu müssen.

Meine Damen und Herren! Was sich jährlich im Zusammenhang mit der Marktordnungsdiskussion, mit den Wirtschaftsgesetzen abspielt,

wird doch langsam unverantwortlich. Glauben Sie, das ist der richtige Weg? Glauben Sie, die Österreicher werden verstehen, daß sich die Politiker nur ständig streiten, anstatt sich zu bemühen, einen konstruktiven Weg zu suchen?

Ich möchte Ihnen von dieser Stelle einen Vorschlag machen. Versuchen wir – ich sage „wir“ – zumindest zwei Bereiche außer Streit zu stellen. Erstens: Versuchen wir die Beurteilung der Land- und Forstwirtschaft außer Streit zu stellen. Beginnen wir nicht immer von vorne den Streit über den Zustand, dazu gibt es doch statistische Fakten, und ich werde mich im folgenden Ihrer Statistiken bedienen. Vielleicht ist es dann möglich, daß wir die Diskussion über diese Frage einmal beenden.

Ich würde Ihnen auch vorschlagen, daß wir zumindest bestimmte Ziele der Agrarpolitik außer Streit stellen. Wir haben dann hinreichend Gelegenheit über die Wege zu diskutieren, wie wir diese Ziele erreichen, oder wenn jemand unbedingt will, darüber auch zu streiten.

Nun zur Situation der Land- und Forstwirtschaft. Ich glaube, wir sollten Pauschalurteile möglichst zurückdrängen.

Ich konzediere Ihnen gerne, daß es, wie überall in der Wirtschaft, Unterschiede gibt. Es gibt regionale Unterschiede, es gibt Unterschiede von Betrieb zu Betrieb. Aber man soll sich diese Frage nicht einfach machen und damit das Problem, die Situationsanalyse abtun. Und man soll auch nicht leichtfertig sagen, hier wird krankgemämt. Ich sage: Weder krankgemämt noch gesundbeteten, eine nüchterne Darstellung der Situation geben.

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir zu folgender gemeinsamer Analyse der Situation kommen: daß wir feststellen, die Lage ist ernst. Ich bediene mich Ihrer Quellen, vielleicht ist es dann leichter, zu einer einheitlichen Sprachregelung zu kommen, um nicht immer über diese grundsätzlichen Dinge zu streiten.

Der Herr Bundeskanzler hat einige Tage vor der Wahl vielen Bauern – vielleicht allen, das weiß ich nicht – einen Brief geschrieben: „Liebe Familie Sowieso . . .“ Ich habe einen solchen Brief hier (*Abg. Anton Schlager: Das gilt alles nimmer nach der Wahl!*), der mit der Feststellung beginnt, daß die Lage ernst, daß sie kritisch ist. Ich schlage Ihnen vor: Ringen wir uns zu einer gemeinsamen Sprachregelung durch, denn das hat ja Schlußfolgerungen, daß die Lage ernst ist.

Zweitens: Der Grüne Bericht, ein Bericht der Bundesregierung – auch wieder Ihre Quelle, um Ihnen die Zustimmung leichter zu machen –, dieser Grüne Bericht zeigt erstmals echte

Dr. Lanner

Einkommensrückgänge in den Berggebieten auf. Ein bedenkliches Signal! Wir sollten es in der Analyse zunächst einmal nüchtern festhalten.

Drittens: Täglich verlassen – täglich! – 30 bis 50 Personen die Landwirtschaft. Das ist eine Feststellung, die jederzeit mit Ihren statistischen Zahlen zu belegen ist, das ist lediglich eine statistische Größenordnung. Ich glaube, das muß uns zu denken geben. Täglich – täglich! – sperren neun Betriebe in Österreich zu. Das sind Ihre Zahlen, aus Ihren Zahlen berechnet!

Wir haben kürzlich eine umfassende Meinungsumfrage in Österreich gemacht und mußten feststellen, daß 80.000 Betriebe, rund ein Viertel der österreichischen Gesamtbetriebszahl, keine gesicherte Betriebsnachfolge haben. Ein Signal, das man, so glaube ich, ebenfalls nicht übersehen darf.

Nun zur Einkommenssituation. Ich habe es nicht verstanden, daß anlässlich der Debatte über die Regierungserklärung vom Handelsminister ein riesiges Feuerwerk betreffend die Einkommenssituation in der Landwirtschaft abgebrannt wurde. Denn es waren Platzpatronen. Ich glaube, wir sollten bei der Situationsanalyse nicht nur davon reden, was auf dem Sektor der Preise geschehen ist, sondern wir sollen und müssen Zug um Zug auch davon reden, was sich bei den Kosten abgespielt hat. Denn der Bauer lebt nicht von den Preisen allein, sondern von dem, was nach Abzug der Kosten übrigbleibt.

Ich habe mich der graphischen Umsetzung einiger Zahlen aus dem „Landwirtschaftlichen Paritätsspiegel“ bedient. Wir bestreiten nicht, daß die Preise für Milch, für Getreide in den letzten Jahren mehrmals erhöht wurden. Aber, Herr Kollege Pfeifer – und darauf kommt es an –, wie haben sich denn die Tauschwerte in der Landwirtschaft entwickelt? Darf ich Ihnen das hier zeigen. Die Quelle, Ihre Quelle: der „Landwirtschaftliche Paritätsspiegel“.

Im Jahre 1970 (*Redner weist eine graphische Darstellung vor*) konnte man sich für 6750 Liter Milch noch eine Heuerntemaschine kaufen. 1975 nur mehr die halbe Maschine. Ihre Zahlen!

1970 – ich sage das deshalb etwas breiter, weil wir einmal die Diskussion um diese Fragen beenden und statistische Größen anerkennen sollten -: Ein Kilo Weizen – ein Liter Dieselöl. 1975 – Herr Kollege Pfeifer, sehen Sie den weißen Raum? – um sehr viel weniger. (*Abg. Dr. Haiden: Daran ist die rote Farbe schuld!*)

Und eine letzte Zahl – immer Ihre Quelle, der „Landwirtschaftliche Paritätsspiegel“ -: Für 34 kg Weizen konnte man im Jahr 1970 noch 100 kg Superphosphat kaufen. Und heute? – Sehen Sie

sich diesen Sack an, er ist nur mehr halbvoll, obwohl bei Weizen Preiserhöhungen mehrfach durchgeführt wurden. Die Kosten sind einfach davongelaufen, und das muß man einmal nüchtern und offen sagen.

Ich schlage Ihnen also vor: Ringen wir uns gemeinsam zu dieser Beurteilung der Situation in der Land- und Forstwirtschaft durch, weil ich glaube, daß es richtiger und wichtiger ist, daß wir die Zeit nicht für unnützen Streit verwenden, sondern daß wir versuchen, in der Sache selbst zugunsten unserer Bauern, der Menschen im ländlichen Raum mehr zu tun. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und nun zu den Zielen der Agrarpolitik. Vielleicht gelingt es, daß wir uns wenigstens über bestimmte Ziele einigen können.

Meine Damen und Herren! Wir sind für eine sichere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln – auch in Krisenzeiten.

Wir sind für ein sinnvolles Miteinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben. In unserem Konzept hat der Nebenerwerbsbetrieb auch in Zukunft eine Chance. Ich möchte das unterstreichen.

Wir sind für eine möglichst breite Streuung der landwirtschaftlichen Betriebe über das ganze Land, vor allem auch im Interesse eines funktionsfähigen ländlichen Raumes und setzen hier einen deutlichen Gegenpol zu den Agrarfabriken der Jungsozialisten.

Meine Damen und Herren! Ich habe die letzte Ausgabe des Programms der Jungsozialisten hier! Hier ist von Ihrer Seite, von sozialistischer Seite, wenn wir uns über die Grundsätze, über die Ziele einigen wollen, eine klare Abgrenzung fällig. Agrarfabriken, wo man hunderttausende Tiere in ungesunden Massenstallungen zusammenpfercht, sind nicht unser Ziel. Hier, meine Herren, grenzen Sie sich ab von Ihren jugendlichen Kollegen, die vielleicht im Überschwang über das Ziel schießen. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Pansi: Wer macht denn das, die Tiere zusammenpferchen? Machen das die Bauern oder macht das die Sozialistische Partei? – Ruf: Die Lebensmittelkommune!*)

Herr Abgeordneter, kennen Sie das Programm der Jungsozialisten? (*Abg. Pansi: Gehen Sie hinaus in die Betriebe und schauen Sie sich das einmal an! – Anhaltende Zwischenrufe. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Kennen Sie das Programm der Jungsozialisten? Herr Abgeordneter Pansi, warum regen Sie sich da so auf? Das ist ja eine Sache, die wir in Ruhe besprechen können. Im Programm der Jungsozialisten aus Ihrem Lager ist die Förderung der Agrarfabriken ein erklärtes Ziel. Wir schlagen

Dr. Lanner

Ihnen vor, mit uns den gemeinsamen Weg einer breiten Streuung gesunder land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in einem sinnvollen Mit einander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieb zu gehen. Da ist keine Aufregung notwendig. Bekehren Sie jene in Ihrem Kreis, die über das Ziel geschossen haben. (Abg. Pansi: Fragen Sie den Schlager, wie er es mit seinen Schweinen macht! – Abg. Dr. Zittmayr: Der vergleicht die Schweine vom Schlager mit den Jusos! Das geht nicht! – Heiterkeit. – Abg. A. Schlager: Das müssen Sie sich einmal anschauen!)

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns also gemeinsam bemühen, zu einer nüchternen Beurteilung der Situation zu kommen – mit den notwendigen Schlußfolgerungen –, wenn wir uns vielleicht gemeinsam – und ich hoffe es im Interesse der österreichischen Bevölkerung – zu den wichtigsten, zu den wesentlichsten Zielen einer vernünftigen Agrarpolitik durchringen, dann kommt der dritte Schritt: die Wege zu diesem Ziel. Und hier konzidiere ich Ihnen, hier wird es, hier muß es vielleicht Diskussionen geben. Nur glaube ich, wenn wir einen wirtschaftlich gesunden und leistungsfähigen Bauernstand haben wollen – und darüber sollte es keine Diskussion geben, das brauchen wir –, dann müssen wir dort ansetzen, wo die Leute der Schuh drückt. Und wo ist das? Bei der Arbeitsbelastung, bei der Einkommenssituation und bei den allgemeinen Lebensbedingungen im ländlichen Raum. Hier bitte keine falsche Romantik! Oft sagt man: die haben es ja ohnehin gut, ruhig, eine schöne Aussicht und eine gute Luft. Mit der guten Luft und der schönen Aussicht allein kann man keine Kinder aufziehen, kann man kein Studium bezahlen, kann man keine Ausbildung finanzieren.

Hier also bitte keine falsche Landromantik. Man muß ganz nüchtern feststellen: Auch für diese Menschen soll es die Grundbedürfnisse des Lebens geben, wie sie eben für jeden anderen Staatsbürger selbstverständlich sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Einige Beispiele, wie man die Lage der Landwirtschaft verbessern könnte etwa im Bereich der Arbeitsbelastung. Das ist besonders wichtig für die Bäuerin. Die Bäuerin ist doch die Leidtragende dieser Situation, wenn der Mann außerhalb der Landwirtschaft einem zusätzlichen Erwerb nachgehen muß, weil das Einkommen im eigenen Betrieb nicht reicht. Sie wird dann zusätzlich zur Familie, zur Kindererziehung, zur Hausarbeit auch noch mit der Betriebsführung belastet.

Wir haben Vorschläge gemacht, wie man über den Weg von Maschinenringen, Betriebshelfern, Dorfhelpfern, wie man über den Weg der

Partnerschaft einiges – ich sage einiges – erleichtern könnte. Ein klares Konzept. Ich würde vorschlagen, bedienen Sie sich dieses Konzeptes.

Wir haben Wege aufgezeigt, wie der Nebenerwerbsbauer seinen Betrieb zu Hause vereinfachen könnte, um die Arbeitssituation im Interesse der Familie zu verbessern. Auch hier ein klares Konzept „Hand in Hand“.

Und zur Einkommenspolitik, glaube ich, sollte man einmal folgendes ganz nüchtern feststellen: Sollten wir uns nicht ernstlich bemühen, endlich einmal zu einer Versachlichung in der Agrarpolitik zu kommen? Kann das richtig sein, daß wir bei jeder Agrarpreisdiskussion von vornherein um die Modelle streiten, daß wir jedesmal streiten darüber, welche Grundlagen für die Beurteilung herangezogen werden sollen?

Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Die Gemeinde Wien verfügt über Güter, über landwirtschaftliche Betriebe. Richten Sie einige Testbetriebe ein, und wir werden uns bei der Preiskalkulation an diesen Modellbetrieben orientieren! Aber beenden wir doch endlich diese nutzlosen Diskussionen um diese Frage! (Beifall bei der ÖVP.)

Wir glauben, daß eine Versachlichung der Agrarpolitik einen sehr wesentlichen Beitrag zur Einkommensverbesserung leisten könnte.

Wir glauben, daß das Problem der Kostensenkung aktiv in Angriff genommen werden müßte. Es kann nicht richtig sein und es ist nicht richtig, was Sie derzeit machen wollen, nämlich daß Sie über den Weg der Mehrwertsteuer die Bauern neuerdings mit einer Milliarde Schilling belasten. Das kann nicht richtig sein! (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind für eine gesicherte Altersversorgung, bedauern es zutiefst, daß Sie mit den Zuschußrentnern, mit diesen Menschen mit einem Durchschnittsalter von 77 Jahren, so spielen – ich sage das bewußt – und die vernünftige Angleichung an eine Pension neuerdings verschleppen. Das kann kein richtiger Weg sein.

Es ist sicher auch kein richtiger Weg, in den Berggebieten Neuzonierungen vorzunehmen, die Gebiete neu einzuteilen, und dann im Budget nicht die notwendigen Mittel vorzusehen, wie das in diesem Budget der Fall ist.

Ich glaube, daß mehr Nüchternheit in der Einkommenspolitik längst am Platze wäre.

Nun zum dritten Bereich, zu den Verbesserungen der allgemeinen Lebensbedingungen im ländlichen Raum.

Dr. Lanner

Meine Damen und Herren, Sie wissen es, Sie spüren es ja, wenn Sie hinaus kommen – und viele sind dort zu Hause –: vernünftig leben kann man nur dann, wenn die Grundvoraussetzungen für dieses Leben gegeben sind. Dazu gehört ein Weg, eine sichere Zufahrt auch im Winter, dazu gehört ein Telephonanschluß zu tragbaren Bedingungen – wir haben hier im Parlament einen Vorschlag vorgelegt, Sie haben ihn bedauerlicherweise abgelehnt –, dazu gehört eine gute ärztliche Versorgung, dazu gehören Ausbildungsmöglichkeiten, sichere Arbeitsplätze und vieles mehr.

Aber eine Schlüsselfunktion in dieser ganzen Problematik der Infrastruktur nimmt der Wegebau ein. Denn ein Betrieb, der nicht erschlossen ist, kann sich auch nicht entsprechend entwickeln.

Nun darf ich Ihnen eine Statistik zeigen. (*Der Redner weist neuerlich eine graphische Darstellung vor.*) Das sind nicht meine Quellen, das ist der Tätigkeitsbericht des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Im Jahre 1970 konnten mit Bundesmitteln noch 473 km Wege gebaut werden, 1976 werden es nur mehr gut 300 km sein. Wenn Sie bedenken, meine Damen und Herren, daß 27.000 Betriebe in Österreich noch keine Zufahrt haben, dann werden Sie erkennen, daß das noch ein echtes Problem für Tausende Familien ist. Wenn man es mit diesen Menschen ernst meint, muß man es auch durch Taten beweisen, nicht nur mit schönen Worten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sagen wir es ganz offen, das kostet Geld. Das soll man auch in dieser schwierigen Zeit sagen, man soll die Dinge beim Namen nennen. Aber bedenken Sie eines: Fast die Hälfte der österreichischen Bevölkerung lebt in diesem ländlichen Raum. 3,4 Millionen Menschen leben nach der jüngsten Statistik in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. Und in wenigen Wochen wird in Österreich, wie in anderen Ländern, eine Wanderungsbewegung aus den Städten einsetzen. Um die Weihnachtszeit wird sich der überwiegende Teil der Bevölkerung Österreichs im ländlichen Raum aufhalten. Dort wird man es als selbstverständlich empfinden, daß die Wasserversorgung funktioniert, daß dann, wenn es im Winter in der Nacht geschneit hat, schon in der Früh die Straßen geräumt sind, daß die Müllabfuhr funktioniert, daß ein Arzt für den Fall da ist, daß etwas passiert, daß man telefonieren kann, um etwa Neujahrsglückwünsche durchzugeben, daß in der Früh natürlich der Postbote kommt, um die Briefe „seiner Lieben“ zu überbringen. Das alles wird als selbstverständlich hingenommen!

Vielleicht sollte man, gerade in dieser Zeit, darauf aufmerksam machen, daß dieser funk-

tionsfähige ländliche Raum keine Selbstverständlichkeit ist, sondern daß die Basis für all das, was wir in unserem Urlaub als selbstverständlich hinnehmen, eine Mindestbesiedlungsdichte in diesen Räumen ist, daß die Basis dafür eine breite, sinnvolle Mischung zwischen bäuerlichen und gewerblichen Betrieben, zwischen Arbeitern und Angestellten, sowie Freiberuflern ist. Alle zusammen ergeben jene Besiedlungsdichte des ländlichen Raumes, die letztlich dazu führt, daß dieser Raum lebt, lebendig ist, daß die Umwelt funktioniert, daß wir eine sichere Umwelt haben.

Wir sollten in dieser Zeit der Öffentlichkeit sagen: Wir im ländlichen Raum gestalten gemeinsam diesen Raum auch für euch Städter, die ihr zu uns – wir freuen uns darüber – auf Erholung kommt. Aber laßt uns nicht im Stich!

Folgenden Appell müßte man an die Bundesregierung richten: Reden Sie nicht nur schön von diesem Raum, tun Sie dafür auch etwas! Sie sind als Regierung dazu verpflichtet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sicherheit für einen funktionsfähigen ländlichen Raum und eine gesicherte Ernährungsvorsorge im Inland sind wesentliche Marksteine einer modernen Agrarpolitik.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß bewußt noch einmal auf die Weltmarktsituation zu sprechen kommen. Eine der bedeutendsten Änderungen der letzten Jahre im wirtschaftlichen Bereich brachte die zunehmende Unsicherheit auf dem Weltmarkt für Agrarprodukte und Rohstoffe. Ich glaube, daß in der falschen Beurteilung des Weltmarktes eine der Wurzeln für das gestörte Verhältnis der Sozialisten zur Landwirtschaft liegt, daß sich die Fehleinschätzung des Weltmarktes letztlich als großer historischer Fehler der sozialistischen Bewegung erweisen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Lange Zeit hat man vielen Menschen, ich möchte sagen, unverantwortlicherweise offenbar mit der Muttermilch eingeflößt, man könne alles und jedes auf dem Weltmarkt jederzeit billiger kaufen.

Der Ölshock hat gezeigt, daß es auch anders sein kann. Mißernten in China und Japan haben gezeigt, was sich da ändern kann. Strategische Geschäfte auf dem Nahrungsmittelsektor sind Mode geworden.

Ich darf hier den Präsidenten des Club of Rome Aurelio Peccei zitieren, der gemeint hat, Nahrungsmittel könnten in den nächsten Jahren eine politische Waffe werden.

Tausche Weizen gegen Erdöl: das letzte Geschäft der Vereinigten Staaten mit Rußland.

Dr. Lanner

In dieser Situation, glaube ich, sollten wir sehr nüchtern sein und sollten nicht mutwillig die Ernährungssicherung im eigenen Land aufs Spiel setzen. Wir sollten aus dieser Entwicklung den Schluß ziehen, indem wir sagen: Wir müssen uns, was die heimische Produktion, die Ernährungssicherung anlangt, mehr auf die eigenen Füße stellen. Wir müssen beweglich agieren. Das sage ich mit einer ganz bestimmten Zielrichtung.

Wir müssen beweglich agieren, denn das Ausland, der Weltmarkt ist unruhig geworden, nach oben wie nach unten. Es gibt Situationen, in denen auf dem Auslandsmarkt ein gutes Geschäft zu machen wäre, und zwar in Bereichen, wo wir mehr erzeugen können, weil unsere Bevölkerung tüchtig ist.

Ein gutes Beispiel: Zucker. Mit viel Mühe konnte man jetzt ein Geschäft zustandebringen.

Aber wir hätten auch anderswo ein gutes Geschäft machen können: beim Getreide. Wir hätten zu guten Preisen mit einem entsprechenden Erlös österreichischen Weizen im Ausland verkaufen können. Ein Ausfuhrantrag wurde gestellt, doch die Arbeiterkammer war dagegen. Das Geschäft kam nicht zustande. Jetzt ist der Preis aber wieder ungünstiger.

Man war nicht flexibel genug, um hier entsprechend zu reagieren. Doch man hält es dann für richtig, von der Regierungsbank aus der Landwirtschaft Getreidepreissubventionen vorzuwerfen. Das ist eine doppelzüngige Politik, die man einmal ganz nüchtern aufzeigen muß.

Mehr Beweglichkeit nach außen hat mit den Fonds nichts zu tun – das möchte ich deutlich sagen –, denn die Exportzuständigkeit liegt ausschließlich beim Minister, wenn er hinlänglich beweglich ist.

Die dritte Schlußfolgerung aus der geänderten Weltmarktsituation ist die, daß wir geschlossen auftreten sollten. Ich möchte das nicht breitreten, weil ich glaube, was unser Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anlangt, den Funken eines gemeinsamen Verständnisses zu sehen. Allerdings gab es Zeiten – ich habe die entsprechenden Zitate hier –, in denen man uns, die wir einen konsequenteren Weg gegenüber Brüssel eintraten, als „Kopfschüssler“ bezeichnet hat, ein Zitat aus der „Arbeiter-Zeitung“.

Neuerdings sieht man aber ein, daß der bisherige Weg offenbar nicht zum Ziele führt. Ich zitiere nun aus der „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. November:

„Sollte sich diese für die österreichische Landwirtschaft außerordentlich schwierige Situation nicht ändern, wäre Österreich gezwun-

gen, seine Käufe von Agrarprodukten dort vorzunehmen, wo es auch Abnehmer für seine Erzeugnisse findet.“

Das, was wir seit Jahren gesagt haben! Uns hat man lächerlich gemacht, unsere Argumente beseite geschoben, zum Nachteil der heimischen Landwirtschaft!

Bleiben Sie endlich bei einem konsequenteren Weg gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft! Dort versteht man nur diese Sprache. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Lassen Sie mich viertens noch zu den Krisenlagern für wichtige Grundnahrungsmittel Stellung nehmen. Bei einer der letzten Diskussionen meinte der Herr Handelsminister, so etwas bräuchten wir nicht, und heute wird uns der Landwirtschaftsminister sagen: Krisenrede, Krisenlager – ja wir haben doch alle Silos voll, wir haben Reserven bis was weiß ich wohin. (*Bundesminister Dr. Weihs: Haben wir ja!*)

Meine Damen und Herren! Herr Minister! Ich bestreite das nicht. Ich bau Ihnen eine goldene Brücke. Ich bestreite nicht, daß unsere Silos mit Getreide gefüllt sind, aber ich appelliere jetzt an Sie: Sie haben zu erkennen gegeben, daß Sie sich wahrscheinlich in einigen Monaten zurückziehen werden. So habe ich das gelesen. Setzen Sie sich ein Denkmal! Das wäre doch ein schöner Abgang. Werden Sie aktiv in dieser Richtung und sagen Sie: Das, was mein Kollege Staribacher gesagt hat: Wir brauchen keine Krisenlager!, stimmt nicht, denn Krisenlager sind ja keine Zufallslager, wobei gelegentlich ein Silo voll, dann wieder leer ist. (*Abg. Dr. Staribacher nimmt seinen Abgeordnetenplatz ein.*) Herr Kollege Staribacher! Es ist ein glücklicher Zufall, daß Sie jetzt gekommen sind. Ich setze mich eingehend mit Ihren Ausführungen vom letzten Mal auseinander, in einer sehr friedlichen Form, weil ich glaube, daß wir einen gemeinsamen, für Österreich günstigen Weg finden könnten.

Es ist oberflächlich, Krisenlager einfach nur mit vollen Silos gleichzusetzen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an der neutralen Schweiz, am neutralen Schweden! In diesem Fall würde ich auch Schweden als Vergleich gelten lassen. (*Abg. Haas: Da schau her!*)

Krisenlager sind Lager, die für schwierige Ernährungssituationen zur Verfügung stehen und im Normalfall nicht angetastet werden sollen. Das ist die Definition des Krisenlagers. So etwas, Herr Minister Staribacher, müssen wir schaffen, wenn wir es mit der Versorgung der österreichischen Bevölkerung ernst meinen. Hier ist doch eine günstige Gelegenheit, im Rahmen einer umfassenden Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung die Krisenvorsorge

Dr. Lanner

etwa nach dem Muster Schwedens oder der Schweiz einzubauen.

Auf diesem Sektor hat sich doch in den letzten Jahren Wesentliches geändert. Dieses Hohe Haus hat die Umfassende Landesverteidigung in der Verfassung verankert. Das ist doch eine ganz entscheidende Änderung gegenüber früheren Jahren. Hier heißt es – ich zitiere –: 10. Juni 1975: „„Zur umfassenden Landesverteidigung gehören die militärische, die geistige, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung.““

In der Verteidigungsdoktrin wird ausdrücklich als Auftrag darauf hingewiesen: „Das wirtschaftliche Krisenmanagement hat alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen zur Bewahrung der Ernährungsbasis“ und so weiter. Ich glaube, die Schlußfolgerung aus der geänderten Weltmarktsituation, die Schlußfolgerung aus der Beschußfassung über eine umfassende Landesverteidigung müßte sein, daß wir daran gehen, im Rahmen einer umfassenden Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung – bedienen Sie sich hier unserer Vorschläge – ein vernünftiges Krisenlager an Grundnahrungsmitteln anzulegen.

Meine Damen und Herren! Darf ich zum Schluß noch etwas erwähnen, das mir deshalb besonders am Herzen liegt, weil letztlich davon ja alles weitere abhängt: nämlich das Klima, in dem Agrarpolitik gemacht wird. Wir sagen zu Recht, es ist entscheidend, daß das entsprechende Klima vorhanden ist, damit die Wirtschaft investiert, damit es in diesem Lande wieder aufwärtsgeht; auch in der Landwirtschaft ist es nicht anders. Auch dort brauchen wir dieses Klima, ein positives Klima, nicht ein Klima der Verunsicherung, des Keile-Treibens zwischen den Vollerwerbsbauern und den Nebenerwerbsbauern, zwischen den größeren und den kleineren Landwirten, zwischen den ostösterreichischen Bauern und den westösterreichischen Bauern, zwischen den Bergbauern und den Talbauern. Man sollte keine Pauschalverdächtigungen aussprechen und nicht mit Unterstellungen arbeiten. Man sollte den Leuten nicht die Subventionen quasi vorwerfen. – Sie kennen die Zitate des Bundeskanzlers, wo er gemeint hat: Meine Regierung wird den Vorteil, daß sie jetzt Brotgeber der Agrarier ist, politisch zu nützen wissen und den Subventionskorb der Bauern je nach Widerstand der ÖVP höher oder niedriger hängen –. Das ist keine Sprache, die zu einem entsprechenden Klima führt, ein Klima, das die entsprechende Voraussetzung für eine sachliche Arbeit ist.

Warum wirft man das den Leuten immer vor? Haben Sie jemals gehört, daß uns derzeit der Absatz einer Tonne Stahl 150 S kostet, daß das bei unserer Stahlproduktion in die Milliarden

geht? Ich habe in dieser schwierigen Situation Verständnis dafür! Aber warum rechnet man den Bauern hier alles immer kleinlich vor? Auch diese Menschen brauchen ein positives Zukunftsbild.

Wir müssen die Leistung dieser Menschen anerkennen, wir müssen sagen, daß wir sie brauchen, daß wir ihre Arbeit schätzen. Der Stellenwert der österreichischen Landwirtschaft ist sehr viel größer als ein Anteil am Bruttosozialprodukt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte diesen Anlaß und diese Stelle auch dazu benutzen, um den Bauern und besonders den Bäuerinnen für ihre wertvolle Arbeit in unser aller Interesse zu danken. Danken möchte ich auch jenen, die durch ihre Arbeit, durch ihr Verständnis und durch ihre Einstellung zu einem besseren Verstehen zwischen Stadt und Land beigetragen haben.

Den Bauern möchte ich aber zurufen und sie an das Wort Kudlichs erinnern: Seid einig! Hütet euch vor der Zersplitterung! (*Beifall bei der ÖVP.*) Zersplitterung hat noch nie einem Berufsstand gutgetan! Das kann man aus der Geschichte lernen. Was wir brauchen, ist ein Bauernstand, der die Zukunft aktiv in Angriff nimmt und sich nicht treiben läßt. Was wir brauchen, ist ein Bauernstand, der selbstbewußt, aber nicht überheblich ist. Was wir brauchen, ist ein Bauernstand (*Abg. Dr. Tull: Am Gängelband der ÖVP!*), der nicht resigniert, sondern die Schwierigkeiten meistert und Chancen aufgreift. Wir, Herr Kollege Tull, haben die Verpflichtung, ihm dabei zu helfen. Das ist unsere Aufgabe, das ist eine Verpflichtung für dieses Land. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pfeifer.

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wollte zuerst sofort zum Landwirtschaftskapitel Stellung nehmen, wollte mich mit den Zahlen auseinandersetzen, aber nachdem der Junglöwe, Schattenminister und jetzige Bereichsprecher konkret zum Budget überhaupt nicht gesprochen (*Widerspruch bei der ÖVP*) und grundsätzlich zur Landwirtschaftspolitik Stellung genommen hat – wie er das betont hat –, muß ich mich auch mit ihm näher auseinandersetzen. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Es gehört seit zehn Jahren dazu, meine Damen und Herren der rechten Seite, daß es ein wenig lebendig, ein wenig unruhig wird, wenn ich zum Pult komme. Ich möchte sagen, das tut dem Parlamentarismus gar nicht schlecht!

Ich möchte jetzt einmal das sagen, was Herr Dr. Lanner nicht gesagt hat. Er hat sich sehr

Pfeifer

lange mit dem ländlichen Raum beschäftigt, er weiß sehr wohl, warum er das tut. Er ist – wie könnte das auch anders sein, denn im Landwirtschaftsausschuß hat er ja nicht viel zu tun, er gehört ihm gar nicht an – als Bereichssprecher tätig, steht im Fenster dort, wo es public relations gibt, die Arbeit sollen die anderen machen. Das ist der Herr Dr. Lanner! (*Beifall bei der SPÖ*. – *Ruf bei der ÖVP: Das ist ein billiges Argument!*)

Meine Damen und Herren! Und da hat der Herr Dr. Lanner ... (*Weitere anhaltende Zwischenrufe*. – *Ruf bei der ÖVP: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?*) Ich habe das ganz frei gesprochen, Herr Kollege, kommen Sie her, wollen Sie meine Notizen? Wollen Sie sie? Herr Kollege Schlager, kommen Sie her! – Wollen Sie sie nicht?

Aber darf ich das jetzt einmal zu Ende sagen? Wissen Sie, was der Herr Kollege Dr. Lanner, als er die Nationalratswahlen vom 5. Oktober analysiert hat, festgestellt hat? Er meinte – und nur so ist jetzt sein langer Monolog über den ländlichen Raum erklärbar; ich zitiere hier wörtlich, hören Sie mir zu, Herr Kollege, es ist vielleicht für Sie auch interessant, vielleicht haben Sie es noch nicht gelesen, und wenn Sie es gelesen haben, dann haben Sie keine Freude damit (*Abg. Dr. Haider: Was ist mit den Düngemittelpreisen?*) –: „Die Sozialisten gewinnen im ländlichen Raum an Boden“, sagt Herr Dr. Lanner, „das zeigen die Ergebnisse der Nationalratswahl 1975.“ Interessant ist – auch das stellt der Herr Dr. Lanner fest –: „Je kleiner die Gemeinde, desto deutlicher die ÖVP-Verluste. Signale in dieser Richtung“ – sagte Herr Dr. Lanner – „gab es schon 1971“ – Gedankenstrich (*Abg. A. Schlager: Haben Sie selber nichts zu sagen?*), „man hat sie aber offenbar nicht ernst genug genommen.“ (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Herr Kollege Schlager, vielleicht erzähle ich das noch einmal. (*Abg. A. Schlager: Jetzt werden Sie vielleicht mich auch noch zitieren! Selber haben Sie keine Gedanken! Das ist ja entsetzlich!*) Ich muß Ihnen sagen, mich stört es überhaupt nicht, wenn Sie mich unterbrechen, ganz im Gegenteil, ich habe das sehr gern, tun Sie nur so weiter!

Tatsache ist, daß Kollege Dr. Lanner festgestellt hat, daß die Sozialisten im ländlichen Raum gewonnen haben. Dieser Feststellung hätte es eigentlich gar nicht besonders bedurft, das weiß heute jedermann, vom Bodensee bis zum Neusiedlersee. Wenn er meint, daß das kein richtiger Weg ist, den diese Agrarpolitik der Bundesregierung, unsere Agrarpolitik (*Abg. Dr. Mussil: Ein richtiger Holzweg!*) darstellt, dann

möchte ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren: dieser Weg ist deswegen richtig, weil er von der großen Majorität der Bevölkerung, der Wählerinnen und Wählern, am 5. Oktober in wesentlichen Bestandteilen auch in Richtung ländlicher Raum bestätigt wurde! (*Beifall bei der SPÖ*. – *Abg. Dr. Mussil: Mit 0,4 Prozent!*)

Und jetzt reden Sie in Ihrer Broschüre über die gemeinsame Nutzung von Maschinen unter anderem davon, Herr Kollege Lanner, daß gerade für die Nebenerwerbslandwirte etwas geschehen muß und geschehen soll, und Sie zeigen diese „Wir“-Broschüre vom Bauernbund sehr groß und sagen: mit den Maschinenringen, da könnte man ein wenig helfend eingreifen. Frage: Wo waren denn die Aktivitäten des Bauernbundes zu Ihrer Zeit, als Sie noch Regierungsmacht hatten, in Richtung Maschinenringe? Sie wollten diese Maschinenringe ja gar nicht! Sie haben diese Maschinenringe, wo es gegangen ist, dadurch verhindert, daß Sie überhaupt keine Mittel zur Verfügung gestellt haben, und wenn, dann in einer Art und Weise, daß es echt lächerlich war. Das muß man auch sagen.

Wenn Sie jetzt, meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Lanner vor allem, von den Nebenerwerbsbauern reden, tun Sie so, als hätten Sie die Nebenerwerbsbauern immer schon, ich möchte sagen, seit mehr als zehn Jahren als festen Bestandteil in der Agrarpolitik eingeordnet, für sie alles getan und mit einem Wort immer Vorsorge auch für diesen so wichtigen Berufsstand getroffen.

Ich zitiere hier aus einer Zeitung, die nicht als sozialistische Zeitung gilt. Es gab im Jahre 1974 einen Bundesbauerntag des Österreichischen Bauernbundes in Innsbruck. Und da hat der Herr Kollege Lanner vielleicht schon geglaubt oder gespürt, daß die Herrschaften in der ÖVP nicht allzu gut liegen und es passieren könnte, daß vielleicht am 5. Oktober nicht die relative Mehrheit für die ÖVP herausschaut. Deswegen hat er sich – ich zitiere hier wörtlich aus der „Presse“, Sie kennen den Artikel sicherlich, Herr Kollege – als Bauernbunddirektor zu Wort gemeldet und hat unter anderem gesagt: „Warum stoßen wir die Nebenerwerbsbauern von uns, mit dem Hinweis, das sei ja gar kein echter Bauer mehr?“ – Das sagten Sie 1974.

Nun haben Sie sich mit der Broschüre „Wir“ sehr viel Arbeit gemacht. Sie haben dies in der Broschüre „Wir“ entsprechend dargelegt. Und wissen Sie, was dann der ÖVP-Pressedienst gesagt hat? Auch das kann ich Ihnen nicht länger vorenthalten. Hören Sie jetzt sehr gut zu: Am 30. Oktober hat Herr Dr. Lanner diese Pressefahrt für die Nebenerwerbsbetriebe gemacht, um auf das Problem aufmerksam zu

Pfeifer

machen. Ich wiederhole noch einmal: Für Sie gibt es die Nebenerwerbsbetriebe laut Ihrer Zeitung, laut der Aussage in der „Presse“ ja eigentlich erst seit 1974. Und am Abend des 30. Oktober nach dieser Pressefahrt des ÖVP-Pres-sedenstes gab es eine Aussendung. Und wissen Sie, was da der ÖVP-Presse-dienst gesagt hat? Der ÖVP-Presse-dienst hat zu den Fragen der Nebenerwerbsbauern gesagt, daß die Nebenerwerbsbauern politisch schizophren sind. Ich kenne mich gerade bei solchen Ausdrücken nicht immer sehr gut aus, doch was macht man da: Man schaut nach, man schlägt im Duden nach. Wissen Sie, was da drinnen steht? Da steht zum Beispiel: Schizophrenie: Spaltungsirresein; meist in jüngerem Alter ausbrechende, zu starken Wesensveränderungen führende Geisteskrankheit mit sinnlosem Wollen und zerfahrem Denken. – Sagt der Duden. – Die Behandlung muß in geschlossenen Anstalten durchgeführt werden.

Sie sagen, die Nebenerwerbsbauern sind schizophren. Ich sage Ihnen: Die ÖVP ist in einem Zustand, der allmählich an Schizophrenie grenzt. Das ist gar keine Frage! (*Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Das ist ja unerhört!*)

Die Nebenerwerbsbauern, meine Damen und Herren, sind für uns längst ein wesentlicher, wichtiger Bestandteil unserer Agrarpolitik, und es ist gar keine Frage, daß wir alles tun, um die Lösung der Probleme dieses wichtigen Berufsstandes selbstverständlich jederzeit so durchzuführen, daß die Nebenerwerbsbauern jene Hilfe bekommen, die sie auch notwendig haben.

Da Herr Dr. Lanner so viele Zahlen genannt und Broschüren hergezeigt hat, wird man es wohl auch dem Sprecher der Regierungspartei tolerieren, wenn er ebenfalls eine Broschüre hergezeigt, Sie werden sie kennen: „Die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 1975.“ Weil Sie immer die Beiträge im Landwirtschaftsbudget beziehungsweise vor allem weil Sie die entsprechenden Dotationen immer herabwürdigen und weil Sie sich mit einem Wort nie auskennen wollen, lade ich Sie ein: Lesen Sie das nach, prüfen Sie das. Darin finden Sie alles: die gesamte Agrarpolitik für die Nebenerwerbsbetriebe, die Voll- und Zuerwerbsbetriebe. Sie finden die Einkommenssituation, Sie finden die Dotation der Grünen Pläne. Meine Damen und Herren, das wäre eine ganz wichtige Lektüre für Sie, die Sie eigentlich doch durchführen sollten. (*Abg. Dr. Gruber: Heißt das, daß Sie zu reden aufhören?*) Herr Dr. Gruber! Es wird noch ein bissel länger dauern heute, ich habe aber Verständnis dafür.

Dann habe ich mir außerdem, und das möchte ich hier auch gleich ganz kurz anmerken, angesehen, was die ÖVP im Wahlprogramm

über die Herausforderung gesprochen hat. In der „Herausforderung 1975“ steht wörtlich zu lesen: „Das Wahlprogramm der ÖVP. Ziel der ÖVP ist es auch, das Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung zu verbessern.“ No na, würde ich sagen. „Nur dann, wenn auch diese Menschen ein entsprechendes Einkommen erzielen, ist eine weitgehende Selbstversorgung mit Nahrungsmittern und ein funktionsfähiger ländlicher Raum auf Dauer gewährleistet.“ Eine Neuigkeit, muß ich sagen.

„Soweit die regionale Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik für die Erhaltung der Erholungslandschaft nicht ausreicht, sind Bewirtschaftungsprämien zu gewähren. Zur Verhinderung des weiteren Abwanderns der Bevölkerung, wodurch insbesondere die Regionen und Gebiete an den toten Grenzen zu veröden drohen, müssen im ländlichen Raum mehr und bessere Arbeitsplätze geschaffen und die öffentlichen Dienstleistungen verbessert werden.“

Nichtssagenderes als diese allgemeine Formulierung der „Herausforderung 1975“ für den Spitzenkandidaten Dr. Taus und seine ÖVP gibt es ja nicht, meine Damen und Herren! (*Abg. Dr. Gruber: O doch: die Regierungserklärung!*) Und Tatsache ist, daß Sie die Quittung für dieses Ihr Vorgehen am 5. Oktober bekommen haben, und daran kann man Sie gar nicht oft genug erinnern! (*Beifall bei der SPÖ – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, daß Ihnen das ein wenig zuwider ist. Herr Kollege aus dem Waldviertel! Selbstverständlich, ich setze mich gerne mit Ihnen auseinander. Aber darf ich Ihnen doch eines sagen: Wir waren doch alle dabei, als 1970 erstmals die Sozialistische Partei, meine Partei, mehr Vertrauen bekommen hat. Da haben Sie gesagt: Das ist ein Mißverständnis, das ist ja klar. 1971, als dieses Vertrauen ausgebaut wurde, haben Sie von „Gastspiel“ gesprochen. 1975 reden Sie jetzt ein wenig mehr über den ländlichen Raum, weil Herr Dr. Lanner ja selbst schon gesagt hat, daß man hat sich um diesen ländlichen Raum viel zu wenig bemüht hat.

Darf ich jetzt, meine Damen und Herren, zu dem kommen, was Herr Dr. Lanner vom Grundsätzlichen her gemeint hat. Er meint, es müsse sich die Sprache ändern, es müsse echte Sachpolitik betrieben werden und, mit einem Wort: Wo käme man denn da hin, wenn sich in dieser Sozialistischen Partei, in der Regierungspartei dieses Hauses, einer zum Beispiel zur Frage erdreistet: Wie schaut es denn mit den Kammern aus? Das dürfe man doch gar nicht fragen. Herr Dr. Lanner, eines sage ich Ihnen: Die Zeit der Tabuisierung der Landwirtschaftspolitik ist seit dem Jahre 1970, spätestens aber

Pfeifer

seit dem 5. Oktober 1975 vorbei. Das muß Ihnen auch ins Stammbuch geschrieben werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in einer Zeit, wo es so viele Probleme gibt, selbstverständlich auch sachlich über die Problematik der Landwirtschaftspolitik gesprochen werden soll und gesprochen werden muß. Aber ich darf Ihnen jetzt eines doch auch sagen, was ich nicht von irgend jemand anderem gehört, sondern was ich selbst erlebt habe. Ich weiß schon, Sie haben keine Freude damit. Mir ist aufgefallen, als unlängst – vor einer Woche etwa – der Oppositionsführer Dr. Taus sich zur Wehr gesetzt hat, hieher ans Pult gekommen ist und dem Kollegen Dr. Heinz Fischer, meinem Klubobmann, gesagt hat, daß er das, was über das Referat des Herrn Dr. Taus am Landesparteitag der Volkspartei in Niederösterreich in den Zeitungen zu lesen war, ja gar nicht so gemeint hat. Er hätte das ja nicht so gesagt, daß es eventuell so aufgefaßt werden könnte, daß jene Wählerinnen und Wähler, die am 5. Oktober die Sozialisten gewählt haben, nackte Affen seien. Er hat dann mit einer wissenschaftlichen Vorlesung begonnen. Ich sage Ihnen als niederösterreichischer Abgeordneter, der den Bauernbund von Niederösterreich kennt, der viele Abgeordnete kennt, der die Sprache dieser Menschen – nicht aller, aber vieler – sehr wohl kennt, Dr. Taus wollte Applaus haben, und den mußte er ja doch als Oppositionsführer haben. Infolgedessen hat er keine wissenschaftliche Vorlesung gegeben, sondern sehr wohl vorsätzlich davon gesprochen, daß es die Sozialisten so weit treiben wollen, daß – mit einem Wort – es nur nackte Affen sein können, die diese Partei wählen. Dort haben Sie Applaus bekommen! Und jetzt sage ich Ihnen eines, meine Damen und Herren: Wir kennen das in Niederösterreich. Je mehr Sie auf die Sozialisten schimpfen, je mehr Applaus bekommen Sie. Das ist eine Tatsache. (Heftige Zwischenrufe.)

Ich war am 21. November in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer von Niederösterreich Zeuge, als sich der Vizepräsident der Landwirtschaftskammer zu Wort gemeldet und die Sozialistische Partei mit der Diktatur in Spanien verglichen hat.

Ich hoffe sehr, daß, wie angekündigt, diese abscheuliche Behauptung bei der nächsten Sitzung der Vollversammlung zurückgenommen wird. Das ist der Ton, das ist die Sprache, die in der niederösterreichischen ÖVP üblich ist, und es liegt an Ihnen, meine Damen und Herren, diese Tonart raschest zu ändern. (Abg. Dr. Prader: Du hast einen Komplex! – Zwischenrufe von ÖVP und SPÖ.) Ich weiß schon, daß Sie das nicht gerne hören, aber ich habe das in der

Vollversammlung erlebt. Ich war dort Zeuge, als man die Diktatur von Spanien mit der Sozialistischen Partei verglichen hat. Dort gab es Applaus für den Herrn Vizepräsidenten Mauß, weil er das gesagt hat! Das sind die Töne, die in Niederösterreich üblich sind, meine Damen und Herren, und die sollten Sie einmal abschaffen, dann könnte man eher zu sachlichen Gesprächen kommen! (Beifall bei der SPÖ.)

Kollege Deutschmann, der Obmann des Landwirtschaftsausschusses, hat zum „Agrarbudget“ gesagt, in der Regierungserklärung sei einiges aufgezeigt worden. Zu den Maßnahmen im Grünen Bericht, so sagten Sie, Herr Kollege, bekennen Sie sich, aber die Budgetierung der Ansätze sei halt zu gering. Nun gut! Die Maßnahmen sind richtig, das Geld ist zu wenig.

Meine Freunde, die dann zu den einzelnen Kapiteln reden werden, werden Ihnen dann sagen, wie das zu Ihrer Zeit war, wie man da geradezu im Überfluß an finanziellen Mitteln geschwommen ist. Das werden sie Ihnen dann entsprechend darlegen, denn so wenig für die Bauern vor 1970 geschehen ist, ist noch nie geschehen.

Tatsache ist, daß wir seit 1970 alles tun, um auch – und ich habe hier klare Zahlen – die Einkommenspolitik für die bäuerlichen Betriebe zu verbessern. (Beifall bei der SPÖ.)

Kollege Haider meinte, das Budget bringt nicht das, was sich die Bauern erwarten; und: zu den Maßnahmen sagen wir ja, aber da zu wenig Geld vorhanden ist, sagen wir nein. Die Kollegin Wieser – sie wird ja sicherlich auch noch Stellung nehmen – sagte unter anderem, die Einkommenssteigerung ist schlecht. Frau Kollegin, das haben Sie im Ausschuß gemeint und Sie meinten, es müssen andere Einsparungsmöglichkeiten genutzt werden. Sie haben keine einzige genannt. Ich warte, daß Sie heute zum Pult kommen und sagen, das und das muß alles eingespart werden, und ich hoffe, daß Sie dann entsprechende Vorschläge unterbreiten. (Zwischenrufe der Abg. Helga Wieser.)

Sie haben also – ich möchte sagen – wieder einmal ein echtes „Jein“ zum Budget gesagt. Wenn man vom Einkommenswachstum redet, Frau Kollegin, lassen Sie mich doch ebenfalls zwei Zahlen sagen: von 1966 bis 1970 gab es eine reale Einkommenssteigerung – also in Ihrer Zeit, Sie können es nachlesen – von 7 Prozent, nominell 29 Prozent. Von 1970 bis 1974 gab es ein reales Einkommenswachstum von 23 Prozent, nominell von 70 Prozent. Das sind die Zahlen. Sie können vielleicht auch sagen, daß die Zahlen nicht stimmen, aber Sie werden diesen Beweis schwer führen können. (Abg. Dr. Gruber: Das wird sehr leicht sein!)

Pfeifer

Meine Damen und Herren! Die Strategie der großen Oppositionspartei hat sich seit 1970 nicht verändert. Sie lehnt das Budget 1976 mit den gleichen Argumenten ab wie 1970. Sie sagt nein zum Budget, kann dafür keinen echten sachlichen Grund anführen und ist sehr froh, daß die Sozialisten der Landwirtschaft die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, die Sie dann, nachdem Sie dagegen gestimmt haben, unter politischem Protest übernehmen und gerne als Ihre große Leistung den Bauern weitergeben.

Hohes Haus! Wenn das Agrarbudget debattiert wird, geht es nicht nur um veranschlagte Zahlen für das kommende Budgetjahr, sondern auch um die Agrarpolitik der Bundesregierung, die die Ernährung der Bevölkerung in ausreichendem Maße sicherzustellen hat. Dabei hat sie ihre Preispolitik zu führen, die das Einkommen der österreichischen Bauern sichert und den Konsumenten zumutbar ist. (*Abg. Dr. Mussil: Selten so gelacht!*) Das Landwirtschaftsbudget und die Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung trägt diesen wichtigen Voraussetzungen voll Rechnung. Dies ist umso bemerkenswerter, da das gesamte Staatsbudget in eine Zeit der weltweiten Rezession fällt. Trotz einer äußerst schwierigen Wirtschaftslage war es möglich, ein Budget für die Land- und Forstwirtschaft zu erstellen, das die kontinuierliche Entwicklung in der Land- und Forstwirtschaft erfolgreich fortsetzt.

Die Einkommensentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft ist laut Grünen Bericht zwar nach wie vor stark unterschiedlich, aber neuerlich um 12 bis 13 Prozent gestiegen. Der mit den Stimmen der Regierungspartei angenommene Grüne Plan 1976 weist für die Agrarförderung mit dem Bergbauern-Sonderprogramm, der Stabilisierungsquote und dem Konjunkturbelebungsprogramm veranschlagte ordentliche Bundesmittel von mehr als 1,5 Milliarden Schilling aus. Mit diesem höchsten bisher veranschlagten Betrag im Grünen Plan ist die Agrarförderung auch für das Budgetjahr 1976 sichergestellt. Die erfolgreichen Schwerpunktmaßnahmen in der Agrarförderung werden durch dieses Budget fortgeführt. Die Kollegen meiner Fraktion werden sich noch besonders mit diesen Schwerpunkten befassen.

War es 1970 so, daß sehr oft verringerte Mittel im Budget ausgewiesen wurden und der Grüne Plan vom vorherigen ohne wesentliche Änderungen abgeschrieben wurde, ist seit 1970, seitdem die Sozialisten die Regierung stellen, nicht zu übersehen, daß im Förderungsbudget echte Schwerpunkte gesetzt und neue Aktivitäten durch das Bergbauern-Sonderprogramm und das Grenzlandsonderprogramm durchgeführt werden. Dazu kommt noch, daß in einer

budgetpolitisch – wie ich schon sagte – schwierigen Zeit die Mittel für die Landwirtschaft in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden und dadurch eine weitere positive Entwicklung in der Land- und Forstwirtschaft möglich ist.

Neben den im Budget 1976 veranschlagten Milliardenbeträgen auf dem sozialen Sektor und den familienpolitischen Maßnahmen für die österreichischen Bauern kommt der erstmals praktizierten direkten Anweisung der Bundesmittel bei der Treibstoffverbilligung besondere Bedeutung zu. Wir halten dieses neue Verteilungssystem für gerechter, und außerdem sind wir Sozialisten der Auffassung, daß die österreichischen Bauern ein Recht darauf haben, genau zu wissen, welchen Betrag sie von wem und wofür bekommen.

Es versteht sich von selbst, daß wir diesen Weg der direkten Auszahlung von staatlichen Förderungsmitteln, wo dies möglich ist, fortsetzen werden. Es wird den spezifischen Funktionen der einzelnen Produktionsgebiete sowie den einzelnen Betriebstypen ebenfalls – wie im Agrarbudget 1976 – besondere Beachtung zufallen, und das Agrarbudget 1976 wird ein Budget für den funktionsfähigen ländlichen Raum sein, wie dies alle Agrarbudgets der sozialistischen Bundesregierung waren.

Dieses Budget wird die österreichischen Bauern tatkräftigst dabei unterstützen, damit sie so wie bisher zu mehr als 80 Prozent den Bedarf der Bevölkerung an qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln herstellen können und damit die Versorgung wie in der Vergangenheit auch in Zukunft bestens gesichert ist.

Dabei kann und darf nicht übersehen werden, daß durch dieses Landwirtschaftsbudget wiederum ein weiterer Schritt in Richtung der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen im ländlichen Raum ermöglicht wird.

Wir Sozialisten stimmen diesem Landwirtschaftsbudget zu. Wir betrachten dieses Budget als einen wesentlichen Faktor der Gestaltung der Agrarpolitik, die wir Sozialisten seit 1970 allein verantworten und für die wir vor einigen Wochen auch aus dem ländlichen Raum erhebliche Zustimmung bekommen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächster zum Wort kommt der Abgeordnete Meiβl.

Abgeordneter Meiβl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als freiheitlicher Sprecher sei es mir gestattet, zuerst zu den Ausführungen meiner beiden Vorredner Stellung zu nehmen, vor allem deshalb, weil mein

Meißl

unmittelbarer Vorredner, der Abgeordnete Pfeifer, in seinen Einleitungsworten meinte, er werde über die Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung sprechen. Darüber hat er kaum oder überhaupt nicht gesprochen, er hat auch wohlweislich verschwiegen, wie die Prozentsätze der Budgetansätze aussehen, in welchem Ausmaß eine Ausweitung erfolgt oder nicht. Sie ist nämlich im Vergleich zum Gesamtbudget kaum erfolgt. Darüber ist er hinweggegangen, weil man darüber nicht reden kann, da sich hier zeigt, daß entweder, Herr Abgeordneter Pfeifer, alles in Ordnung ist – das ist eine beliebte Formel in der Sozialistischen Partei –, daß also auch in der Landwirtschaft schon alles in Ordnung sei, oder daß – das habe ich seinen Worten und auch den Regierungserklärungen 1970 und 1971 entnommen – vieles übrig geblieben ist. Das ist unserer Meinung nach zu wenig. Aber das zuwenig ist keine Formel von uns. Wir meinen, daß eine neukonzipierte Agrarpolitik das wesentliche wäre.

Der Abgeordnete Pfeifer hat versucht, die Dinge mit dem ihm üblichen Pathos und ein bißchen genüßlich auf die andere Seite hin darzustellen und hat sie mit Statistiken zu untermauern versucht, mit Statistiken, von denen man weiß, daß man sie sehr wohl nach jeder Richtung hin auslegen kann beziehungsweise so erstellen kann, wie man sie braucht.

Wir meinen daher, daß der Sprecher der Regierungspartei keine konkreten Aussagen zur Agrarpolitik der Sozialistischen Partei gemacht hat. Ich darf auch noch eines dazu sagen: Es scheint mir nicht zielführend zu sein, daß sich der ganze Streit über die Agrarpolitik immer nur in den gegenseitigen Vorwürfen erschöpft: Das habt ihr früher auch nicht gemacht, und deswegen brauchen wir es jetzt auch nicht machen. So ungefähr lauten sie.

Zum Abgeordneten Dr. Lanner muß man natürlich auch etwas sagen, denn er hat den Versuch unternommen, beschwörend die Regierungspartei aufzufordern: Haltet ein! Setzen wir uns im Interesse der Landwirtschaft zusammen! Er hat eine Formel gebraucht, die wir Freiheitlichen im Interesse der Landwirtschaft ablehnen, diese bekannte Formel des Bauernbundes: Seid einig! Seid einig! Was hat das „seid einig“ von 1966 bis 1970 der österreichischen Landwirtschaft gebracht? Damals hätten die ÖVP-Bundesregierung und der Bauernbund die Möglichkeit gehabt, die Dinge entscheidend zu verändern. Sie haben es nicht getan. Wir meinen dagegen, daß eine stärkere Konkurrenzierung auch auf diesem Gebiet nur zum Vorteil der Betroffenen in der Landwirtschaft wäre, und um die kann es im Grunde genommen dabei nur gehen.

Ich kann mich noch erinnern, wie der Abgeordnete Zeillinger – ich glaube, es war im Jahre 1967 oder 1968 – hier davon gesprochen hat – er hat das damals allerdings in einem größeren Rahmen genannt –, daß jede Woche ein Bauerndorf stirbt. Der Abgeordnete Lanner hat heute, glaube ich, gesagt: Pro Tag 9 Höfe. Das ist schon richtig. Aber was hat damals, im Jahre 1967 oder 1968, wo freiheitliche Sprecher immer wieder darauf aufmerksam gemacht haben, daß eben etwas an der Agrarpolitik falsch ist, die ÖVP getan, um die Dinge entscheidend zu verändern? (Abg. Helga Wieser: Na, na!)

Meine Damen und Herren! Wenn wir nun zum Budget selbst kommen und vor allem zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft, so muß man doch grundsätzlich eines feststellen: Die ÖVP hat es – und das ist der Vorwurf an sie – in dieser Zeit nicht verstanden, die Dinge zu ändern. Sie hat keine differenzierte Agrarpolitik gemacht, Frau Abgeordnete Wieser, sie hat keine echte Grenzlandpolitik gemacht, sie hat keine Preispolitik gemacht, sie hat eben das nicht gemacht, was ich vorhin schon erwähnte, nämlich sich über den Rahmen der normalen Subventionstätigkeit hinaus, der Tröpfelpolitik, die im Grunde genommen die Bauern in ein Abhängigkeitsverhältnis geführt hat, Gedanken zu machen, wie es weitergeht. Das ist ja das echte Dilemma der ÖVP und des Bauernbundes. Der Abgeordnete Lanner hat das dadurch bestätigt, daß er sagte, sie seien zu spät darauf daraufgekommen, daß die Dinge verkehrt laufen.

Die Sozialisten sind aber im Grund genommen auch den Nachweis schuldig geblieben, daß sie eine neue Agrarpolitik konzipiert hätten. Außer ein paar Ansätzen, die man durchaus anerkennen muß – aber bei den Ansätzen ist es geblieben –, ging alles in den alten Geleisen weiter, sodaß im Grunde genommen nur eine Fortsetzung der unbrauchbaren ÖVP-Agrarpolitik durch die sozialistische Bundesregierung erfolgt ist. Sie ist in dieser Richtung auch die Reformen schuldig geblieben, die sie versprochen hat. In der Regierungserklärung 1970, in der Regierungserklärung 1971 waren ja die Markierungen – wenn ich so sagen darf – aufgezeigt, und 1975 lesen wir diese roten Markierungen wieder. Aber es sind nur Ankündigungen, Absichtserklärungen. Konkrete Maßnahmen fehlen. Auch der Abgeordnete Pfeifer konnte sie heute im Haus nicht nennen.

Wir meinen, daß hier vieles falsch ist und geändert gehört, und sehen mit großem Interesse den Auseinandersetzungen, die jetzt in der Agrarmarktordnung kommen werden – Auflösung der Fonds und so weiter –, entgegen: nicht, weil wir meinen, es solle ein Machtabtausch

Meißl

stattfinden und jetzt solle Marktpolitik, die die eine Seite gemacht hat, durch die Marktpolitik der anderen Seite ersetzt werden, sondern weil das vielleicht doch der Anfang ist, daß man überlegt, welche Wege man im Interesse der Betroffenen gehen kann.

Da stimme ich mit dem Abgeordneten Dr. Lanner überein: Es geht um die Landwirtschaft, und nur um die geht es! Es geht nicht um ÖVP-Landwirtschaftspolitik, und es geht nicht um SPÖ-Landwirtschaftspolitik, es geht um die Landwirtschaft!

Meine Damen und Herren! Wir haben ja Gott sei Dank in den letzten Jahren erlebt, daß man die Fragen der Landwirtschaft gezwungenermaßen einer besseren und deutlicheren Überlegung unterziehen mußte. Bisher war es doch so – es ist heute schon angeklungen –, daß man gesagt hat: Na, die Frage der Ernährung ist ja nicht schwierig: wenn wir sie selber im eigenen Land nicht mehr lösen können oder wenn die Erzeugungskosten zu hoch werden, dann werden wir eben importieren!

Diese Einstellung mußten die gesamte Öffentlichkeit und die Verantwortlichen in unserem Lande revidieren, weil sie heute wissen, daß es ein unerlässlicher Bestandteil der Neutralität ist, daß die Landwirtschaft die Ernährung sicherstellt. Sie wissen, daß das bis zu 80 Prozent bereits geschieht. Es wäre sicherlich möglich, im Krisenfall – und der Krisenfall stand wiederholt vor unserer Tür – die Ernährung sicherzustellen. Da plötzlich hat man für die Landwirtschaft nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in der breiten Öffentlichkeit mehr Verständnis gefunden.

Und dann kam das zweite: Als wir plötzlich daraufkamen, daß uns das Wohlstandszeitalter tagtäglich auch riesige Gefahren ins Haus bringt, daß wir eine gesunde Umwelt brauchen, da entdeckte man plötzlich, daß der Landwirt als der sogenannte Landschaftsschützer, wie er auch genannt wird, ein unerlässlicher Faktor in der Gesunderhaltung unserer Umwelt ist. Da hat er eine Funktion erhalten, die weit über die Betreuung der landwirtschaftlichen Gebiete hinausgeht.

Hier hat man sich plötzlich darauf besonnen: Wir brauchen die Landwirtschaft! Es ist auch eine gewisse Umstellung erfolgt, nur noch nicht in dem Ausmaß, wie wir es gerne sehen würden, Herr Landwirtschaftsminister!

Hier wird es noch vieler Aufklärung der Bevölkerung bedürfen, um sie aufmerksam zu machen, daß man die Landwirtschaft braucht und daß man auch etwas für sie tun muß. Uns erscheint das, was für die Landwirtschaft getan wird, zuwenig. Für alle anderen Berufsgruppen, vielleicht mit Ausnahme der kleinen

Wirtschaftstreibenden, der Gewerbetreibenden, hat man überall im sozialen Bereich Verbesserungen geschaffen. Was ist für die Landwirtschaft in dieser Richtung geschehen? Ich will es nicht mit nichts abtun, aber viel zuwenig. Und hier der Appell an Sie, Herr Landwirtschaftsminister, wirklich die Dinge zu überdenken, ob man nicht etwas mehr tun muß.

Ich will nicht neuerlich zitieren, daß der Arbeitslohn, den heute der in der Landwirtschaft Tätige erhält, unzureichend ist. Dabei möchte ich mich gar nicht in den Streit zwischen Vollerwerbsbauern und Nebenerwerbsbauern einmischen. Alle in der Landwirtschaft Tätigen sind wichtig. Grundlage sind unserer freiheitlichen Meinung nach sicherlich die Vollerwerbsbauern, weil diese natürlich den größeren Anteil an der Sicherstellung haben und auch davon leben müssen. Das muß man sich auch überlegen. Hier ist also sicherlich eine Differenzierung notwendig. Aber ich sage: Für alle in der Landwirtschaft Tätigen muß man etwas tun.

Ich will nicht wiederholen, was immer gesagt wird. Aber die soziale Lage ist im Grunde genommen betrüblichst: das darf ich ausdrücklich sagen. Ganz abgesehen von dem Problem der Zuschußrentner, zu dem wir hier so oft die Stimme erhoben und gesagt haben: Herr Vizekanzler, Herr Sozialminister! Es ist für eine sozialdemokratische Regierung doch unerträglich, daß sie dieses Problem nicht löst. Das ist sozialpolitisch überhaupt das schlimmste, was einer sozialdemokratischen Regierung passieren kann, daß man ihr heute noch vorwerfen muß, daß sie den Kampf gegen die Armut nicht gewonnen, sondern im Gegenteil in etlichen Bereichen sogar verschlechtert hat.

Meine Damen und Herren! Hier wird bei der Regierungserklärung im besonderen angeführt, man wird Aktivitäten setzen, und man erwähnt die Bäuerin. Wir wissen alle, welche Arbeitsbelastung die Bäuerin heute hat und wie schwer es ist, junge Bäuerinnen zu veranlassen, auf einen Hof zu heiraten, wenn sie den Zustand des Hofes sehen. Wir hätten erwartet, daß die Regierungspartei hier irgendein konkretes Zeichen setzt. Das liegt nicht vor. Absichtserklärungen!

Ich werde einen Entschließungsantrag in dieser Richtung einbringen. Wir Freiheitlichen haben hier einen konkreten Vorschlag, wie wir vor allem der jungen Bäuerin durch eine Rationalisierung der Hauswirtschaft helfen könnten. Ich komme noch darauf zurück.

Es ist doch ganz interessant, Herr Abgeordneter Pfeifer, wenn man sich die letzten Stenographischen Protokolle anschaut. Pfeifer hat zum Beispiel am 12. Dezember 1970 gesagt:

590

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Meißl

„Das Budget 1970 ist das letzte Budget einer monokoloren ÖVP-Regierung.“

Da hat er recht behalten. Das stimmt.

An die ÖVP gewandt hat er damals gesagt:

„Sie haben für die Landwirtschaft kein Programm, Sie leben vom teuren Improvisieren.“ (*Abg. Thalhamer: Auch recht gehabt!*) Hat er auch recht.

Am Ende seiner Rede sagte er:

„Wir Sozialisten sind bereit und mit unseren Programmen“ – Programme sind überhaupt immer der Stehsatz der sozialistischen Bundesregierung – „gut vorbereitet, bei einem klaren Wählerauftrag“ – den haben Sie bekommen – „eine moderne Wirtschaftspolitik und damit verbunden eine Agrarpolitik zu etablieren, in deren Mittelpunkt der Mensch im ländlichen Siedlungsraum steht.“

Wie schaut der Mensch im ländlichen Siedlungsraum jetzt aus? Ich habe es gerade früher gesagt! Wie schaut er aus? Was hat man ihm gebracht? Er hat keine Arbeitszeitbegrenzung und ist sozial schlechtgestellt. Das ist die humane Gesellschaft der Sozialisten in dieser Richtung?

Ich will nicht Dinge wiederholen, die ich schon gesagt habe. Aber hier haben die Sozialisten nicht gehalten, was sie damals versprochen haben.

Auch der Herr Bundesminister Dr. Weihs – ich muß ihn auch zitieren – hat gesagt:

„Ich wundere mich immer wieder, daß die Argumentation der ÖVP so arm an durchschlagskräftigen Argumenten ist, daß sie immer wieder dann, wenn sie nicht mehr aus und ein weiß, auf schlechtere Verhältnisse in anderen Ländern hinweist und damit zum Ausdruck bringen will, daß bei uns in Österreich sowieso alles in bester Ordnung sei.“

Diesen Satz haben diessozialistische Bundesregierung und einige Minister übernommen. Ich denke an den Minister Androsch, der im vorigen Jahr beim Budget auch erklärt hat: Es ist alles in bester Ordnung! Er hat das in Erwiderung auf Vorwürfe, die der Abgeordnete Zeilinger erhoben hat, erklärt. Dieser hat ihm gesagt: Herr Bundesminister! Sagen Sie uns doch endlich, wieviel Milliarden Defizit es sein werden! Nicht die 16, die im Budget stehen! Androsch hat gesagt: Das sind Horrorziffern, die Sie nennen, Gruselziffern! Inzwischen hat er einbekannt, daß es inzwischen 46 statt 16 Milliarden geworden sind.

Diese Formulierung „Es ist alles in bester Ordnung“ haben wir schon öfter immer wieder

gehört, und es war wirklich verführerisch, auch den Dr. Androsch in diesem Fall zu zitieren.

Weihs bezeichnete es aber damals des weiteren als das Kernproblem einer modernen Agrarpolitik, eine Strukturpolitik zu betreiben, um zur Erzielung angemessener Einkommen entsprechend ausreichende Betriebsgrößen zu erhalten.

Das ist an und für sich ein Stehsatz, den wir ja überall wieder finden (*Zwischenruf*), nur: wenn wir – ich komme schon noch darauf – den Grünen Bericht anschauen, dann sehen wir, daß das Ziel ja nicht erreicht wurde, Herr Bundesminister, denn dort wird ja zugegeben, daß die Disparität innerhalb der Landwirtschaft immer größer wird.

Mit der Strukturpolitik in diesem Zusammenhang möchte ich gleich ein regionales Problem anschneiden. Es ist sicherlich zu begrüßen gewesen, daß gemeinsame Aktionen von Bund und Land für unsere Grenzgebiete erfolgt sind. Es sind die sogenannten Grenzlandsonderprogramme. Ich habe das im Ausschuß bereits urgirt. Hier wird nun ein Streit geführt, ein Streit seit dem Jahr 1974: Was ist mit dem Grenzlandsonderprogramm der Steiermark?

Ich setze als bekannt voraus, daß dieses Grenzlandsonderprogramm, das ja immerhin – ich nehme das Beispiel Niederösterreich – pro Jahr 60 Millionen Schilling zusätzlich bringt – pro Jahr ein AI-Kreditvolumen von 80 Millionen Schilling, auf fünf Jahre konzipiert –, in Niederösterreich bereits seit 1974 läuft, sodaß man hätte meinen müssen, daß das in anderen Ländern doch auch möglich sein muß, die im Grunde genommen die gleichen Sorgen haben; ich denke eben an unsere steirischen Grenzgebiete.

Und hier wird jetzt der Streit geführt: Wer hat es verabsäumt, rechtzeitig die Weichen zu stellen? Ich muß nämlich der ÖVP den Vorwurf machen, daß sie von sich aus ja auch ihre niederösterreichischen Freunde hätte zumindest fragen können: Wie macht ihr das? Sie muß ja davon gehört haben, daß es so etwas gibt.

Nun kriege ich im Ausschuß auf mündliche Anfragen einmal zur Antwort: Die steirische Landesregierung ist schuld!, und dann heißt es wieder – das hat der Dipl.-Ing. Riegler im Ausschuß gesagt –: Nein, sie – und zwar der Herr Landeshauptmann – haben rechtzeitig einen Vorschlag nach Wien geschickt.

Herr Bundesminister! Vielleicht sind Sie in der Lage, heute hier einmal konkret zu sagen, wie die Dinge liegen, wer an dieser Verzögerung schuld ist, wobei ich noch bemerken darf, daß inzwischen Sonderprogramme für Kärnten

Meißl

abgeschlossen wurden. Das geschieht laufend. Auch für Oberösterreich läuft ein Sonderprogramm an. Nur für die Steiermark geht das nicht.

Ich möchte nur wissen: Wer ist daran schuld?

Aber darüber hinaus, Herr Bundesminister, wäre ich sehr, sehr interessiert daran – und ich möchte Sie darum ersuchen –, daß Sie von Ihrer Seite aus alles tun, nicht mehr die Schuld hin- und herzuschieben, sondern zu bewirken, daß das endlich zum Laufen kommt.

Man müßte aber dann für das Jahr 1976 – früher wird es sowieso leider nicht mehr gehen – auch im Budget entsprechend Vorsorge treffen, die ja nicht vorhanden ist.

Indem ich ganz kurz, meine Damen und Herren, auf die „Parlamentskorrespondenz“ bezüglich des Finanz- und Budgetausschusses hinweise, darf ich das, was ich eben gesagt habe, noch dadurch untermauern, daß hier ganz klar und deutlich steht: Hinsichtlich der Steiermark, hat der Herr Bundesminister erklärt, ist bis dato noch nichts geschehen, obwohl im Rahmen des Finanzausgleichs seit einigen Jahren ein Grenzlandförderungskonzept existiert. Es gab dann eine Antwort vom Abgeordneten Ing. Riegler, der eben, wie schon erwähnt, erklärt hat: Ja, es liegt bereits seit 29. April ein diesbezügliches Forderungsansuchen vor.

Ich kann nur wieder dazu sagen: Dieser Streit interessiert uns Freiheitliche nicht. Wir wollen haben, daß dieses Grenzlandsonderprogramm, das die schwachen Strukturen an unserer Grenze verbessern würde – und darum geht es ja dabei –, möglichst rasch zum Tragen kommt. Ich darf Sie in dieser Richtung bitten, Herr Bundesminister: Vielleicht können Sie heute darüber mehr sagen als im Ausschuß.

Es wurde schon über Belastungen gesprochen, die auf die Landwirtschaft zukommen. Ich darf das unterstreichen. Wir wissen, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer, gegen die wir Freiheitlichen bekanntlicherweise gestimmt haben, für die Landwirtschaft natürlich neue, zusätzliche Belastungen bringt. Wir haben versucht, durch Anträge im Finanz- und Budgetausschuß Erleichterungen zu schaffen. Das ist bei der bekannten Einstellung der Bundesregierung: Über das Budget können wir nicht mehr reden, das ist abgeschlossen, hier ist nichts mehr drinnen!, nicht gegückt.

Aber, meine Damen und Herren, es ist doch so, daß in diesem Bereich wirklich eine echte Doppelbelastung vorhanden ist, denn auf der einen Seite muß der Landwirt seine Betriebsmittel kaufen, die jetzt natürlich teurer werden, wobei wir schon seit langem verlangt haben, daß bei einem wesentlichen Betriebsmittel der Satz

herabgesetzt werden sollte, und zwar bei den Düngemitteln wenigstens auf den halben Satz; das wurde auch vom Abgeordneten Dr. Broesigke vertreten. Maschinen, Dienstleistungen, Pflanzenschutzmittel, alles das wird natürlich teurer, daran ist gar kein Zweifel.

Die zweite Belastung trifft den Landwirt als Konsumenten: Kleidung, Möbel, technische Geräte, Getränke, alles wird natürlich auch teurer, und dafür hat er überhaupt keine Abgeltung.

Wir meinen daher, daß die Frage des pauschalierten Steuersatzes überprüft gehört, denn das geht einfach nicht, daß man diese Belastung auf der Landwirtschaft beläßt, für die Berechnungen – bitte, ich sage mit Vorsicht „Berechnungen“ – ergeben, daß diese Belastungen bis zu 1 Milliarde Schilling ausmachen sollen. (Zwischenrufe der Abg. Helga Wieser.)

Herr Bundesminister, hier auch an Sie die Frage: Haben Sie den Finanzminister darauf aufmerksam gemacht, welche zusätzliche Belastung auf die Landwirtschaft durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zukommt? Ich würde bitten, daß Sie auch dazu Stellung nehmen.

Wir haben im Landwirtschaftsausschuß den Grünen Bericht, den Grünen Plan abgelehnt. Ich habe damals – ich zitiere wieder die „Parlamentskorrespondenz“; es war ja so, der Abgeordnete Dr. Haider, heute bereits zitiert, hat seine Ablehnung im Grund genommen mit zuwenig Geld begründet – erklärt: „Dieser Bericht der Bundesregierung ist ein Spiegelbild dafür, wie man in den alten Geleisen weiterfährt; er ist in den wesentlichsten Passagen von den Berichten der Vorjahre einfach abgeschrieben.“ – Das ist nachweisbar. – „Das bedeutet, daß die alte Agrarpolitik, die die Freiheitlichen schon seit Jahren kritisieren, weitergeführt wird.“ Wir können diesem Bericht wenig Seriosität zubilligen.

Ich weiß, da wird dagegen eingewendet, in der §-7-Kommission sitzen sowieso alle drinnen, auch von Seite der ÖVP wird das gesagt. Wir meinen, etwas stimmt nicht, denn wenn man praktisch die Situation der Landwirtschaft und vor allem die unterschiedliche Situation, in der sich die Landwirtschaft befindet, in der Praxis kennt, so kann einfach so ein Bericht das nicht aussagen, wobei der Grüne Bericht mit einzelnen Formulierungen zugibt, daß es doch nicht zum Besten ist, wenn beispielsweise festgestellt wird: Der Einkommenszuwachs 1974 ist geringer als 1973. Und es gibt ja auch noch andere Formulierungen darin, die das bestätigen.

Eine Alarmsituation, meine Damen und Herren, ist im Grunde genommen – das wurde

592

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Meißl

schon gesagt, und ich möchte das mit allem Nachdruck unterstreichen – im Bereich der Bergbauern. Die Disparität, die wirklich erschreckend ist, weist der Grüne Bericht ja aus. Diese 39.582 S landwirtschaftliches Einkommen je Familienarbeitskraft sind gar nicht das echte Einkommen, denn ich darf Ihnen sagen, dieses Einkommen muß ja auch zum Teil für Investitionen verwendet werden! Es steht ja auch im Grünen Bericht: ... nicht im vollen Umfang für ihre private Lebensführung zur Verfügung steht, ... insbesondere zur Sicherung des vorhandenen Bestandes an Anlagegütern, aber auch für die Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen!

Also auch das, die 39.500 S, ist im Grunde genommen noch ein Scheineinkommen, das nicht real ist. Demgegenüber aber: 1975 wird wieder festgestellt: Das Ziel der Agrarpolitik ist es, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standard der bäuerlichen Menschen an jenen der anderen Bevölkerungsgruppen heranzuführen und jede Benachteiligung zu beseitigen.

Das stand auch 1971 schon drinnen. Ja wo ist das geschehen, wo ist diese Heranführung erfolgt? Im Bereich der Bergbauern natürlich am allerwenigsten.

Dazu kommt ja auch, daß es sich nicht nur der Bergbauer oder der im bergigen Gelände Tätige – denn man darf ja nicht jeden als Bergbauern bezeichnen, der irgendwo oben am Hang seinen Hof hat – wirklich heute schon überlegen muß, ob er bleiben soll auf Sicht, sondern auch der, der schlechte strukturelle landwirtschaftliche Geländeeverhältnisse hat. Er ist heute als Umweltschützer deklariert worden. Das wird zugegeben, aber was tut man hier? – Unserer Meinung nach viel zuwenig.

Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß eine Politik für die Bergbauern betrieben wird. Wir meinen, man hat leider Gottes immer eine Politik mit den Bergbauern betrieben. Mit den Bergbauern hat man Politik gemacht, und das ist unserer Meinung nach falsch.

Das Förderungswesen, das vor allem im Bereich der Bergbauern nun angekurbelt werden soll, hat einen entscheidenden Fehler. Ich möchte gar nicht auf die Problematik der Neuzonierung und all dieser Dinge eingehen. Im Grund genommen können die, glaube ich, 58 Millionen Schilling – ich habe es auch im Ausschuß gesagt – nie ausreichen, wenn man die bisherigen Beträge nur an die auf Grund der Neueinteilung festgelegten landwirtschaftlichen Betriebe zur Auszahlung bringen würde. Hier wird wohl von „Verbesserung“ gesprochen, konkrete Maßnahmen hat man nicht gesetzt.

Vieleicht holt man das – wir hoffen es, Herr Bundesminister, wenn sich herausstellt, daß man zuwenig Geld hat – mit einem Budgetüberschreitungsgesetz nach. Aber ehrlicher wäre es gewesen, das hier hineinzunehmen, denn diese Diskrepanz ist ja unverständlich.

Im Bereich der Bergbauern wird es eine Reihe von Maßnahmen geben müssen, die ich gar nicht im einzelnen erwähnen will. Ich möchte nur eines sagen: Wenn man das Landwirtschaftsgesetz, das seinerzeit von Hartleb und Scheuch konzipiert und auch hier eingereicht wurde, in dem entscheidenden Punkt befolgt hätte, daß nämlich die Preisfrage mitgeregelt wird, dann bräuchte man all diese Gesetze, die man jetzt schon hat oder noch machen will, nicht. Das betrifft das Berggebiet-Entwicklungsge

gesetz.

Es geht wieder um die konkrete Frage: Ist eine Verpflichtung für den Gesetzgeber vorhanden, daß er bestimmte Maßnahmen durchführen muß, weil sie im allgemeinen Interesse liegen, nicht im Interesse des Hofes, sondern im allgemeinen Interesse? Das geschieht aber nicht!

Ich darf jetzt noch zu ein paar aktuellen Fragen kurz Stellung nehmen, die die Gemüter nicht nur auf dem agrarpolitischen Gebiet, sondern weit darüber hinaus in der Bevölkerung berührt haben. Es ist der Versuch, eine neue Agrarmarktordnung zu konzipieren, in die Wege geleitet. Der Herr Bundesminister hat nunmehr einen Entwurf zur Begutachtung ausgeschickt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, Sie kennen die Entwicklungsgeschichte dieser Marktordnungsgesetze, diesen jährlichen oder eineinhalbjährlichen Kuhhandel, weil eine Verfassungsbestimmung das notwendig macht. Es wird jetzt der Versuch unternommen, diese Fragen einfach-gesetzlich zu lösen. Ich erinnere mich sehr gut, daß auch von Seiten der ÖVP wieder einmal eine Junktimierung drohte. Es war das bekannte Krampus-Abkommen; ich glaube, im Jahre 1968 – in der „Kleinen Zeitung“ ist es heute nachzulesen. Darin hat man gesagt: Wenn es nicht geht, dann werden wir uns eben nicht erpressen lassen und werden die Dinge einfach-gesetzlich regeln.

Das ist in der Schublade geblieben. Ich weiß nicht: War überhaupt je etwas vorhanden, Herr Präsident Minkowitsch? – Er nickt. Also war etwas vorhanden. Es ist aber in der Schublade geblieben. Man hat sich damals erpressen lassen, um es ganz vereinfacht zu sagen. Sie werden sich auch erinnern können. Ich selbst war damals Sprecher anlässlich einer Auseinandersetzung mit Vizekanzler Dr. Withalm.

Wir Freiheitlichen sind durchaus bereit, unsere Dienste mit zur Verfügung zu stellen. Wir

Meißl

sind nicht überheblich, daß wir glauben, wir haben das Ei des Weisen hier gefunden. Wir haben aber Vorstellungen ... (*Abg. Minkowitsch: Stein des Weisen!*) Stein der Weisen, danke vielmals, ich wollte das mit dem Ei für die Landwirtschaft sagen; aber bleiben wir beim Stein. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Genau. Danke schön.

Wir meinen, daß die Diskussion auf breitesten Basis beginnen sollte. Ich richte an den Herrn Bundesminister die Einladung – nicht die Einladung, sondern das Ersuchen –, alle Bauernorganisationen, die dazu konkrete Vorschläge haben, wie die Freiheitliche Bauernschaft mit ihrem Agrarprogramm, einzuladen, mit der Diskussion darüber zu beginnen. Es kann nur darum gehen, wie man die Fragen objektivieren kann.

Wir haben ausdrücklich erklärt – das möchte ich noch einmal betonen –: Mit einem reinen Machtabtausch ist es nicht getan, daß etwa die Machtpolitik des ÖVP-Bauernbundes jetzt durch eine andere ersetzt werden soll. Es sollten vielmehr im Interesse der Landwirtschaft die Dinge überprüft und geändert werden. Nur eines geht nicht: Daß man es wieder herankommen läßt bis zum letzten Moment, und dann wird wieder der alte Kuhhandel gemacht, wie eben schon x-mal.

Wir haben bis zum Auslaufen der Marktordnungsgesetze ein halbes Jahr Zeit. In dieser Zeit müßte man sich von allen Seiten ernstlich überlegen, wie man die Dinge besser macht, damit sie vor allem besser funktionieren.

Das betrifft auch die sogenannte Auflösung der Fonds. Das ist ein Streitobjekt, das heute bereits angekündigt wurde. Herr Bundesminister! Wir sind auch bezüglich der Auflösung der Fonds gesprächsbereit. Nur müßten sie ihre Aufgabe besser erfüllen als bisher. Wenn das gewährleistet ist, kann man mit uns darüber reden, soweit man uns überhaupt heranzieht, diesbezüglich die Meinung kundzutun. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*)

Ich will jetzt gar nicht den Zeitungsartikel betreffend die Fonds erwähnen. Der Rechnungshof hat schon einmal festgestellt, daß eine Aufblähung der Fonds gegeben ist. Er hat sich in erster Linie auf den Viehverkehrsfonds bezogen: Er führt ein Eigenleben, er bezahlt überhöhte Gehälter und so weiter. Wir sind durchaus der Meinung, daß das überprüft gehört. Wenn es nicht brauchbar ist, dann muß man sich überlegen, wie man es anders macht. (*Abg. Fachleutner: Den Meißl hinein in den Fonds!*) Ich glaube schon, Herr Abgeordneter Fachleutner, daß Freiheitliche – das haben sie bisher noch immer gezeigt – etwas zu sagen

haben. Ich führe nur ein Beispiel aus der letzten Zeit an, wo ich selbst dabei war: Das Forstgesetz wurde einvernehmlich verabschiedet. Ich wollte dazu sowieso noch etwas sagen. Das Forstgesetz hat doch wesentliche Veränderungen erfahren, die sicher von beiden Oppositionsparteien vorgebracht wurden. Wir hoffen, daß am 1. Jänner 1976 ein brauchbares Gesetz in Kraft tritt. Aber die Mitarbeit der Freiheitlichen und ihrer Mitarbeiter hat sicher mit dazu beigetragen, daß man dieses Ergebnis erzielt hat.

Zum Förderungswesen: Diesbezüglich hat der Herr Staatssekretär, glaube ich, in Zeitungen schon wiederholt Stellung genommen. Wir meinen, daß die Dinge wirklich überprüft gehören. Ich mache kein Hehl daraus, daß wir die im Jahre 1971 installierte Bundesprüfungs-kommission deshalb nicht beschickt haben, weil wir der Meinung waren, daß das kein brauchbares Instrument in dieser Größe ist.

Sollte aber auf Landesebene die Möglichkeit bestehen, daß man Einrichtungen dieser Art schafft, die wirklich echt in der Lage sind – objektiv, nur darum kann es dabei gehen –, die Dinge zu überprüfen, so werden wir uns an diesen Beratungen gern beteiligen. Dazu gehört natürlich auch die Information, daß die Richtlinien rechtzeitig herauskommen. Das ist ja bisher das Übel gewesen. Es gibt durchaus Bereiche – und das sei zugegeben –, wo die Dinge gut laufen. Aber allein im Beratungswesen hat es daran gemangelt, daß die Richtlinien und die Informationen zu spät kamen. Ich weiß schon: In den Bürgermeisterämtern liegt so ein Richtlinienbuch. Wer läßt das anschauen? – Das ist einmal die erste Frage.

Wer macht das Plakat auf? – Das ist die zweite Frage. – Es müßten alle Betroffenen rechtzeitig informiert werden. Das wäre vor allem eine Aufgabe, die auch vom Ministerium aus zu erfüllen wäre.

Wir meinen zu diesem ganzen Fragenkomplex: Objektivierung kann nur im Interesse der Landwirtschaft, kann nur von Vorteil sein. Wir werden auch selbstverständlich gern unsere Mitarbeit anbieten.

Meine Damen und Herren! Es ist ein Markenzeichen der letzten Zeit, daß man, immer wenn man Probleme nicht lösen kann – und das gilt für die sozialistische Bundesregierung –, darüber nur redet, Ankündigungen macht, versucht, Kommissionen einzusetzen; das gehört ja auch dazu. Wenn Kommissionen sinnvoll sind und konkrete Arbeit liefern, dann sind wir durchaus dafür. Wenn beispielsweise wissenschaftliche Beiräte im Bereich des Landwirtschaftsministeriums eingerichtet werden, die etwas bringen, sind wir damit einverstanden.

Meißl

Wir sind auch mit dem Agrarrat im grundsätzlichen einverstanden, nur muß man genau wissen, welche Zielsetzungen und Aufgaben er hat. Herr Bundesminister! Das dürfte dann nicht nur ein Informationsorgan für die anwesenden Agrarvertreter sein, sondern müßte ein Beratungsgremium sein, wo die einzelnen Gruppen auch ihre Vorschläge mit zur Diskussion stellen können. Ich beziehe das im besonderen auf die Freiheitlichen, die konkrete Vorstellungen im Rahmen des freiheitlichen Agrarprogramms haben.

Andere Organisationen haben auch welche. Bei der ÖVP ist es oft so, daß man wirklich nicht genau weiß – und das sei dem Dr. Lanner gesagt –: Was will sie eigentlich in der Landwirtschaft? Es besteht nur ein Hin- und Herschwenken vom Vollerwerbsbauern jetzt wieder zum Nebenerwerbsbauern und vielleicht einmal zum Zuerwerbsbauern. Hier sollte schon einmal eine generelle Aussage vorliegen, ein Programm, das sie im Grunde genommen bis heute noch nicht hat.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon am Anfang angekündigt, wir haben schon im Ausschuß in einem Bereich einen konkreten Vorschlag eingebracht, haben aber keine Unterstützung gefunden. Es ist der Vorschlag, daß man vor allem den Jungbäuerinnen helfen möge, denn sie haben keine andere Möglichkeit, sie können nicht beim Kinderkriegen einen Karenzurlaub in Anspruch nehmen, sie müssen die Arbeit am Feld leisten, weil es ja nur der Familienbetrieb ist. Dort stellen sie eine Vollkraft dar. Es wurde vorgeschlagen, daß man sie dort entlastet, wo es für sie eine echte Entlastung bedeuten würde, und zwar in ihrer Hauswirtschaft, und daß man diesen Jungbäuerinnen einen unverzinslichen Kredit einräumt, der nur dazu verwendet werden kann, daß die Hauswirtschaft entsprechend rationalisiert und mechanisiert wird, damit die Jungbäuerin nicht neben ihren zusätzlichen Tätigkeiten auch noch diese Frage mitzuüberlegen hat, das heißt, damit diese Frage sie nicht auch noch belastet.

Denn es ist ja oft so, daß manche dieser Jungbäuerinnen, wenn sie in den Hof kommen, den sie einmal als Bäuerin mitverwalten sollten, und den Zustand der Hauswirtschaft, von der Küche angefangen, sehen, sich sagen: Da gehe ich nicht hin, weil in der Landwirtschaft noch nicht der Komfort erreicht ist, wie er eben in anderen Bereichen, vor allem im städtischen Bereich, heute eine Selbstverständlichkeit darstellt. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf daher in diesem Sinn einen Entschließungsantrag einbringen; er lautet:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Meißl, Dipl.-Ing. Hanreich, Dr. Stix.

„Die Bundesregierung wird“, wie es in der Regierungserklärung vom 5. November 1975 heißt, „darum bemüht sein, durch ihre Aktivitäten die Lage der Bäuerin zu erleichtern.“

Die freiheitlichen Abgeordneten vertreten die Auffassung, daß unter anderem durch die Gewährung von Hausstandsgründungskrediten, die jungverheirateten Bäuerinnen die Anschaffung zeit- und arbeitssparender Haushaltsgeräte ermöglichen, in diesem Zusammenhang eine wesentliche Erleichterung herbeigeführt werden könnte.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, ehest eine Kreditaktion ins Leben zu rufen, in deren Rahmen – mit der Zweckbindung der Anschaffung zeit- und arbeitssparender Haushaltsgeräte – die Gewährung unverzinslicher und langfristiger Kredite in der Höhe bis zu 80.000 S an jungverheiratete Bäuerinnen vorgesehen ist.“

Meine Damen und Herren! Ich würde Sie wirklich herzlich bitten – beide Seiten dieses Hauses –, daß Sie sich überlegen, ob Sie nicht dieser Initiative, die ja im Grunde genommen der angekündigten Aktivität der Bundesregierung entsprechen würde, Ihre Zustimmung geben. Ich bitte Sie auch in diesem Sinne, noch einmal zu überprüfen, ob Sie nicht beitreten oder zumindest den Antrag unterstützen könnten.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits am Anfang gesagt, daß wir Freiheitlichen diesen Kapiteln nicht die Zustimmung geben können, weil wir der Meinung sind, daß, abgesehen von den Ansätzen her, die ja schon ein deutliches Zeichen sind, diese Bundesregierung weiterhin die Landwirtschaft als ein Stiefkind betrachtet. Darüber hinaus haben wir einen besonderen Grund, diesen Kapiteln die Zustimmung zu verweigern: Wir haben auch bisher noch keine Ansätze dafür gesehen, daß wirklich eine Agrarpolitik gemacht wird, die endlich die Zustände im ländlichen Raum verbessern könnte. Es sollte so sein, wie es in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers wiederholt angekündigt wurde, daß die Gleichstellung mit allen anderen Berufsgruppen erreicht wird. Das ist nicht der Fall, Herr Bundesminister! Deshalb auch unsere Ableh-

Meißl

nung des Grünen Planes und des Kapitels Land- und Forstwirtschaft. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Der vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Meißl und Genossen ist genügend unterstützt, er steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Egg. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Zittmayr: Die englische Bezeichnung für Ei!* – *Abg. Egg: Wenn Sie ein bißchen besser Englisch könnten, könnte man manch anderes noch dazu sagen!*)

Abgeordneter Egg (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zweifellos sind manche der kritischen Bemerkungen, die von den bisherigen Oppositionsrednern vorgebracht wurden, in bezug auf die Situation verschiedener Gruppen in der Landwirtschaft grundsätzlich richtig. Aber an den versteinerten Strukturen in der Landwirtschaft, meine Damen und Herren der ÖVP, ist allein die Österreichische Volkspartei schuld, denn sie hatte 25 Jahre hindurch die Politik im Landwirtschaftsressort allein und nach ihren eigenen Überlegungen zu leiten gehabt. Wenn man das weiß, muß man sagen, ist es verständlich, daß nicht innerhalb von fünf Jahren diese versteinerte Struktur durch eine moderne sozialistische Agrarpolitik einer grundsätzlichen, einer grundlegenden Veränderung zugeführt werden kann. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wenn wir das glauben, was er sagt, ist es furchtbar!* – *Zwischenruf des Abg. Dr. Haider!*)

Im übrigen, wenn Sie selber etwas aufmerksamer und mit offenen Augen die Situation in der Landwirtschaft betrachten würden, würden Sie sicherlich feststellen, daß die Wähler des ländlichen Raumes, die zu vertreten Sie vorgenommen, in den letzten Jahren immer stärker an Ihrem Alleinvertretungsanspruch zweifeln, und es gibt nicht wenige, meine Damen und Herren vom Bauernbund, die immer stärker deutlich machen, daß sie nicht mehr an die allein seligmachenden Äußerungen des Bauernbundes in Österreich glauben. (*Abg. Dr. Haider: Haben Sie nie etwas von Wahlen gehört?*)

Wenn man mit Statistiken, wie der Herr Bauernbunddirektor Lanner – ich komme noch darauf –, oder mit Prozentsätzen des Anteils, wie der Herr Kollege Meißl, zum heutigen Kapitel seine Meinung äußert, dann muß ich sagen, daß das zweifellos einigermaßen oberflächliche Argumente im Zusammenhang mit der Diskussion zum Kapitel Landwirtschaft sind. (*Zwischenruf des Abg. Meißl.*)

Die kritischen Ausführungen von Ihnen, meine Herren auf der Oppositionsbank, zum

Kapitel Landwirtschaft anlässlich der Sitzung im Finanz- und Budgetausschuß waren nämlich dergestalt, daß Sie dort fast alle Ansätze als zu gering dotiert betrachtet haben. Und der Abgeordnete Deutschmann hat dort, für die Opposition durchaus berechtigt und verständlich, erklärt, daß die Ansätze dieses Budgets nicht die Grundlage bieten, um das Auslangen für das Jahr 1976 zu finden, und daß insbesondere etwa für die Bergbauern nichts getan worden sei. (*Abg. Dr. Haider: Real weniger!*)

Stellt man allerdings diesen Äußerungen, meine Damen und Herren, die Diskussionsbeiträge Ihrer Spitzensprecher anlässlich der ersten Lesung des Budgets gegenüber, dann hört man es ganz anders. Dann hört man plötzlich, es muß unbedingt mit allen vorhandenen Möglichkeiten getrachtet werden, daß das Defizit im Staatshaushalt vermindert wird, es muß die Spargesinnung deutlich in den Vordergrund gestellt werden, und vor dem extremen Schuldennachen haben wir ununterbrochen nur zu warnen. Einerseits zu sagen, meine Damen und Herren von der ÖVP, die Ansätze seien zu gering, und andererseits zu sagen, wir machen ununterbrochen nur Schulden, das widerspricht sich, das hat irgendwo keine Logik (*Beifall bei der SPÖ – Zwischenruf des Abg. Deutschmann*), und es kann dazu nur eines festgestellt werden, Herr Kollege Deutschmann: Die ÖVP war trotz neuer Spitzenpolitiker bis heute noch nicht in der Lage, das Profil der Neinsager-Partei abzustreifen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Fachleutner: Zu so einem Blödsinn kann man nicht ja sagen!*)

Sie haben im Zusammenhang mit der Diskussion dieses Budgets immer wieder darauf hingewiesen, daß Sie eine konstruktive Opposition machen wollen. Bis jetzt haben wir davon nichts gehört. Es wurde im Finanz- und Budgetausschuß von der ÖVP kein Abänderungsantrag, kein Entschließungsantrag eingebracht. Offensichtlich fehlt es in dem Fall am Mut, klare und detaillierte Aussagen zu machen, denn den Offenbarungseid, meine Damen und Herren von der ÖVP, hinsichtlich der Bedekkungsvorschläge haben Sie tatsächlich als Schock in den Knochen, sodaß sie nicht bereit waren, die vielgerühmten Konzepte des Herrn Abgeordneten Lanner in Form von Anträgen zum Budget 1976 zu verdeutlichen. Das allein beweist, daß keine Bereitschaft ihrerseits vorhanden ist, echt über die Probleme und Notwendigkeiten in der Landwirtschaft zu diskutieren. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Haider: Bei dem vermurxten Budget! – Abg. Dr. Zittmayr: Wer hat zur Erhöhung der Mehrwertsteuer nein gesagt?*)

Bei der Gelegenheit ein sehr ernstes Wort an

Egg

die Herren der Oppositionspartei, der ÖVP: Ihr Generalsekretär Busek hat in der Illustrierten „Stern“ am 27. 11. etwa festgestellt, Bundeskanzler Kreisky habe für den ländlichen Raum nur Goodwillerklärungen abgegeben.

Nun darf ich Ihnen sagen: Wenn wir Sie noch zitieren, dann bedeutet das, daß wir bereit sind, uns mit Ihnen auseinanderzusetzen und gemeinsame Wege zu gehen. Manchmal habe ich den Eindruck, Sie gehen einen derartigen Weg, damit jeder ehrliche Versuch unsererseits scheitert. Denn wenn das, was ich Ihnen jetzt im Zusammenhang mit Herrn Generalsekretär Busek sage, der Weg der ÖVP in den nächsten vier Jahren ist, dann bedaure ich Sie und jene, die Sie vorgeben zu vertreten.

Herr Generalsekretär Busek hat nämlich deutlich ausgedrückt, daß Kreisky nur Goodwillerklärungen im landwirtschaftlichen Bereich abgegeben habe, bisher aber auf diesem Gebiet überhaupt nichts geschehen sei.

Nun, die 1,3 Milliarden Schilling, die wir im Bergbauern-Sonderprogramm schon in den letzten vier Jahren ausgegeben haben, sind natürlich nichts, sind Goodwillerklärungen.

Die Anhebung der Familienbeihilfen, die auch im ganzen landwirtschaftlichen Raum und nicht nur für die andere Bevölkerung gelten, sind nichts, bringen nach Ihrer Meinung keine Erleichterung.

Die Geburtenbeihilfen, die freien Schulfahrten, die Gratis-Schulbücher sind nichts; diese bringen also Ihrer Meinung nach weder der Landwirtschaft noch den anderen Bevölkerungsgruppen entsprechende Erleichterungen und Hilfen.

Meine Damen und Herren! Wenn man in der Politik so argumentiert, dann braucht sich niemand zu wundern, daß die Glaubwürdigkeit einer solchen Oppositionspartei ständig geringer wird und letztlich dann nur mehr in Unglaubwürdigkeit ausartet. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Haider: Ein Wunschtraum!*)

Das ist eben kein Wunschtraum, denn der hier sitzende Abgeordnete Deutschmann als Obmann des Landwirtschaftsausschusses hat Busek kurz zuvor widerlegt, er hat nämlich offiziell im Ausschuß erklärt, daß die Hilfe, die die sozialistische Regierung anlässlich der Rinderexporte gegeben hat, tatsächlich sehr wirkungsvoll, sehr notwendig war und daß auf diese Art und Weise eine echte Tat seitens der sozialistischen Regierung gesetzt worden ist. (*Abg. Fachleutner: Zu spät war sie!*)

Meine Herren! Wenn man also einerseits sagt, man tue nichts, andererseits sich aber dann im Finanz- und Budgetausschuß bedankt, dann

kann man nur entweder von Nichtkoordinieren oder von einer Doppelzüngigkeit der ÖVP-Politik auch in dieser Funktionsperiode sprechen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Fachleutner: Hunderte Millionen Schäden durch zu späte Konsequenzen!*)

Meine Damen und Herren! Darf ich daran erinnern, daß die Mittel des Grünen Plans, die in der Zeit Ihrer Alleinregierung 780 Millionen Schilling pro Jahr betragen haben, auf nunmehr fast 1400 Millionen Schilling erhöht wurden, insgesamt gesehen um 80 Prozent. Die genaue Summe beträgt 1383 Millionen Schilling, wenn man den Ausgleich nicht dazurechnet.

Von 1974 auf 1975 war es möglich, den Bergbauernzuschuß von 300 Millionen Schilling auf 417 Millionen Schilling zu heben, und nun steht für das Jahr 1976 inklusive des Konjunkturausgleich-Voranschlages ein Betrag von insgesamt 537 Millionen Schilling zur Verfügung. Meine Damen und Herren! In einer sicherlich schwierigen Zeit, in einer Zeit, in der die seit 1945 größten wirtschaftlichen Rezessionen feststellbar sind (*Abg. Anton Schlager: Weil Ihr nicht wirtschaften könnt!*), eine derartige Leistung, eine derartige Erhöhung der Landwirtschaft zu bringen, beweist doch, daß entsprechendes Verständnis seitens der sozialistischen Regierung für die Landwirtschaft, und zwar in viel größerem Ausmaß als zur Zeit Ihrer Alleinregierung, vorhanden ist. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Haider: Bauernmärchen!*)

Darf ich Ihnen noch dazu sagen, daß diese Bauernmärchen, wie Sie das bezeichnen, dazu beigetragen haben, daß im ländlichen Raum, den Sie vertreten, vorgeben zu vertreten, am 5. Oktober wesentlich bessere Wahlergebnisse als in vielen anderen Bereichen zu erzielen waren. Das beweist, daß das Vertrauen zu Ihnen ständig und nunmehr auch sichtbar im Absinken ist, und wenn Sie weiter solche Oppositionspolitik wie bisher machen, werden Sie vom Bauernbund sicherlich in einigen Jahren nicht mehr mit dieser Selbstsicherheit auf Ihren Bänken sitzen, wie Sie es bis heute noch, nach außen zumindest, demonstrieren. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Fachleutner: Wie ist denn das bei den Einkaufspreisen?*)

Darf ich Ihnen als ein Beispiel noch dazu sagen, daß Sie sich ja während Ihrer Regierungszeit nicht bemüht haben, objektivere Grundsätze im ländlichen Raum sicherzustellen, während wir durch die Vergabe des Bergbauernzuschusses und Erweiterung desselben dafür vorgesorgt haben, daß entsprechende objektive Grundlagen im Rahmen der neuen Konzepte der Neuzonierung geschaffen werden, wobei unsere landwirtschaftlichen Bergbauunternehmungen wesentlich günstiger abschneiden werden,

Egg

als Sie das selber offensichtlich wünschen, sonst würden Sie es ja nicht so kritisieren! – Und bisher hat die sozialistische Regierung noch immer – sei es im Budget oder in Nachtrag-Budgets – die notwendigen Mittel für gezielte Aufgaben zur Verfügung gestellt. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Fachleutner: Die Einkaufspreise würden uns interessieren! Phosphat-Maschinen! – Abg. Kern: Geld habt ihr keines!*) Das wird auch in Zukunft der Fall sein.

Wenn Sie vielleicht daran erinnert werden wollen, meine Damen und Herren: Die Landwirtschaftskammern in Tirol waren bisher nicht in der Lage, die gewünschten 55 Regionalkonzepte einzusenden, – in allen anderen Bundesländern war das der Fall –, sondern haben bis jetzt nur 19 Regionalkonzepte eingesandt. Das bedeutet doch nichts anderes als eine Mißachtung der Aufgabenstellung der Landwirtschaftskammern.

Wir haben unsererseits von 1970 bis 1976 die Mittel von 98 Millionen auf 182 Millionen erhöht, also fast verdoppelt. Auch das muß man in diesem Zusammenhang deutlich darlegen.

Wenn Lanner im Brustton der Überzeugung einerseits und geradezu bemitleidend andererseits erklärt hat, daß im Bereich der Verkehrseröffnung so wenig getan worden sei, dann muß ich Ihnen sagen: auch hier nichts anderes als ein Spruch ohne wahren Hintergrund.

Sie alle wissen, daß gerade jetzt, in diesen Jahren, seitdem wir Sozialisten die Verantwortung im Landwirtschaftsbereich zu tragen haben, immer mehr Extremgebiete erschlossen werden müssen, breitere Wege gebaut, Schwarzdecken gemacht werden, womit zwangsläufig die Baukosten in entsprechender Form steigen. Dann zu sagen, wir hätten in dem Zusammenhang keine Taten gesetzt, ist schlicht und einfach die Unwahrheit.

Wenn man, so wie Busek, einfach abstreitet, daß innerhalb von fünf Jahren im Rahmen des Bergbauern-Sonderprogramms – mit dem Budget 1976 – 1808 Millionen gegeben werden, so beweist auch das wiederum, daß man keinesfalls bereit ist, in keinem Detail bereit ist, eine Zugeständniserklärung in der Richtung zu machen, daß zumindest das eine oder andere eine positive Lösung im Rahmen der Landwirtschaftspolitik gefunden hat.

Die Tatsache, daß Sie nur in Teilen immer wieder kritisieren, die Gesamtheit aber geflissentlich übersehen, beweist, daß Sie lediglich darauf aus sind, in Einzelpersonen eine Situation darzustellen, die an sich nicht der Wirklichkeit entspricht, und darüber hinaus in der Gesamtheit die Bevölkerung zu täuschen. Ihnen gelingt dies aber nicht! Auch dann nicht, wenn

Sie der Meinung sind, daß Sie noch den Alleinvertretungsanspruch im Rahmen der Bauernkammern haben. Denn letztlich – und das sei Ihnen auch klar und deutlich gesagt – ist die Realeinkommensverbesserung in Ihrer Zeit zwischen 1966 und 1970 um 7 Prozent gestiegen, in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung von 1970 bis 1974 um 29 Prozent.

Das sind die Langzeitvergleiche, wie sie Ihr Kollege Keimel anlässlich der ersten Diskussion zum Budget verlangt hat. Hier haben Sie diesen Langzeitvergleich, aus dem Sie deutlich die Leistungen der sozialistischen Regierung für die Landwirtschaft zu erkennen vermögen.

Und wenn ich Ihnen noch eine Zahl sage, so nur deshalb, weil Sie immer wieder der Meinung sind, es geschähe insgesamt für diese österreichische Bevölkerung zuwenig, insbesondere für die Landwirtschaft. Denken Sie bitte daran, daß im Jahre 1975 2450 Millionen Schilling, also 2,5 Milliarden Schilling, aus allgemeinen Mitteln zusätzlich im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialpolitik hineingeflossen sind, ohne die Pensionsversicherung oder die Krankenversicherung im Detail etwa hier anführen zu wollen.

Und wenn die Bundesmittel im Rahmen der Sozialversicherung von 2180 Millionen auf 4300 Millionen Schilling angestiegen sind, so ist das ein Beweis, daß die sozialistische Regierung bereit ist, aus dem gemeinsamen Steueraufkommen entsprechende Leistungen auch für diesen Teil der Bevölkerung zu erbringen.

Warum sagen wir das, meine verehrten Damen und Herren der ÖVP? – Weil Sie das immer wieder abstreiten, weil Sie immer wieder der Meinung sind, daß die Leistungen in dieser Richtung eine Selbstverständlichkeit darstellen, die nicht geäußert werden soll, während Sie uns in allen anderen Bereichen die Leistungen, die wir erbringen, als eine besondere Bevorzugung der einen oder der anderen Gruppe vorwerfen.

Nun eine Überlegung, die mich heute zwingt, Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, etwas sehr ernst zu sagen. Ich gehöre nicht zu jenen Abgeordneten, die in Spielertricks verfallen, wenn es darauf ankommt, da oder dort in die Zeitung zu kommen. (*Abg. Fachleutner: Ich würde Ihnen raten, selbst einen Betrieb zu führen!*) Ich muß Ihnen sagen, Herr Kollege: Bei Ihnen scheinen sich nur die Abgeordneten des Bauernbundes, und das sehr oberflächlich, mit der Politik im landwirtschaftlichen Bereich zu beschäftigen. Seit wir Sozialisten Verantwortung tragen, sind wir gewohnt, alle jene Entscheidungen mit zu untersuchen, die notwendig sind, um für die österreichische Bevölkerung das Beste zu leisten. Da können Sie mit Ihren Äußerungen nicht mehr mit. (*Beifall bei*

598

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Egg

der SPÖ. – Abg. Fachleutner: Sie sprechen von der Theorie! Von der Praxis keine Ahnung!)

Ich werde Ihnen gleich sagen, Herr Kollege, was wir für eine Ahnung haben, etwa von der Bauernkammer in Tirol. Und den Kollegen Lanner möchte ich in diesem Zusammenhang persönlich ansprechen. Kollege Lanner hat anlässlich der ersten Diskussion zum Budget erklärt, daß Kreisky gesagt habe: Kein Groschen für die Bauern! Bekanntlich hat er gesagt: Kein Groschen für die Bauern auf die Straße. Aber dem Bauernbund und Ihnen, meine Damen und Herren, geht es nicht um die Leistungen in der Landwirtschaft, sondern offensichtlich um etwas anderes: um die Bewahrung Ihrer eigenen Machtfülle. Dabei wehrt sich der Herr Bauernbunddirektor gegen sogenannte Pauschalverdächtigungen, läßt aber gleichzeitig Pauschalverdächtigungen seiner Parteifreunde und seiner Presseerzeugnisse zu.

Am 11. September 1975 veröffentlichte in der sogenannten „Tiroler Bauern-Zeitung“, amtliches Organ der Landwirtschaftskammer Tirols, Mitteilungsblatt des Raiffeisenkassenverbandes Tirol, der Kammeramtsdirektor der Tiroler Landwirtschaftskammer Halder unter dem Slogan „In fünf Jahren SPÖ-Regierung das Unglaubliche wahr geworden: ‚Biologische Endlösung‘ schon für 30.000 Zuschußrentner.“

Wenn Sie sagen, daß eine derartige Äußerung in Ordnung und richtig ist, dann nehme ich zur Kenntnis, daß Sie von Demokratie sehr weit abgerückt sind und von einem persönlichen Ehrgefühl offensichtlich nichts mehr halten. (*Abg. Anton Schlager: Wenn Sie von den Zuschußrentnern reden, sollten Sie erröten vor Scham, was Sie mit denen treiben!*) Denn Halder hat wider besseres Wissen verschwiegen, daß außer der Zuschußrente bekanntlich auch das Ausgedinge gebührt und hat vor allen Dingen auch eines verschwiegen, Herr Kollege: daß er nämlich in dieser Bauernzeitung, im amtlichen Organ der Tiroler Landwirtschaftskammer, nach Beschuß des Bauerpensionsversicherungsgesetzes 1970 geschrieben hat, daß damit die Härten in der landwirtschaftlichen Zuschußversicherung beseitigt seien.

Meine Damen und Herren! Man liest es vor 1970 auf diese Art und nach 1970 auf eine andere. Das ist Ihr Recht. Aber die Schläge unter der Gürtellinie in einem offiziellen Organ, das ist nicht mehr demokratisch, das ist unter jeder Kritik, das nehmen Sie bitte zur Kenntnis. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es gibt, Herr Kollege, es gibt noch etwas viel Besseres. In derselben „Tiroler Bauern-Zeitung“, allerdings vom 11. September 1975, auch wieder „Amtliches Organ der Landwirtschafts-

kammer für das Mitteilungsblatt der landwirtschaftlichen Genossenschaften“, heißt es: „Wählt! Wählt alle! Aber wählt um Gottes willen niemals rot.“ (*Der Redner weist die Zeitung vor.*)

Meine Damen und Herren! Und Sie sagen, Sie wollen mit der Sozialistischen Partei, Sie wollen mit uns zusammenarbeiten. Wenn Sie derartige Vorgangsweisen pflegen, da können Sie doch nicht erwarten, daß wir als sozialistische Abgeordnete Ihren heuchlerischen Erklärungen auch nur im mindesten glauben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn jene Damen und Herren, die für diese Mitteilungen in der „Tiroler Bauern-Zeitung“, quasi im amtlichen Organ der Landwirtschaftskammer, bereit sind, das zu berichtigen, nehmen wir das gerne und dankbar zur Kenntnis. Wenn sie aber nicht bereit sind, das zu tun, meine Damen und Herren, dann möchte ich Ihnen versichern, daß ich die Frage klären lassen werde, ob nicht in diesem Fall ein Amtsmissbrauch vorliegt. Und die Aufsichtsbehörde wird sich damit auseinanderzusetzen haben, ob diese Vorgangsweise überhaupt noch einigermaßen akzeptabel und gesetzlich gedeckt ist. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis. (*Abg. Fachleutner: Der Mißbrauch liegt in der Regierung!*)

Noch einige wenige Sätze zur Frage des Berggebietsgesetzes beziehungsweise des Bergentwicklungsgesetzes. (*Abg. Dr. Haider: So eine Scharfmacherei!*) – Ich werde Ihnen gerne, Herr Kollege, die Zeitung zur Verfügung stellen, damit Sie sich in diese demokratische Art Ihrer Kollegen „hineindenken“ und vielleicht sogar darin „baden“ können. (*Abg. Kern: Die Aussagen des Herrn Dr. Kreisky über die Landwirtschaft müssen Sie einmal zitieren!*)

Im Zusammenhang mit dem Bergentwicklungsgesetz muß ich Ihnen eines sagen: Ihr Teil des Bauernbundes, nämlich die Bergbauernvereinigung, hat das Bergentwicklungsgesetz im grundsätzlichen als gut bezeichnet und sehr interessante Vorschläge gemacht. Die Tiroler Landesregierung fand es wiederum notwendig, nicht nur massive verfassungsrechtliche Bedenken geltend zu machen, sondern darauf hinzuweisen, daß hier wiederum nur Almosen vergeben werden würden. Darf ich daran erinnern, daß genau diese Tiroler Landesregierung in ihrem Landwirtschaftsgesetz nicht den Schatten eines Rechtsanspruches verankert hat, sondern Subventionskataloge geschaffen hat, und daß Sie selbst im Rahmen des Forstgesetzes, Herr Kollege Zittnay, derartigen Vorgangsweisen hier in diesem Hause mit Ihrer Partei Ihre Zustimmung gegeben haben.

Egg

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die Österreichische Volkspartei in Wahrheit in der Zeit ihrer Alleinregierung die schlechteste Regierung für die Zweite Republik in diesem Lande war. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.* – *Abg. Fachleutner:* Bei euch sind wir neger geworden!) Und nehmen Sie zur Kenntnis, daß Sie seinerzeit keine Erzeugerpreise erhöht haben, wir aber ja den Notwendigkeiten entsprochen haben. Vielleicht wird Ihnen verständlich, Herr Kollege, daß aus einem dieser Gründe die Wählerstimmen am 5. Oktober 1975 für die Sozialistische Partei in den ländlichen Gemeinden am höchsten zugenommen haben, nämlich um 1,3 Prozent. Gleichzeitig haben aber dort Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, die größten Verluste, nämlich mit 1,6 Prozent, zur Kenntnis nehmen müssen.

Dies beweist Ihnen, daß gerade im ländlichen Raum das Vertrauen zu unserer Sozialistischen Partei wesentlich stärker geworden ist als je zuvor. Dafür danken wir nicht nur den Wählern in der Landwirtschaft, sondern wir versichern auch allen Bauern im landwirtschaftlichen Raum, daß wir so wie bisher weiter eine Politik für alle Österreicher, eine Politik für alle Bergbauern, aber auch eine Politik für alle in der Landwirtschaft Tätigen machen werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Deutschmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Nach diesen Ausführungen ist es wirklich schwer, als Redner hierher zu treten und sachlich zu antworten. Denn das, was sich Herr Kollege Egg geleistet hat, geht, glaube ich, zu weit. Es muß sicher den Herrn Landwirtschaftsminister peinlich berühren und auch den Herrn Staatssekretär, denn die beiden Herren wissen ja, wie die Situation in der Landwirtschaft sich in der letzten Zeit ergeben hat und welche Probleme uns immer wieder ins Haus stehen.

Ich möchte – ich weiß nicht, ob ich zu meinen direkten Ausführungen kommen werde – vorerst den Herrn Landwirtschaftsminister aufmerksam machen und ihn bitten: er hat den Abgeordneten der Opposition versprochen, daß die Beantwortung von Fragen, die im Budgetausschuß nicht erfolgen konnte, schriftlich nachgeholt werde, und es ist eine ganze Reihe von Fragen nicht beantwortet worden. Bitte, vielleicht gibt es doch die Möglichkeit, daß man dies nachholt.

Zum Abgeordneten Pfeifer möchte ich folgendes sagen: Ich weiß nicht, über was der Herr Abgeordnete Pfeifer geredet hätte, wenn unser

Herr Bauernbunddirektor Dr. Lanner hier nicht als Vorredner gewesen wäre. (*Abg. Pfeifer:* Zum Budget! – *Beifall bei der ÖVP.*) Über die Agrarpolitik hat er nichts offenbart. Er hat wohl darauf hingewiesen, er werde alles mit Zahlen belegen. Ich habe gewartet, wann die Zahlen hier ausgebreitet werden vor dem Hohen Haus, aber ich habe nichts gehört. Aber er hat gesagt, ich hätte als Obmann des Landwirtschaftsausschusses im Budgetausschuß die Maßnahmen des Grünen Planes bejaht, aber, wie üblich in einer Nein-Sager-Partei, nein gesagt mit der Begründung, daß die Ansätze im Grünen Plan wie im Landwirtschaftsbudget nicht stimmen.

Ich stehe nach wie vor, Herr Kollege Pfeifer, dazu. Ich werde Ihnen dies hier auch belegen. Belegen deshalb, weil es richtig ist, wenn Sie es noch nicht gelesen haben, daß im Budget 1976 für die Landwirtschaft im Verhältnis zum Gesamtbudget wieder ein Rückgang zu verzeichnen ist. Es ist Ihnen diese Zahl sehr wohl bekannt. Aber wenn Sie sie nicht wissen sollten, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß das Agrarbudget im Jahre 1970, dem letzten ÖVP-Budget, im Verhältnis zum Gesamtbudget 2,45 Prozent betragen hat, und im Jahre 1976 haben wir mit einem Budgetansatz im Verhältnis zum Gesamtbudget von 1,6 Prozent zu rechnen. Daß wir damit nicht zufrieden sein können, ist klar. (*Abg. Pansi:* Wir müssen alle für die Milliarden zahlen, die die Landwirtschaft kriegt!) Dazu möchte ich gerade jetzt und auch in der Folge noch etwas sagen. Herr Kollege Pansi! Schauen Sie, das ist etwas, was wir einfach auf die Dauer nicht mehr hinnehmen können und auch nicht wollen. Jede soziale Leistung werfen Sie uns immer wieder bei jeder Gelegenheit vor! (*Abg. Pansi:* Natürlich! Es müssen ja die anderen bezahlen für Sie!) Jeder Österreicher, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat das gleiche Recht, die sozialen Leistungen der Republik Österreich in Anspruch zu nehmen, jeder! (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Pansi:* Die anderen zahlen für sich und die Bauern nicht! Das ist der große Unterschied!)

Ich werde Ihnen noch etwas sagen. Herr Kollege Pansi, Sie werfen der österreichischen Bauernschaft immer wieder auch die Kinderbeihilfe vor. (*Zwischenrufe.*) Die Ausländer, die in Österreich einen Arbeitsplatz gefunden haben, beziehen auch eine Kinderbeihilfe. Ja sollen denn die österreichischen Bauern schlechter gestellt werden als die Fremdarbeiter, die in Österreich einen Arbeitsplatz gefunden haben? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Kollege Egg, Langzeitvergleich, das ist so ein nettes Schlagwort, und man sagt nicht dazu, was in diesem Zusammenhang gerade in der Agrarpolitik geschehen ist. Und aus der

Deutschmann

„Parlamentskorrespondenz“ entnehmen wir die Aussage des Herrn Landwirtschaftsministers, daß die Baukosten für den Wegebau pro Kilometer im Jahre 1966 331.600 S betragen haben. Im Jahre 1970 Baukosten für einen Kilometer 412.200 S, und im Jahre 1974 669.900 S. Das ist nicht eine Aussage von mir, sondern der Herr Landwirtschaftsminister hat im Finanz- und Budgetausschuß zu einer Frage eines Abgeordneten diese Zahlen genannt.

Ich möchte in weiterer Folge auch auf die Kosten für die agrarischen Operationen hinweisen, weil man betont, was die Bundesregierung alles für die Bauern getan hat. Auch der Herr Landwirtschaftsminister erklärte, in den Jahren 1966 bis 1969 war der Bund mit 35,6 Prozent beteiligt, das Land mit 15,8 Prozent, die Bauern, die Interessenten, mit 47,5 Prozent. Aber wie sieht die Situation seit dem Jahre 1970 bis 1974 aus? – Zahlen des Herrn Landwirtschaftsministers: Der Bund hat die Beitragsleistung von 35,6 Prozent auf 26,6 Prozent abgesenkt, die Länder mußten von 15,8 auf 18,9 Prozent aufstocken, und die Interessenten, die Bauern, sind statt mit 47,5 Prozent nun mit 52,5 Prozent belastet worden. Das ist eine aktive Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung.

Ich sage Ihnen noch etwas, Herr Kollege Pfeifer: Sie haben nämlich diesen netten Brief des Herrn Bundeskanzlers, der vor dem 5. Oktober an die Bauern gegangen ist, nicht gelesen. Denn wenn Sie ihn gelesen hätten, so hätten Sie heute von diesem Rednerpult wahrscheinlich anders geredet. Er sagt: Ich habe während meines Urlaubs eine Meinungsbefragung, die innerhalb der Bauernschaft durchgeführt wurde, gründlich studiert. Unter anderem erklärt er dann in weiterer Folge, daß sich die österreichischen Bauern zu 60 Prozent sehr stark benachteiligt fühlen und zu 32 Prozent etwas benachteiligt fühlen, im Westen etwas mehr als im Osten.

Meine sehr Geehrten, wissen Sie, wieviele Bauern das sind? 60 plus 32 Prozent. Es sind 92 Prozent nach Meinungsumfrage Bundeskanzler Kreisky mit der derzeitigen Bundesregierung nicht zufrieden. Und Sie stellen sich zum Rednerpult und erklären: die beste Regierung, den Bauern ist es noch nie so gut gegangen wie zur Zeit der SPÖ-Regierung!

Und ich kann Ihnen aus diesem Brief noch weiter vorlesen, und hier könnten Sie eigentlich vom Herrn Bundeskanzler etwas lernen. Ich weiß nicht, ob er das nur im Zusammenhang mit den Wahlen gesagt hat, denn jetzt im Budget spürt man ja sehr wenig davon. Er hat nämlich gesagt: Ich habe Verständnis dafür, daß die Bauern infolge verschiedener Umstände oft unzufrieden sind. Sie haben einen unbegrenzten

Arbeitstag, die Arbeit für sie und ihre Frauen ist schwer, ihr Arbeitsertrag ist witterungsbedingt, es gibt für sie viele Risiken. Die Waren, die sie besonders brauchen, haben eine starke Verteuerung erfahren. Ihr Unbehagen ist also größer als das vieler anderer Staatsbürger.

Sehen Sie, ich mußte Ihnen dies deshalb vorlesen, weil man so tut, als sei alles in bester Ordnung, das Budget sei einfach währungsge recht, die Bauern werden in Zukunft keine Sorgen mehr haben, es wird alles in bester Ordnung verlaufen.

Wenn ich Ihnen noch einige Zahlen nennen darf: Von 1971 bis 1975 erfuhr das Superphosphat ein Plus von 113 Prozent, Thomasmehl von 112,3 Prozent, 40prozentiges Kali von 86 Prozent und so weiter. Ich könnte Ihnen eine Liste von Preissteigerungen bei den Betriebsmitteln in der Landwirtschaft sagen. Ein Steyr-Traktor mit 50 PS kostete im Jahre 1970 108.000 S, im Jahre 1975 hingegen 182.526 S. Trotz der Bemühungen des Herrn Landwirtschaftsministers in Zusammenhang mit der Milchpreisregelung – ich anerkenne das – hat im Jahre 1970 eine Monteurstunde für den Bauern 30 Liter Milch gekostet. Im Jahre 1975 kostet eine Monteurstunde für den Bauern 65 Liter Milch.

Sehen Sie, das sind Dinge, die wir einfach nicht verschweigen können. Wissen Sie, warum wir das nicht verschweigen können? – Weil wir der Meinung sind, daß die Landwirtschaft in Österreich sehr viel für alle Österreicher leistet. Wir alle wissen, daß sich gerade jetzt die Weltenernährungskonferenz in Rom mit der Ernährungssituation in der Welt beschäftigt und gemeint hat, daß dieses Problem vorrangig vor allen anderen bewältigt werden muß. Auf Grund eines leistungsfähigen Berufsstandes in der Landwirtschaft haben wir keine derartigen Probleme. Ich glaube, daß wir auch heute schon feststellen können, daß wahrscheinlich die Versorgung im kommenden Jahr bis zur nächsten Ernte gesichert ist. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang einige Werte aufzeigen. Die wenigsten machen sich darüber irgendwelche Gedanken. Wissen Sie, wieviel die österreichische Landwirtschaft an Brotgetreide produziert hat, damit die Inlandsversorgung gesichert ist? 760.000 Tonnen. Sie produzierte 461.000 Tonnen Kartoffeln, 305.000 Tonnen Zucker und 455.000 Tonnen Gemüse. Ich könnte hier noch verschiedenes anderes, wie Fleisch, Milch und so weiter aufzählen.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang trotzdem erwähnen, daß bei diesem Selbstversorgungsgrad Österreich noch um 15 Milliarden Schilling Nahrungsmittel importieren muß, aber daß nur um 5 Milliarden Schilling Exporte hereinkommen. Gerade in den letzten Wochen

Deutschmann

haben wir in der Presse etwas sehr Interessantes gelesen: Die UdSSR ist in größten Schwierigkeiten. Ihr Ernteziel wurde nicht erreicht. 78 Millionen Tonnen Nahrungsmittel fehlen. Über Aufkäufe in den USA ist man geteilter Meinung. Man weiß nicht, was in diesem Zusammenhang noch diskutiert wird. Ich habe in einer Zeitung gelesen, daß sich auf Grund der niederen Versorgung durch die Landwirtschaft die Höhe des Lebensstandards in der UdSSR im Jahre 1976 senken wird. Ich glaube, daß wir daraus echt entnehmen können, welch wichtiger Faktor die österreichische Landwirtschaft für die Österreicher ist. Es ist für mich unverständlich, daß man in diesem Zusammenhang versucht, Drohungen auszusprechen, wie es der Herr Abgeordnete Pfeifer in Zusammenhang mit den Landwirtschaftskammern gemacht hat. (Abg. Kern: Den nimmt niemand ernst!) Herr Abgeordneter Pfeifer! Ich möchte Sie ersuchen, legen Sie einmal die Fakten auf den Tisch! Auch der Herr Kollege Egg hat Drohungen ausgesprochen. Sie versuchen immer, sich im luftleeren Raum zu bewegen, und sind nicht bereit, mit konkreten Fakten vor das Rednerpult zu treten und dann auch zu sagen, was wirklich los ist.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir gerade in der letzten Zeit einiges erleben mußten. Sehen Sie, hier kann man Sie auch nicht ganz verstehen. Es hat mein Vorrredner, Herr Direktor Lanner, schon darauf hingewiesen, daß man sehr oft und immer wieder meint, was will die Bauernschaft noch, sie bekommt ja so viele Mittel, und die Subventionen werden nur so ausgeschüttet. Dagegen, meine sehr Geehrten, möchten wir auch einmal ganz klar unsere Meinung depnieren.

Der Herr Kollege Egg ist nicht mehr in diesem Raum, er sprach heute von der Doppelzüngigkeit. Ich weiß nicht, wen er hier gemeint hat. (Abg. Fachleutner: Die eigene Partei!) Auf der einen Seite geißelt man die Subventionen und mißgönnt sie der Landwirtschaft, und auf der anderen Seite wird in einem Rundfunkinterview erklärt – das Wort Krise ist in aller Munde –, daß, während in Österreich ein Kilogramm Rindschnitzel nur 85 S kostet, man dafür in der Bundesrepublik 128 S, in Frankreich 271, in der Schweiz 287 und in Dänemark 305 S bezahlen muß. Man versucht auch, dies mit Zucker und verschiedenen anderen Produkten der Landwirtschaft zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie können nicht auf der einen Seite diese Preise in der Öffentlichkeit als Ihre Tat hinstellen, wenn Sie auf der anderen Seite die Mittel, die Sie dafür ausgeben, als Subvention für die Bauern und als nicht gerechtfertigt in den Vordergrund stellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, auch hier müssen wir versuchen, objektiv zu bleiben. Ich habe es bei der ersten Lesung als angenehm empfunden, als man erklärt hat, daß die Landwirtschaft alle angeht. In der Regierungserklärung hat der Herr Bundeskanzler auch einige sehr wesentliche Feststellungen deponiert. (Ruf bei der ÖVP: Wer das glaubt, ist selber schuld!) Aber Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, beweisen immer wieder das Gegenteil, und dagegen wehren wir uns; mit diesen Dingen können wir uns nicht anfreunden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einige Sätze über die Preisgestaltung landwirtschaftlicher Produkte sagen. Wir alle wissen, daß im Zusammenhang mit den Preisanträgen immer wieder Diskussionen auftreten, ob diese Preisforderungen gerechtfertigt sind. Es wird hin und her gezogen, und man ist der Meinung, was wollen die Bauern noch, es geht ihnen ja sowieso so gut. Ich glaube, an Hand der Fakten, die ich heute aufgezeigt habe, werden Sie doch alle zugeben müssen, daß sich in der Landwirtschaft weiterhin Schwierigkeiten ergeben, daß die Preisschere immer mehr auseinanderklafft. Wir sind echt besorgt, daß wir einen leistungsfähigen Bauernstand nicht erhalten können.

Selbst im Grünen Bericht steht geschrieben, daß wir zurzeit 11,3 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig haben. Voraussichtlich werden es im Jahr 1985 nur mehr 6,5 Prozent sein. Und ich möchte den Herrn Bundesminister fragen, ob er der Meinung ist, daß diese 6,5 Prozent, die in der Landwirtschaft verbleiben, in der Lage sein werden, die 84 Prozent Ernährung wie zurzeit für die Österreicher zu sichern.

Wir sind über die Situation in der Landwirtschaft, über die Preisgestaltung und über die Verhandlungen bei Preisforderungen der Landwirtschaft besorgt.

Deshalb stellen die Abgeordneten Deutschmann, Dr. Haider, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Ing. Schmitzer, Dkfm. Gorton, Dipl.-Ing. Riegler und Genossen einen

Entschließungsantrag

zum Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft des Bundesfinanzgesetzes 1976, 2 d. B., in der Fassung des Ausschußberichtes 50 d. B. betreffend Versachlichung der Preisgestaltung für Agrarprodukte

Wie alle anderen Berufsgruppen hat auch die Landwirtschaft Anspruch auf einen gerechten Anteil am allgemeinen Wohlstand. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß einwandfrei nachgewiesene Kostensteigerungen bei der Neufestsetzung der Erzeuger-

Deutschmann

preise berücksichtigt werden. Bisher wurden bei der Behandlung von Preisanträgen nachgewiesene Kostensteigerungen, selbst wenn die amtliche Preiskommission zu einem einvernehmlichen Ergebnis kam, unter Berufung auf eine „volkswirtschaftliche Rechtfertigung“ nur zum Teil anerkannt. Eine Begründung für die Höhe der Abstriche wurde nicht gegeben, muß aber wohl in tagespolitischen Einflüssen vermutet werden.

Zeitliche Verzögerungen bei der Behandlung der Preisanträge verschärfen die Situation zusätzlich.

Durch eine Versachlichung der Preisgestaltung für Grundnahrungsmittel und eine jährliche Überprüfung der Agrarpreise könnte wirksame Abhilfe geschaffen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den

Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird aufgefordert, im Interesse der Versachlichung der Preisgestaltung für Grundnahrungsmittel Kalkulationsmodelle für preisgeregelte Agrarprodukte zu erstellen, die von den Produktionskosten eines fortschrittlich geführten durchschnittlichen Betriebes ausgehen, und diese Unterlagen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie als Grundlage für eine jährliche Überprüfung der Agrarpreise zeitgerecht zur Verfügung zu stellen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag mit in die Beratung zu ziehen.

Ich möchte Sie, Herr Landwirtschaftsminister, und auch Sie, Herr Staatssekretär, bitten, diesen Entschließungsantrag anzunehmen. Es entstehen daraus keine Kosten für den Haushalt, sondern wir wollen echt eine Versachlichung der Preisgestaltung in der Landwirtschaft. Es muß selbst die Bundesregierung daran interessiert sein, daß es zu einer Versachlichung kommt. Ich glaube, daß mit dieser Versachlichung dann letzten Endes auch Verhandlungen über die Preisgestaltung leichter geführt werden können.

Österreich braucht die Bauern. Die Bauern sind bereit, weiterhin ihrem Auftrag nachzukommen. Ich möchte das Hohe Haus bitten, den Bauern das zu geben, was sie zum Leben brauchen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Der vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Deutsch-

mann und Genossen ist genügend unterstützt; er steht mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Maderthaner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Maderthaner (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Auf Grund der bisherigen Ausführungen der Sprecher der Österreichischen Volkspartei nichts Neues. Sie haben das wiederholt, was Sie immer wieder behaupten, daß für die Landwirtschaft viel zuwenig getan wird. Auf der anderen Seite stehen dem aber die Fakten und die Aussagen über die Lage der Landwirtschaft im Grünen Bericht gegenüber. Dem gegenüber stehen aber auch die Aussagen der buchführenden Testbetriebe. Wenn es immer wieder so dargestellt wird, als würde die sozialistische Regierung praktisch die Bauern oder die landwirtschaftliche Bevölkerung als Stiefkinder betrachten, so muß man dem energisch entgegentreten.

Wie ich schon erwähnt habe, ergeben die Fakten eine andere Aussage. Auch das Einkommen für 1974 hat sich trotz pessimistischer Prognosen real weiterhin verbessert. Die Landwirtschaft konnte, wenn auch unterschiedlich, auch in diesem Jahr doch wiederum gute Erfolge erzielen. Ich weiß, daß es verschiedentlich Schwierigkeiten gegeben hat.

Wenn man die Unterlagen einer Betrachtung unterzieht und analysiert, so kann man feststellen, daß 1974 das landwirtschaftliche Einkommen wiederum um 13 Prozent, das Betriebseinkommen um 12 Prozent und das Gesamteinkommen um 11 Prozent gestiegen ist. Wenn man die Inflationsrate abzieht, so gelangt man trotzdem zu der Feststellung, daß auch im Jahr 1974 wieder eine reale Einkommenssteigerung eingetreten ist.

Es gibt aber auch weitere Zahlen, die beweisen, daß sich das Einkommen wiederum verbessert hat. Wenn man bedenkt, daß sich der Anteil der Land- und Forstwirtschaft Österreichs am Bruttonationalprodukt auf 33,2 Milliarden Schilling beziffert, so stellt das neuerlich einen Höchstwert dar. Das bedeutet gegenüber 1973 eine Steigerung von 6½ Prozent. Wenn Sie wollen, kann man auch den Anteil am Volkseinkommen feststellen, der war mit 23,5 Milliarden Schilling wiederum bedeutend höher als 1973.

Die guten Ergebnisse sind zum Teil auf eine mengenmäßige Erhöhung der Produktion, aber auch auf die eingetretenen Preiserhöhungen bei agrarischen Produkten zurückzuführen. Der Wert der Endproduktion der österreichischen Land- und Forstwirtschaft erreichte mit 38,4 Milliarden Schilling oder – wenn Sie wollen – einer Steigerung von 7 Prozent eine neuerliche Höchstmarke.

Maderthaner

Einkommensverhältnisse. Wenn man das Jahr 1974 betrachtet und vielleicht dem die bisherigen Kennziffern von 1975 gegenüberstellt, so kann man feststellen, daß durch die Maßnahmen, die in den letzten Jahren durch diese Bundesregierung gesetzt worden sind, wiederum auch eine Voraussetzung geschaffen wird, daß – wenn auch wiederum unterschiedlich – doch die Dinge auch 1975 anders liegen und die Ergebnisse anders sein werden, als sie gerne hören oder aussagen möchten.

Wenn man die Einkommensgrößen untersucht und sieht, auf welchem Sektor sich praktisch Erhöhungen ergeben haben, dann kann man feststellen, daß vor allem gerade auf dem pflanzlichen Sektor bedingt durch die 1974 erfolgten Preiserhöhungen eine sehr bedeutsame Erhöhung des Endrohertrages aus dem Getreidebau eingetreten ist, gleichzeitig aber auch mit Ausnahme des Maises eine qualitative und quantitative Rekordernte erzielt werden konnte.

Richtig ist, daß die Ergebnisse im Obstbau rückläufig waren. Das hat aber auch darin seine Begründung, daß es eine gute Ernte gegeben hat und daß infolge dieser guten Ernte die Preiswerte von 1973 nicht gehalten werden konnten.

Ebenso ist es eine Tatsache, daß auch die Ergebnisse des Weinbaues rückläufig waren, natürlich bedingt durch eine schlechte Ernte. Dazu muß man aber feststellen, daß man sicherlich nicht einer sozialistischen Bundesregierung die Schuld geben kann, wenn es eine schlechte Ernte gibt.

Innerhalb der tierischen Produktion hat es natürlich auch Unterschiede in der Entwicklung gegeben. Die Schweineproduktion erreichte neuerlich einen sehr großen Zuwachs mit einem Roherlös von 1,19 Milliarden Schilling, einer 7prozentigen Steigerung.

Auch der Endrohertrag aus der Milcherzeugung stieg um 565 Millionen Schilling.

Rückläufig – das ist mir bewußt – ist die Entwicklung bei der Rinder- und Kälberhaltung. Aber Sie wissen ja sehr genau, daß das nicht auf Österreich beschränkt ist, sondern daß es da eine sehr schwierige Absatzsituation über Österreich hinaus in Europa und praktisch weltweit gibt, was natürlich dazu beigetragen hat, daß auf diesem Sektor eben nicht die Ergebnisse von früheren Jahren erzielt werden konnten.

Absatzförderung und Zuschüsse sowie vor allen Dingen auch Verwertungsmaßnahmen und die Gewährung von Exportstützungsmitteln haben ja letztlich dazu beigetragen, daß in dieser schlechten Situation verhindert werden

konnte, daß in Österreich für jenen Teil der Landwirtschaft, der eine Rinder- und Kälberhaltung hat, ein Preisverfall eingetreten ist.

Nur einige Zahlen: Für die Exportstützungen für Milchprodukte und Milcherzeugnisse wurden 1974 642,8 Millionen Schilling, für die Stützung von Rinderexporten 284,6 Millionen Schilling ausgegeben.

Die Situation auf diesem Sektor hat natürlich vor allem bei jenen Landwirten, die praktisch in hochalpinen Lagen ihre Arbeit machen müssen, zu echten Einkommenseinbußen geführt.

Man kann also nicht sagen, daß sich in der gesamten Landwirtschaft 1974 praktisch alles verschlechtert hat, sondern man muß sehr wohl unterscheiden, daß es auf dem pflanzlichen Sektor mit Ausnahme von Mais, Obst und Wein zu sehr guten Ergebnissen kam, daß es aber auf der anderen Seite auf dem tierischen Sektor schwierige Situationen gegeben hat, wogegen in der Schweinehaltung praktisch wesentlich günstigere Ergebnisse erzielt werden konnten, sodaß eine gewisse Kompensation auf der anderen Seite stattgefunden hat.

Das sind doch die Fakten, die Ergebnisse für 1974. Ich habe vorhin schon erwähnt: Natürlich war eine Voraussetzung dafür der Umstand, daß man die Mittel, die durch den Grünen Plan, aber darüber hinaus auch durch die Budgetüberschreitungsgesetze zur Verfügung gestellt wurden, einsetzte, um praktisch mit der Situation fertig zu werden. Dazu muß man sagen, daß Sie nie den Mitteln des Grünen Planes zugestimmt haben, obwohl Sie genau gewußt haben, daß es nicht weniger Mittel gewesen sind als in früheren Jahren.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerade den Vertretern des Bauernbundes wiederum nicht die Feststellung ersparen, daß es gerade unter Ihrer Regierung von 1966 bis 1970 geschah, daß Finanzminister Dr. Koren damals praktisch im Ausmaß von über 1 Milliarde Schilling Mittel für die Landwirtschaft gestrichen hat. Gestrichen wurden damals Förderungsmittel für den Milchausgleichsfonds, gestrichen wurden damals Mittel für den Getreideausgleichsfonds, und es kam nicht zuletzt zu einer 50prozentigen Streichung der Zuschußmittel für Dünger.

Das muß man ebenfalls klarstellen, damit die Dinge in das richtige Licht gerückt werden.

Ich habe auch von den Einkommensverhältnissen gesprochen. Hiebei ist noch zu bemerken, daß es bei den bäuerlichen Einkommen eine sehr große Streuung gibt. Ich darf nur ein paar Beispiele anführen: 69.868 S bei Betriebsgrößen von 5 bis 10 ha und vor allem in den

Maderthaner

Acker-Grün-Landwirtschaften des Alpenvorlandes, bis zu 281.816 S bei Betriebsgrößen von 50 bis 100 ha bei Betrieben der reinen Ackerwirtschaften.

Wenn man die Struktur der Betriebe, ihre Größenordnung näher betrachtet, muß man feststellen, daß 51,9 Prozent der Betriebe bei einem Einkommen von unter 50.000 bis 150.000 S liegen. Es wird daher in Zukunft notwendig sein, das in der Agrarpolitik zu berücksichtigen und zu versuchen, die Einkommensdisparitäten, die es in der Landwirtschaft gibt, eben wieder durch gezielte beziehungsweise entsprechende Maßnahmen auszugleichen. (Abg. Brandstätter: Sodaß die Größen dann auch weniger verdienen!)

Ich glaube, gerade in den letzten fünfeinhalb Jahren hat die sozialistische Bundesregierung bewiesen, daß sie eine sehr bewußte und gezielte Agrarpolitik betrieben hat, die es mit Hilfe der diversesten Maßnahmen ermöglichte, praktisch das Einkommen aller bäuerlichen Betriebe zu verbessern. Die Fakten und die Zahlen, die ich schon oft erwähnt habe, die man dem Grünen Plan und den Ergebnissen der buchführenden Testbetriebe entnehmen kann, sprechen ja eine deutliche Sprache.

Auch die Forstwirtschaft konnte 1974 vor allem durch die günstigere Situation im ersten und zweiten Quartal eine bessere Endproduktion erreichen als 1973. Ich weiß aber natürlich, daß die Situation 1975 doch etwas anders geworden ist. Aber wir behandeln ja den Grünen Plan und den Bericht über die Lage der Landwirtschaft im Jahre 1974; dort liegen eben volle Ergebnisse vor, daher muß man auch das sagen. (Abg. Hietl: 1974 sind die Einkommen zurückgegangen!)

Das Ergebnis der Forstwirtschaft 1974 war eine neuerliche Ausweitung der Endproduktion um 17,6 Prozent auf 9,3 Milliarden.

Es gibt aber noch weitere Fakten, die das, wenn auch unterschiedlich gute Ergebnis der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1974 beweisen.

Der Rohertrag inklusive Mehrwertsteuer je Hektar reduzierter landwirtschaftlicher Nutzfläche stieg um 9 Prozent vor allem durch den Rohertragsanteil bei der Bodennutzung, wo eine 10prozentige Verbesserung festzustellen ist, und da vor allen Dingen wieder der Rohertrag bei Weizen und Roggen bis zu 37 beziehungsweise 39 Prozent.

Der Rohertrag je vollbeschäftigte Arbeitskraft ist ebenfalls ein Gradmesser der Verhältnisse bei der Bodennutzung. Und zwar ist die Arbeitsproduktivität im Jahre 1974 auf 144.848 S

gestiegen und war gegenüber 1973 wiederum um 10 Prozent höher. Das Betriebseinkommen errechnet sich mit 57.391 S je vollbeschäftigte Arbeitskraft, das bedeutet eine Erhöhung von 12 Prozent gegenüber 1973.

Sicherlich hat sich das Einkommen in hochalpinen Lagen – das habe ich schon erwähnt – durch die Situation auf dem Rindersektor und die Absatzschwierigkeiten um 4 Prozent verringert.

Auch auf dem Investitionssektor und zu den Ergebnissen auf diesem Gebiet kann man feststellen, wie sich das landwirtschaftliche Einkommen praktisch wiederum verbessert hat, und zwar dadurch, daß es eben wieder möglich ist, in einem gewissen Ausmaß entsprechende Investitionen vorzunehmen. Der Anteil der Investitionen der Land- und Forstwirtschaft am gesamten Wirtschaftsbereich in Österreich hat sich von 1973 auf 1974 von 5,6 auf 5,7 Prozent erhöht.

Bruttoanlageinvestitionen für Traktoren, Landmaschinen weisen eine höhere Ziffer aus als 1973, und zwar sind es 4,18 Milliarden gegenüber 3,49 Milliarden.

Man könnte noch verschiedene andere Fakten vorbringen, könnte noch verschiedene andere Aussagen machen, aber ich muß mich an eine gewisse Zeit halten, möchte aber noch etwas bringen, was über die verbesserte Lage der Landwirtschaft sicherlich eine Aussage macht. Das ist die Verschuldung, beziehungsweise das sind die Investitionen im gesamten.

Auch 1974 sind die Gesamtinvestitionen in der Landwirtschaft gestiegen. Die Passiva der österreichischen Landwirtschaft waren praktisch um 200 Millionen Schilling höher. Das bedeutet einen Verschuldungsgrad, der sich 1974 gegenüber 1973 wiederum verbessert hat. War es 1973 noch ein Verschuldungsgrad von 10,5 Prozent, so war es 1974 ein Verschuldungsgrad von 9,9 Prozent, also eine rückläufige Tendenz, von der man sicherlich sagen kann, es ist erfreulich, das feststellen zu können.

Und jetzt noch etwas. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Das würde ich nicht sagen, denn man braucht ja nur die Unterlagen der letzten Jahre genau durchzustudieren. Daß Sie als Vertreter der Landwirtschaft ein bißchen von diesen Dingen verstehen, muß ich ja annehmen, praktisch müßte man das ja annehmen. Aber leider muß man doch manchmal feststellen, daß Sie nicht immer über die tatsächlichen Vorgänge und Ereignisse ganz im Bilde sind. Dieses Gefühl bekommt man, wenn man so manche Zwischenrufe und Feststellungen von Ihnen hört.

Maderthaner

Jetzt noch zu einem Punkt, zur Steuerleistung der Landwirtschaft. Ich sage noch einmal, das ist kein Vorwurf gegen die Landwirtschaft, sondern eine nüchterne Feststellung. Man darf die Steuerleistung der Landwirtschaft innerhalb des gesamten Wirtschaftsbereiches nicht vernachlässigen, man muß auch darüber reden und Feststellungen machen.

Obwohl das Gesamteinkommen je Familienarbeitskraft von 1973 auf 1974 um 10,6 Prozent von über 57.000 S auf über 63.000 S gestiegen ist, ist festzustellen, daß die Summe der gesamten Einkommensteuer für alle rund 360.000 Betriebe in Österreich gleich hoch wie 1973 geblieben ist, also ein Gesamtbetrag von 120 Millionen.

Sehr geehrte Frauen und Herren! Ich habe versucht, jetzt in doch sachlicher Weise und in nüchternen Zahlen (*Ruf bei der ÖVP: Das gehört auch irgendwie zum Einkommen!*) festzustellen, wie die Dinge liegen. Ich betone nochmals, damit kein Irrtum entsteht: Ich weiß, daß es in der Landwirtschaft auf Grund der Strukturveränderung, die auch auf diesem Sektor vor sich geht, große Schwierigkeiten gibt, ich weiß aber auch, daß es aus der gesamten wirtschaftlichen Situation heraus Schwierigkeiten gibt, von denen natürlich auch die Land- und Forstwirtschaft nicht verschont bleibt.

Es wird unsere Aufgabe sein, mehr denn je auch in Zukunft alles dazu beizutragen und auch auf dem Sektor Landwirtschaft für die dort tätigen Menschen alles zu tun, um mit den Schwierigkeiten fertigzuwerden.

Wenn man die letzten fünfeinhalb Jahre der sozialistischen Bundesregierung betrachtet, muß man doch feststellen, daß es erstens durch den Fleiß aller in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen und durch die verschiedensten Stützungsmaßnahmen seitens der Bundesregierung – natürlich auch anderer Gebietskörperschaften – möglich geworden ist, mit den bisherigen Problemen, die in der Landwirtschaft zweifellos bestanden haben und noch bestehen, fertigzuwerden. Ich bin überzeugt davon, die Mittel zum Grünen Plan und alle anderen noch zur Verfügung stehenden Förderungsmittel werden dazu beitragen. Es ist doch so – weil man immer sagt, es sind viel zuwenig Mittel im Budget vorhanden, und Sie wissen das auch sehr genau aus der Praxis der vergangenen Jahre, auch in Ihrer Zeit, als Sie allein regiert haben, war es nicht anders –, daß es im Laufe des Jahres notwendige Ausgaben geben wird und gibt und daß diese Mittel dann immer wieder bereitgestellt worden sind, und zwar durch die Budgetüberschreitungsgesetze.

Ich glaube daher, daß wir uns nach wie vor auf

dem richtigen Weg befinden, auch für die Land- und Forstwirtschaft. Bestätigt und bestärkt wird meine Auffassung dadurch, daß wir praktisch ja zum dritten Mal bei der Nationalratswahl eine entsprechende Mehrheit und 1975 noch eine verstärkte Mehrheit seitens der Bevölkerung Österreichs bekommen haben, mit einem verstärkten Anteil der Menschen im ländlichen Raum, wie heute schon meine Kollegen ausgeführt haben.

Daher gehen wir diesen Weg weiter und lassen uns nicht beirren, weil wir überzeugt sind, daß wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich (FPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Der bisherige Verlauf der Agrardebatte zeigt ganz deutlich, in welchem Dilemma sich die Agrarpolitik in Österreich befindet. Die sozialistische Fraktion versucht beharrlich, ihr gestörtes Verhältnis zur Landwirtschaft zu vertuschen, indem die Sprecher in schöner Regelmäßigkeit die Berichte des Bundesministers wiederkäuen und versuchen, durch den Speichel des Lobes diese trockenen Spelzen verdaubar zu machen, die uns die Bundesregierung bisher vorgesetzt hat. (*Heiterkeit.*)

Zur Bestätigung der positiven Reaktion, die die Sozialisten auf Grund ihrer Agrarpolitik aus dem Wahlergebnis herauslesen, wird immer wieder zitiert, wie sich doch in den kleinen Landgemeinden die Situation der Sozialistischen Partei bei der letzten Nationalratswahl verbessert hätte. So signifikant, daß man von einem Erfolg der Agrarpolitik der Sozialisten reden kann, war dieses Ergebnis nun wieder nicht, und das ist auch kein Wunder, denn so deutlich wird die sozialistische Agrarpolitik dem Wähler nicht erkennbar. Für ihn ist nur der direkte Zufluß von Mitteln maßgebend, und das ist für eine Agrarpolitik doch etwas zuwenig, das ist bestenfalls die Umfunktionierung des einzelnen Landwirtes zu einem Subventionsempfänger, der er allerdings auch schon unter der Volkspartei gewesen ist.

Daß sich aber auch die Volkspartei mit ihrer Agrarpolitik im Dilemma befindet, das zeigt wohl ganz deutlich der Vergleich, den Kollege Deutschmann angestellt hat. Herr Kollege Deutschmann – ich sehe ihn im Augenblick nicht –, wenn man zum Vergleich mit Österreich und zur Beschreibung der Bedeutung der Agrarpolitik und der Landwirtschaft in Österreich die Sowjetunion heranzieht, die schlechten Ernten anführt und die Konsequenzen, die sich

606

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Dipl.-Ing. Hanreich

daraus für die Bürger der Sowjetunion ergeben, mit allen Rückwirkungen auf den Lebensstandard, und so weiter, dann ist das doch ein äußerst trauriger Vergleich. Denn man muß sich vor Augen führen, wie hoch für den einzelnen Sowjetbürger der Anteil für Nahrungsmittel an den Lebenshaltungskosten ist, wenn man von den Grundnahrungsmitteln absieht, um daraus ermessen zu können, welche Rolle dort die Landwirtschaft für den einzelnen heute noch spielt, wie unvergleichlich höher der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte im Warenkorb der Familie in der Sowjetunion ist. Es ist also ein unpassender Vergleich für die Situation der österreichischen Landwirtschaft, wenn man sich auf die Sowjetunion beruft. Daß die Volkspartei mit ihrer Agrarpolitik in einem Dilemma ist, das wird auch klar aus den Ausführungen, die Abgeordneter Lanner als erster Redner der Volkspartei hier gebracht hat.

Ich verstehe schon, daß es unangenehm ist – wenn man Agrarpolitik weniger als Sachpolitik, sondern jahrzehntelang als Machtpolitik betrieben hat –, wenn an diesen Fundamenten der Macht gerüttelt wird. Und ich verstehe auch, daß es unangenehm ist, wenn zum Beispiel im niederösterreichischen Landtag der Vorschlag eingebracht wird, man möge doch die Bezirksstellen der Landwirtschaftskammern von 65 auf 21 reduzieren. Klar, daß dieser Vorschlag von den Sozialisten gekommen ist, die so wie wir Freiheitlichen sehr wohl wissen, daß diese 65 Bezirksstellen der Landwirtschaftskammern etwa – ich will keinen Prozentsatz nennen – einen wesentlichen Teil ihrer Tätigkeit als Partefunktionäre verbringen und das vorgeblich im Dienste der Kammern, ohne die Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu vertreten, wie das ihre Aufgabe wäre.

Natürlich ist es in einer solchen Situation notwendig, mit dem Motto: „Hütet euch vor Zersplitterung!“, dem Zusammenhalten unter der eigenen Flagge das Wort zu reden. In einer solchen Situation ist es dann auch notwendig, das Außerstreitstellen der Ziele der Agrarpolitik besonders hervorzuheben und der Regierungspartei Zusammenarbeit anzubieten, wo immer das gerade noch vertretbar ist.

Schließlich geht es darum, eine Machtposition zu behaupten, die man Jahre hindurch innegehabt hat.

Dabei sieht man sich nun einer Aktivität der Sozialisten gegenüber, die man als janusköpfig bezeichnen könnte, wie das ganz schön aus der Broschüre „Die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 1975“ hervorgeht. Da ist der Doppelkopf der sozialistischen Agrarpolitik zu sehen: Einerseits der Bundesminister Weihs, der zurück auf die Agrarpolitik der Volkspartei blickt, diese

Agrarpolitik der Volkspartei mehr oder weniger fortgesetzt hat, und mit der er wahrscheinlich auch abtreten wird. Andererseits der Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden, der in die Zukunft einer sozialistischen Agrarpolitik blickt, die, wie das so üblich ist, noch im Nebel liegt, aber – und das wird ganz deutlich sichtbar – ebenfalls wie die Politik der Volkspartei darauf abzielt, die bisherigen Machtstrukturen beizubehalten, sie jedoch in sozialistische Machtstrukturen umzuwandeln.

Und das ist das Unerfreuliche an einer so festgefahrenen politischen Struktur wie der der Landwirtschaft, daß die Apparate einen ungeheuren Bestand haben. Sie vertragen es sogar, daß sich die Farbe der Regierung verändert. Im Laufe der Zeit verändert sich auch die Farbe der in diesen Apparaten Tätigen, zu guter Letzt bleibt der Apparat mit seinem Gewicht und seinem bürokratischen Druck auf den einzelnen Landwirt und Staatsbürger, der sich daraus kaum freimachen kann. Wie festgefahren die Strukturen sind und wie deutlich man das nach außen hin sagt, ist beispielsweise an den Genossenschaften zu erkennen. Ein Zitat des Vizepräsidenten der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer Derfler im „Österreichischen Bauernbündler“ vom 20. November 1975 zeigt ganz klar, wie bewußt die Macht gehandhabt und ausgeübt wird. Es steht dort mit dem bezeichnenden Untertitel „Macht sichtbar dokumentieren“: Der Vizepräsident der niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer, Bürgermeister Alois Derfler, bezeichnete „das Lagerhaus als wichtiges Instrument moderner Agrarpolitik: „Nur wer im öffentlichen Leben Macht sichtbar dokumentiert, setzt sich auch wirklich durch“.

Kein Wunder, daß, wenn man durch Niederösterreich fährt, in manchen Gegenden die Türme und Silos der Lagerhäuser die Funktion der alten Zwingburgen übernommen haben.

Die Realität ist auch danach, denn es ist kein Zweifel, daß die Genossenschaften heute schon weitgehend über ihre ursprüngliche Aufgabe hinausgewachsen sind. (Abg. Steiner: Auch im positiven Sinn!) Leider nicht im positiven Sinne, Herr Kollege.

Die Genossenschaften sind zweifellos eine sehr sinnvolle Einrichtung. Das gemeinsame Lösen von Problemen, der Zusammenschluß in Genossenschaften ist eine sehr zweckmäßige und auch aus freiheitlicher Sicht sehr wertvolle Errungenschaft, eine wertvolle Form der Organisation.

Damit diese Vorteile der Genossenschaften, die bessere Ausnutzung von Maschinen und Geräten, die Bewältigung von Problemen, die

Dipl.-Ing. Hanreich

der einzelne eben nicht schafft, auch gesellschaftspolitisch in der wünschenswerten Form ablaufen können, ist es notwendig, daß man sich des gesellschaftspolitischen Aspektes dieser Genossenschaften bewußt ist.

Aber man muß sich dessen nicht nur bewußt sein, man muß auch die gesellschaftspolitischen Komponenten in diesen Genossenschaften pflegen. Dazu zählt, daß das einzelne Mitglied das ausreichende Maß an Mitwirkungsmöglichkeit und Mitbestimmungsmöglichkeit findet. Das ist sehr leicht, wenn es darum geht, zum Beispiel in Form einer Genossenschaft eine Wiedhackmaschine zu halten, weil deren Anschaffung und Verwaltung leicht durch einen Funktionär zu machen ist. Es ist also gar kein Problem, die Benutzung aufzuteilen. Die Zahl derer, die an einer solchen Genossenschaft beteiligt sind, ist nicht groß, es ist übersichtlich. Der einzelne hat wirklich Einblick in die Zusammenhänge.

Mit den Aufgabengrößen wachsen dann aber auch die Organisationen. Wenn man sich die tatsächliche Entwicklung der Genossenschaften ansieht, dann kommt man sehr schnell darauf, daß die Genossenschaften weit über den für den einzelnen Funktionär noch leicht überschaubaren Rahmen hinausgewachsen sind. Wenn einmal Übergenossenschaften, sozusagen zweite Ebenen entstehen, an denen die einzelnen Genossenschaften partizipieren, ist es für den kleinen Funktionär und erst recht für das Mitglied längst so, daß der Apparat für ihn undurchschaubar wird, der Gesamtzusammenhang nicht mehr erkennbar ist und damit der gesellschaftspolitische Aspekt verlorengeht, der nämlich die Mitwirkung des einzelnen Mitgliedes an den Aktivitäten der Genossenschaft zum Ziel hat, was eben ausreichende Information und Kenntnis der Zusammenhänge voraussetzt.

Ein typisches Beispiel dafür, daß die Genossenschaften teilweise weit über die Interessen ihrer Mitglieder hinausgewachsen sind, sind die Molkereigenossenschaften, die in ihrer Gesamtorganisation ein viel zu aufwendiger und viel zu umfangreicher Apparat geworden sind. Irgend etwas muß doch an diesen Institutionen faul sein, wenn wir in Österreich eine derart krasse Differenz zwischen dem Erzeugermilchpreis einerseits und dem Konsumentenmilchpreis andererseits haben. Hier ist die Struktur längst zu kompliziert, längst zu aufgeblasen, längst zu undurchsichtig und undurchschaubar. (Abg. Brantsäßer: Wollen Sie kleinere Molkereigenossenschaften machen?) Nein, ich will bessere Strukturen haben. Ich habe gerade erläutert, daß sich das genossenschaftliche Prinzip unter Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Aspekte nur zur Lösung ganz bestimmter Probleme eignet. Wenn die

betrieblichen Strukturen zu groß werden, muß man auf dafür geeignete Struktur- und Betriebsformen ausweichen, dann ist eben die Genossenschaft als gesellschaftspolitisch wertvolle Struktur nicht mehr in der Lage, die Aufgaben zu bewältigen.

Nun aber von diesem Kapitel der Genossenschaften weg zu einer Forderung, die vom Abgeordneten Lanner ebenfalls in den Raum gestellt wurde und die ein schon langjähriges Lieblingsthema von mir ist: die Problematik der Krisenlager.

Es ist sehr schön, daß der Abgeordnete Lanner jetzt darauf hinweist, daß die Maßnahmen der Regierung unzureichend beziehungsweise nicht vorhanden sind und daß die wirtschaftliche Verteidigung, die Krisenvorsorge im Bereich der Landwirtschaft, schlicht nicht existent ist.

Es ist schon richtig, daß wir jetzt zweifellos durch den Beitritt zur Energieagentur, was die Dieseltreibstofflagerung anlangt, bessere Voraussetzungen finden werden und daß uns der Beitritt zur Energieagentur in dieser Richtung zur Vorratshaltung verpflichtet. Im Interesse der Landwirtschaft ist es gelegen, diese Bevorratung möglichst dezentral durchzuführen, um dadurch in ernst zu nehmenden Bedrohungsfällen auch eine reibungslose Versorgung zu sichern.

In einem ganz anderen Bereich der wirtschaftlichen Landesverteidigung, nämlich in der Eigenversorgung, wurde zwar mit Stolz festgestellt, daß sich Österreich – einschließlich der Südfrüchte, die natürlich zur Gänze importiert werden müssen – zu 84 Prozent selbst versorgt. Eine genauere Betrachtung zeigt aber, daß es eine ganz empfindliche Lücke auf dem Gebiet der pflanzlichen Fette gibt. Dort fehlt nach wie vor eine ausreichende Mindestversorgung. Es ist so, daß die Versorgung mit pflanzlichen Fetten völlig unzureichend ist. Hier haben wir eine echte Lücke, und es fehlt bisher an Maßnahmen, diese Lücke zu beseitigen.

Zwar hat in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 16. September Landwirtschaftsminister Weihs angeregt, man solle einen Teil der Weizenflächen mit Ölfrüchten bebauen, um die Fettversorgung zu verbessern und um importunabhängiger zu werden. Na ja, mit der Anregung, Herr Minister, wird es allerdings nicht getan sein; es wird nicht genügen, daß Sie schlicht und einfach eine Umänderung anregen; man wird konkrete Maßnahmen setzen müssen, und ich wäre Ihnen dankbar für eine Erläuterung, welche konkreten Maßnahmen Sie bisher gesetzt haben, um eine Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur in Richtung einer besseren Versorgung mit mehr Ölfrüchten sicherzustellen.

Dipl.-Ing. Hanreich

Zuletzt noch eine Bemerkung zum Forstgesetz. Wir Freiheitlichen haben schon immer die unzureichende Forstpolitik der Regierung kritisiert, und als der Klubobmann Peter im Jahr 1971 zur Regierungserklärung sprach, hat er hervorgehoben, daß zum Thema Forstpolitik nicht ein einziges Wort enthalten sei.

Nun hat die Regierungserklärung 1975 einige Alibi-Passagen, und in der Zwischenzeit ist das Forstgesetz verabschiedet worden. Das ist an sich sehr zu begrüßen. Es ist zwar damit nicht klar, wie die Forstpolitik der nächsten Jahre aussehen soll, aber die erste Praxis des Forstgesetzes zeigt sich bereits peinlicherweise in der Form, daß es nun bereits 26 Verordnungen gibt; ich hoffe, es sind in der Zwischenzeit nicht neue erschienen und ich habe tatsächlich den letzten Stand.

Ich sehe also, daß die Vollziehung des Forstgesetzes größere Schwierigkeiten bereitet, und ich kann mir nicht vorstellen, daß es gelingt, diese 26 Verordnungen auch zu exekutieren. Ich fürchte vor allem, daß es nicht gelingen wird, der Bevölkerung klarzumachen, was nun dieses Forstgesetz für sie bedeutet, und ich würde doch eine sehr subtile und detaillierte Information in lesbbarer Form für die Bevölkerung anregen. Die österreichische Bevölkerung sollte wissen, was das Forstgesetz gebracht hat, sie sollte informiert sein über die Veränderungen, die damit auf sie zugekommen sind, und das müßte in einer Form geschehen, die es dem einzelnen auch ermöglicht, sich an diese Veränderungen zu halten und ihnen in der Praxis seines Verhaltens Rechnung zu tragen.

Nun noch zu dem vom Abgeordneten Deutschmann eingebrachten Entschließungsantrag, der die Versachlichung der Preisgestaltung zum Ziel hat. Wir Freiheitlichen haben uns stets dazu bekannt, daß auch der Landwirt die Möglichkeit haben soll, seine Preise zu kalkulieren. Wir halten auch nichts von „kostendeckenden“ Preisen. Kostendeckende Preise sind völlig unzureichend, denn mit Recht erwartet der Landwirt von seiner Tätigkeit einen Gewinn. Kostendeckende Preise heißt, daß die Aufwendungen, die getätigten wurden, abgegolten werden. Ganz abgesehen davon, daß sich der Marktpreis grundsätzlich nicht nach solchen Gesichtspunkten orientiert – das weiß jeder, der in der Wirtschaft tätig ist –, ist der kostendeckende Preis für den Landwirt unzureichend.

Wir Freiheitlichen meinen also, daß ein Kalkulationsrecht für den einzelnen Landwirt, die Möglichkeit, seine Produkte selbst zu bewerten, viel wesentlicher wäre. Ich habe den Eindruck, daß sich – basierend auf der Politik der Volkspartei und basierend auf der Schwierigkeit der Nachkriegssituation – in der Land-

wirtschaft etwa das abspielt, was sich bei den Mieten nach dem Ersten Weltkrieg abgespielt hat: Man hat durch permanentes Verwalten, durch Preisregelungen verschiedenster Art die gesamte marktwirtschaftliche Struktur außer Kraft gesetzt. Dann hat man nicht mehr versucht, allmählich wieder eine marktwirtschaftliche Struktur zu erreichen, sondern hat die Politik der Regelungen fortgesetzt. Das Ergebnis kann man auf dem Wohnungsmarkt ganz deutlich feststellen: Es gibt zuwenig Wohnungen in passender Größe und Ausstattung, und diejenigen, die neu sind, sind zu teuer, weil man die Maßstäbe verzerrt und verzogen hat.

Ähnlich ergeht es der Agrarpolitik. Es gelingt hier offensichtlich nicht, einen Weg zurück zur Marktwirtschaft zu finden. Wir glauben aber, daß die Vorschläge einer Versachlichung, wie sie diesem Antrag zugrunde liegen, freiheitlichen Vorstellungen als Übergangslösung sehr wohl entsprechen und daher durchaus unsere Zustimmung finden können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der zuständige Ressortminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
Dipl.-Ing. Dr. Weihl: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe dem Hohen Haus den Grünen Bericht 1974 sowie den Tätigkeitsbericht und darüber hinaus auch noch eine Publikation mit dem Titel „Agrarpolitik zwischen Bewahrung und Fortschritt“, welche einen sehr informativen Überblick über die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in der abgelaufenen Legislaturperiode gibt, vorgelegt.

Darüber hinaus habe ich heute eine agrar-, forst- und wasserwirtschaftliche Bilanz über das Jahr 1975, die Ihnen eben Herr Abgeordneter Hanreich gezeigt hat, übermittelt, die zum Teil sehr detailliert über Fragen der Agrarförderung, der Forst- und Wasserwirtschaftspolitik sowie über die legistischen Initiativen meines Ressorts Auskunft gibt und darüber hinaus eine Reihe interessanter, in Form von Tabellen und Graphiken dargestellter Informationen enthält.

Das sind alles Berichte, Fakten und sachliche Analysen, Herr Abgeordneter Dr. Lanner, aus welchen Sie entsprechende Schlüsse über die derzeit tatsächlich getätigte Agrarpolitik ziehen können und die Sie jederzeit als Grundlage für eine sachliche Diskussion verwenden können oder sollten. Sie haben hier Material zur Verfügung, welches weder gefälscht noch manipuliert wurde, sondern den Tatsachen entspricht (*Zwischenruf bei der ÖVP*) und auch

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihns

den Ablauf des Jahres 1975 bei allen Sparten der Land- und Forstwirtschaft widerspiegelt.

Die Debatte über das Agrarbudget 1976 bietet wiederum Gelegenheit, im Hohen Hause einige grundsätzliche Fragen der Land- und Forstwirtschaft und der Wasserwirtschaft zu erörtern. Bevor ich nun zu den einzelnen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung nehme, möchte ich doch einige Hinweise über den Erfolg und die Effizienz der Agrar- und Förderungspolitik meines Ressorts aufzeigen.

Das Ressort war mit der von der Bundesregierung in der Regierungserklärung postulierten Struktur-, Produktions-, Markt- und Sozialpolitik und einer agrarpolitisch notwendigen sowie volkswirtschaftlich möglichen Preispolitik bestrebt, die Versorgung zu sichern und das Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen zu verbessern.

Herr Abgeordneter Lanner! Auf Ihren Debattenbeitrag zurückkommend darf ich erwähnen, daß dies eine sachliche Arbeit war und daß hier eigentlich die Frage aufgeworfen werden müßte, wer die Sachlichkeit stört und wer oft ein vernünftiges Klima, welches Voraussetzung für eine sachliche Arbeit darstellt, verhindert. Ich glaube nicht, daß Sie der Meinung sind, daß die Regierung oder die Regierungspartei diese Sachlichkeit nicht immer wieder sehr stark betont und auf Basis dieser Sachlichkeit jedeweile Diskussion mit Ihnen geführt hat.

Der Erfolg dieser Agrarpolitik kommt zweifellos dadurch zum Ausdruck, daß sich das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft seit 1970 um etwa 70 Prozent auf 50.262 S erhöhte, während das Betriebseinkommen je Arbeitskraft im gleichen Zeitraum um 69 Prozent auf 57.400 S anstieg. Das ist, Herr Abgeordneter Lanner, keine Platzpatrone, wie Sie gemeint haben, sondern das sind Tatsachen, die durch die Landesbuchführungsgesellschaften bestätigt werden – die nicht mir, wie ein Abgeordneter gemeint hat, unterstehen –, das sind Ziffern, die eben von dieser Gesellschaft auf Grund von echten Einnahmen- und Ausgabenrechnungen buchführender Betriebe erstellt werden.

Wie nun der vorliegende Bericht 1974 zeigt, ergab sich sogar trotz der Schwierigkeiten, die wir gehabt haben, auch für das Jahr 1974 unter Berücksichtigung der Inflationsrate von 9,5 Prozent beim Betriebseinkommen eine echte reale Einkommensverbesserung um 2,3 Prozent, wobei mir aber besonders wesentlich erscheint, daß sich der Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung weiter verbessert hat, denn nach einer entsprechenden Eigenkapitalbildung war es nämlich auch möglich, den Verbrauch der

Besitzerfamilien um 11 Prozent anzuheben. Und hier möchte ich betonen: Unabhängig davon, ob die Abschreibung von den Anschaffungskosten oder von den fiktiven Einheits- oder Wiederbeschaffungskosten vorgenommen wird.

Herr Abgeordneter Lanner! Das sind nüchterne Darstellungen, nüchterne Tatsachen, die Sie überall nachlesen können und die eigentlich auch für Sie die Voraussetzung sein sollten, daß man mit diesen echten, nüchternen Ziffern jederzeit auch eine nüchterne Diskussion abführen kann.

Ich habe Ihnen nicht umsonst dieses Heftchen gegeben. (*Der Redner zeigt eine Broschüre vor.*) Wenn Sie sich nämlich auf Seite 19 die Graphik ansehen, dann können Sie ja wirklich die Tätigkeit dieser Regierung feststellen. Denn hier heißt es:

Von 1967 bis 1970 hat sich das landwirtschaftliche Betriebseinkommen um 17,4 Prozent erhöht, von 1971 bis 1974 um 53,6 Prozent.

Auch das sind nüchterne Tatsachen, die man bei jedweder Diskussion heranziehen muß.

Selbstverständlich ist die Entwicklung der Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft auch im Zusammenhang mit der strukturellen Situation zu beurteilen. Die Bundesregierung war immer bemüht, den sich vollziehenden Strukturwandel harmonisch und human zu gestalten. Im Jahre 1974 hat sich die Abwanderung aus der Land- und Forstwirtschaft mit 13.300 Menschen gegenüber den Vorjahren verlangsamt. Es sind derzeit noch 390.000 Menschen in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

Ein kurzer Überblick über die gesamtwirtschaftliche Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft zeigt, daß sich diese gefestigt hat, wobei die Endproduktion mit 47,7 Milliarden Schilling einen neuen Rekord erreicht hat und auch der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Bruttonationalprodukt mit 33,2 Milliarden Schilling und zum Volkseinkommen mit 23,5 Milliarden Schilling ebenfalls eine Erhöhung gegenüber dem vergangenen Jahr erfahren hat.

Ich glaube sagen zu können, daß wir im wesentlichen mit allen Fragen des Absatzes fertig geworden sind. Wir konnten selbst die von der EG ausgehenden Schwierigkeiten, insbesondere auf dem Rindersektor, meistern. Dazu nur eine kurze Erläuterung:

Wir haben im Jahre 1974 trotz dieser Schwierigkeiten 132.800 Stück Rinder exportieren können, gegenüber 134.400 im Jahre 1973. Im Jahre 1975 werden es rund 139.500 Stück Rinder – Zucht-, Nutz-, Schlachtrinder und Rindfleisch – sein. Aber dazu kommt im Jahre

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihl

1975 noch, daß wir für die Verarbeitung rund 45.000 Stück Rinder eingelagert und für die beiden Verbilligungsaktionen 35.000 Stück Rinder aus dem Markt genommen haben. In Summe werden es daher im heurigen Jahr für Inlandsaktionen und Export rund 220.000 Stück sein.

Ich glaube, daß das immerhin eine Leistung war, die man auch anerkennen sollte, und daß man mit den Ergebnissen nicht unzufrieden sein kann. Ich gebe allerdings auch zu, daß natürlicherweise Wünsche noch offen sind. Es würde keine dynamische Entwicklung in der Welt geben, wenn nicht immer wieder Wünsche offen sind, die man zu erfüllen versucht.

Ich glaube, wir haben in unseren Förderungsrichtlinien, die funktionsbezogen anzuwenden sind, alle sozioökonomischen Betriebstypen einbezogen. Ich persönlich bin nämlich davon überzeugt, daß das Zusammenarbeiten aller Betriebe die Siedlungsdichte und den Lebensraum gewährleistet. Hier, Herr Abgeordneter Meiβl, glaube ich einen neuerlichen Aspekt und einen neuerlichen Beweis einer modernen Agrarpolitik und eines vorhandenen Agrarkonzeptes aufgezeigt zu haben, allerdings unter der Voraussetzung, daß es verstanden wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, trotz notwendiger und auch stets von der Opposition geforderter Sparmaßnahmen auch für 1976 die finanziellen Erfordernisse der Land- und Forstwirtschaft im Bundesfinanzgesetz zu sichern.

Zweifellos, meine Damen und Herren, ist es leichter, nur Forderungen gegenüber dem Bund aufzustellen. Aber im Bereich der Agrar- und Forstpolitik sollte auch daran gedacht werden, daß die Landeskultur – wie der Name es schon sagt – auch Landessache ist und daher auch dort die finanziellen Anstrengungen, wie sie der Bund immer wieder vornimmt, zu verstärken wären.

Das gilt für eine Reihe von Punkten des heute schon angezogenen Beratungssystems. Ich bin überzeugt, es kommen noch die Milchleistungskontrolle und ähnliche Dinge mehr nach. Aber auch regionalpolitische Maßnahmen können, wie wir das bei der Grenzlandförderung demonstrierten, nur mit gemeinsamen Anstrengungen wirkungsvoll gelöst werden.

Ein besonderer Schwerpunkt – und hier darf ich, glaube ich, gleich auf mehrere Debattenredner eingehen; der Herr Abgeordnete Lanner war der erste, der Abgeordnete Meiβl der zweite, ich glaube, der Abgeordnete Deutschmann hat das auch wieder aufgegriffen – in meinem Förderungsprogramm ist bekanntlich die Förderung der Infrastruktur. Und hier möchte ich doch einige Klar- und Richtigstellungen vornehmen.

1975 standen für die Verkehrserschließung aus dem Grünen Plan und dem Bergbauern-Sonderprogramm einschließlich der Rücklage aus dem Jahre 1974 343,3 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit werden rund 1300 Kilometer Straßen gebaut. Im Jahre 1976 sind aus dem Grünen Plan und dem Bergbauern-Sonderprogramm im Budget 286,5 Millionen Schilling enthalten, wobei auch im Konjunktur- und Stabilisierungsvoranschlag weitere 120,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden, sodaß insgesamt über 400 Millionen Schilling für die Verkehrserschließung vorgesehen sind. Wir werden trotz der Teuerung mindestens ebenso viele Kilometer bauen können wie im Jahre 1975.

Aber Sie bedenken eines nicht, meine Damen und Herren! Diese Kostensteigerungen, die sich aus den Ziffern ergeben haben – ich glaube, der Herr Abgeordnete Deutschmann hat diese Ihnen vorgelesen –, stammen ja nicht allein von der Teuerung selbst, sondern die Straßen werden, wie bereits gesagt, in immer schwierigerem Gelände gebaut. Zuerst hat man bekanntlich die im einfachen Gelände gebaut, und jetzt geht man immer weiter vor und kommt natürlicherweise in schwierigeres Gelände, wo die Aufwendungen wesentlich höher sind. Außerdem werden die Wege breiter und besser gebaut und bekanntlich ja auch mit Asphaltdecken versehen, sodaß – und das wird hier auch sehr oft übersehen – in Zukunft die Landwirte nicht immer wieder für die Instandhaltung der Wege aufkommen müssen, weil sie von vornherein schon so gebaut werden, daß eine jährliche Instandhaltung, wie das bisher sehr oft vorgekommen ist, nicht mehr notwendig ist. Ich glaube, daß wir, da um ungefähr 30 Prozent höhere Beträge als 1974 zur Verfügung stehen, das Auslangen finden können.

Eines aber würde ich vielleicht doch auch noch zu bedenken geben – ich weiß, das hören die Bürgermeister nicht gerne –: Bei zunehmender Inanspruchnahme der von uns geförderten Wege durch außerlandwirtschaftliche Verkehrsteilnehmer wird irgendwann einmal eine stärkere Einschaltung der Gemeinden, insbesondere für die Wegeerhaltung und dann vielleicht auch im Winter für die Schneeräumung notwendig sein.

Wenn ich nun die Regionalförderung für das Jahr 1976 betrachte, so erfährt diese ebenfalls eine Erhöhung um 40 Millionen Schilling, sodaß mit den erhöhten Beträgen für die Verkehrserschließung und für die Regionalförderung eine wesentliche Verbesserung der Bergbauernförderung erfolgen kann.

Wir haben in den letzten Wochen die Neuzonierung der Bergbauerngebiete praktisch

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

abgeschlossen. Auch das scheint einigen Abgeordneten nicht ganz große Freude zu machen, wie ich gehört habe. Ich halte es aber für eine wichtige Entscheidung, eine Basis gefunden zu haben. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Ein Abgeordneter hat sich hier nicht so ganz mit der Neuzonierung der Bergbauern ident erklärt, weil er erklärt hat: na schön, jetzt haben wir eine Neuzonierung . . . (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber bitte, meine Herren, lassen Sie mich ausreden, ich wollte gerade sagen, daß man sich mit der Neuzonierung nicht einverstanden erklären kann, weil das Geld fehlt. Genau das ist das, was Sie mir gerade als „Hölzerl“ geworfen haben.

Ich glaube aber, daß wir die Neuzonierung auf jeden Fall als Grundlage der Bergbauernförderung nehmen müssen, daß wir jedoch neue Wertkriterien insbesondere für die Bemessung des Bergbauernzuschusses schaffen werden müssen. Im Zuge dieses Verfahrens sollen auch die sich bisher ergebenden Einsprüche und Vorschläge einer Prüfung unterzogen werden und, wenn erforderlich, auch Berücksichtigung finden.

Nun ein Wort zur Grenzlandförderung. Herr Abgeordneter Meißen, auch das ist ein sehr, sehr eindeutiger Aspekt einer neuen Agrarpolitik, weil hier doch Maßnahmen gesetzt wurden. Wir sind im nächsten Jahr im fünften Jahr der Abwicklung des Bergbauern-Sonderprogrammes, weil bisher das Berggebiet als Stiefkind behandelt wurde, weil nicht sehr viel geschehen ist. (*Abg. Kinzl: Millionen Schilling für die Bergbauern!*) Ja, und 417 Millionen dazu für Verkehrserschließung, Regionalförderung und ähnliche Dinge mehr. Das, würde ich also glauben, ist ein sehr wesentlicher Punkt. Sie könnten mir noch sagen: Wozu brauchen wir 830 Millionen Schilling für den Flußbau? Daß damit aber bis heute in den letzten fünf Jahren 600.000 Menschen vor Gefahren gesichert worden sind, das scheint Sie nicht zu interessieren, Herr Abgeordneter Kinzl. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Meißen, zum Vorgang selbst: Über Initiative der Bundesregierung wurden die entsiedlungsgefährdeten Gebiete entlang der toten Grenze – wie das so schön heißt – in ein integrales Förderungssystem aller Wirtschaftssparten einbezogen. Die Beurteilung der Förderungsvorhaben selbst erfolgt auf Grund von Vereinbarungen zwischen der Landesregierung und der Bundesregierung. Für die Steiermark ist das bis heute leider noch nicht erfolgt.

Erst wenn dieses Einvernehmen hergestellt wurde, wird das landwirtschaftliche Programm oder Förderungsprogramm von meinem Ressort bearbeitet. Wie Sie richtig sagten, haben wir

derzeit bereits im zweiten Jahr – in kurzer Zeit wird es bereits das dritte Jahr sein – eine Grenzlandförderung für Niederösterreich, Kärnten ist im zweiten Jahr, Oberösterreich beginnt im nächsten Jahr. Hierfür sind insgesamt 50 Millionen Schilling an Beihilfen vorgesehen, wozu noch rund 160 Millionen Schilling AIK kommen. Dieser Betrag ist eine echte Erhöhung des Grünen Planes, wenn Sie sich die Mühe machen und hier einmal nachsehen wollten.

Wenn man eine budgetäre Vorsorge für irgend etwas treffen soll, was heute noch nicht existent ist, ist es unmöglich, diese nach unseren finanzgesetzlichen Bestimmungen in das Budget hineinzunehmen; wenn eine solche Vereinbarung getroffen wurde, kann man im Rahmen eines Budgetüberschreitungsgesetzes die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Nun, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu den absatzpolitischen Maßnahmen. Die finanziellen Ansätze sind im Hinblick auf die Tatsache, daß das Marktordnungsgesetz am 30. Juni 1976 ausläuft, zu beurteilen. Die Beträge, die im Rahmen der Milchwirtschaft vereinbart wurden, sind bis zum 30. Juni im Budget enthalten. Darüber hinaus werden erst die Verhandlungen der Zukunft die notwendigen Maßnahmen ermöglichen.

Ich darf aber zum Beispiel nicht unerwähnt lassen, daß im Hinblick darauf, daß für uns die Absatzmaßnahmen einen sehr wesentlichen Punkt einer agrarischen Förderung darstellen, im 1. und 2. Budgetüberschreitungsgesetz in diesem Jahr allein bei Kapitel 62 mehr als 1 Milliarde Schilling zur Verfügung gestellt wurden, wovon allein für den Viehabsatz zusätzlich 480 Millionen Schilling bereitgestellt wurden.

Das Ergebnis dieser Förderungsmaßnahmen können Sie heute auf allen Märkten feststellen, sei es auf dem Zucht- oder Nutzrindersektor, sei es auf dem Schlachtrindersektor. Auch für das Jahr 1976 scheint mir diese Frage sehr pragmatisch zu lösen zu sein. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Abgeordneter Meißen! Zur Frage der Mehrwertsteuer darf ich Ihnen sagen: Ich habe mich bereits vor Einleitung des Begutachtungsverfahrens an den Herrn Bundesminister für Finanzen gewandt, um eine Überprüfung des Vorsteuerpauschales sowie eine Ermäßigung des Steuersatzes für Handelsdünger anzuregen. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat seine Bereitschaft erklärt, über eine Anhebung des Vorsteuerpauschales zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Beratungen einzutreten. Voraussetzung hierfür wäre allerdings ein entsprechend fundiertes Gutachten, das dem Bundesminister für

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Finanzen von der Berufsvertretung – wie ich in Erfahrung gebracht habe – bisher noch nicht vorgelegt wurde.

Herr Abgeordneter Deutschmann! Meine Anfragebeantwortungen wurden am 5. Dezember per Post abgesandt, diese hätten spätestens heute in der Früh im Klubsekretariat der ÖVP eintreffen müssen.

Zu Ihren Budgetvergleichen darf ich folgendes sagen: Im Jahre 1970 war für Kapitel Land- und Forstwirtschaft 2.484.895.000 S eingesetzt. Im Jahre 1976 sind 3.998.421.400 S eingesetzt, das ist ein perzentueller Anteil von 3,15 Prozent am Gesamthaushalt, damit Sie die Zahlen auch richtig bekommen. (*Abg. Deutschmann: Ohne Grünen Plan?*) Was heißt, ohne Grünen Plan? Ich habe gesagt, für Kapitel Land- und Forstwirtschaft. Ich glaube, ich habe mich sehr deutlich ausgedrückt. (*Abg. Deutschmann: Stimmt nicht!*) Einschließlich der Treibstoffverbilligung. Ich würde bitten, im Finanzgesetz nachzusehen, dann werden Sie feststellen, daß diese Zahlen den Tatsachen entsprechen.

Herr Abgeordneter Hanreich! Zu Ihrer Information – er ist nicht da, ich bitte, ihm das weiterzusagen –: Ich serviere keine Spelzen, die einen Speichel benötigen, um schmackhaft und verdaubar zu sein, sondern ich biete Ihnen mit diesen Informationen echte Transparenz, wodurch Sie jedwede Möglichkeiten haben, die aktuellen Ziffern der Agrarpolitik herauszuleSEN. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Wenn Herr Abgeordneter Hanreich von Krisenlagern sprach – Herr Abgeordneter Lanner deutete das ja nur zart an, denn er weiß genau, was wir in den Lagern haben, Herr Abgeordneter Hanreich scheint das nicht zu wissen, aber ich bin gerne bereit, Auskunft zu geben –: Wir haben heute Getreide liegen, welches den Bedarf der Konsumenten bis etwa Jänner, Feber 1977 deckt, ohne daß wir auf die Ernte 1976 zurückgreifen müßten. Über Fleisch brauche ich nicht zu diskutieren. Hätten wir zuwenig Fleisch, würden wir nicht 140.000 Rinder exportieren müssen. Wir haben aber eine Aktion für Dieselölfotanklager vorgenommen, an der sich schon eine erhebliche Anzahl von Landwirten beteiligt hat. Es werden alle Landwirten eingeladen, sich weiter an dieser Lageraktion zu beteiligen, wofür wir ebenfalls entsprechende Mittel zur Verfügung stellen.

Zur Frage der pflanzlichen Fettlücke: Wir haben nicht nur davon geredet, daß man ungefähr 60.000 Hektar anbauen könnte, sondern wir kamen – das ist das dritte Jahr, in dem Großversuche gestartet werden, welche Ölfrüchte unter österreichischen Boden- und Klimabedingungen überhaupt eine lukrative

Ernte ermöglichen – überraschend zu der Tatsache, daß in Österreich Sojabohnen nicht gedeihen, daß aller Voraussicht nach nur Sonnenblumen und Raps gedeihen können.

Zu Ihrer Feststellung, daß sich beim Forstgesetz angeblich niemand auskennt, darf ich folgendes sagen: Es ist eine Aufklärungsschrift in Vorbereitung, die der Öffentlichkeit zugemittelt wird, damit diese weiß, welche für sie maßgeblichen Bestimmungen im Forstgesetz verankert sind.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich eindeutig feststellen, daß Ihr Vorwurf, die Agrarpolitik wäre keine entsprechende, unrichtig ist, und zwar deshalb, weil es in fünfthalb Jahren nicht möglich ist, die Versäumnisse von 25 Jahren in einem Zuge aufzuholen. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Sie haben kein Bergbauern-Sonderprogramm gemacht, kein Grenzlandförderungsprogramm zustande gebracht, und, Herr Abgeordneter Lanner, von 1966 bis 1970 haben nicht einmal Sie vom ländlichen Raum geredet, geschweige irgendwelche Taten in dieser Richtung für diesen Raum gesetzt. Diese Bundesregierung hat dies immerhin zustande gebracht und sie war es, welche mit ihrer sehr stark differenzierten Agrarpolitik diese Probleme in Angriff nahm, sie zu lösen begann, zum Teil gelöst hat und auch in Zukunft lösen wird. (*Abg. Dr. Haider: Das ist ein alter Hut!*) Das ist kein alter Hut, Herr Abgeordneter Dr. Haider, sondern man könnte sagen, die Situation ist eine neue, andere, als zu Ihrer Zeit. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich glaube, daß diese unsere Arbeit für den ländlichen Raum gerade auch bei der ländlichen Bevölkerung Anklang gefunden hat. Das hat letztlich der 5. Oktober 1975 bewiesen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Helga Wieser.

Abgeordnete Helga Wieser (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundesminister! Sie begannen Ihre Ausführungen mit „Sachlichkeit“. Ich möchte hier zur Sachlichkeit feststellen, daß wir uns gegen die pauschale Verdächtigung unserer gewählten Berufsvertretung wehren. Diese Unterstellungen, glauben wir, sollten doch jetzt wirklich einmal aufhören. Wenn es wirklich Mängel gibt, dann sollten Sie konkrete Fälle auf den Tisch legen. Wir sind jederzeit bereit, darüber zu reden. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Ganz im Gegenteil, man kann bei der Regierungspartei Unsachlichkeit feststellen, wenn ich zitieren darf aus der „Arbeiter-Zeitung“ vom 12. April 1972:

Helga Wieser

„Die Regierung habe die Einsetzung dieser Kreditprüfungskommission versprochen, um einen vom ÖVP-Bauernbund in den Landwirtschaftskammern praktizierten Mißbrauch der Macht einzuschränken.“

Ich glaube, das ist eine Pauschalverdächtigung und eine unsachliche Feststellung, die wir zurückweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Außerdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es sehr „sachlich“, wenn der Herr Bundeskanzler am niederösterreichischen Parteitag der Sozialisten im Jahre 1970 feststellt:

„Meine Regierung wird den Vorteil, daß sie jetzt Brotgeber der Agrarier ist, politisch zu nützen wissen und den Subventionskorb der Bauern je nach Widerstand der ÖVP höher oder niedriger hängen.“ – Das ist die „sachliche“ Agrarpolitik der Sozialisten! (*Abg. Samwald: Immerhin mehr als zur Zeit der ÖVP-Regierung!*)

Herr Bundesminister! Sie sind auch auf die Einkommenssituation zu sprechen gekommen. Ich gebe gerne zu, daß sich die Einkommenssituation verbessert hat, aber diese hat sich ja nicht nur bei den Bauern verbessert, sondern auch bei anderen Berufsgruppen. Umso weniger sehen wir ein, warum nicht auch in der Landwirtschaft eine leichte Einkommensverbesserung festzustellen sein soll. Sie haben in Ihrer Feststellung auf die Betriebskosten vergessen. Es wäre für uns sehr interessant, genaue Zahlen zu hören, wie sich diese Kostenentwicklung in den letzten Jahren entwickelt hat.

Herr Bundesminister! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung sehr viel von den Agrariern gesprochen. Er hat die Bedeutung der österreichischen Landwirtschaft hervorgehoben; er hat vor allem auf die achtzigprozentige Versorgungsfähigkeit der österreichischen Bauern hingewiesen, und er hat unter anderem mitgeteilt, daß es gilt, diese Versorgung in Zukunft sicherzustellen, und daß das nur dann möglich sein wird, wenn die Einkommenssituation in der Land- und Forstwirtschaft so ist, daß die Bauern bereit sind, in diesem ländlichen Raum zu bleiben.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Wenn man das das erste Mal hört und wenn man nicht schon die gewisse Vorgangsweise der sozialistischen Regierung kennt, dann müßte man meinen, daß das Goldene Zeitalter der Bauern anbricht. Aber man muß doch immer wieder Vergleiche ziehen. Wie ist denn die realistische Situation der Landwirtschaft? So goldig, wie sie uns der Herr Bundeskanzler gezeigt hat, ist sie nicht. Ich darf Sie an die große Betriebskostenbelastung, an die Mehrwertsteuer (*Abg. Samwald: Die tragen wir alle!*) oder an die schleppenden Preisnach-

züge, die nur nach besonderen Aktionen durchgeführt wurden, an die gesellschaftspolitischen Veränderungen erinnern.

Waren Sie es nicht, die Grund und Boden, die Werkstatt der Bauern, als großes Politikum hingestellt und die Bauern in dieser Hinsicht sehr verunsichert haben? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn man aus dieser Regierungserklärung zitiert, dann müßte man meinen, es stünde dahinter auch ein Bauernbundprogramm. Aber ich gebe nicht die Hoffnung auf, daß vielleicht auch ein Herr Bundeskanzler Kreisky bereit ist, sich etwas von den Bauernbundvorstellungen abzuschauen und zu realisieren.

Unser Bundesparteiobmann Dr. Taus hat schon bei seinen Antrittsreden und auch bei der Debatte zur Regierungserklärung auf die Bedeutung der österreichischen Landwirtschaft hingewiesen. Ich glaube, daß hier ein gemeinsamer Weg zu finden wäre, der sicherlich zum Vorteil aller, nicht nur der Bauern, sondern auch der Konsumenten wäre.

Es ist mir aber noch eines aufgefallen, und darüber habe ich mich eigentlich sehr gefreut. Der Herr Bundeskanzler hat bei dieser Regierungserklärung die Bäuerinnen separat erwähnt: „Auch der Aufgabenbereich und die Mitverantwortung der Bäuerin wird immer größer und führt in mehrfacher Weise zu einer außerordentlichen Belastung. Die Bundesregierung wird darum bemüht sein, durch ihre Aktivitäten die Lage der Bäuerin zu erleichtern.“

Hier gehe ich mit der Meinung des Herrn Bundeskanzlers konform. Es ist wirklich begrüßenswert, daß man sich endlich einmal auch innerhalb der SPÖ über die Bäuerinnen Gedanken macht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte hier ganz kurz auf die enormen Leistungen unserer Bäuerinnen hinweisen. In einer Sondererhebung des Mikrozensus durch das Österreichische Statistische Zentralamt ist unter anderem zu lesen, daß die wöchentliche Arbeitszeit von 60 und mehr Stunden in land- und forstwirtschaftlichen Bereichen durchwegs von den Frauen geleistet wird.

Ich darf vielleicht auch noch erinnern, daß, wenn man das Einkommen in der Landwirtschaft durch die Arbeitsstunden dividiert, leider nur ein Stundenlohn von 16 S herauskommt. Ich frage Sie alle: Ist es noch zu verantworten, daß eine besonders schwere Aufgabe nur mit einem 16 S-Stundenlohn honoriert wird?

Die vielen Sonderleistungen der Bäuerin, vor allem ihre Arbeiten in Feld und Stall! Ich möchte hier daran erinnern, daß mehr als die Hälfte oder zirka 60 Prozent der Milch von den Bäuerinnen

614

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Helga Wieser

gemolken wird. Es muß wirklich immer wieder in den Vordergrund gestellt werden, daß damit unter anderem ein enormes Arbeitspensum verbunden ist.

Die Bäuerin ist heute selbstverständlich mit der Betriebsführung konfrontiert. Bei 180.000 Vollerwerbsbetrieben – daran möchte ich erinnern – gibt es 35.000 weibliche Betriebsführer. Man kann hier wirklich sagen, daß die Bäuerin in diesem Aufgabenbereich ihren Mann stellt.

Sie ist heute auch gesundheitlich sehr gefährdet durch die besonders schwere Arbeit. Der Gesundheitszustand der bäuerlichen Bevölkerung, insbesondere auch der Bäuerin ist nicht sehr befriedigend; ja geradezu besorgniserregend! Das hat eine Statistik der Bauernkrankenkasse gezeigt. Man sollte jetzt wirklich daran gehen, von Sozialleistungen für die Bäuerin nicht nur zu reden, sondern diese endlich einmal zu setzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vielelleicht darf ich noch am Rande erwähnen: Es wird uns immer gedroht und angekündigt, wahrscheinlich die Pauschalierung aufzuheben, daß alle buchführungspflichtig werden sollten. Wir wissen, daß es gewisse Bräuche und Einrichtungen gibt, die man nicht aus der Welt schaffen kann. Ich frage Sie hier: Wer anders wird das in Zukunft wieder machen müssen als die Bäuerin? Die sogenannten Schreibereien machen am Bauernhof immer die Bäuerinnen, und das ist wieder eine zusätzliche Belastung. Es wäre Grund genug, darüber nachzudenken, ob man ihr das auch noch antun soll.

Der Herr Bundeskanzler hat auch in einer Anfrage des Abgeordneten Pfeifer gesagt, er könnte sich vorstellen, daß man ein Karenzgeld für die Bäuerin einführt. Im Sozialausschuß meinte auf die Frage des Herrn Abgeordneten Schlager der Herr Sozialminister Häuser: Na, das wäre ja noch das Schönere, das kommt überhaupt nicht in Frage!

Als besondere soziale Leistungen für die Bäuerin stellt man immer sämtliche familienpolitischen Leistungen hin, vom Kindergeld angefangen über die Geburtenbeihilfe, von den Schulbüchern über die Schülerfreifahrten. Sind das die besonderen sozialen Leistungen für die Bäuerin?

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Sozialistischen Partei! Man sollte sich wirklich darüber einmal ernsthaft unterhalten und nicht hier über Sozialleistungen sprechen, die in Wirklichkeit jeder Österreicher bekommt.

Aus einem Bericht des Bundeskanzleramtes über die Situation der Frau geht hervor, daß das landwirtschaftliche Einkommen – das betrifft wieder die Frau – ein Drittel unter dem der

unselbständig Erwerbstätigen ist. Das ist eine Studie aus dem Bundeskanzleramt. Wenn man sich schon dazu bekennt und es in einer Studie herausgibt, dann sollte man sich wirklich einmal damit auseinandersetzen, daß die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien verbessert wird.

Es geht uns nicht darum, daß wir hier jammern, es liegt uns wirklich Großes daran, den Fortbestand unserer heimischen Landwirtschaft in Zukunft zu sichern.

Auch der Herr Abgeordnete Meißen hat schon darauf hingewiesen, daß es immer schwieriger wird, Bäuerinnen oder Frauen für den Beruf der Bäuerin zu gewinnen.

Ich darf hier noch ihre Leistungen besonders auf dem Sektor des Fremdenverkehrs hervorheben. Die Aktion Urlaub am Bauernhof, die sich gut bewährt hat, ist eine außerordentliche Belastung und eine zusätzliche Arbeit für die Bäuerin. Wir stehen auch dazu. Aber es ist notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen.

Die freiheitliche Fraktion hat durch den Abgeordneten Meißen einen Antrag eingebracht, der eine Verbesserung für die Bäuerin bringen sollte. Dieser Antrag, der zwar gut gemeint ist, doch zuwenig konkret ist, muß ausgebaut werden. Es ist nicht zu verantworten, daß man nur den jungverheirateten Bäuerinnen finanzielle Mittel zukommen läßt. Wir sollten allen Bäuerinnen beistehen. Gerade ältere Bäuerinnen brauchen oft eine Unterstützung, vor allem eine Erleichterung in ihrem Haushalt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Umschreibung spricht von „jungverheirateten Bäuerinnen“. Wann sollten diese dann die Gelder bekommen? Wenn sie heiraten? Manche übernehmen nach dem Heiraten nicht sofort den Betrieb. Das hier ist etwas zuwenig konkret.

Aber auch wir haben einen Entschließungsantrag. Ich würde auch die Kolleginnen und Kollegen von den anderen Fraktionen einladen, ihm beizutreten. Wir hätten hier wirklich eine echte Besserstellung der Bäuerin vorzuschlagen. Es gibt bereits die AJK-Aktion zur Verbesserung der ländlichen Hauswirtschaft. Sie wird leider nur sehr selten ganz ausgeschöpft, weil einfach die Zinsen zu hoch sind. Leider ist es in den bäuerlichen Betrieben immer so – und das möchte ich hier ganz objektiv feststellen –, daß man für die Verbesserung der Hauswirtschaft zuletzt Geld hat. Und ich glaube, hier würde wirklich eine Möglichkeit geschaffen, diese Mittel mehr ausnützen zu können.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Helga Wieser, Dr. Lanner, Dkfm. Gorton, Ottolie Rochus, Wilhelmine

Helga Wieser

Moser, Elisabeth Schmidt und Genossen zum Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft des Bundesfinanzgesetzes 1976, 2 der Beilagen, in der Fassung des Ausschußberichtes 50 der Beilagen betreffend die längerfristige unverzinsliche Zurverfügungstellung der Agrarinvestitionskredite zur Verbesserung der ländlichen Hauswirtschaft.

Die Bäuerinnen müssen ihre Arbeit vielfach unter besonders schwierigen Bedingungen verrichten, und viele junge Frauen finden sich auch deshalb nicht mehr bereit, diesen Beruf zu ergreifen. Eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen im bäuerlichen Haushalt wäre geeignet, den Beruf der Bäuerin attraktiver zu machen – längerfristig gesehen bedeutet das auch die Sicherung eines landwirtschaftlich gesunden und leistungsfähigen Bauernstandes und eines funktionsfähigen ländlichen Raumes.

Durch eine längerfristige und zinsenlose Vergabe der „Kredite zur Verbesserung der ländlichen Hauswirtschaft“ wäre die Möglichkeit eröffnet, diese Aktion – die allen bäuerlichen Haushalten gleichmäßig zur Verfügung steht – besser auszunützen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird ersucht, die Agrarinvestitionskreditaktion zur Verbesserung der ländlichen Hauswirtschaft dahin gehend zu verbessern, daß diese Kredite längerfristig und unverzinslich zur Verfügung gestellt werden.

Ich glaube, Herr Bundesminister, hier wäre wirklich einmal ein Schritt in die Richtung getan, eine echte Verbesserung für die Bäuerin zu schaffen. Es wären auch keine enormen finanziellen Belastungen des Budgets. Man könnte dann wirklich einmal die Bereitschaft der Bundesregierung, wie sie in der Regierungserklärung angekündigt wurde, für die Bäuerin eine Verbesserung zu schaffen, nicht als Phrase nehmen, sondern wirklich ernst nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Daß wir Bäuerinnen uns selbst auch wirklich über unsere Arbeit und über unsere Zukunft Sorgen machen, das möchte ich auch beweisen, daß es seit zwei Jahren einen Arbeitskreis für Landfrauen in der Präsidentenkonferenz gibt, der in sehr enger Zusammenarbeit mit den Referentinnen des Ministeriums wirklich konkrete Vorstellungen ausarbeitet und Arbeiten fertigt, um eben auch dahin gehend Vorbereitungen zu treffen, daß man bei etwaigen Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Bäuerin mitarbeiten kann.

Ein weiteres großes Problem der Bäuerin ist

vor allem die Unabkömlichkeit von ihrem Betrieb. Herr Dr. Lanner hatte auch schon eine diesbezügliche Anfrage an den Herrn Bundesminister gestellt, weil im Budget leider keine Mittel für den Ausbau des Betriebs- und Familienhelferdienstes oder Dorfhelferdienstes vorgesehen sind. Ich glaube, daß es wirklich notwendig sein wird, daß man eben hier in Zukunft auch Maßnahmen setzt, um eine Abkömlichkeit der Bäuerin von ihrem Betrieb zu ermöglichen.

Ich darf nur erinnern, wie schwierig es heute für eine Bäuerin ist, wenn sie krank wird oder wenn sie ein Kind bekommt. Man spricht ja in anderen Kreisen sogar von einem Bildungslaub, aber wie schwierig ist es manchmal für eine Bäuerin, einen Kurs zu besuchen, nur weil es ihr nicht möglich ist, vom bäuerlichen Betrieb fern zu sein. Ich glaube, daß wir schon verpflichtet sind, auch in dieser Richtung Aktivitäten zu setzen.

Sehr verunsichert und sehr beunruhigt hat uns die Ankündigung der Bundesregierung, daß der Beratungsdienst nicht besser dotiert werde. Im Budget sind ja auch nur 63 Millionen dafür vorgesehen, wie wir gesehen haben.

Herr Bundesminister! Sie wissen sehr genau, wie notwendig heute im bäuerlichen Betrieb die Beratung ist. Es hat sich ja nach dem Krieg, nachdem sich die Landwirtschaftskammern wieder aufgebaut haben, gezeigt, daß eine gute Beratung sehr wichtig ist. Unsere Betriebe konnten dadurch moderner und besser geführt und bewirtschaftet werden. Sie haben im Grünen Bericht selbst festgestellt, daß Beraterwesen stellt im Rahmen der landwirtschaftlichen Förderung eine Schlüsselposition dar. Ich kann es mir umso weniger vorstellen, daß Sie die Beratung jetzt nicht mehr in dem Maße dotieren wollen, daß sie auch in Zukunft gewährleistet ist.

Sie kennen ja auch die finanzielle Situation der Landwirtschaftskammern. Auf meine Frage im Ausschuß, warum Sie nicht bereit sind, diese Beraterkosten auch in Zukunft so wie bisher zu zwei Dritteln zu tragen, haben Sie mir zur Antwort gegeben: Wie kommt der Bund dazu, daß er alle seine Teuerungen abgilt?

Ich glaube, bei so einer Antwort kann man nur wieder mit Fragen antworten. Wer hat denn eigentlich die Teuerung und die Inflation so rapid angeheizt? Während der ÖVP-Alleinregierung haben wir ja eine Inflation nicht gekannt. Die gibt es ja erst seit dem siebziger Jahr. Oder: Ja müssen denn unbedingt die Bauern durch Ihre Willkürmaßnahmen immer daraufzählen? Ich glaube, der Beratungsdienst hat sich ja bekanntlich auch nach den Vorschriften des

Helga Wieser

Ministeriums zu richten. Ich sehe es nicht ein: Wenn man bestimmt, was die Beratung zu tun hat, dann müßte man doch auch bereit sein, daß man hier die Kosten übernimmt. Ich glaube auch nicht, daß es in unserem Interesse sein kann, daß eine immer größere Kluft zwischen den Bauern und dem Staat hergestellt wird, weil es ja im Endeffekt für keinen ein Vorteil ist: weder für den Staat noch für den Bauern noch für den Konsumenten.

Ich glaube, Herr Bundesminister, daß man hier wirklich konsequent vorgehen sollte, daß man hier nicht so politisch denken sollte, wie es zurzeit praktiziert wird. Wir machen uns wirklich große Sorgen um die Zukunft und den Fortbestand der Landwirtschaft. Vor allem stellt man sich immer mehr die Frage: Sollen wir unsere Kinder überhaupt noch dazu erziehen, daß sie gerne Bauern werden, gerne den Beruf der Bäuerin ergreifen? Das ist die besorgniserregende Situation, in der wir uns jetzt befinden.

Ich glaube, daß es sicherlich sehr notwendig sein wird, daß man endlich mit den leeren Versprechungen und Ankündigungen, wie sie uns in der Regierungserklärung mitgeteilt wurden, aufhört, daß man endlich bereit ist zu handeln und wirklich die versprochene Bereitschaft zeigt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der soeben vorgelegte Entschließungsantrag der Frau Abgeordneten Helga Wieser und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher auch in Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Maier. Er hat das Wort.

Abgeordneter Maier (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man den Rednern der Österreichischen Volkspartei zuhört, dann glaubt man manchmal wirklich, diese sozialistische Bundesregierung mache für den Bauernstand überhaupt nichts. Es ist aber interessant, daß gerade der 5. Oktober bewiesen hat, daß die Sozialistische Partei bei dieser Wahl im ländlichen Raum sehr gut abgeschnitten hat. Dr. Lanner hat heute angekündigt, gerade in den kleinen Gemeinden müsse etwas in bezug auf die Schneeräumung, die Wegebauten und so weiter getan werden. Herr Dr. Lanner, ich kann Ihnen nur eines sagen, daß in unseren kleinen Gemeinden schon seit Jahren der Weg, die Hofzufahrt für jeden Bauern gratis und frei geräumt werden.

Frau Kollegin Wieser! Ich könnte zu Ihren Ausführungen manches sagen, aber es ist für mich als Salzburger Abgeordneter sehr schwierig, einer Salzburger Abgeordneten etwas Unhöfliches zu sagen. (*Abg. Hietl: Noch dazu,*

wenn man von der Landwirtschaft kommt! – Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zum Budget für die Wildbach- und Lawinenverbauung Stellung nehmen. Denn ich glaube, gerade die Lawinen- und Wildbachverbauung in Österreich ist ein Zweig, der gewürdigt werden und auch entsprechende Beachtung finden muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Österreich hat von den fünf europäischen Staaten, deren Bewohner in den Alpen leben, den größten Anteil an Bergen und Tälern und ist das klassische Land der Wildbäche und Lawinen. Derzeit sind zirka 3700 Lawinen und 5000 Wildbäche registriert, die erst zum Teil verbaut werden konnten. Jahr für Jahr fordern daher Hochwässer, Muren und Lawinenstürze Menschenleben und verursachen Millionenschäden. Der Schutz vor Überschwemmungen, Vermurungen und Lawinen stellt eine fundamentale Aufgabe des Staates dar.

Infolge Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Fremdenverkehr dringen Siedlungen, Betriebsstätten und Verkehrsträger immer weiter in die Gefahrenbereiche von Wildbächen und Lawinen vor. Dadurch werden auch die Aufgaben der Wildbach- und Lawinenverbauung im Rahmen des Wildbach- und Lawinenschutzes immer größer und schwieriger.

Der Begriff Wildbach- und Lawinenverbauung umfaßt mehr Tätigkeiten als die wirkliche Aussage. Die Hauptbereiche der Tätigkeit des Dienstzweiges der Wildbach- und Lawinenverbauung umfassen in der Hauptsache die Planung und Durchführung von Schutzmaßnahmen gegen Wildbach- und Lawinengefahren, und zwar bautechnische Maßnahmen: Aufforstung, flächenwirtschaftliche Maßnahmen und Ausarbeitung von Gefahrenzonenplänen, und schließlich die Erstellung von Gutachten im Zusammenhang mit der Gefährdung durch Wildbäche und Lawinen.

Um diese wichtigen Aufgaben bewältigen zu können, bedarf es eines Personalstandes, der sich aus gut ausgebildeten und erfahrenen Spezialisten rekrutiert. In diesem Zusammenhang muß auf die große Bedeutung der Weiterbildung hingewiesen werden, um die neuesten Erkenntnisse auf den verschiedenen Gebieten, die mit dem Wildbach- und Lawinenschutz zusammenhängen, auch in der Praxis verwirklichen zu können und somit den notwendigen Fortschritt in diesem Bereich zu sichern.

Über die Anzahl der Beschäftigten im Dienstzweig ergibt sich folgende Übersicht: Stand an Beamten und Vertragsbediensteten im Jahre 1973: 253, 1974: 256, 1975: 275. Durchschnittli-

Maier

cher Arbeiterstand im Jahre 1973: 1844, im Jahre 1974: 1963 und im Jahre 1975 1990.

Die Anzahl der Baustellen in den Jahren 1973, 1974 und 1975 betrug durchschnittlich 600.

Zur Durchführung von Verbauungsmaßnahmen, das heißt sowohl technischer als auch forstlich-biologischer Arbeiten, stehen im Jahre 1976 rund 410 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar 309 Millionen Schilling für Wildbachverbauung und 101 Millionen Schilling für Lawinenverbau. Zusammen mit Landesmitteln in der Höhe von ungefähr 140 Millionen Schilling und Interessentenmitteln in der Höhe von zirka 110 Millionen Schilling ergibt sich ein Bauvolumen aus Konkurrenzmitteln in der Höhe von über 660 Millionen Schilling.

Im Vergleich dazu stand im Jahre 1975 eine Gesamtsumme in der Höhe von rund 590 Millionen Schilling zur Verfügung, im Jahre 1974 493 Millionen Schilling, im Jahre 1973 rund 453 Millionen Schilling.

Die mit diesen Mitteln ausgeführten Verbauungsarbeiten betreffen einerseits Sofortmaßnahmen nach Hochwasserkatastrophen, zum Beispiel Räumungsarbeiten, Wiedereinleitung von ausgebrochenen Bächen in ihr ursprüngliches Bachbett, provisorische Ufer, Zonensicherungen und ähnliches.

Andererseits wurden schwerpunktmäßig längerfristig geplante Verbauungsvorhaben realisiert.

Neben diesen Arbeiten müssen auch die äußerst wertvollen Vorkehrungen im Rahmen des Betreuungsdienstes der Wildbach- und Lawinenverbauung Erwähnung finden. Dieser hat die Aufgabe, die vom Dienstzweig errichteten Bauwerke und Aufforstungen sowie die in die Kompetenz der Wildbach- und Lawinenverbauung fallenden Gewässer zu betreuen, um andere Schäden, die im Entstehungsstadium erkennbar sind, zu beheben.

Im einzelnen wurden in den Jahren 1971 bis 1974 nachstehende Leistungen erbracht: Bau-technische Maßnahmen in Wildbachgebieten; Errichtung von Querwerken: 5280 Stück, Errichtung von Längswerken: 89.613 Laufmeter, Durchführung von Bachräumungen: 1.779.069 Kubikmeter, Bau von Regulierungen und Künften: 124.970 Laufmeter.

In Lawinengebieten: Errichtung von Schneibrücken: 21.961 Laufmeter, Errichtung von Lawinen-Leitwerken: 2909 Stück, Errichtung von Schneefängen: 2208 Stück, Errichtung von Lawinenterrassen: 16.638 Stück, Aufforstungen in Wildbach- und Lawinengebieten: 684 Hektar.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und

Herren, man muß den Arbeitern und den führenden Ingenieuren und Beamten der Wildbach- und Lawinenverbauung für diese Arbeit, die sie für unsere Heimat Österreich leisten, herzlich Dank sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Trotz der beachtlichen Leistungen auf dem Sektor der Verbauung, Aufforstung, des Betreuungsdienstes läßt es sich nicht leugnen, daß die Katastrophengefahr von Jahr zu Jahr zunimmt, weil, wie schon erwähnt, Siedlungen und Wirtschaftstätigkeiten immer mehr in den Gefahrenbereich von Wildbächen und Lawinen vordringen. Es wurde deshalb notwendig, durch sogenannte passive Schutzmaßnahmen lenkend in die Siedlungs- und Wirtschaftsaktivitäten einzutreten. Dies geschieht seit geraumer Zeit durch Erstellung von Einzelgutachten.

Als Beispiel für diese verantwortungsvolle und umfangreiche Tätigkeit können die Ermittlungen über die Lawinengefährdung von Seilbahnen, Liften und Skipisten genannt werden, die in diesem Jahr im gesamten Bundesgebiet durchgeführt wurden.

Die Begutachtung umfaßte 2760 Anlagen, wobei zu erheben war, welche Teile der Anlagen lawinengefährdet sind und welches Ausmaß diese Gefährdung erreicht hat, ob eine lawinensichere Piste vorhanden ist und welche Verbauungsmaßnahmen oder sonstige Vorkehrungen im Falle einer Lawinengefährdung vorgenommen werden müssen, um die Sicherheit der Touristen und Anlagen zu gewährleisten.

Hohes Haus! Das Ergebnis war eine umfassende Bestandsaufnahme, die nicht nur Grundlage für wichtige Entscheidungen für die mit der Sicherheit von Seilbahnen und Liften befaßten Behörden darstellt, sondern darüber hinaus allgemein die Notwendigkeit eines integralen und organisierten Schutzes in eindringlicher Weise vor Augen führt.

In diesem Zusammenhang wurden Reorganisationen von Lawinenkommissionen, Verbesserungen der Meß- und Beobachtungseinrichtungen und schließlich auch Verbauungsmaßnahmen realisiert.

Eine entscheidende Wende auf dem Sektor des passiven Wildbach- und Lawinenschutzes trat im Jahre 1973 ein, als die Dienststellen der Wildbach- und Lawinenverbauung begannen, den mit der Raumplanung befaßten Gebietskörperschaften und Behörden sogenannte Gefahrenzonenpläne zur Verfügung zu stellen. In diesen Plänen werden die durch Wildbäche und Lawinen gefährdeten Räume dargestellt, wodurch diese Pläne besonders im alpinen Raum zu den wichtigsten Bestandsplänen, vor allem der kommunalen Raumplanung, zählen.

Maier

Durch die Vermeidung der Besiedlung gefährdeter Räume beziehungsweise durch die Einhaltung spezifischer Vorschriften bei deren Bebauung können Gefahren von der Bevölkerung ferngehalten und ein ansonsten mit dem Vordringen in immer exponiertere Gebiete sprunghaft anwachsender Aufwand für Schutzbauten vermieden werden. Die Erstellung der Gefahrenzonenpläne schreitet trotz der außerordentlichen Belastung des Personals der Wildbach- und Lawinenverbauung gut voran.

Die Überprüfungen durch Vertreter des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zeigen, daß die Erstellung der Gefahrenzonenpläne sehr gewissenhaft vorgenommen wird. Insgesamt wurden bisher 94 solcher Pläne dieser Überprüfung unterzogen.

In den Darlegungen über die Aufgaben und Tätigkeiten der Wildbach- und Lawinenverbauung soll ein Ausblick auf künftige Aktivitäten nicht fehlen. Auf dem Sektor der Verbauungsmaßnahmen gibt die bereits vorgenommene Bildung von Verbauungsschwerpunkten zusammen mit dem erstellten Zehnjahresprogramm eine gute Leitlinie beziehungsweise einen Rahmen für die technischen Arbeiten und Aufforstungen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß mit dem Fortschreiten der Ausarbeitung von Gefahrenzonenplänen eine teilweise Revision des Zehnjahresprogramms beziehungsweise der bisherigen Verbauungsschwerpunkte eintreten kann.

Die Gefahrenzonenpläne sind nicht nur wichtige Bestandspläne der Raumplanung, sondern bilden eine wesentliche Grundlage für die Reihung der Dringlichkeit von Verbauungsmaßnahmen.

Es wird damit in Zukunft möglich sein, mehr und genauere Unterlagen für die mittel- und langfristige Planung über den Einsatz der vorhandenen Mittel zu erhalten.

Wesentliche Impulse für zukünftige Aufgaben der Wildbach- und Lawinenverbauung gehen vom neuen Forstgesetz aus. Dies ist schon daraus zu ersehen, daß neben den Bestimmungen über die Einbeziehung der Gefahrenzonenpläne in die forstliche Raumplanung ein eigener Abschnitt, nämlich der Abschnitt VII, dem Schutz vor Wildbächen und Lawinen gewidmet ist.

Außer den Regelungen über die verfahrensmäßige Abwicklung nehmen die neuen Bestimmungen naturgemäß starken Einfluß auf die zukünftige Aufgabenstellung und Organisation des Dienstzweiges der Wildbach- und Lawinenverbauung.

Aufgabe der allernächsten Zukunft wird es

sein, den Intentionen des neuen Forstgesetzes, welches am 1. Jänner 1976 in Kraft tritt, durch eine entsprechende Reorganisation des Dienstzweiges Rechnung zu tragen.

Abschließend möchte ich noch eine besondere Aufgabe, die sicher keine leicht zu lösende sein wird, erwähnen, nämlich die Mitwirkung der Wildbach- und Lawinenverbauung im Rahmen der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung. Hier gilt es, neue Konzepte für die Behandlung von Hochgebirgswäldern zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen, zum Schutze dieser Wälder und der Gebirgsregion, zum Wohle unserer Heimat Österreich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Frodl.

Abgeordneter Frodl (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht zuerst zum Abgeordneten Egg. In seinen Ausführungen hat er zum Ausdruck gebracht, daß bei den Sozialisten alle bei der Agrarpolitik mitreden. Ich glaube, das ist nicht richtig. Aus diesem Grund wird das Agrarbudget jährlich kleiner.

Zum Abgeordneten Maderthaner möchte ich sagen: Er hat hier eine Streichung unseres seinerzeitigen Finanzministers Koren von Zuschüssen für Handelsdünger angezogen. Ich darf Ihnen nur eines sagen: Wir wären glücklich, wenn wir heute noch jene Preise für Handelsdünger zu zahlen hätten, die damals angeblich trotz der Streichung zum Tragen gekommen sind.

Herr Bundesminister Weihs hat hier gesagt, daß die Grenzlandförderung immer mit den Ländern abgesprochen wird und daß das halt mit der Steiermark noch immer nicht geschehen konnte oder noch nicht geschehen ist. Wir steirischen Abgeordneten sind da sehr genau informiert und wissen, daß diesbezüglich von Seiten der Landesregierung und speziell vom Herrn Landeshauptmann Niederl mit dem Herrn Bundeskanzler schon eine sehr lange Korrespondenz geführt wird, daß immer wieder von Seiten der Landesregierung urgert wird und bis heute leider noch nichts geschehen ist. Das liegt aber nicht am Land, sondern die Korrespondenz zeigt, daß das ganz eindeutig letzthin eine Verzögerungstaktik der Bundesregierung ist.

Nun zum Budget 1976.

In der Zeit der ÖVP-Regierung erhielt das Agrarressort 5 Prozent des Gesamtbudgets, seit die Sozialistische Partei regiert, ist es nicht so, wie es heute von allen sozialistischen Rednern

Frodl

zum Ausdruck gekommen ist, daß es immer besser wird, daß nur die Abgeordneten der ÖVP das ein wenig verdrehen, sondern die Zuteilungen sind auf 3 Prozent gesunken. Ich glaube, da kann man von keiner Besserstellung reden, obwohl wir wissen, daß der Herr Bundesminister Weihs sicherlich die Probleme kennt und das Optimalste tut, das muß man sagen. Wir wissen aber auch ganz genau, daß es nicht nach seinem Willen geht, daß letztlich mehrere bestimmen und nicht nur er allein.

Auf 3 Prozent sind wir gesunken. Das ist insofern für die Landwirtschaft sehr bedauerlich, weil die Landwirtschaft riesige Kosten auf sich nehmen mußte – ich denke nur an Handelsdünger, Treibstoff, Maschinenkosten, und so weiter –, während die Preise der Erzeugnisse unserer Landwirtschaft stagnieren.

Ein bedeutender Betriebszweig in der Landwirtschaft ist noch immer die Rinderzucht, dazu möchte ich speziell reden.

Diese geht weit über die Erzeugung von Milch und Fleisch hinaus, aber nicht nur im Alpenraum, sondern auch im übrigen Gebiet hat die Rinderwirtschaft die besondere Aufgabe, an der Sicherung der bäuerlichen Betriebe mitzuwirken. Kleinbetriebe – und solche gibt es im ganzen Land genug – könnten heute nicht mehr bestehen, wenn sie sich nicht mit einer kleinen Anzahl von Rindern, aber in einer Intensivwirtschaft, befassen würden.

Vom Endrohertrag der Landwirtschaft entfallen ungefähr 70 Prozent auf die tierische Haltung, 40 Prozent davon auf die Rinderwirtschaft. Das zeigt auch, daß das ein ganz bedeutender Betriebszweig in ganz Österreich, aber ganz speziell in der Steiermark ist.

Als Rauhfutterfresser hat das Rind im Sinne der Landschaftspflege auch eine besondere Bedeutung. Wer würde sonst die vielen Grünflächen, wo heute die Rentabilität, der Nutzen der Bearbeitung in Frage gestellt ist, überhaupt noch mähen, wenn eben nicht eine Veredlungswirtschaft über den Rindermagen möglich wäre? Man möge nur bedenken, was die Pflege dieser Flächen kosten würde, wenn alle diese Flächen heute nicht mehr bewirtschaftet, das Gras nicht mehr für die Fütterung verwendet werden würde. Wir wissen ja, was das Mähen von Straßenrändern, von Autobahngrünflächen kostet, daß dort Kolonnen von Menschen und Maschinen im Einsatz sind, um relativ ganz kleine Flächen dort in Ordnung zu halten.

In Österreich werden ungefähr 560.000 Rinder produziert. 460.000 werden im Inland verwendet und ungefähr 100.000 müssen exportiert werden, um eben ein gewisses Niveau am Rindermarkt zu halten. Das ist ein Prozentsatz von 20 Prozent,

und ich glaube, diese 20 Prozent sind berechtigt. Natürlich kann man diese Produktion nicht wie Fabrikate nach Stückzahl lenken. In den vergangenen Jahren – das ist hier schon zum Ausdruck gekommen – war der Export äußerst schwierig. Wir konnten nicht exportieren, und lange Zeit ist noch immer Verarbeitungsfleisch importiert worden. Das hat uns Bauern natürlich sehr, sehr weh getan, weil wir Jahre hindurch Preise hinnehmen mußten, die weit unter den Gestehungskosten lagen. Heute ist hier schon von einem Redner zum Ausdruck gekommen, daß die Gestehungskosten nicht Kosten sind, die zufriedenstellend sind, sondern eben nur Gestehungskosten sind.

In letzter Zeit – das muß man der Gerechtigkeit halber sagen – hat sich der Absatz etwas beschleunigt, die Preise sind gestiegen, aber zufriedenstellend sind diese nicht. Das möchte ich hier ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Wir sind aus der großen Misere draußen, aber wenn hier einer davon redet, daß wir jetzt zufriedenstellende Preise hätten, meine Damen und Herren, da muß ich Ihnen ganz klar und deutlich sagen, das ist nicht der Fall.

Eins möchte ich hier noch aufzeigen. Die Absatzförderungsbeiträge – das sind doch Beträge, welche für den Absatz von Seiten des Bundes zur Verfügung gestellt wurden – lassen sehr, sehr lange auf sich warten. Den Bauern ist dieser Betrag aber von der Endsumme abgezogen worden, und nun haben sie eine Wartezeit von sechs, sieben bis acht Monaten, bis sie zu den Geldern kommen. Ich weiß, daß der Bürokratismus in der Sache sicher ein langwieriger ist, aber ich möchte hier ganz klar aufzeigen, daß die Wartezeit ebenfalls eine lange ist, eine zu lange, und daß unsere Bauern finanziell nicht in der Lage sind, diese Verwertungszuschüsse für zwei, drei Stück Rinder so lange abzuwarten.

Es wurde hauptsächlich Zucht- und Nutzvieh exportiert, der Herr Minister hat das schon zum Ausdruck gebracht. Ich habe andere Zahlen, und zwar wurden heuer 90.000 Zucht- und Nutzrinder und ungefähr 40.000 Stück Schlachtrinder exportiert. Die Stützung betrug heuer fast 600 Millionen Schilling, und zwar vorwiegend für Schlachtrinder.

Diese Exportzahlen zeigen, wie bedeutend die Rinderzucht ist. Eine Milchleistungskontrolle ist aber die Voraussetzung dafür, das ist ebenfalls vom Herrn Minister schon aufgezeigt worden. Ich möchte hier ganz klar unterstreichen, daß der Aufwand für die Milchleistungskontrolle sicherlich kein großer ist, aber er ist ein notwendiger. In der Steiermark sind dafür ungefähr 23 Millionen notwendig. Die Bauern selbst finanzieren diese Kontrolle mit 16 Millionen Schilling; das sind 69 Prozent. Den

Frodl

Rest, ungefähr 30 Prozent, sollen Bund und Land bezuschussen.

Alljährlich gibt es dort immer Schwierigkeiten, weil eben die öffentlichen Mittel immer wieder fehlen beziehungsweise sehr lange auf sich warten lassen.

Nur durch Leistungsprüfung, die damit verbundenen züchterischen Leistungen und natürlich nur durch die Ausstellung der Stammescheine war heuer der Export möglich. Das – Herr Bundesminister, dies möchte ich hier ganz klar zum Ausdruck bringen – soll ganz klar gesehen werden und soll auch in Zukunft stärker gefördert werden.

Wenn die Bauern selbst mit dieser Leistungs kontrolle so stark belastet sind, werden wir immer weniger Zuchtbetriebe haben. Dann werden wir es halt mit einer wesentlich größeren Menge von Schlachtrindern zu tun haben. Daß der Export auf diesem Sektor mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden ist, kam schon klar zum Ausdruck.

Im Budget 1976 sind nur 130 Millionen Schilling für die Rinderabsatzstützung eingebaut. Im Jahre 1975 war ein Betrag von 600 Millionen Schilling notwendig, während nur 120 Millionen im Budget präliminiert waren.

All das zeigt deutlich, daß auch das Budget 1976 nicht den wirklichen Notwendigkeiten entspricht, daß also der Posten zu gering ist. Sicherlich ist später durch Überschreitungen das eine oder das andere möglich, aber dann sieht das Endergebnis des Budgets auch völlig anders aus, als es hier vorläufig beschlossen wird.

Nun zum Fluß- und Schutzwasserbau. Auch in den vergangenen Jahren gab es in ganz Österreich, besonders aber in der Steiermark große Überschwemmungen. Viel Volksvermögen wurde dabei vernichtet, Bauern kamen um ihre Ernte, aber nicht nur Bauern, sondern auch viele Arbeitnehmer, Hausbesitzer, deren Gebäude und Gärten ebenfalls unter Wasser waren, erlitten Schäden.

Für die Entschädigung dieser Verluste haben wir im Jahre 1966 einen Katastrophenfonds errichtet. In der Praxis hat sich dieser Fonds wohl sehr bewährt, aber für die Entschädigung verlorengegangener Werte wurde er nur zu einem geringen Prozentsatz herangezogen. 30 Prozent Entschädigung für die durch Überschwemmung vernichtete Ernte ist zu gering, zumal feststeht, daß der Katastrophenfonds weit größere Mittel für diesen Zweck leisten könnte. Trotz einer 100prozentigen Ernte tut sich heute die Landwirtschaft schon sehr schwer, ihr Auslangen zu finden. Wenn Bauern in Katastrophengebieten liegen – es sind fast immer wieder

die selben, die von Überschwemmungen betroffen werden – und dann für die Ernte nur eine 30prozentige Entschädigung auf Grund des Katastrophenfondsgesetzes und der betreffenden Verordnung bekommen können, dann ist das für diese Landwirte immer wieder eine sehr harte und schwere Zeit.

Für den Flußbau sind im heurigen Jahr 854,810 Millionen Schilling eingesetzt; 634,529 Millionen Schilling davon stammen aus dem Katastrophenfonds.

Es zeigt sich, daß es sich der Bund selbst leicht macht, daß er eigene Mittel immer mehr zurückzieht und letztthin seiner Pflichtaufgabe fast nur zu einem geringen Teil oder mit sehr wenig Mitteln irgendwie gerecht wird.

Nur ganz langsam schreitet aus diesem Grund der Ausbau der zu regulierenden Flüsse voran.

Es hat sich eingebürgert, daß die hiefür notwendigen Gelder erst im Sommer, größtenteils aber erst im Spätsommer und Herbst zur Verfügung gestellt werden. Große Arbeitslücken entstehen. Wenn im Herbst das Geld zur Verfügung gestellt wird, haben wir meistens schon eine schlechte Witterung beziehungsweise große Niederschläge, wodurch die Erdbewegungen wesentlich schwerer durchzuführen sind. Letzten Endes kann mit dem zur Verfügung gestellten Geld nicht so viel gemacht werden, wie es dann der Fall wäre, wenn eben schon – wie eingangs erwähnt – gleich im Frühjahr oder zumindest im frühen Sommer genügend Mittel oder zumindest die vorgesehenen Mittel zur Verfügung stünden.

Der Regierung muß vor Augen gehalten werden, daß für den Flußbau fast gar kein Geld mehr zur Verfügung steht, sondern daß man da nur mehr aus dem Katastrophenfonds schöpft, der in erster Linie eigentlich einen anderen Zweck zu erfüllen hätte, den, für welchen er geschaffen wurde: Schäden zu liquidieren.

Auf dem Arbeitsmarkt in Österreich ist es kritisch; das ist bekannt. Die Industrie und das Baugewerbe sind nicht mehr in der Lage, aus der Landwirtschaft abwandernde Arbeitskräfte aufzunehmen. Daher auch der positive Bericht des Herrn Landwirtschaftsministers, daß im letzten Jahr nur mehr 13.000 abgewandert sind. Warum 13.000? Noch immer müssen, obwohl wir keine Leute haben, Leute gehen, damit der Hof erhalten werden kann, aber sie finden heute leider halt keinen Arbeitsplatz mehr, und aus diesem Grund das „herrliche“ Ergebnis: Nur mehr 13.000 sind abgewandert, weil in Betrieben abgebaut wird und eine Aufnahme beziehungsweise ein Abwandern dorthin überhaupt nicht mehr möglich ist.

Frodl

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht, daß die österreichische Bevölkerung zu mehr als 80 Prozent von der einheimischen Landwirtschaft versorgt wird.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich weiß, es liegt nicht an Ihnen, aber ein Appell an die Bundesregierung: Sorgen Sie dafür, daß die Landwirtschaft in Österreich weiter lebt und daß sie letzten Endes jene Mittel zur Verfügung kriegt, um nicht allein durch einen Neben- und Zuerwerb, sondern auf regulärem Wege, wie das in anderen Betriebszweigen der Fall ist, bestehen zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich mich dem eigentlichen Thema meiner Rede zuwende, möchte ich auf jenen Entschließungsantrag eingehen, den die ÖVP-Abgeordnete Frau Helga Wieser eingebracht hat.

Für uns Freiheitliche war es ganz amüsant mitzuerleben, wie die ÖVP diesmal die Kurve genommen hat. Denn schaut man sich den vorher eingebrachten Entschließungsantrag meines Kollegen Abgeordneten Meißl an, dann merkt man, daß er inhaltlich völlig auf das gleiche Problem wie der Entschließungsantrag der Abgeordneten Helga Wieser zielt. Allerdings haben wir Freiheitlichen diesen Entschließungsantrag bereits im Ausschuß eingebracht, doch dort hat ihn die ÖVP abgelehnt. Wir haben uns gewundert, warum sie das tat. (*Abg. Deutschmann: Herr Kollege Stix! Das stimmt nicht! Im Ausschuß wurde der Antrag nicht abgestimmt!*) Aber die ÖVP hat erklärt, daß sie ihn nicht unterstützt. (*Abg. Deutschmann: Wurde nicht abgestimmt!*) Einverstanden. – Die ÖVP hat erklärt, daß sie ihn nicht unterstützen wird.

Genau das hat die Abgeordnete Wieser hier am Rednerpult gesagt. Sie hat gesagt, daß sie den freiheitlichen Antrag nicht unterstützen wird. Ja offensichtlich hat die große Oppositionspartei Angst, daß ihr die kleine Oppositionspartei in dieser Frage die Schau stiehlt. Denn, wie schon gesagt, inhaltlich stimmen die Anträge überein.

Es geht dabei darum, den Beruf der Bäuerin in Zukunft attraktiver zu machen. Wenn Frau Abgeordnete Wieser wörtlich sagte, in dieser Hinsicht sei der FPÖ-Antrag zu wenig konkret (*Abg. Ottlie Rochus: Stimmt!*), dann finde ich bei genauem Vergleich der Antragstexte, daß der Antrag der ÖVP der weitaus weniger konkrete ist, denn dieser spricht lediglich von

einer Erweiterung der AI-Kredite, während der freiheitliche Antrag wortwörtlich eine Zahl beinhaltet. Es heißt dort:

„Die Bundesregierung wird ersucht, ehest eine Kreditaktion ins Leben zu rufen, in deren Rahmen – mit der Zweckbindung der Anschaffung zeit- und arbeitssparender Haushaltsgesäte – die Gewährung unverzinslicher und langfristiger Kredite in der Höhe bis zu 80.000 S an jungverheiratete Bäuerinnen vorgesehen ist.“

Wenn die Frau Abgeordnete Wieser sagt, es sei falsch, daß wir diese Forderung nur auf die Jungen einschränken, einverstanden, wir werden sehr großzügig die Jugend bis in höhere Altersstufen hinauf ausdehnen.

Aber ich verstehe die Frau Abgeordnete Wieser in dieser Hinsicht nicht, denn sie schreibt ja auch in ihrem Entschließungsantrag: „Die Bäuerinnen müssen ihre Arbeit vielfach unter besonders schwierigen Bedingungen verrichten, und viele junge Frauen finden sich auch deshalb nicht mehr bereit, diesen Beruf zu ergreifen.“

Also in der Sache überhaupt kein Gegensatz; daher von unserer Sicht aus leider reine Polemik der ÖVP. Aber wir Freiheitlichen wollen die Debatte nicht bei diesem Stand der Diskussion abbrechen, sondern wir laden die Österreichische Volkspartei noch einmal ein, diesem unserem Entschließungsantrag zugunsten der Bäuerin doch die Zustimmung zu geben.

Nun zum eigentlichen Thema, das mich beschäftigt. Das Agrargebiet und die Agrarpolitik sind derart umfangreich, daß jeder Redner gezwungen ist, sich auf einige wenige Schwerpunkte zu beschränken.

Ich möchte Streiflichter zu zwei Themenkreisen bringen: Einmal zum Themenkreis der Bergbauern, und zum zweiten zu dem hochinteressanten Themenkreis: Die Landwirtschaft und ihre Bedeutung in einer modernen Rohstoff- und Energiepolitik.

Zuerst zu dem Thema, das mich als Tiroler Abgeordneten natürlich besonders berührt: die Frage der Bergbauern. Bei den Bergbauern beginnt es ja schon mit Abgrenzungsschwierigkeiten. Es gibt einen Meinungsstreit darüber: wer ist noch Bergbauer, wer ist nicht mehr Bergbauer. Die jüngst vorgenommene Neueinteilung in drei Zonen, die das ältere System der Katasterkennwerte ablöst, zeigt ja, daß es diesen Meinungsstreit über die Abgrenzungsschwierigkeiten gibt. Aber ich glaube, das ist nicht das Wesen des Problems, denn es gibt keinen Streit über die traurige Tatsache, daß es den Bergbauern wiederum relativ schlechter geht, daß sie nicht mitgehalten haben, nicht einmal mit der an sich schon ungünstigen Entwicklung der Land-

Dr. Stix

wirtschaft überhaupt, und daß die Zahlen der Abwanderung mehr und mehr darauf hindeuten, daß die Lage vieler Bergbauern, vor allem im hochalpinen Gebiet, unhaltbar wird.

Nur einige wenige Zahlen dazu aus dem offiziellen Grünen Bericht 1974. Es heißt dort: „Die Auflösung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe hat sich im Zeitraum 1970 bis 1973 beschleunigt fortgesetzt.“ Wenn man auf die Bergbauern abstellt, dann sind die Zahlen zur Einkommensentwicklung mehr als bestürzend. Der Rohertrag je Arbeitskraft ist von 1973 auf 1974 bei den Bergbauern in den Hochalpengebieten nur um 4 Prozent gestiegen; das ist der schlechteste Wert aller agrarischen Produktionsgebiete, die immerhin in ihren besten Bereichen Werte von 12 und 13 Prozent Steigerung erreichen.

Oder eine andere Zahl: Das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft ist im Hochalpengebiet von 1973 auf 1974 um 8 Prozent gesunken, während in allen anderen agrarischen Produktionsgebieten Steigerungen zu verzeichnen sind. Diese Zahlen charakterisieren durchaus treffend die schwierige Lage unserer Bergbauern.

Wenn ich besonders das Hochalpengebiet erwähnt habe, dann nur, um den Kern des Problems etwas besser herauszuschälen, denn selbstverständlich bin ich mir im klaren darüber, daß es nicht nur im Hochalpengebiet Bergbauern gibt, sondern daß sich diese praktisch über fast alle Produktionsgebiete in unterschiedlichen Prozentanteilen aufgliedern. Aber der Kern des Problems ist nicht der Bergbauer als einzelner, sondern das Bergbauerengebiet.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf das Standardwerk in Bergbauernfragen meines sehr geschätzten und leider schon verstorbenen Hochschullehrers Professor Ferdinand Ulmer – übrigens war er eine Zeitlang VDU-Bundesrat in diesem Hause – verweisen. Ich werde es im Verlaufe dieser Überlegungen noch einige Male zitieren müssen. Er sagt zum Kern des Problems – es geht um das Bergbauerengebiet – wörtlich: „Vorerst ist das restliche, bedenklich schmal gewordene Kerngebiet zu sichern.“ Im übrigen bewegt sich auf der Linie dieser Erkenntnis auch das Berggebietentwicklungsgesetz, das sich leider erst im Begutachtungsverfahren befindet und das uns sicherlich noch gründlich beschäftigen wird.

Die Bergbauernfrage spitzt sich letztlich auf die Frage zu: Was will man überhaupt mit den Berggebieten machen? Diese Frage ist trotz aller Bergbauernpolitik bis auf den heutigen Tag nicht eindeutig und nicht klar genug beantwortet. Und weil die Antwort auf diese entschei-

dende Frage fehlt, besitzt auch die derzeit praktizierte Bergbauernpolitik keine wirklich tragfähige Basis.

Wie schaut denn die gegenwärtige Bergbauernpolitik aus? Es gibt sie. Sie hat spätestens begonnen – wenn man eine Jahreszahl nennen will – 1972 mit dem Bergbauern-Sonderprogramm. Aber dieses Bergbauern-Sonderprogramm ist ein Torso, ist eine Sammlung von teilweise durchaus nützlichen Maßnahmen und von Maßnahmen, die meines Erachtens nicht zielführend sind. Es entbehrt aber vor allem der geschlossenen, zielorientierten Konzeption. Außerdem ist es hinter den selbstgesteckten Zielen zurückgeblieben. Ich darf nur erwähnen, daß dieses Sonderprogramm 1972 vorsah, durch fünf Jahre hindurch etwa 1,5 Milliarden Schilling in die Bergbauerngebiete fließen zu lassen. Aber wir sind heute schon hinter diesen selbstgesteckten Zahlenansätzen zurückgeblieben. Zum Teil handelt es sich bei diesen Mitteln für das Bergbauern-Sonderprogramm nicht um zusätzliche Mittel, sondern lediglich um Umschichtungen aus ohnedies schon vorhanden gewesenen Mitteln des allgemeinen Grünen Planes.

Nun ergibt sich eine, wie wir Freiheitlichen meinen, wichtige Kritik. Auf der einen Seite haben wir das Bündel an Globalmaßnahmen, also Verkehrserschließung durch Güterwege, Elektrifizierung, Telephonbau, Infrastruktur; auf der anderen Seite den umstrittenen Bergbauernzuschuß. Dieser Bergbauernzuschuß wirft gleich in mehrfacher Hinsicht Bedenken auf. Ich werde auf das Grundsätzliche noch etwas später zurückkommen, ich möchte vorweg auf die Zahlen eingehen. Da werden also in einem Gießkannenprinzip 51 Millionen Schilling 1974, 65 Millionen Schilling 1975 und die gleiche Zahl 1976 laut Voranschlag in einen so kleinen Betrag von 1250 beziehungsweise 2500 S ausgeschüttet, daß es für den einen, um überleben zu können, zuwenig ist, für den anderen, der andere Hilfe braucht, ist es mehr oder weniger ein Taschengeld.

So gut der Grundgedanke eines Bergbauernzuschusses ist – und darauf will ich noch eingehen –, so sehr ist die eingeschlagene Praxis abzulehnen.

Bei dieser Gelegenheit eine Frage an den Herrn Staatssekretär Haiden: Presseaussendungen entnehme ich, daß beabsichtigt wird, im kommenden Jahr zweimal oder sogar zweieinhalbmal soviel Bezieher mit dem Höchstzuschuß zu bedenken als bisher. Wie bitte, Herr Staatssekretär, soll das gehen, wenn die Mittel für diesen Bergbauernzuschuß gar nicht aufgestockt werden?

Dr. Stix

In unserem freiheitlichen Agrarprogramm bejahen wir grundsätzlich den Weg solcher Zuschüsse, aber gleichzeitig lehnen wir das Gießkannenprinzip ab: Vor allem – das sehen wir als entscheidend an – soll ein solcher Zuschuß nicht den Charakter einer Subvention haben, sondern er soll leistungsgebunden gewährt werden, wobei man natürlich über die Bemessungsgrundlage diskutieren kann.

Diese bunte Palette des Bergbauern-Sonderprogramms, auch dieses Programms für 1976, zeigt deutlich, daß immer noch die entscheidende Frage für die Bergbauernpolitik offen ist. Diese Frage lautet eben: Was erwarten wir in Zukunft vom Bauern am Berg? Was soll er dort tun?

Es ist interessant, daß auch andere Institutionen, die sich mit diesen Problemen befassen, das Problem ebenso sehen. Ich möchte hier aus der Bergbauernstudie der Katholischen Sozialakademie Österreichs zitieren. Es heißt dort auf Seite 15: „Trotz unzweifelhafter Bemühungen und Teilerfolge auch im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung fehlte es vor allem an klaren Aussagen und Orientierungshilfen für den Bergbauern hinsichtlich seiner echten Chancen. Wo man keine Wege einer wirksamen Politik für den Bergraum sieht, ist es gar nicht zu verantworten, die Bergbauern mit Zusicherungen hinzuhalten, anstatt ihnen durch Beihilfen zur Schaffung einer neuen Existenz einen geordneten Rückzug zu ermöglichen.“

Sehen Sie, hier in dieser Studie der Katholischen Sozialakademie ist das entscheidende Problem, ich möchte sogar sagen sehr brutal, aber infolgedessen auch sehr einprägsam formuliert. Denn in der Tat, hier handelt es sich um die Kernfrage: Will man von den Bergbauern auch weiterhin Nahrungsmittelerzeugung? Das hat man bisher versucht, zu stützen. Da sind sich doch heute alle Volkswirte und Betriebswirte darüber einig, daß das ein unlösbares Problem ist. Vor allem ist das Problem der gestützten Agrarproduktion am Berg dann unlösbar, wenn man versucht, es über die Preise für die Produkte zu lösen. Da gibt es erstens einmal die Grenze am Markt hinsichtlich der Absatzpreise. Aber das Entscheidende ist die Differentialrente, die für den Flachlandbauern wegen der hohen Produktpreise der Bergbauernerzeugnisse entsteht. Der hat dann eine Differentialrente, die wird zumindest eine Überproduktion bringen, auf jeden Fall keine gerechte Lösung des Problems. Wie man die Dinge auch dreht und wendet, über die Produktpreise und damit über eine reine Nahrungsmittelerzeugung am Berg sind die Probleme der Bergbauern auf die Dauer nicht zu lösen.

Ich darf zu diesem Problem noch ein Zitat

bringen aus der sehr instruktiven Studie der österreichischen Bergbauernvereinigung über Stand und Entwicklungsmöglichkeiten bergbäuerlicher Betriebe in Österreich. Es heißt dort einleitend: „Die inneragrari sche Disparität kann nur gemildert werden, wenn die Einkommensbildung nicht ausschließlich über die Produktionspreise erfolgt.“ Genau das führt wieder auf unser Kernproblem hin.

Wenn also die agrarische Produktion am Berg nicht der primär zukunftsträchtige Weg ist, welcher dann? Es gibt in dieser Richtung einige Antworten, die da lauten: Landschaftspflege, Erhaltung des Erholungsraumes vor allem als eine Voraussetzung für unseren Fremdenverkehr. Aber mir will scheinen, daß mit diesen Begriffen und mit dieser Zielsetzung noch viel zuwenig radikal nach dem gefragt ist, um was es wirklich bei der Bergbauernfrage geht.

Werfen wir noch einmal einen Blick in das schon erwähnte Werk des verstorbenen Professors Ferdinand Ulmer. Wir lesen dort auf Seite 162 folgendes: „Bergbauertum ist ja eine Frage um Volk und Staat. Die Bergbauernfrage ist also im Grunde genommen gar kein wirtschaftliches Problem. Daher sind wirtschaftliche Argumente und Beweise bestenfalls von zweitem Range und können darum über die Existenzberechtigung der Bergbauernbetriebe niemals eine Entscheidung erzwingen. Auch wenn sie noch so überzeugend und noch so gut gezielt sind, es ist ihnen doch vorbestimmt, am Kernstück des Problems vorbei, sicher daneben zu treffen.“

Tatsächlich geht es am Berg oben um viel mehr als nur um Landschaftspflege oder Erhaltung eines Erholungsraumes. Es geht dort in des Wortes genauester Bedeutung um die Verteidigung der Siedlungsgrenze gegen die Naturgewalten und damit auch um die Verteidigung unseres Siedlungsraumes in den Tallagen gegen die Naturgewalten.

Nochmals dazu ein kurzes Zitat aus Ulmer. Er sagt dazu kurz und bündig: „Der Lebenskampf der Bergbauern ist mehr Kulturschaffen als Wirtschaftsschaffen“. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß man die Bergbauernfrage so verstehen muß wie hier Ulmer und wie es auch aus den anderen Zitaten herauszuhören ist.

Wenn man aber diese Einsicht teilt, dann muß man erkennen, daß es am Berg in Wirklichkeit eine andere Aufgabe gibt als die der primär agrarischen Produktion. Dann muß man aber auch den zweiten Schritt tun, dann muß man diese anders gelagerte Aufgabe des Bauern am Berg neu bestimmen, neu definieren. Das ist bis heute nicht geschehen. Es gibt keine solche Bestimmung, was nun die Aufgabe des Bauern am Berg ist. Wenn dann diese neubestimmte

Dr. Stix

Aufgabe genau gegeben und erkannt ist, dann folgt als weiterer Schritt ganz selbstverständlich die Notwendigkeit, den Bergbauern für die Erfüllung dieser Aufgabe auch ordentlich zu bezahlen.

Ich darf dazu noch einmal die schon erwähnte Studie der Österreichischen Bergbauernvereinigung zitieren. Es ist dort auf Seite 90 zu genau dieser Frage – meines Erachtens zutreffend – wörtlich ausgeführt: „Nur wenn das Einkommen aus dem Umsatzerlös einer extensiv eingerichteten Nebenerwerbslandwirtschaft zuzüglich einer produktunabhängigen Direktzahlung die Landbewirtschaftung einzelbetrieblich interessant erhalten, wird der Bergbauer die Flächen bewirtschaften und damit die überbetrieblichen Funktionen im Interesse der Allgemeinheit erfüllen.“ An diesem Maßstab gemessen, an diesen Erfordernissen gemessen, ist der heutige sogenannte Bergbauernzuschuß noch weit, weit von dem entfernt, was man als eine Dauerlösung ansehen könnte.

Über die Gestaltung des Zuschusses, auch in größerem Ausmaß, als es der gegenwärtige ist, gibt es verschiedene Vorschläge. Es gibt den Vorschlag aus dem freiheitlichen Agrarprogramm, daß man ihn nach Vieheinheiten bemäßt, es gibt den Vorschlag, wie er hier in der Broschüre der Bergbauernvereinigung gemacht wird, ihn nach Hektarfläche zu bemessen, weil die Fläche ja zu bewirtschaften ist.

Aber das sind alles nur Methodenfragen, die Hauptfrage ist noch immer die: Wie lautet die neue Aufgabe des Bauern am Berg, wie ist sie zu definieren und in welcher Form soll sie zum Maßstab, zur Orientierung für eine moderne Bergbauernpolitik gemacht werden.

Diese Frage, Herr Minister, zu beantworten, schiene mir die vordringlichste Aufgabe einer zukunftsorientierten Bergbauernpolitik zu sein. In zweiter Folge ist dann natürlich jenes Entgelt festzusetzen, das dem Bergbauern für diese Arbeit gebührt. Das ist dann keine Subvention und kein Armeleutegroschen, sondern das muß dann die ordnungsgemäße Bezahlung für eine sehr, sehr schwierige Arbeit sein. Für eine schwere Arbeit, die aber im Interesse der gesamten Gemeinschaft geleistet wird.

Die notwendige Um- und Neuorientierung in der Bergbauernfrage ist aber signifikant und ein gutes Beispiel dafür, daß wir uns über kurz oder lang in der gesamten Agrarpolitik umorientieren werden müssen. Vielleicht nicht nur unter dem Zwang negativer Ereignisse, sondern vielleicht auch einmal als positive Antwort und Reaktion auf neuere Entwicklungen.

Ich persönlich glaube, daß auf unsere Landwirtschaft ein neuer Produktionszweig

zukommt, nämlich die Produktion von Energie. Wir haben das ja schon in der traditionellen Landwirtschaft, zum Teil in der Holzwirtschaft, beim Brennholz. Aber wir wissen aus der Energiestatistik, daß das Brennholz in Kalorien umgerechnet nur etwa 2 Prozent des gesamten Energiebedarfes ausmacht und daß dort also nicht die große Lösung liegt.

Die Holzwirtschaft hinsichtlich Brennstoff ist in der Landwirtschaft eher im Rückgang begriffen. Im Vordergrund der Landwirtschaft steht nach wie vor die Funktion der Nahrungsmittelerzeugung, die Funktion der Rohstoffherzeugung. Da sei mir nur die Anmerkung gestattet, daß man selbst diesen beiden im Vordergrund stehenden Hauptzweigen der Landwirtschaft zuwenig Bedeutung im Hinblick auf die weltwirtschaftlichen Verschiebungen beimißt.

Es sei nur erwähnt, daß etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika die Agrarexporte und die Exporte agrarisch erzeugter Rohstoffe wesentlich rasanter anwachsen als die Erzeugnisse der Fertigindustrie. Ich persönlich glaube, daß damit durchaus eine weltwirtschaftliche Entwicklung signalisiert wird, vor der auch wir in Europa und in Österreich unsere Augen nicht verschließen werden können. Aber wie gesagt, das war nur eine Anmerkung.

Traditionell steht bei der Landwirtschaft die Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion im Vordergrund. Aus neuerer Sicht kommt nun die Landschaftspflege hinzu. Ich will mich darüber nicht weiter verbreiten. Aber ich glaube, es ist Zeit, darauf aufmerksam zu machen, daß sich in weiterer Zukunft die Erzeugung von Energieträgern, von Energie, ebenfalls als ein neuer Produktionszweig der Landwirtschaft anbietet. Das wird nicht von heute auf morgen geschehen, aber das ist auch nicht reine Zukunftsmusik, sondern die ersten Möglichkeiten zeichnen sich bereits in Umrissen am Horizont der Entwicklung ab.

Jetzt möchte ich lediglich punktuell und vielleicht sogar überspitzt einige Beispiele herausgreifen, die nicht den Anspruch darauf erheben, vollständig zu sein, die nicht den Anspruch darauf erheben, erschöpfend zu sein, die auch nicht den letzten Stand der Entwicklung ausführlich darlegen können, aber die vielleicht dazu geeignet sind, deutlich zu machen, was ich mit dieser neueren Entwicklung meine.

Beispiel: Das internationale Institut für Systemanalyse in Laxenburg hat bei den verschiedensten Modelluntersuchungen herausgefunden, daß, wenn sich heute ein durchschnittlicher Bauernbetrieb etwa nach heute

Dr. Stix

schon bekannten Technologien auf die Erzeugung von Wasserstoffgas, das ja bekanntlich ein sehr guter Energieträger ist, mittels Sonnenenergie umstellen würde, er bereits auf diesem Weg eine höhere Einkommenswertschöpfung erzielen könnte als mit seiner bisherigen überkommenen agrarischen Produktion. Ich gebe zu, das ist eine theoretische Spielerei, deren Umsetzung in die Praxis wahrscheinlich zunächst sehr große, wenn nicht in nächster Zeit sogar unüberwindliche Schwierigkeiten herbeiführen würde. Aber die Theorie ist hier der Wegbereiter der Praxis. Sie zeigt, wo neue Möglichkeiten liegen, von denen große Teile der Landwirtschaft heute überhaupt noch nichts ahnen.

Ein anderes Beispiel, auch ein wenig exzentrisch, aber technisch absolut realistisch. Eine deutsche Arbeitsgruppe von Ingenieuren hat jüngst festgestellt, daß etwa mit einem sonnenenergiebeheizten Teich mit einem Durchmesser von 300 m, isoliert und einige Meter tief, ein Kalorienangebot geschaffen werden kann, das in der Lage ist, den Heizbedarf von 1000 Wohneinheiten zu decken. Sicherlich besteht ein großer Flächenbedarf. Man wird das nicht in Städten machen können, man wird das nicht in Siedlungen machen können, wo Flächen knapp sind. Aber wie viele Gemeinden haben wir, die inmitten einer blühenden oder heute eben nicht mehr blühenden Landwirtschaft liegen, die sehr wohl in der Lage wären, die benötigten Flächen für diese Art der Energiegewinnung zur Verfügung zu stellen, Flächen, die ansonsten der Not gehorrend wieder aufgeforstet würden oder sonst überhaupt brach bleiben.

Drittes Beispiel. Etwas, das sogar im österreichischen Energieforschungsprogramm beziehungsweise in dem im Zusammenhang damit abgehaltenen Symposium eine Rolle gespielt hat. Das ist das Projekt des Professor Kühtreiber, Stroh als Brennstoff für kalorische Kraftwerke – natürlich nicht einfach so mit der Gabel hineingeschoben, sondern vorher zu sogenannten ballots verarbeitet. Diese Dinge sind in einem ernsten Versuchsstadium. Was darin liegt, möge nur eine Zahl veranschaulichen. Von dem jährlich in Österreich sowieso anfallenden Stroh – ein Großteil davon wird auf den Feldern verbrannt – könnten 60 Prozent bereits den Heizwert von 1 Million Tonnen Heizöl bringen. Also 60 Prozent des heute schon in Österreich anfallenden Strohs verkörpert in Wahrheit 1 Million Tonnen Heizöl. Wie gesagt, nur ein Beispiel.

Viertes und damit letztes Beispiel dieser Reihe. Nach einer amerikanischen Studie fallen mehr als die Hälfte aller Abfälle in der Landwirtschaft an und sind damit weitgehend biologische Abfälle. Da gibt es nun ganz

interessante technische Projekte, aus diesen Abfällen Energie zu gewinnen. Auch das ist ein Weg, von dem man sich für die Zukunft einiges erwartet.

Ich möchte noch einmal betonen: Das sind nicht konkrete Vorschläge, was morgen hier bei uns in Österreich geschehen soll, sondern das sind lediglich Streiflichter auf eine Entwicklung, die sich überhaupt erst neu am Horizont abzeichnet, die aber dazu führen kann, daß die Landwirtschaft zu ihren herkömmlichen Produktionszweigen in Zukunft eben einen neuen hinzubekommen wird, den der Energieerzeugung.

Das sollte auch die Agrarpolitik rechtzeitig erkennen und frühzeitig berücksichtigen. Vielleicht ist diese neuere Entwicklung, diese Verbindung von Agrarpolitik und Energiepolitik sogar geeignet, in Zukunft eine Wende herbeizuführen, die Abwanderung vom Land, das ständige Kleinerwerben des Anteils der agrarisch Erwerbstätigen an der Zahl der Gesamterwerbstätigen und der Leistung der Landwirtschaft am Bruttonationalprodukt zu stoppen. Vielleicht erhält auf diesem Wege die Urproduktion eine neue Funktion, auf die wiederum alle anderen Wirtschaftszweige in Zukunft entscheidend angewiesen sein können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Gorton.

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Am 8. November war es ein Jahr, daß sich der Forstunierausschuß zur Behandlung des zwischenzeitlich beschlossenen neuen Forstgesetzes konstituierte. In den 16 darauf folgenden Sitzungen dieses Unterausschusses, die im heurigen ersten Halbjahr abgehalten wurden, war es in mühseligen und schwierigen Verhandlungen möglich gewesen, eine ursprünglich zweifellos eigentumsfeindliche, in vielen Punkten wirtschaftsfremde und damit auch kaum waldfreundliche Regierungsvorlage in ein einigermaßen taugliches und – ich glaube, man kann ruhig sagen – praktisch neues Gesetzeswerk umzuformen, das dann erfreulicherweise auch die Zustimmung der Oppositionsparteien finden konnte.

Ich erinnere nur daran, daß die Bestimmungen über den Schutzwald in der seinerzeitigen Regierungsvorlage dergestalt waren, daß sicher in vielen Fällen durch Bestimmungen eines solchen Gesetzes vorschreibbare, aber vom Waldbesitzer wirtschaftlich nicht verkraftbare Maßnahmen zunächst zu einem waldbaulichen Defaitismus hätten führen müssen, der letztlich altmarxistische Enteignungsziele über den Weg

Dkfm. Gorton

wirtschaftlich erzwingbaren Eigentumsverzichtes hätte erreichbar erscheinen lassen können.

Meine Damen und Herren! Man muß sich solche Tatsachen leider immer wieder in Erinnerung rufen, denn was nützen manche zweifellos auch ehrlich gemeinte Bekenntnisse von sozialistischer Seite zur Erhaltung des persönlichen Eigentums, wenn gleichzeitig mit diesem Eigentum so schwere gesetzliche Lasten verbunden werden, daß es eben gar nicht erhalten werden kann. Das wäre in der ursprünglichen Regierungsvorlage beim Schutzwald – um es nur als Beispiel anzuführen – grundsätzlich der Fall gewesen.

Hier war der Ausspruch des Herrn Abgeordneten Pansi dann in einer der Sitzungen schon wesentlich ehrlicher gemeint gewesen, als er sagte: Wenn das Bedürfnis der breiten Masse gegeben ist, dann ist das Eigentum einzuschränken; das wäre ein Gebot der Zeit.

Meine Damen und Herren! Bei der Kunst der Sozialistischen Partei, die Bedürfnisse der Zeit und auch die Bedürfnisse der Masse zu erwecken oder dorthin zu lenken, wo man sie letzten Endes haben will, und dafür sind zweifellos durch die Beherrschung der Massenmedien, wie zum Beispiel des Regierungsrundfunkes und ähnliches, beste Voraussetzungen gegeben, kann sich jeder einzelne an den fünf Fingern abzählen, wohin eine solche Maxime führen kann und anscheinend hier auch führen soll. Man soll sicherlich nicht empfindlich sein, aber man muß hier bereit sein, es auch klar auf den Tisch zu legen.

Der Herr Abgeordnete Pansi war nicht empfindlich bei solchen Äußerungen. Etwas empfindlicher scheint mir der Herr Staatssekretär Haiden in der letzten Zeit gewesen zu sein, wenn man hier liest, daß er in den letzten Tagen eine Beratung verlassen hat. Ich zitiere aus der „Presse“, wo steht:

„Zu einem Eklat kam es bei einem Vortrag des Vizepräsidenten der Linzer Handelskammer ... vor dem Kuratorium für Landtechnik.“

Der Vizepräsident hat dort berichtet „über die Sorgen der Landmaschinenindustrie, deren Umsätze um 20 Prozent zurückgegangen sind. Anderseits stelle der ÖGB jetzt die Forderung auf, die Rücklage für Pensionen in einen gemeinsamen Topf zu werfen, was ein Schritt zur Enteignung sei. Mit der Bemerkung, ‚das kann man mir nicht zumuten‘, stand Staatssekretär Haiden auf und verließ den Saal.“

Seine Reaktion darauf war dann gleich, daß er eine Aussendung über die Sozialistische Korrespondenz gegeben hat, daß eben die Landmaschinen zu teuer wären.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Man kann über die Bildung eines Gewerkschaftsfonds aus Mitteln der betrieblichen Abfertigungsrücklagen sehr verschiedener Ansicht sein. Zweifellos glaube ich, daß in einer Zeit, in der die Aufträge zurückgehen, die Kaufkraft des Kundenkreises schwindet und eine Schmälerung der dem Betrieb zur Verfügung stehenden Eigenmittel gegeben ist, ein solcher Plan sicher katastrophale Folgen für die Betriebe und damit auch für die Arbeitsplätze hätte. Im Hinblick darauf glaube ich keineswegs, daß eine solche Äußerung eine zu harte Zumutung wäre. Ich erachte es als eine Provokation, wenn ein Regierungsmitglied zu empfindlich ist, um solche Tatsachen in sich aufzunehmen, provokatorisch aufsteht und den Saal verläßt. Das, glaube ich, ist keine Art und Weise. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun aber wieder zur Forstwirtschaft zurückkehrend möchte ich anerkennend feststellen, daß man seinerzeit bei den Verhandlungen eingelenkt und wesentliche Positionen aus der ursprünglichen Regierungsvorlage aufgegeben hat. Sonst hätte sicherlich dieser erfreuliche Kompromiß nicht zustandekommen können.

Ich möchte aber hier auch festhalten, daß die echte Gesinnung mit auch darin dokumentiert werden wird, wie nun die nach dem Gesetz zu erlassenden Durchführungsverordnungen letzten Endes von Seiten des Herrn Ministers statuiert werden.

Meine Damen und Herren! Wir bekamen andererseits – und hier blende ich kurz auf die seinerzeitigen Verhandlungen zurück – immer wieder den Vorwurf, die Forstwirtschaft stelle unbillige Forderungen für die Abgeltung ihrer Lasten oder ihrer Leistungen an die öffentliche Hand. Nur durch die Öffnung des Waldes zum Beispiel sind zweifellos eine Menge zusätzlicher Belastungen erwachsen. Man hat hier einen Kompromiß gefunden, aber es konnten bedauerlicherweise nicht alle diese Lasten einwandfrei auch im Interesse des Waldes geregelt werden.

Auch dazu ein grundsätzliches Wort, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Jeder Waldbesitzer ist zweifellos froh, wenn er im Rahmen einer nachhaltigen Forstwirtschaft ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Hand, allerdings zu fairen Wettbewerbsbedingungen, wozu die öffentliche Hand mit die Voraussetzungen schaffen muß, einen angemessenen Ertrag zu erwirtschaften vermag, der die Erhaltung des Betriebes mit seinen Arbeitsplätzen dann auch sichern kann.

Daher steht auch die Nutzwirkung des Waldes, das ist insbesondere die wirtschaftliche nachhaltige Hervorbringung des Rohstoffes

Dkfm. Gorton

Holz, in der Funktionsaufzählung des § 1 im neuen Forstgesetz an erster Stelle.

Meine Damen und Herren! Wenn aber die weiteren Funktionswirkungen des Waldes, die vor allen Dingen im Interesse der Öffentlichkeit auch im neuen Forstgesetz jetzt ganz genau beschrieben erscheinen, und zwar – ich erinnere daran – die Schutzwirkung, die Wohlfahrtswirkung und die Erholungswirkung, wenn also diese für die Öffentlichkeit und im Interesse der Öffentlichkeit zu erbringenden Leistungen des Waldes auch Belastungen hervorrufen, dann mußte es natürlich Ziel der Verhandlungen für dieses neue Forstgesetz sein, daß solche zusätzliche Lasten im Interesse der Öffentlichkeit auch entsprechend abgegolten werden.

Ich habe bei meinen Ausführungen zum Forstgesetz am 3. Juli des Jahres darauf bereits verwiesen und gesagt, daß dies in wesentlichen Fragen, wenn auch nicht in allen, durchsetzbar war und daher das Gesetz auch unsere Zustimmung gefunden hat.

Dieses neue Forstgesetz tritt nun am 1. Jänner 1976 in Kraft.

Meine Damen und Herren! Unsere Erwartungen gingen nun natürlich auch dahin, daß in den Budgetansätzen für das Jahr 1976 die Bestimmungen des neuen Forstgesetzes, soweit sie zwangsläufig auch finanzielle Auswirkungen haben, einen entsprechenden Niederschlag hätten finden sollen.

Ich möchte auf Einzelheiten jetzt nicht näher eingehen, aber eines ist aus dem Zahlenvergleich sofort erkennbar: Das neue Forstgesetz fand bei der Budgeterstellung 1976 sicherlich keine Resonanz.

Die kolossale Zusammenstellung auf den Seiten 167 und 168 des Teilheftes mit dem Titel „Aufgliederung der Ausgabenbeträge der Forstsektion“ weist zwar bei den Gesamtausgaben der Forstsektion von 1975 auf 1976 eine Steigerung von 626,8 auf 646,9 Millionen Schilling, also etwas über 20 Millionen Schilling an Mehr aus. Tatsächlich ist diese geringfügige Höherdotierung aber nicht einer Aufstockung der Förderungsmaßnahmen zuzuschreiben, sondern lediglich Mehrausgaben bei den sogenannten nachgeordneten Dienststellen, nämlich Erhöhung des Personalaufwandes und Aufstockung der Katastrophenfondsmittel.

Vielleicht eine etwas pikante Nebenerscheinung in der Gruppe der sogenannten nachgeordneten Dienststellen: Die forstwirtschaftlichen Betriebe, die dem Ministerium direkt unterstellt sind – ich meine nicht die Bundesforste, über die ich hier nicht näher sprechen möchte –, also diese forstwirtschaftlichen Betriebe konnten im

Jahre 1974 noch einen Ertrag von etwas über 2,8 Millionen Schilling erwirtschaften, während sie im heurigen Jahr, also 1975, bereits mit einem Abgang von 372.000 S veranschlagt erscheinen und im Jahr 1976 nach den Unterlagen des Budgets einen Verlust von 814.000 S aufweisen werden. Auch die Bundesforste werden 1976 einen budgetmäßigen Betriebsabgang von 136,1 Millionen Schilling, nach dem Wirtschaftsvoranschlag allerdings nur einen Reinverlust von 6,1 Millionen Schilling aufweisen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte beim Aufzeigen dieser Werte weder Lob noch Kritik an der Führung dieser Wirtschaftsbetriebe aussprechen. Dazu wird im Rechnungshofausschuß bei Behandlung des Rechnungsabschlusses oder der Prüfung dieser Betriebe der richtige Ort und auch Gelegenheit gegeben sein. Ich möchte das also zunächst nur rein objektiv feststellen.

Ich möchte auch keineswegs, meine Damen und Herren, ungesagt sein lassen, daß bei der heutigen gespannten Marktlage auf dem gesamten Holzsektor es wirtschaftlich richtiger ist, von den Großbetrieben der öffentlichen Hand aus keinen zusätzlichen Marktdruck mit Holzprodukten auszuüben. Bei der Größe unserer Bundesforste kommt diesem Wirtschaftskörper zweifellos eine gewisse Marktleitkompetenz zu.

Was ich aber mit dem Anführen dieser Zahlen der dem Ministerium unterstellten Forstbetriebe zum Ausdruck bringen will ist, daß sie sehr wohl geeignet sind, die prekäre Lage der gesamten Forstwirtschaft zu dokumentieren und dem Minister eigentlich hätten Anlaß geben sollen, für eine Dotierung und Abgeltung der aus dem neuen Forstgesetz für die Forstwirtschaft zugunsten der Öffentlichkeit resultierenden Lasten im Budget für 1976 entsprechend Sorge zu tragen, was er jedoch nicht getan hat oder zumindest nicht in der Lage war, mit Erfolg tun zu können.

Sonst hätten nicht die maßgeblichen Ansätze im Grünen Plan für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen oder im Bergbauernsonderprogramm für die landeskulturellen forstlichen Maßnahmen oder die Verbesserung der Struktur der Betriebswirtschaft nominell gleichbleiben dürfen, wie die Budgetzahlen unter Beweis stellen. Wenn sie nominell gleichgeblieben sind, heißt das aber, daß diese nominell gleiche Höhe für das Jahr 1976 bei der heutigen Inflationsrate real praktisch einer Verminderung um zirka 10 Prozent gleichkommt.

Meine Damen und Herren! Daß die Fragen des Erholungswaldes für die sozialistische Regierung wirklich nur ein – ich möchte sagen – schaumschlägerisches Lippenbekennen darstellen, das wird im Budget 1976 nunmehr wohl

Dkfm. Gorton

endgültig dokumentiert: Denn wenn man sich bisher ständig weigerte, nach den Bestimmungen des Waldverbesserungsgesetzes 1971 irgendwelche Dotationen mit Ausnahme einer Erinnerungsposition von 1000 S im heurigen Jahr zu veranlassen, und dies meiner Meinung nach im falschen Prestigedenken wohl deshalb getan hat, weil die sozialistische Fraktion damals im Jahr 1971 diesem Gesetz zur Zeit der Minderheitsregierung ihre Zustimmung nicht gegeben hat, so hätte man doch erwarten müssen, daß nach der nunmehr einstimmigen Verabschiedung des neuen Forstgesetzes, in dem entsprechende Erholungswaldförderungen auch beschlossen wurden, man nun endlich auch eine adäquate Budgetposition veranschlagt hätte.

Aber auch im Bundesvoranschlag für das Jahr 1976 sind wiederum im Ansatz 1/60346 für die Förderung der Erholungswirkung des Waldes nur jene 1000 S Erinnerungsposition verankert, die bereits 1975 in Ansatz gebracht wurden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß sagen: Dem satirischen Chronisten zu diesem Forstbudget für 1976 kann als letztes wohl nur die eine Erkenntnis bleiben: daß die echten Mehraufwendungen, die der Herr Finanzminister bereit war, vermeintlich für die Forstwirtschaft erfließen zu lassen, wirklich nur jene Mehrkosten sind, die der Steuerzahler durch die seinerzeitige Einsetzung eines Staatssekretärs für Forstwirtschaft zu tragen hatte. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Stögner.

Abgeordneter **Stögner** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe beim Vortrag des Herrn Dr. Lanner sehr aufmerksam zugehört und mußte zu meiner Überraschung feststellen, daß offensichtlich im Bauernbund ein Umdenkprozeß vor sich geht, denn auch die Kollegin Wieser hat in dieselbe Richtung geredet.

Ich erinnere mich noch sehr deutlich an die Auseinandersetzungen um die Neugestaltung der Agrarpreise, wozu der Herr Dr. Lanner einen sogenannten Generalstabsplan entworfen hat, mit dem er die sozialistische Bundesregierung in sehr große Schwierigkeiten bringen wollte.

Wenn er heute davon gesprochen hat, daß Sie alle bereit sind (Abg. Dr. Gruber: *Sind ohnehin größte Schwierigkeiten!*), nun mit uns über eine Neugestaltung der Agrarpolitik zu reden, so werden wir das sehr positiv registrieren. (Zwischenruf bei der ÖVP: *Eine sachliche Politik!*) Wir werden sehen, wie dann die praktischen Auswirkungen sind. Wir werden im

Verlauf meiner Feststellungen sehr bald merken, ob die Landwirtschaft oder die sozialistische Bundesregierung im Zusammenhang mit der Landwirtschaft tatsächlich in größeren Schwierigkeiten ist, als es seinerzeit die ÖVP war.

Ich möchte zum Herrn Dr. Lanner nur noch eines sagen: Wenn er Preisvergleiche bringt, so muß er schon der Klarheit halber echte Preisvergleiche bringen, denn nur auf der einen Seite den Weizenpreis oder den Milchpreis herzunehmen und auf der anderen Seite den Preis oder die Preissteigerung der Produkte, die der Bauer kaufen muß, festzustellen, aber nicht dazuzusagen, wie groß die Produktivitätssteigerung in dieser Zeit gewesen ist, dann ist das zumindest unvollkommen, wenn ich mich ganz vorsichtig ausdrücke. (Zwischenruf bei der ÖVP: *Vollkommen ist nichts, nicht einmal der Dr. Lanner!*) Und wir alle miteinander wahrscheinlich auch nicht. (Heiterkeit. – Zwischenruf bei der ÖVP: *Sehr gut!* – Abg. Dr. Gruber: *Selbsterkenntnis ist der erste Weg . . .!*)

Der Kollege Gorton hat zum Forstgesetz gesprochen, und er hat einiges von dem, was er im Juli in der Debatte vor der Beschußfassung zum Forstgesetz festgestellt hat, wiederholt. Es klingt immer noch durch, daß er mit der Öffnung des Waldes nicht einverstanden ist, daß er also die Öffnung des Waldes als eine Art kalte Enteignung darstellt. Wir haben uns im Unterausschuß sehr lange und eingehend über die Notwendigkeiten unterhalten. Auf Grund unserer Meinung kann ich das, was der Kollege Pansi in diesem Zusammenhang festgestellt hat, nur unterstreichen.

Wenn im Bundesbudget für 1976 noch keine besonderen Ansätze für die Kosten, die durch die Öffnung des Waldes entstehen oder entstehen sollten, vorhanden sind, so ist festzustellen, daß noch niemand weiß, ob es überhaupt zu wesentlichen Mehrkosten für die Besitzer kommen wird. Wir werden also abwarten müssen, wie sich die Dinge entwickeln. Denn eines steht ja fest: daß die günstigsten Waldgebiete, die wir in Österreich haben, auch bisher schon mehr oder weniger de facto geöffnet gewesen sind und daß bisher kein Besitzer hat nachweisen können, daß durch die Zurverfügungstellung seines Besitzes für Erholungszwecke wesentliche Mehrkosten entstanden wären oder gar eine wesentliche Behinderung der dort vorgenommenen Produktion eingetreten wäre.

Nun zum Grünen Plan selbst. Alle oder die meisten Vorredner von der Oppositionsseite haben bekrittelt, daß die Sozialisten, daß die sozialistische Regierung sehr wenig oder gar nichts für die Landwirtschaft übrig hätten, daß hier nur Lippenbekenntnisse getätigter werden, echte Hilfen aber nicht.

Stöger

An Hand der Zahlen, die uns zur Verfügung stehen, müssen zumindest die Objektiven und die Gutwilligen zu der Meinung kommen, daß die Sozialisten sehr wohl für die Landwirtschaft etwas übrig haben und daß in den fünfeinhalb Jahren der sozialistischen Alleinregierung sehr viel für die Landwirtschaft getan worden ist.

Ich darf feststellen: Im Jahre 1966 haben die Gesamtmittel für den Grünen Plan im Budget 571 Millionen Schilling ausgemacht; im Jahre 1970 805 Millionen, also keine sehr wesentliche Steigerung; im Jahr 1975 waren es schon 1424 Millionen, wenn wir den tatsächlichen Verbrauch hernehmen. Für 1976 werden es samt Stabilisierung und Konjunkturbelebungsprogramm rund 1600 Millionen Schilling sein. Wir können also sagen, daß seit 1970 die Mittel des Grünen Plans verdoppelt worden sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch feststellen, daß wir natürlich auch die Rückvergütung an Mineralölsteuer diesem Betrag zurechnen müssen, die immerhin mehr als 470 Millionen Schilling ausmacht. Also hier sind wir schon über der 2-Milliarden-Grenze.

Parallel dazu sind die Mittel für Agrarinvestitionskredite ebenfalls sehr wesentlich angehoben worden. Im Jahre 1970, als die Sozialisten die Regierung übernommen haben, waren es nicht ganz 1300 Millionen, im Jahr 1976 werden es 1800 Millionen sein. Auch hier eine sehr wesentliche Steigerung, die selbstverständlich dazu beiträgt, den Landwirten ihre Investitionen, die sie tätigen müssen, sehr wesentlich zu verbilligen.

Darüber hinaus – auch das dürfen wir in diesem Zusammenhang erwähnen – kommen ja noch sehr wesentliche Mittel aus dem ERP-Fonds zum Tragen. 1974/75 waren es etwa 235 Millionen, im Berichtsjahr 1975/76 werden es 200 Millionen sein, und dazu werden aus diesem Fonds noch etwa 300 Millionen zur Verfügung gestellt, um die Zinsen zu stützen, und zwar im Ausmaß von 5 Prozent. Also auch hier wieder eine sehr wesentliche Unterstützung der bäuerlichen Betriebe.

Eine weitere Frage, die meiner Überzeugung nach ebenfalls vom Bauernbund und von der ÖVP nicht nur vernachlässigt worden ist, sondern am Beginn sogar bekämpft wurde, betrifft die Maschinenringe. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, daß sehr namhafte Funktionäre des Bauernbundes, als diese Fragen diskutiert worden sind, den Bauern gesagt haben: Macht diese Dinge ja nicht, das führt zu Kolchosenbildung und so weiter, das wird – damals war ja die Rote Katze noch sehr munter – zu russischen Zuständen führen! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Heute können wir auch von dieser Seite feststellen, daß aus dem Saulus ein Paulus geworden ist und daß Sie heute, weil es eben nicht mehr anders geht, diese Förderung befürworten. Auch hier ist es so, daß wir seit 1970 sehr wesentliche Fortschritte gemacht haben. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf bei der ÖVP: Großartig!*) Wir haben im Jahr 1970 insgesamt 130 Maschinenringe mit etwa 8000 Mitgliedern registriert. Heute sind es 200 mit etwa 15.000 Mitgliedern. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die Förderungsbeträge sind damals 457.000 S gewesen, und heute sind es 1.600.000 S. Also ebenfalls eine sehr wesentliche Erhöhung der Beträge, die sicherlich weit über die Steigerung der Preise auf diesem Sektor hinausgeht.

Darüber hinaus bin ich der Überzeugung, daß gerade die damalige Politik des Bauernbundes daran schuld gewesen ist, daß in der Landwirtschaft und vor allen Dingen in den kleineren Betrieben sehr wesentliche Fehlinvestitionen gemacht worden sind, weil damals mit Gewalt die notwendigen Maschinen, vor allen Dingen Erntemaschinen, angekauft worden sind ... (*Zwischenruf bei der ÖVP: Aber nie mit Gewalt!*) Na sicherlich: in der Form mit Gewalt, weil sehr viele Bauern ihren Waldbestand, wenn sie überhaupt einen gehabt haben, sehr wesentlich dezimieren mußten, der dann auf zwei Generationen hinaus nicht mehr leistungsfähig ist, und diese Maschinen sind bei weitem nicht ausgelastet.

Eine Feststellung auch zum Schuldenstand der Landwirtschaft in Österreich, weil auch hier immer wieder behauptet wird, daß die sozialistische Agrarpolitik dazu geführt hätte oder weiterhin dazu führen würde, daß die Verschuldung der österreichischen Landwirtschaft sehr wesentlich zunimmt.

Wenn wir auch hier die statistischen Zahlen hernehmen, so sehen wir, daß keine Zunahme festzustellen ist, sondern daß eine Abnahme festzustellen ist. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß eben im Budget alljährlich von der sozialistischen Regierung entsprechende Förderungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir haben eine wesentlich geringere Verschuldung, als sie etwa in Westdeutschland, in der Schweiz, in Frankreich oder sonst irgendwo im Westen ist.

Die Einkommenssituation in der Landwirtschaft ist teilweise – ich möchte ausdrücklich feststellen: teilweise – auch für uns nicht befriedigend, denn es gibt wahrscheinlich keinen Berufsstand, in dem es so unterschiedliche Einkommen gibt wie gerade in der österreichischen Landwirtschaft. Aber im allge-

630

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Stögner

meinen ist festzustellen, daß auch hier ein entsprechender Fortschritt zu verzeichnen ist. (*Zwischenruf des Abg. Kinzl.* – *Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Zwischen 1966 und 1970 war die Realeinkommensteigerung etwa 7 Prozent. Von 1970 bis 1974 waren es 23 Prozent. Und im Jahre 1975 waren es immerhin real auch noch 3 Prozent. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Landwirtschaft zugunsten anderer Berufsgruppen irgendwo vernachlässigt worden wäre.

Innerhalb der Landwirtschaft gibt es sicherlich sehr große Unterschiede. Daher auch die Feststellung in der Regierungserklärung, daß die sozialistische Regierung dafür sorgen wird, daß durch Umverteilung der Mittel versucht wird, die Einkommensdisparität entsprechend auszugleichen. (*Abg. Kinzl:* Durch Umverteilung wird es aber nicht mehr!)

Es gibt innerhalb der Landwirtschaft einen großen Kreis, der keine Förderungsmittel braucht, der aber derzeit auf Grund der Richtlinien noch Förderung bekommt. Da liegt schon sehr vieles darin, wo man die Einkommen entsprechend umverteilen kann.

Auch im Zusammenhang mit der Verkehrsschließung der Bauernhöfe in Österreich wird immer wieder festgestellt, daß die sozialistische Bundesregierung nichts tun würde. Auch hier einige trockene Zahlen:

1970 sind 1350 Kilometer gebaut worden mit einer Summe von etwa 195 Millionen Schilling – es sind damals 2756 Höfe aufgeschlossen worden –; 1974 waren es 1250 Kilometer mit 2158 Höfen, Aufwand 234,7 Millionen Schilling; 1975 werden es 305 Millionen Schilling sein; 1976 werden es 407 Millionen Schilling sein.

Wenn wir dazu noch feststellen – was der Herr Bundesminister ja auch heute schon gesagt hat –, daß der Wegebau nicht nur schwieriger wird, sondern der Wegebau wesentlich verbessert worden ist, so ist auch hier festzustellen, daß keinerlei Rückschritt zu verzeichnen ist.

Nun zum Abschluß noch einige Feststellungen zur Agrarförderung im allgemeinen. Landesrat Diwold, der Agrarreferent der Oberösterreichischen Landesregierung, hat sich in den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 4. Dezember 1975 mit dieser Frage befaßt. Der Artikel hatte die Überschrift „Fläche oder Vieh, das ist die Frage – Diwold überlegt Bergbauernförderung“.

Zunächst ist festzustellen, daß erst eine sozialistische Regierung kommen mußte, um überhaupt eine Bergbauernförderung ins Leben zu rufen. (*Abg. Steiner:* Das ist falsch! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Zweitens ist festzustellen, daß nicht nur die Bundesregierung zur Förderung aufgerufen ist, sondern selbstverständlich auch die anderen Gebietskörperschaften.

In dem Artikel heißt es unter anderem:

„Die Zuteilung der Bundesförderung, die zu Recht als Gießkannenförderung bezeichnet wird, sieht nun so aus: Unter Katasterkennwert 80 gibt es nichts, von 80 bis 150 1250 S, darüber 2500 S. Nicht nur, daß diese Beträge sehr bescheiden sind, sie bringen auch Ungerechtigkeiten in den Bemessungsgrenzen mit sich. Was aber noch schlimmer ist, sie erfüllen nicht ihren Zweck.“

Nun möchte ich eines feststellen: Ich bin der Überzeugung, daß die Bundesregierung bei dem Sockelbetrag, der jetzt vorhanden ist, bleiben soll. Selbstverständlich wird nach Maßgabe der Möglichkeiten dieser Sockelbetrag aufgestockt werden müssen. Aber alles andere – die Regionalförderung – soll dann die Gebietskörperschaft, unter anderem auch die Landesregierung, machen. Die Landesregierung hat sich bisher sicher noch nicht über Gebühr angestrengt.

Jetzt noch ein Zitat, und zwar nicht vom Herrn Landesrat Diwold, sondern vom Herrn Landesrat Ratzenböck, der ja der Finanzreferent der Oberösterreichischen Landesregierung ist. Er schreibt in der „Wochenpresse“ vom 5. November 1975 – zumindest wird es hier so zitiert –:

„Hat der Bund in Oberösterreich auch keine finanziellen Schulden, dann doch‘, erbost sich Ratzenböck, ‚moralische. In vielen Bereichen zahlt der Bund weniger als bisher‘. Bei der landwirtschaftlichen Beratung in den Landwirtschaftskammern ‚kürzte der Bund kommentarlos seinen Beitrag von bisher zwei Dritteln auf ein Drittel. Das macht immerhin gleich fünf Millionen Schilling aus, die wir jetzt mehr zahlen müssen‘.“

Auch hier dieselbe Feststellung: Erstens stimmt es nicht, daß der Betrag von zwei Dritteln auf ein Drittel gekürzt worden ist; er ist lediglich gleichgeblieben gegenüber dem Vorjahr. Zweitens ist zu sagen, daß selbstverständlich auch hier die Gebietskörperschaft ihre Förderungsverpflichtungen hat, denen sie eben mehr als bisher wird nachkommen müssen.

Wenn wir uns die Dinge, so wie sie sind, klar vor Augen halten, so müssen wir sagen, daß für die Bauern noch nie eine so gute Politik gemacht worden ist wie unter sozialistischen Regierungen. (*Beifall bei der SPÖ.* – *Widerspruch bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Huber (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung als eines der Anliegen der Agrarpolitik einen funktionsfähigen ländlichen Raum und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in diesen Regionen bezeichnet. Er hat zu Recht die Bedeutung der Landwirtschaft für die Nahrungssicherung, für die Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft und für den Schutz des Lebensraumes hervorgehoben. Man könne diese Leistungen aber nur erwarten, wenn es gelingt, für die im ländlichen Raum tätigen Menschen Lebensbedingungen zu schaffen, die es ihnen attraktiv erscheinen lassen, weiterhin in ihrem bisherigen Lebensraum zu verbleiben.

Es erhebt sich daher sofort die Frage, ob diese durchaus richtigen Feststellungen, die der Herr Bundeskanzler trifft, auch in den Absichtserklärungen der Bundesregierung für die laufende XIV. Gesetzgebungsperiode tatsächlich gebührend Niederschlag finden. Ich glaube, dem ist keineswegs so.

Es sind hier grundsätzlich zwei Problemkreise auseinanderzuhalten. Der eine betrifft die Erhaltung und Stärkung eines leistungsfähigen Bauernstandes im ländlichen Raum, insbesondere dort, wo dem Bauernstand neben der Erhaltung seiner Existenz und mithin auch seiner Familien überdurchschnittlich viele und wichtige außerlandwirtschaftliche Aufgaben zufallen. Dies trifft wieder im besonderen Maße für das Bergbauerngebiet zu. Es haben sich ja einige Redner heute bereits mit diesem Problemkreis beschäftigt.

Dort kann die Landwirtschaft sicher nicht mit höheren Erträgen rechnen, denn der Mechanisierbarkeit der Arbeit sind von der Natur her Grenzen gesetzt. Die Erzeugerpreise der Landwirtschaft im Berggebiet bleiben von allen Produktionsbereichen dort am weitesten hinter der Kostenentwicklung zurück.

Zum Beweis für diese Feststellung führe ich an, daß laut dem Grünen Bericht der Bundesregierung über die Lage der österreichischen Landwirtschaft im Jahre 1974 das durchschnittliche Betriebseinkommen je Vollarbeitskraft im Berggebiet nur 42.200 S gegenüber dem österreichischen Bundesdurchschnitt von 57.400 S beträgt.

Die Einnahmen aus der Landwirtschaft und aus dem Wald bleiben also weit hinter der Kostensteigerung zurück. In der gleichen Zeit verschlechtern sich die Möglichkeiten für Zu- und Nebenerwerb, sodaß im Berggebiet im Zuge dieser Entwicklung von Jahr zu Jahr relativ mehr Menschen von relativ weniger Einkommen leben müssen.

Von einer wirksamen Förderung der Landwirtschaft im Berggebiet im Bundesbudget kann also keine Rede sein. Das Gesamtbudget 1976 des Bundeshaushalts steigt gegenüber dem vorjährigen, nämlich dem Budget von 1975, um rund 16,8 Prozent, während die Steigerung des land- und forstwirtschaftlichen Budgets nur 5,16 Prozent beträgt. Das land- und forstwirtschaftliche Förderungsbudget aber hat sich in den letzten fünf Jahren kaum oder überhaupt nicht verändert. Hingegen haben vor allem die Bergbauern Einkommenseinbußen und auch Förderungseinbußen hinnehmen müssen.

Hier darf ich feststellen, daß mit den Ansätzen für 1976 der Bund weniger fördern kann als mit jenen für das Jahr 1970. Wir denken hier nur an die Kostensteigerungen allenthalben. Diese Feststellung gilt insbesondere für die Regionalförderung im Bergland, für die Verkehrseröffnung ländlicher Räume oder Gebiete, für das Bergbauern-Sonderprogramm und für den Bergbauernzuschuß des Bundes.

Der Herr Minister hat vorhin erwähnt, daß in der Stabilisierungsquote und darüber hinaus noch im Konjunkturausgleichs- oder im Konjunkturbelebungsbudget noch 100 beziehungsweise 20 Millionen vorgesehen sind. Ich sehe aber nur, daß das an sich für den gesamten Grünen Plan vorgesehen ist, nicht für den Posten Verkehrseröffnung oder Regionalförderung im Bergland allein.

Neben der Förderung des Bauernstandes im Berggebiet ist es aber auch notwendig, die Chancengleichheit in allen infrastrukturellen Bereichen herzustellen. Dies gilt vor allem für die Verkehrseröffnung, für die Energieversorgung, wenn Sie sich das vorstellen, für das Nachrichtenwesen, das Schulwesen und die gesundheitliche Versorgung. Nicht zuletzt gilt es aber auch für den Schutz des Lebensraumes vor Lawinen, Wildbächen und Vermurungen und letzten Endes auch für die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung als Vorsorge gegen Erosions- und Verkarstungsscheinungen.

Sicher fallen in diesen Belangen der Raumordnung und der Regionalpolitik auch den Gemeinden und Ländern wichtige Aufgaben zu. Der Herr Minister hat vorhin in seinen Ausführungen bekanntgegeben, daß auch die Landeskultur in die Kompetenz des Landes fällt, darüber hinaus aber auch die Gemeinden hier heranzuziehen sein werden. Was die Verkehrseröffnung betrifft, ist es natürlich, daß verschiedene, also nicht nur landwirtschaftliche Verkehrsteilnehmer diese Einrichtungen benutzen und daher die Gemeinden zur Kasse gebeten werden. Ich hoffe, daß das keine Retourkutsche vom Herrn Minister ist, sondern daß er sich auch für die Gemeinden verwenden

Huber

wird. Der derzeitige Finanzausgleich – ich darf das als Bürgermeister hier feststellen, denn ich kenne bergbäuerliche und Berggebiete ziemlich genau – und der Rückgang an Ertragsanteilen bei den Ländern und Gemeinden gibt nämlich weiterhin keine Möglichkeit, wirksam zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum beizutragen. Beispielsweise sind im Land Tirol für das Jahr 1975 etwa 200 Millionen Schilling weniger an Ertragsanteilen eingelangt, als budgetiert waren. Diese Entwicklung wird sich auch im Rechnungsjahr 1976 fortsetzen. Daher bin ich der Meinung, daß der Bund in diesen Belangen mehr tun müßte, wenn man auch vielleicht sagt: es ist mehr verlangt. Ich glaube, daß man vom Bundesfinanzgesetz her wesentlich mehr für die genannten Bereiche der Förderung tun müßte.

Derzeit haben wir zum Beispiel laut Grünem Plan im Bundesgebiet noch rund 30.000 Bauernhöfe, die keinen LKW-fähigen Zufahrtsweg besitzen, davon allein 19.000 Betriebe im Bergbauerngebiet. In Tirol sind beispielsweise 2200 Betriebe überhaupt als unerschlossen zu betrachten. Wenn wir uns die derzeitigen Förderungsmaßnahmen vor Augen halten und auch die Entwicklung auf dem Kostensektor, dann würde die Erschließung dieser Betriebe erst in zehn bis zwölf Jahren möglich sein.

Ich bin der Meinung, wenn es dieser Regierung ernst ist mit der Hilfe für die unterentwickelten Gebiete und der in ihrer Entwicklung zurückbleibenden Wirtschaftszweige, müßte sie mehr und vor allen Dingen auch andere Förderungsmöglichkeiten erschließen. Denn bei einer jährlichen Baukostensteigerung von etwa 17 Prozent – ich nehme hier den Baukostenindex her – ist ein Zuwachs an Förderungsmitteln von 1975 auf 1976 um nur 3,76 Prozent für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete meiner Auffassung nach unzureichend.

Herr Minister! Sie haben angezogen, daß aus dem Stabilisierungs- und Konjunkturbelebungsbudget noch 120 Millionen erfließen können. Ich bin der Meinung, daß damit sicherlich etwas geschehen kann, aber ich befürchte, daß diese 120 Millionen Schilling im Rechnungsjahr 1976 eben nicht zur Verfügung stehen werden.

Bei der Energieversorgung müßte die Netzverstärkung im Vordergrund stehen. Im Bereich des Nachrichtenwesens ist das vordringlichste Anliegen ein rascher Ausbau des Telephonnetzes, und zwar zu Bedingungen, die auch dem Einkommen der ländlichen Bevölkerung entsprechen müßten. Bei 42.200 S Durchschnittseinkommen pro Jahr wird man keine großen Erschließungsbeträge einheben können.

Ferner glaube ich, daß man weite Gebiete des ländlichen Raumes auch nicht vom Fernsehempfang ausschließen kann, sondern daß auch da etwas zu geschehen hat.

Im Schul- und Bildungswesen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Bevölkerung im Berggebiet von einer Chancengleichheit mit der übrigen Bevölkerung weit entfernt. Auch hier ist es den Gemeinden auf Dauer bei den weiter sinkenden Ertragsanteilen nicht möglich, den Aufwand für Schulbauten verkraften zu können.

Auch im Kindergartenwesen ist es nicht anders. Dasselbe trifft auch für die sonstigen kulturellen Einrichtungen zu.

Im sozialen Bereich ist die steigende Arbeitsbelastung bei sinkendem Arbeitskräftebesatz zu einem vorrangigen gesundheitspolitischen Problem geworden. Wenn wir uns vor Augen führen, daß die allgemeine Arbeitsbelastung bei den Bergbauernbetrieben enorm ist – mit einem 8-Stunden-Tag wird man sicherlich nicht das Auslangen finden – und daß besonders die Überbelastung der Frau ungeheuer groß ist – stellen Sie sich vor, daß eine solche Bäuerin, die einige Kinder hat, noch im Stall und auf dem Feld mitarbeitet, daß sie die Hausarbeit zu besorgen hat und darüber hinaus noch die Kinder erzieht –, und wenn man sich vor Augen führt, daß es sich etwa um einen Nebenerwerbsbetrieb handelt, der Mann also auswärts arbeitet und die Frau noch das Alleinsein und die Alleinverantwortung zu tragen hat, dann, glaube ich, daß der Abgeordnete Pfeifer sicherlich nicht recht hat, wenn er den Nebenerwerbsbetrieb so sehr in den Vordergrund stellt.

Wir wissen auch, daß die gesundheitlichen Gegebenheiten im Berggebiet dementsprechend sind. Bei Reihenuntersuchungen durch die Bauernkrankenkasse zeigt sich, daß der Gesundheitszustand der bergbäuerlichen Bevölkerung geradezu besorgniserregend ist. Beispielsweise wiederum in Tirol: Hier zeigen von 100 untersuchten Personen nur 13 Prozent keine Krankheit oder keine Krankheitsscheinung. Alle übrigen haben ein bis sechs Krankheitsbilder aufgewiesen, und fast ein Fünftel der Testpersonen oder der Untersuchten haben sogar deren sechs.

Dies beweist auch wieder, daß die Leute nicht rechtzeitig zum Arzt gehen können und daß die ärztliche Versorgung in ländlichen Gebieten wesentlich schlechter ist als in Ballungszentren. Das ist klar.

Sehr schwierig und sehr bedenklich ist die Versorgung durch Zahnärzte und Dentisten. Hier müßte die öffentliche Gesundheitspolitik in erster Linie einsetzen. Auch in dieser Beziehung

Huber

sind die Gemeinden nicht mehr belastbar, wenn man sich vergegenwärtigt, wieviel die Gemeinden als Spitalserhalter und darüber hinaus an Beiträgen zu den Abgängen der Krankenanstalten zu bezahlen haben. Auch von dieser Sicht her müßte man beim Finanzausgleich einen entsprechend tragbaren Beitrag den Gemeinden geben. Bei einer künftigen Reform des Finanzausgleiches ist darauf Bedacht zu nehmen.

Für den Schutz des Siedlungs- und Wirtschaftsraumes durch Wildbach- und Lawinenverbauungen sind im Bundesbudget für 1976 ungefähr gleich viel Mittel vorgesehen wie für 1975. Hier darf ich in aller Form auch feststellen, daß es wohltuend ist zu erkennen, daß in den Jahren von 1965 bis 1975 Wesentliches im Schutzwasserbau geschehen ist. Ich stehe nicht an, das durchaus lobend anzuerkennen, aber ich würde meinen und doch auch ersuchen zu überlegen, daß man um Gottes willen nicht nachlässig wird. Denn die Ereignisse der Katastrophen von 1965 und 1966 sind bereits weitgehend im Unterbewußten untergegangen.

Mit den Mitteln, die zur Verfügung stehen, muß man sehr wirtschaftlich umgehen, um bei den Baumaßnahmen halbwegs noch einmal den Erfolg des Jahres 1975 zu erreichen.

In diesem Sinne wäre es wünschenswert, wenn es auch hier insofern Transparenz gäbe, daß man beim Einsatz öffentlicher Mittel eine Klarstellung bringt.

Ich habe hier die „Tiroler Tageszeitung“ vom 1. Dezember 1975. Hier steht groß als Titel: „Mehr als 5 Milliarden für die Landwirtschaft.“ Ich muß mit Bestürzung feststellen, daß diese Fehlmeinung vorherrschend ist. 5 Milliarden Schilling sind nicht einmal in der Beratungsgruppe VIII, Land- und Forstwirtschaft, enthalten. Für Land- und Forstwirtschaft sind nur 3458 Millionen Schilling ausgewiesen.

Darüber hinaus muß ich aber die Frage aufwerfen, ob wirklich der Landwirtschaft, den Bauernbetrieben echt diese 3,4 Milliarden zugute kommen:

566 Millionen Schilling Personalaufwand.

Sicherlich, eine Administration ist notwendig, aber das alles kommt der Landwirtschaft nicht zugute.

619 Millionen für den Sachaufwand des Bundesministeriums. Auch da kann man nicht davon sprechen, daß das der Landwirtschaft direkt oder erstrangig zugute kommt.

Wenn ich zusammenzähle: Förderung der Land- und Forstwirtschaft 44 Millionen Schilling, Bergbauern-Sonderprogramm 417,1 Millionen Schilling, Grüner Plan 966,5 Millionen

Schilling, Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds 40 Millionen Schilling. Das sind rund 1,6 Milliarden Schilling, die der Landwirtschaft tatsächlich zugute kommen.

806 Millionen Schilling sind für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung ausgewiesen. Ich meine, so ehrlich müssen wir sein zu sagen, daß das uns allen zugute kommt. Der Herr Minister hat ja vorhin erwähnt, daß nun rund 600.000 Menschen durch die Maßnahmen, die die Jahre heraus gesetzt worden sind, einen Schutz bekommen haben. Wir können aber nicht sagen, daß es nur der Landwirtschaft zugute kommt.

Zu den Preisausgleichen. Ich glaube, jeder Konsument partizipiert an den Preisausgleichen, die der Bund zur Stützung verschiedener Lebensmittel zur Verfügung stellt.

Soweit also zum Budget.

Der Herr Bundeskanzler sagt in seiner Regierungserklärung, wie ich eingangs gesagt habe, wörtlich: „Das Anliegen der Agrarpolitik ist daher ein funktionsfähiger ländlicher Raum und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in diesen Regionen.“

Wenn man dieses Budget ansieht, muß man sagen, daß weder für einen funktionsfähigen Raum noch für den Bauernstand noch für die Menschen, die im Berggebiet wohnen, entscheidende Maßnahmen gesetzt werden, um diesem Ziel gerecht zu werden.

Zusammenfassend muß leider festgestellt werden, daß grundlegende Interessen und wesentliche Erfordernisse der Landwirtschaft im Bundesvoranschlag nicht gebührend berücksichtigt sind. Die Menschen im ländlichen Raum sind bereit, sich selbst zu helfen, und tun dies auch nach ihren besten Kräften. Ich meine, daß sie daher auch einen Anspruch gegenüber dem Staat auf entsprechende Hilfe haben.

Ich darf abschließend sagen, und das müssen wir uns alle, denen es ernst ist, vor Augen halten: Der Bauernhof und seine Bewohner müssen für unsere Industriegesellschaft als „Frischzelle“ lebens- und leistungsfähig erhalten werden. Die Menschen im ländlichen Raum dürfen sich einfach nicht länger fragen, warum gerade sie von den Auswirkungen der Wirtschaftsrezession und der verfehlten Finanzpolitik am schwersten getroffen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Abkehr von der bäuerlichen Wirtschaftsform nimmt bereits jetzt bedrohliche Ausmaße an. Dieser ungesunden Entwicklung zu steuern, ist Aufgabe der Regierung.

Dies in einem weit höheren Maße zu tun, als

634

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Huber

es im vorliegenden unzulänglichen Voranschlag geschehen ist, wird sich die Bundesregierung in allernächster Zukunft zu einem der vordringlichsten Anliegen machen müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Breiteneder. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Breiteneder (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundesminister hat heute einen sehr groben Vorwurf betreffend die vergangene Agrarpolitik der Österreichischen Volkspartei gemacht. Er hat gesagt, es war in den wenigen Jahren nicht möglich, das gutzumachen, was die Österreichische Volkspartei in 25 Jahren schlecht gemacht hat. Ich glaube, der Bauernstand hat mehr als jeder andere Berufsstand die Möglichkeit, den Beweis anzutreten, daß er sich der Entwicklung angepaßt, der Technik zugewendet hat, um der Bevölkerung zu dienen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

1951, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat ein Landarbeiter für vier Personen in Österreich gesorgt, 1975 sind es bereits 20. Wenn die Prognose richtig ist, wird 1985 ein Landarbeiter für 28 Personen sorgen. Ich glaube, wenn die Agrarpolitik der Vergangenheit so schlecht gewesen wäre, dann würde Österreich nicht über einen Bauernstand verfügen, der diese Aufgabe beispielgebend für Europa zu lösen imstande war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bin nicht von Neidkomplexen behaftet, aber, Herr Bundesminister: Es war nicht möglich, die Vorwürfe Direktor Lanners, Deutschmanns und meiner anderen Kollegen zu widerlegen, daß die Preis-Kostenschere noch nie so groß war wie jetzt. Wenn man hier von Produktionssteigerung redet, dann muß ich doch in Erwähnung bringen, daß 1974 die Milchproduktion nur um 20.000 t stieg.

Meine verehrten Damen und Herren! Herr Bundesminister! Wenn die Einkommenslage der Landwirtschaft so gut ist, wie erklären Sie sich, daß, wenn 10 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt sind, der Anteil am Bruttonationalprodukt 5,2 Prozent beträgt? Das ist doch ein Mißverhältnis zu den anderen Berufsständen, welches sich der Bauernstand unter keinen Umständen verdient.

Bei dieser Einkommensentwicklung muß ich einen Teil des Bauernstandes besonders hervorheben: die Bergbauern. In Ihrem Tätigkeitsbericht, Herr Bundesminister, steht, daß zum Beispiel die Bergbauern 1974 auf Grund der schlechten Viehprixe die Einkommensentwicklung gehabt haben, daß sie nur ungefähr 94

Prozent der Einkommen von 1973 erreicht haben.

Ich kann noch ein Beispiel anführen. Als der Bauernbund, die Präsidentenkonferenz eine Milchpreiserhöhung für die milchproduzierenden Landwirte von etwa 70 Groschen gefordert hat, hat man uns ein Drittel, 25 bis 30 Groschen, zugebilligt. (*Abg. Pans i: Wieviel hat Ihnen die ÖVP-Regierung gegeben?*) Auf alle Fälle keine so große Kostensteigerung, Herr Abgeordneter! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die anderen Forderungen hat man aber klaglos erfüllt. Es gebührt den Molkereiarbeitern für die schwere Arbeit, die sie leisten, dieser Lohn. Aber auch denen, die schon um 4 und 5 Uhr früh aufstehen müssen, um das Rohprodukt an die Molkerei zu liefern und zu bringen, würde der gleiche Anteil gebühren.

Was der Abgeordnete Hanreich dem Genossenschaftswesen vorgeworfen hat, basiert auf Unkenntnis. Es wird ja im Laufe der Woche noch Gelegenheit sein, über das Milchwirtschaftsproblem zu reden. Wenn er nämlich wüßte, wieviel Milch für 1 kg Butter notwendig ist und dann den Butterpreis in Vergleich zieht, dann würde er – glaube ich – diese Äußerung gar nicht tun. Man neigt überhaupt jetzt dazu, alle Einrichtungen des Bauernstandes auf Grund der „verfehlten“ Agrarpolitik der Österreichischen Volkspartei – wie man es heute gehört hat – sehr in Zweifel zu ziehen. Man beginnt bei der Molkereigenossenschaft, bei der Lagerhausgenossenschaft und vergißt ganz darauf, welch enorme Leistungen diese Einrichtungen für die gesamte Volkswirtschaft im Laufe der Vergangenheit erbracht haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine verehrten Damen und Herren! Es steht außer Zweifel – und das ist kein Gejammer, denn die Entwicklung bestätigt das –, daß die Einkommenslage in der Landwirtschaft äußerst ungünstig ist. Wenn man bedenkt, daß man uns damals nahegelegt hat, die Ausbildung der Jugend zu fördern, eine leistungsfähige Jugend mit allen wissenschaftlichen und technischen Fragen vertraut zu machen! Eine Produktionssteigerung, die ihresgleichen in allen Berufen sucht, haben wir durchgemacht, und dann kam die Produktivitätssteigerung. Auch da sind wir nicht der letzte Berufsstand, sondern so ziemlich an der Spitze. Trotzdem ist die Einkommenslage kritisch, die Abwanderung ist nach wie vor gegeben. Täuschen wir uns nicht, wenn auch im Jahre 1974 weniger abgewandert sind. Sicherlich, es stehen auch nicht mehr so viele Arbeitsplätze zur Verfügung, es gibt die große Reserve nicht mehr. Wenn man sagt, daß im Jahre 1985 nur mehr etwa 5 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sein werden, und gleichzeitig auch wieder durch eine

Breiteneder

Prognose zum Ausdruck bringt, daß das Einkommen der Landwirtschaft etwa 2,5 Prozent gemessen am Bruttonationalprodukt betragen wird, dann ist das wieder schockierend für unsere Jugend. Es ist kein Geheimnis, daß heute ein Großteil der fachlich gutausgebildeten jungen Menschen des bäuerlichen Berufsstandes früher oder später einen anderen Beruf ergreift, weil sie im bäuerlichen Beruf keine Chance sehen, gleichwertig mit den anderen Berufen zu leben.

Man hat sehr große Worte über die Bergbauernförderung gesprochen. Man spricht von 2500 S. Ich selbst bin ein Bergbauer, der 1250 S bekommt, ich bin in der Zone II. Kollegen, die 2500 S bekommen, freuen sich. Ich sage Ihnen, Herr Bundesminister, ich bin für jeden Schilling dankbar, den man dem Bergbauern zusätzlich für seine schwere Arbeit gibt, ich bin dafür dankbar. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber, meine verehrten Damen und Herren! Ein Bergbauer in der Zone II kann sich einen Facharbeiter nur einen Tag bezahlen! Und daran erkennen Sie die Unterbewertung der Arbeit des Bergbauern. Nichts gegen diesen Lohn, nein, aber wir sollten hier keine so großen Unterschiede machen.

Man spricht von der großen Aufgabe der Bergbauern und der bäuerlichen Bevölkerung im ländlichen Raum. Meine Verehrten! Ich glaube, dieser Berufsstand, diese vielen Menschen im ländlichen Gebiet haben bereits in der Vergangenheit eine ganz große Aufgabe erfüllt. Es waren Menschen, die auf die Verlockungen des städtischen Bereiches verzichtet haben, die an Natur und Beruf gebunden waren und daher für uns heute unschätzbare Werte erhalten haben.

Der Herr Bundesminister meinte heute, es sollten die Gemeinden im ländlichen Bereich auch ein wenig für die Erhaltung der Güterwege sorgen. Wir ziehen schon seit geraumer Zeit die Interessenten für die Erhaltung nicht mehr heran, weil wir uns diese Menschen nicht mehr heranzuziehen trauen.

Für die Erbauung sind aber enorme Leistungen notwendig. Es ist keine Seltenheit in meinem Bezirk, daß es bei der Errichtung von Güterwegen zu Beitragsleistungen – wobei der Grund kostenlos zur Verfügung gestellt wird – von 100.000 S und mehr kommt. Das ist aber ein öffentlicher Weg, wo jeder gehen und fahren kann, eine Leistung für die Gesellschaft. Wenn sich die Gemeinden hier stärker beteiligen sollen – wir würden gern diese Aufgaben übernehmen, damit überhaupt keine Beitragsleistung mehr erbracht werden muß –, dann müßte man den Finanzausgleich ändern, denn das Pro-Kopf-Einkommen in den Landgemeinden ist so niedrig, daß wir nicht einmal die

Personalkosten der Großstädte bezahlen könnten. In meinem Bezirk Freistadt gibt es nur wenige Gemeinden mit einem Personalaufwand von 3000 S pro Kopf durch den ungerecht abgestuften Bevölkerungsschlüssel (*Beifall bei der ÖVP.*), in den Großgemeinden bewegt sich dieser zwischen 4000 und 5000 S; und da sollte man noch die Vorsorge für das Funktionieren des ländlichen Raumes, eine ganz enorme Aufgabe, übernehmen.

Herr Bundesminister! Ich darf daher zum Schluß kommen. Wir würden uns viel besser verstehen, wenn wir eine gemeinsame Basis für die Bildung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise suchen würden. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Kaufen Sie einen Betrieb im Berggebiet, einen im Flachland, in verschiedenen Regionen, diese bewirtschaften Sie dann einmal nach Ihren Vorstellungen. Ich sage Ihnen, Herr Bundesminister: Wir scheuen keinen Vergleich, die Zeche aber wird der Konsument bezahlen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brunner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Brunner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Herrn Abgeordneten Stögner dahingehend informieren, daß Maschinenringe etwas anderes sind als Maschinenhöfe. Sie wissen sicherlich – da Sie ja die Maschinenhöfe in Kärnten praktiziert haben –, daß mit diesen Maschinenhöfen keine guten Erfahrungen gemacht wurden. Die Maschinenringe wurden von der Volkspartei propagiert, diese könnten noch besser funktionieren, wenn das Telephonnetz im ländlichen Raum besser ausgebaut wäre. Herr Abgeordneter Stögner, dies zur Richtigstellung.

Meine Damen und Herren! Der Bundesvoranschlag für 1976 ist der in Zahlen gefaßte Wille der Bundesregierung. Er macht klar, welche Bedeutung diese Regierung den einzelnen Bereichen beimißt.

Die Landwirtschaft ist wieder einmal zu kurz gekommen. Was sollen da die Worte des Herrn Bundeskanzlers in der Regierungserklärung über die Bedeutung der Landwirtschaft, wenn sein Finanzminister die Landwirtschaft von Jahr zu Jahr kürzer hält.

1970 betrug der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtbudget noch 2,45 Prozent. 1976 aber sind es nur mehr 1,6 Prozent. In einer Zeit, in der in aller Welt der Wert einer gesicherten heimischen Versorgung mit Grundnahrungsmitteln längst erkannt wurde, sollte man auch bei uns von der Regierung Maßnahmen erwarten kön-

636

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Brunner

nen, die geeignet sind, eine leistungsstarke Landwirtschaft zu erhalten. Auch der bäuerliche Mensch weiß um den Wert seiner Arbeit. Wenn wir heute in Österreich etwa 80.000 Höfe haben, wo es keinen gesicherten Betriebsnachfolger gibt, ist das das Ergebnis einer verfehlten Agrarpolitik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Junge Menschen kann man nicht durch gutes Zureden beim Bauernberuf halten. Der Nachwuchs eines jeden Berufsstandes ist nur dadurch gesichert, daß die Lebensbedingungen stimmen. Es ist eine unerträgliche Zumutung des Finanzministers, bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer mit 1. Jänner 1976 von 16 auf 18 Prozent den Steuersatz für pauschalierte Landwirte auf dem bisher schon willkürlich festgesetzten 6-Prozent-Satz zu belassen. Diese Absicht des Finanzministers kostet uns Bauern 1 Milliarde Schilling.

Meine Damen und Herren! Die Milchwirtschaft ist eine Sparte in der Landwirtschaft, die einen besonders hohen Arbeitsaufwand auch an Sonn- und Feiertagen, aber auch einen hohen Einsatz an Kapital erfordert. Die Erfolgsschancen sind unsicher. Sie hängen ab von der Gesundheit, der Leistungsfähigkeit der Tiere, von der Qualität des Futters und damit auch von der Witterung. Die Milchleistung läßt sich eben nicht am Schaltbrett einstellen, läßt sich nicht den jeweilig gegebenen Marktschwankungen anpassen.

Wir sollten eigentlich über zeitweilige scheinbare Überschüsse nicht jammern und unglücklich sein. Unser Buttervorrat reicht zur Zeit für kaum zwei Wochen.

Wir alle sollten uns über die Qualität und die Anerkennung unserer Käsesorten im In- und Ausland freuen. Wir haben allen Grund, berechtigt stolz zu sein über die Tatsache, daß man im Vatikan österreichische Butter zu schätzen weiß. Diese Erfolge sind ein Beweis dafür, daß die Qualitätsproduktion ein ausgezeichnetes Zusammenwirken von Produktion und Molkerei in sich trägt.

Die Milcherzeugerbetriebe in Österreich sind die kleinen und mittleren Familienbetriebe. Die größeren und die großen, zum Beispiel die Gemeinde Wien, sind längst wegen des Arbeits- und Kostenaufwandes davon abgegangen. Wir haben in Österreich nur 4,5 Prozent Milcherzeuger, die im Jahr mehr als 40.000 Liter auf den Markt bringen. 95,5 Prozent sind daher klein- und mittelbäuerliche Betriebe mit einer jährlichen Milchliefertung bis zu 40.000 Liter.

Außerdem hat sich die Milchwirtschaft von den Ackergebieten ins Grünland verlagert, also in jene Zonen, die von der Natur her schon benachteiligt sind, weil die einzige mögliche Bodennutzung oft nur das Gras ist. Es ist daher

bedauerlich, daß jede Milchpreisnachziehung der Regierung immer wieder in harten Auseinandersetzungen, in monatelangen, vor der Öffentlichkeit ausgetragenen Kämpfen abgerungen werden mußte.

Vergleichen Sie doch selber den Tauschwert der Milch seit 1970. Die mehrmaligen Erzeugerpreiserhöhungen sind laut Ihrem Paritätsspiegel eingerechnet.

Für eine Melkmaschine, 6 Kühe, brauchte man 1970 5400 Liter, im Juli 1975 aber bereits 7000 Liter; ein Verlust von 30 Prozent.

Für einen Ladewagen: 24.800 Liter 1970, 26.500 Liter 1975.

Für einen Kreiselheuer: 9000 Liter 1970, im Juli 1975 10.700 Liter.

Für eine bestimmte Heuerntemaschine: 6750 Liter 1970, 1975 aber bereits 13.800 Liter.

Für eine Melkerin 1108 Liter 1970, 2400 Liter 1975.

Für einen Liter Dieselöl: 1 Liter 1970, 1975 1,6 Liter.

Diese Zahlenvergleiche beweisen, welchen Schaden die Inflationspolitik dieser Regierung gerade den Bauern zugefügt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wäre daher an der Zeit, in bestimmten Abständen den Tauschwert der Milch bestimmten Bedarfsgütern der Bauern, wie etwa Treibstoff, Handelsdünger, Maschinen, Baukosten und dergleichen, entsprechend anzupassen.

Hohes Haus! Mehr als 180.000 landwirtschaftliche Betriebe müssen durch außerlandwirtschaftliches Einkommen, Zu- und Nebenerwerb, ihre Lebenslage verbessern, Wohnräume, Wirtschaftsgebäude erhalten und ausbauen, Maschinen und Geräte anschaffen und nicht selten auch Schulden tilgen.

Die Nebenerwerbsbauern sind in den Betrieben wegen ihrer Verlässlichkeit und ihres Fleißes sehr geschätzt. Dennoch aber sind diese um ihren Arbeitsplatz besorgt. Leider müssen sie oft anhören, daß sie die ersten seien, die gehen müssen, wenn die Arbeit knapp wird.

Diese Sorge um den Arbeitsplatz wird aber auch gelegentlich politisch mißbraucht. Oft wird die Frage aufgeworfen: Warum geben diese Nebenerwerbslandwirte ihre Landwirtschaft nicht auf, nehmen Doppelbelastungen auf sich?; vor allem ist es die Frau, die die Arbeit des Mannes mitmachen muß.

Mein Eindruck, den ich in vielen Gesprächen mit den Betroffenen gewonnen habe, ist der: Sie geben die Landwirtschaft deshalb nicht auf, weil sie sich zutiefst mit der bäuerlichen Lebenswelt verbunden fühlen und ihr landwirtschaftliches Erbe bewahren wollen. Dazu aber brauchen sie

Brunner

das außerlandwirtschaftliche Einkommen. Meiner Auffassung nach aber erfüllen diese Nebenerwerbsbauern auch noch eine ganz besondere Aufgabe: Sie helfen mit, das unberechtigte Mißtrauen und die falschen Vorurteile zwischen Stadt und Land zu beseitigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich halte es für notwendig, auch ein paar Gedanken zu unseren alten Bauersleuten zu sagen. Wir haben in Österreich etwa 42.000 Zuschußrentner, die monatlich mit 300 bis 500 S auskommen müssen. Der Sozialminister hat es bisher immer abgelehnt, eine von uns immer wieder erhobene Forderung zu erfüllen und seit heuer auch ein gegebenes Kanzlerwort einzulösen: die Zuschußrenten mit 1. Jänner 1976 den Bauerpensionen anzupassen.

Herr Landwirtschaftsminister! Sie kennen doch die Situation draußen am Lande. Hier dürfen Sie nicht länger schweigen. Sagen Sie es Ihrem Ministerkollegen Häuser, daß diejenigen, denen er die Pensionsanpassung so hartnäckig verweigert, diejenigen sind, die 1945 unter härtesten Bedingungen dem Aufruf eines Figl folgend sich mühten, ihre Mitmenschen mit Brot zu versorgen und den Hunger zu stillen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich erhebe daher im Namen dieser alten Leute, die jeden Tag weniger werden, die Forderung, die Zuschußrenten raschest den Bauerpensionen anzupassen. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine leistungsstarke heimische Landwirtschaft zu erhalten, müßte allein aus lebensnotwendigen Gründen erklärt Ziel jeder Regierung sein, unabhängig von ihrem politischen Standort. Ein ausreichendes, in der Qualität hervorragendes Grundnahrungsmittel aus dem Inland ist für den Konsumenten nicht nur das billigste, sondern auch das sicherste. Es wäre ein schlechter Dienst am Konsumenten, mit dem Weltmarkt zu spekulieren. Die Preise am Weltmarkt sind wesentlich höher und allen Schwankungen der Weltwirtschaft unterworfen.

Auch diese Regierung hat für alle Österreicher da zu sein. Sie muß daher ehest offen bekennen, was ihr eine gesicherte Ernährung wert ist, was ihr Lebensqualität in einem gepflegten Erholungsraum bedeutet. Sie muß durch entsprechende Taten endlich beweisen, ob sie bereit ist, für die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes etwas zu tun. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir Bauern sind nicht bereit, im 20. Jahrhundert moderne Leibeigene einer Industriegesellschaft zu werden! (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*)

Wir Bauern fühlen uns als Nährstand zutiefst mit der Bevölkerung unseres Landes verbunden, denn wir wissen, wir werden gebraucht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hietl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anscheinend ist es so, daß die Sozialisten bereits ihr Pulver verschossen haben. Kein Redner der Regierungspartei geht mehr ans Rednerpult, um die „großen“ Leistungen, die Sie für die Agrarwirtschaft erbracht haben und noch erbringen werden, zu verteidigen. (*Widerspruch bei der SPÖ*)

Ich würde mich freuen, von einem sozialistischen Redner heute noch einmal zu hören, welch große Leistungen Sie auch im kommenden Jahr für die Agrarwirtschaft erbringen werden. Bisher haben wir außer Reden von Taten überhaupt nichts gesehen.

Meine Damen und Herren! In der heutigen Debatte tritt ein Berufsstand ans Rednerpult, der an Zahl in den letzten Jahrzehnten wohl stark zurückgegangen, aber an Bedeutung, gerade was die Ernährungssituation der internationalen Staaten betrifft, gestiegen ist. Daß Frau und Herr Österreicher heute beruhigt ihre Konsumbedürfnisse überall befriedigen können, mag gerade in der Weihnachtszeit etwas zum Nachdenken anregen.

Als der Sprecher bäuerlicher Spezialgebiete, insbesondere des Wein-, Obst- und Gartenbaues, deren wesentliche Einnahmen aus einem Erwerbszweig der Klein- und Kleinststruktur stammen, die die Verarbeitung und Vermarktung weiten Gruppen der Bevölkerung übertragen, gestatte ich mir, auf deren Betriebsschwierigkeiten nicht nach subjektiven Anschauungen, sondern auf Grund sachlicher Berechnungen übergeordneter Stellen hinzuweisen, um nicht den Eindruck zu erwecken, einseitig die Lage dieser Betriebe zu beleuchten.

Welche Rolle der Wein im heutigen Fremdenverkehr spielt, braucht hier nicht extra betont zu werden. Allgemein kann daher festgestellt werden, daß die österreichische Weinwirtschaft in der gesamten Volkswirtschaft einen bedeutenden Platz einnimmt. Sie bietet einen nicht unbedeutenden Teil der Bevölkerung Lebensunterhalt, hat aber auch durch fast 2000jährige Tradition Einfluß auf Kultur und Brauchtum genommen.

Die Sicherung der Existenz dieser Weinbaubetriebe, die Entwicklung dieser Betriebe im

Hietl

Rahmen der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung so zu gestalten, daß diese Sicherung gewährleistet ist, ist so wie in anderen Sparten ein Teil der Aufgaben des Staates.

Wo sich die Schwächen des österreichischen Weinbaus befinden, wo die Förderung entsprechende Schwerpunkte setzen soll, werde ich nun aufzuzeigen versuchen.

In Österreich wird laut Weingartenerhebung 1974 auf insgesamt rund 50.000 Hektar Weinbau betrieben. Davon entfallen rund 94 Prozent auf Niederösterreich und Burgenland. Die Umstellung auf Weitraumkulturen, um eine günstigere Bearbeitung durchführen zu können, ist im wesentlichen abgeschlossen. Erwähnenswert scheint mir, daß die Auswirkung der Rebflächen auf Grund der Weinbaugesetze der Bundesländer eine starke Steigerung der Rotweinfläche im Gegensatz zur Weißweinfläche brachte, was einer Anpassung an die allgemeinen Konsumwünsche entspricht und damit den Beweis erbringt, daß der österreichische Weinbau sehr wohl weiß, wie er sich wirtschaftlich zu verhalten hat.

Ist damit den Arbeitsmethoden einerseits und den Konsumgewohnheiten andererseits entsprochen worden, wird man den großen Ernteschwankungen auch weiterhin unterworfen sein. Dies läßt sich weder durch Rationalisierung noch durch Betriebsvergrößerungen abstellen. Die Gewalten der Natur, denen der Weinbau nun einmal so wie die gesamte Landwirtschaft ausgesetzt ist, sind eben stärker als alle menschlichen Überlegungen der Betriebsführung.

Nun einige Zahlen zum besseren Verständnis, damit Sie, meine Damen und Herren, ob Sie nun Genießer eines guten Tropfens oder Abstinenzler sind, Gelegenheit haben, sich diese zu Gemüte führen zu können.

Während noch 33 Prozent hauptberuflich Weinbau betreiben, sind 47 Prozent bereits gezwungen, mangels entsprechendem Einkommen einen Neben- oder Zuerwerb nachzugehen und damit mehr Arbeitsstunden auf sich zu nehmen, und was besonders gravierend ist, noch mehr Arbeit der Bäuerin aufzulasten und, soweit noch am Leben, den alten Eltern Lasten aufzuerlegen, die sehr oft über die Grenzen der Zumutbarkeit hinausgehen.

Die Erntemenge, die im Zusammenhang mit dem Preis die Grundlage des Einkommens bildet, ist bundesweit großen Schwankungen unterworfen. 3,1 Millionen Hektoliter von 1970 steht eine Ernte von 1,66 Millionen Hektoliter im Jahre 1974 und voraussichtlich – die Erhebungen laufen noch – eine solche von 2,7 Millionen Hektoliter im Jahr 1975 gegenüber. Das heißt:

Ernteschwankungen im gleichen Zeitraum zwischen 37,4 und 74,0 Hektoliter pro Hektar und Jahr.

Dementsprechend verschieden sind auch die Vorratslager, die jeweils mit 30. November als Stichtag eines jeden Jahres festgelegt werden. Betrug der Vorrat am Stichtag 1973 3,68 Millionen Hektoliter, so zum gleichen Tag im Jahre 1974 2,98 Millionen Hektoliter; immerhin mehr als der zu erwartende Konsum des folgenden Jahres, der mit rund 37 Liter pro Person und Jahr, also rund 2,7 Millionen Hektoliter, angenommen werden kann.

Wenn wir dazu feststellen können, daß in Österreich eine Lagerkapazität von 6,34 Millionen Hektoliter vorhanden ist, so beweist dies die großen Anstrengungen der österreichischen Weinwirtschaft, nicht nur gegen große Ernten gewappnet zu sein, sondern auch entsprechende Vorratslager anzulegen, die allerdings mit enormen Kosten verbunden sind, wobei der Staat etwas mehr als bisher helfend eingreifen müßte, weil diese Investitionen letzten Endes auch für den Staat gewinnbringend, in Form von Steuern, zurückfließen.

Hemmend für die Weinproduktion wirkt sich allerdings aus, wenn im ungerechten Maße, Herr Bundesminister, und vor allem zur ungünstigsten Zeit übermäßige Importe getätigten werden, dies sicherlich auch zur negativen Entwicklung unserer Handelsbilanz.

Bereits im Jahre 1974 wurden gegenüber einem Export von 221.000 Hektolitern – davon gingen 84,8 Prozent in die EWG-Staaten, davon wieder rund 68 Prozent allein nach Westdeutschland – Einfuhren von 483.000 Hektolitern getätigten, wovon 33,5 Prozent, also rund ein Drittel der Gesamtmenge, aus osteuropäischen Staaten kamen.

1975 wird sich der Export ungefähr gleich wie 1974 halten. Die Einfuhr dürfte hingegen bei 700.000 Hektolitern liegen, wovon sich der Anteil aus den Oststaaten eher vergrößern als verkleinern dürfte. Für eine genaue Aufklärung der Zahlen, Herr Bundesminister, wäre ich sehr dankbar.

Das bedeutet auf Grund der vorhandenen Inlandsernte nicht nur eine schwere Belastung für die Weinproduktion, sondern ist auch eklatant schlecht für unsere agrarische Handelsbilanz.

Daß sich die angeführten von der Produktion absolut nicht verstandenen Maßnahmen schädigend auf die Einkommenssituation des Weinbaues auswirken, werde ich ebenfalls mit genauen Zahlen von Betrieben, die zweifellos als gut geführte Betriebe gelten, beweisen.

Hietl

Ich bin mir bewußt, daß die Bundesregierung daran interessiert ist, die Konsumentenpreise im Inland möglichst niedrig zu halten. Dies wäre auch durch gezielte Maßnahmen möglich, ohne daß man in eine negative Handelsbilanz pumpen muß.

Der Reinertrag ohne Verzinsung betrug im Jahre 1973 pro Betrieb in der Wachau 21.000 S pro Hektar, im Weinviertel 24.000, im Burgenland 6500 S pro Hektar.

Nimmt man nun den Zinsanspruch dazu, ergibt sich im Burgenland eine negative Ertragskostendifferenz von 5900 S pro Hektar.

Ich glaube, dies ist auch die Antwort auf einige sozialistische Vorredner, die die Ertragslage der Landwirtschaft als so schön dargelegt haben. Ich habe das Gefühl, sie haben sich die sogenannten Unterlagen, die sie zur Verfügung haben, zuwenig angesehen.

Im Jahr 1974 ergab sich folgender Reinertrag pro Hektar ohne Verzinsung: in der Wachau 8400 S, im Weinviertel 1000 S, im Burgenland 2200 S. Rechnet man den Zinsanspruch dazu, gibt es durchwegs negative Bilanzen. Dies geht auch aus dem Grünen Bericht über die Lage der Landwirtschaft klar und deutlich hervor.

Das Einkommen je Arbeitskraft weist durchwegs eine sinkende Tendenz auf; eine Gegenüberstellung von 1973 und 1974 beweist dies klar. Wenn man sehr bescheiden, meine Damen und Herren, nur 270 Arbeitstage mit 10 Stunden Tagesarbeit annimmt, ergibt dies einen Stundenlohn von durchschnittlich 20,10 S brutto, wobei alle zusätzlichen Leistungen inbegriffen sind. Vielleicht mag diese eine Zahl zeigen, wie hoch das Einkommen in Spezialbetrieben der Landwirtschaft, das mit dem aller anderen Erwerbszweige in der Land- und Forstwirtschaft ungefähr übereinstimmt, ist.

Ich glaube, diese wenigen Zahlen müßten die Bundesregierung dazu veranlassen, eine Agrarpolitik zu machen, die der gesamten Landwirtschaft ein besseres Einkommen zu sichern hätte. Das hätte auch den sozialistischen Rednern, die bisher an diesem Rednerpult waren, einfallen müssen. Sie legten jedoch dar, wie gut die sozialistische Agrarpolitik ist.

Meine Damen und Herren! Diese kleine Aufstellung zeigt, wie dringend notwendig eine Reform der Agrarpolitik dieser Regierung ist. Wir sind bereit, meine Damen und Herren, über alle Möglichkeiten zu diskutieren, in einem Rahmen, der uns die Gelegenheit gibt, sachlich und, wenn Sie wollen, auch kritisch die Lage zu beurteilen.

Ich darf hier einige Vorschläge machen:

Weinbaukonzept auf Bundesebene. Auch vom Rechnungshof schon mehrmals dringend verlangt.

Ausbau durch Förderung der Genossenschaften.

Vernünftige Regelung des Imports und Exports durch Zusammenarbeit mit der Berufsvertretung.

Weiterer Ausbau des Lagerraumes.

Förderung des Bergweinbaus durch Güterwegbau und Bewässerung, dies letzten Endes auch als Landschaftsschutz.

Das sind nur einige Vorschläge, die zeigen, wie man der Lösung der Probleme näherkommen kann.

Es sollen nicht parteipolitische Entscheidungen sein, meine Damen und Herren von der Linken, sondern Maßnahmen, die dem gesamten Staat dienlich sind. Das wird zweifellos von jedem Österreicher verstanden werden.

Abschließend, meine Damen und Herren – es tut mir sehr leid, daß Kollege Marsch nicht im Hause ist –, darf ich Ihnen auch als Obmann einer Bezirksbauernkammer, einer Kammer, die letzten Endes so wie alle anderen den Sozialisten anscheinend ein Dorn im Auge ist, hier mit einigen Zahlen beweisen, wie es tatsächlich aussieht, da seitens der sozialistischen Sprecher hier Zahlen genannt werden, die bei weitem, bei weitem nicht den Tatsachen entsprechen.

Als Obmann einer Bezirksbauernkammer, die zweifellos nicht die größte in Niederösterreich ist, aber immerhin 2396 Betriebe aufweist, in der ein Kammersekretär und eine Schreibkraft und sonst niemand tätig ist, darf ich Ihnen sagen, daß rund 244 Einzelberatungen am Hof durchgeführt wurden, daß 4247 Personen, die zum Sprechtag kamen, beraten werden mußten, wobei der Großteil sich in Steuer-, Kredit-, Finanz-, Rechtsfragen und in sozialökonomischer Hinsicht beraten ließ.

Gruppenberatungen, Versammlungen draußen, die einzelnen Kurse, Lehrfahrten, Vorführungen, all dies sind Aufgaben, die letzten Endes über die Bezirksbauernkammern durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Sie können noch so viele und so lange Angriffe auf diese Beratungszentren und bäuerlichen Einrichtungen starten: Unsere bäuerlichen Menschen draußen wissen genau, was sie hier haben und wo sie ständig Rat holen können.

Ich kann mir vorstellen, daß der Abgeordnete Pfeifer, der heute als erster Sprecher der SPÖ auch hierüber Worte gefunden hat, die Wahl

640

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Hietl

vom 23. März, die Kammerwahlen, anscheinend noch immer nicht ganz verkraftet hat. (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Dr. Tull:* Denken Sie an den 5. Oktober!)

Herr Abgeordneter Dr. Tull! Ich kann verstehen, daß Sie sich um die Landwirtschaft so viel kümmern, daß Sie selbst die Kammerwahlergebnisse nicht kennen. Dafür habe ich irgendwie Verständnis. (*Abg. Dr. Tull:* Der 5. Oktober kann Ihnen genügen!)

Aber es beweist, daß man wie auch bei allen anderen Wahlen unterscheiden muß zwischen dem ländlichen Raum und den bürgerlichen Menschen. Wem sie ihre Stimme geben, können wir bei allen Analysen nicht feststellen; denn es gibt das Wahlgeheimnis.

Eines bin ich sicher: Unsere bürgerlichen Menschen wissen, wo die bessere Beratung, die bessere Unterstützung für sie ist. Und diese finden sie zweifellos bei den Vertretern des Österreichischen Bauernbundes, bei den Vertretern der Österreichischen Volkspartei! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Steiner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Steiner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man schon zum wiederholten Male in der Agrardebatte als Oppositionsabgeordneter hier bei diesem Pult steht, kommt einem manchmal vor, man spricht umsonst, es ist einem schön langsam zuwider. Wir stehen einer absolut schwerhörigen Regierung gegenüber.

Diesen Eindruck habe ich, weil wir jedes Jahr wieder diese notwendige Kritik hier anbringen, weil wir auf Mängel hinweisen, die vorhanden sind, weil wir Anträge einbringen, die wir für wichtig halten und trotzdem höchstens dasselbe geschieht, es bleibt beim Alten, es wird nichts besser, es wird höchstens schlechter.

Dafür, daß wir uns bemühen, Fakten aufzuzeigen, hinzuweisen, wo es Schwierigkeiten in unserer Landwirtschaft, bei unseren bürgerlichen Betrieben gibt, werden wir noch der Unsachlichkeit gezielen und bezichtigt. Das, glaube ich, ist schon ein sehr harter Vorwurf, der die Opposition heute getroffen hat. Ich muß sagen, daß Sie, Herr Minister, und Ihre Regierung nur schöne Worte für die Bauern übrig haben, die Fakten aber sehen anders aus. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Anteil des Kapitels 60 Land- und Forstwirtschaft am Gesamtbudget beträgt nur 1,60 Prozent, ich wiederhole: 1 Prozent und sechs Zehntelpunkte. Das ist der bisher tiefste Stand, der mir an Zahlen vorliegt. Ich glaube, wenn hiefür 1,60 Prozent aus Steuergeldern

verwendet werden, ist das bei einem Bevölkerungsanteil von, wie im Grünen Bericht steht, immerhin noch 11 Prozent wirklich keine Überdotation dieses doch sehr wichtigen Standes in unserem Lande.

Selbst – und das wundert mich sehr – das doch eher sehr beliebte Förderungskapitel, die Bergbauernförderung, stagniert. Wenn die Bergbauernförderung heuer stagniert, so heißt das, daß sie zurückgeht, daß der Kaufwert dieser 417 Millionen Schilling ja um 9 Prozent geringer ist als im Vorjahr, sodaß wir auch hier einen Rückgang der Förderungsmittel feststellen müssen.

Ich muß es noch einmal erläutern – ich habe es im Vorjahr schon getan –, wie sich die Mittel für diese Bergbauernförderung zusammensetzen, weil man das immer wieder falsch unter die Leute bringt. Ich muß noch einmal betonen, daß es innerhalb dieser Mittel nur 58 Millionen Schilling sind, die als Direktzuschüsse den Bergbauern zugemittelt werden, wobei pro Bauernhof für einen in der Zone 2 befindlichen Betrieb, wie schon heute mehrfach erwähnt, 1250 S pro Jahr aufgewendet werden, für einen Extrembetrieb in der sogenannten Zone 3 2500 S. Wie wenig man eigentlich von diesen Beträgen weiß, habe ich schon mehrfach festgestellt. In meiner Gemeinde bin ich ja auch tätig. Der sozialistische Obmann der Gemeinde meinte, das wäre der monatliche Zuschuß, der den Bergbauern zugute käme, nicht etwa der Zuschuß für ein ganzes Jahr. Darum sage ich: das ist eine unzureichende Förderung.

Die anderen Mittel werden ähnlich verwendet, wie wir sie früher auch verwendet haben, das möchte ich insbesondere dem Abgeordneten Stögner sagen. Auch wir haben seinerzeit die Bergbauern gefördert, etwa durch die gesamte Elektrifizierung des bergbäuerlichen Raumes in Österreich oder durch den gesamten Wegebau, der nicht erst seit 1970 in Österreich betrieben wird, sondern früher genauso, wenn nicht sogar im verstärkten Maße und in größerem Ausmaß feststellbar war.

Die Besitzfestigung vieler Betriebe haben wir im Bergbauernprogramm unserer Zeit vorgenommen, und schließlich haben wir auch die Bergbauernarbeitsgemeinschaften geschaffen, die erhebliche Förderungen für die Einzelbetriebe durchsetzen konnten. Heute hat man an Stelle dessen die sogenannte Regionalförderung, die mit 136 Millionen Schilling dotiert ist.

Es werden ferner für Geländekorrekturen, lauter Fakten, die man von früher her kennt, 15 Millionen Schilling aufgewendet. Für forstliche Maßnahmen werden 17 Millionen, für Bringuungsanlagen 10 Millionen und für die Hochla-

Steiner

genaufforstung 12 Millionen, also allein 39 Millionen aus dem sogenannten Bergbauernförderungsprogramm letztlich für die Forstwirtschaft verwendet. Auch das muß hier festgestellt werden, weil der Herr Staatssekretär Günter Haiden bei seinen oftmaligen Presseaussendungen immer wieder zum Ausdruck bringt, daß die Forstförderung gewissermaßen gestiegen ist. Das entnimmt er hauptsächlich der Bergbauernförderung. Das wollte ich hier zum Ausdruck bringen, damit sich die Öffentlichkeit nicht immer wieder ein falsches Bild macht.

Nun möchte ich noch zu den Äußerungen des Herrn Ministers, aber auch insbesonders des Staatssekretärs Stellung beziehen, die beide im Vorjahr erklärt haben, daß die Auszahlung des Zuschusses für die Bergbauern im Jahre 1976 auf Grund dieser Neuzonierung stattfinden wird. Die Unterlagen für diese Neuzonierung liegen ja dem Ministerium schon seit dem Sommer vor, aber wir stellen fest, daß im Budget dafür überhaupt keine Vorsorge getroffen ist, sondern daß nach wie vor, wie ich schon sagte, 58 Millionen Schilling so wie im Vorjahr vorgesehen sind.

Nun haben sich aber die Ziffern – das sieht man – auf Grund der, wie ich betonen möchte, vom Landwirtschaftsministerium abbefohlenen Neueinteilung und Neuzonierung, man hat ja seinerzeit von Seite der Regierung immer betont, die Berghöfekatastersache der ÖVP wäre nicht gerecht genug, und hat daher eine Neuzonierung vorgenommen – erheblich verschoben. Wir hatten früher ungefähr 45.000 Betriebe in der Zone 2 und 3, nun befinden sich auf Grund dieser Neuzonierung 80.000, genau 80.186 Betriebe in den Zonen 2 und 3. Das heißt also, daß für diese beiden Zonen, wenn sie so dotiert würden wie im Vorjahr, also die Zweierzone mit 1250 S, die Dreierzone mit 2500 S, 154 Millionen Schilling notwendig wären. Es sind aber keine diesbezüglichen Ansätze feststellbar.

Der Herr Minister hat schon in seiner heutigen Beantwortung der hier geäußerten Meinungen zum Ausdruck gebracht, daß das Geld dafür nicht vorhanden sei. Ich muß daher feststellen, daß hier wirklich eine mangelnde Vorsorge vorliegt, andererseits – und das halte ich im höchsten Maße für eine Fehlentwicklung – macht man den Bauern gewissermaßen falsche Hoffnungen. Insbesondere der Herr Staatssekretär Haiden war es, der diese Hoffnungen erweckt hat, wie ich überhaupt sagen möchte, daß der Herr Staatssekretär in sehr, sehr vielen Fällen zu Problemen der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft Stellung nimmt, sodaß man sich hin und wieder über die Aktivität des Herrn Staatssekretärs geradezu wundert und der

Meinung ist, daß der Staatssekretär, der der Unterstützung des Ministers dient, eigentlich einen sehr breiten Kompetenzrahmen für sich in Anspruch nimmt. Er ist für die Forstwirtschaft und Almwirtschaft, für die Hochlagenaufforstung ebenso zuständig wie für die Bergbauern, für die Raumordnung und für den Nationalpark und er nimmt anscheinend die Kompetenzen, die er diesbezüglich, glaube ich, gar nicht hat, für die Jagdwirtschaft und für die Wildschäden wahr und arbeitet dort mit nicht immer richtigen Ziffern. Er nimmt auch die Belange der Bundesforste wahr, der Seeufer, der Skipisten und ähnliches mehr.

Ich muß schon sagen, das ist wirklich ein sehr starkes Einschreiten des Herrn Staatssekretärs, aber mir kommt vor, er wird es halt brauchen. Schließlich will er sich ja, wie wir wissen, zur Persönlichkeit entwickeln. Und über's Jahr könnte es vielleicht sein, daß diese Entwicklung auch einigermaßen Erfolge bringen könnte.

Nun möchte ich abschließend, um sozusagen heute nicht länger zu sprechen, noch auf einen Punkt im besonderen Maße hinweisen, der mir bei der Vergabe von AI-Krediten schon die längste Zeit auffällt und bei dem wir echte Schwierigkeiten haben.

Ich habe hier Unterlagen von unserer Landesregierung, von der Abteilung Landwirtschaft, der Abteilung 4 in Salzburg, in denen berechnet wird, daß die bäuerlichen Betriebe nicht mehr in der Lage sind, die Kredite zurückzuzahlen und die Zinsen aufzubringen. Sie wissen, daß es durch die Erhöhung der Zinsen auf 5 Prozent zu einer erheblichen zusätzlichen Belastung für die Bergbauern gekommen ist. Diesen Eindruck hat man überhaupt dann, wenn Bergbauern neu aufgeschlossen werden, wenn also schon gewisse Vorlasten durch die Wegaufschließung da sind. Der Herr Abgeordnete Breiteneder hat heute schon auf die schweren Belastungen hingewiesen, die die Bergbauern treffen.

Und dann hat man zugewartet, um das Wirtschafts- oder Wohngebäude erneuern zu können.

Was sieht man bei der Finanzierung dieser Betriebe? Daß meistens die Kostenvoranschläge nicht hinreichend sind, daß der AIK-Anteil einfach zu gering ist, und daß man die Leute nur mit ein paar hunderttausend Schilling dieses zinsbegünstigten Geldes versorgt und sie veranlaßt, den Bau zu beginnen. Und dann hängen sie drin, diese Ärmsten, und können meistens nicht mehr zurück. Dann müssen Fremdgelder aufgebracht werden, teure Gelder mit 10 und mehr Prozent Zinsen. Die können sie nicht mehr zurückzahlen, weil die Ertragslage verständlicherweise, wie man ja ohnedies aus den Zahlen

Steiner

weiß, das einfach nicht mehr bringt. Schließlich kommt es dann zu den Zugriffen auf die Substanz.

Soweit es um Eingriffe in die Holzsubstanz geht, sofern eine solche vorhanden ist, oder ein Vorausbezug bei Servitutsrechten das möglich macht, kann man es noch vertreten, aber es dauert meistens nicht lange, dann muß man Grundverkäufe tätigen. Mit diesen Grundverkäufen sind wir dann in einem echten Dilemma. Hier weiß man heute, daß ja Flächenwidmungspläne in den Gemeinden bestehen und daß die Bauordnungsgesetze eine wilde Verbauung nicht zulassen, sodaß dann das erste Bedürfnis ist, ein Siedlungsgebiet zu schaffen und die Gemeindevertretung damit konfrontiert wird.

Selbst wenn die Gemeindevertretung einem solchen Ansinnen positiv gegenübersteht, beurteilt der Planungsfachberater des Landes meistens nach anderen Faktoren und kann es nicht zulassen, solche Siedlungen etwa zu landwirtschaftlichen Neubauten hinzustellen. Wir haben bei uns im Lande mehrere solcher Fälle, wo beim Neubau der entsprechende Hofbesitzer noch animiert worden ist, daß er doch auf den Fremdenverkehr Rücksicht nehmen und noch ein paar Komfortzimmer einbauen soll, und es dann einfach undenkbar ist, ohne Grundverkauf den Betrieb über die Runden zu bringen.

Daher mein Vorschlag beziehungsweise mein Ansinnen und auch mein Ersuchen, hier doch einmal die Finanzierungsfälle zu überprüfen und zu trachten, längerfristige und niederverzinsliche Kredite zu vergeben.

Wenn heute der Herr Abgeordnete Stögner gesagt hat, daß in der Schweiz und anderen Ländern die Bauern mehr verschuldet sind, so stimmt das nur zum Teil, grundbuchmäßig stimmt es, aber die Schweizer haben ja auf 50 Jahre Laufzeit niederverzinsliche Kredite zur Verfügung, dadurch scheinen diese noch in den Grundbüchern auf.

Ich bin der Auffassung, daß die Bauern bei uns mit den kurzen Laufzeiten viel mehr gefordert sind. Hier, glaube ich, müssen wir einen Wandel schaffen. Denn richtigerweise sagen die Raumordnungsvertreter und Behörden, daß das nicht ihre Aufgabe ist, sondern es ist letztlich Aufgabe der agrarischen Vertretung, des Landwirtschaftsministeriums, mit einer echten, ausreichenden und niederverzinslichen Kreditvergabe vorzugehen.

Ich erinnere die Herren der Regierungspartei an unsere Programme, an das Lienzer Bergbauernprogramm und an das Innsbrucker Programm, in denen wir das ja aus sehr wohl erwogenen Gründen vorgeschlagen haben. Ich glaube, Sie würden sich nichts abbrechen, wenn

Sie diesen Programmen, diesen Vorstellungen unsererseits auch ihre Unterstützung geben würden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Remplbauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Remplbauer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf mich gleich dem Herrn Abgeordneten Hietl zuwenden. Ich glaube, daß Sie eine seltene Gabe haben, ja geradezu prädestiniert sind, immer wieder, so wie Ihre Parteifreunde, falsche Prognosen zu stellen. Ich bitte daher gleich eingangs um Verständnis, wenn ich ein bißchen nachlege, um auf Ihre Ausführungen zurückzukommen.

Vorerst möchte ich aber den Herrn Präsidenten Minkowitsch zitieren, der seine Rede in der vorigen Budgetdebatte eröffnet hat mit dem Satz: „Aus Anlaß des sicherlich letzten Agrarbudgets einer sozialistischen Alleinregierung, dem die Österreichische Volkspartei nicht zustimmen wird, hatte ich mir eigentlich vorgenommen, eine Eröffnungs- und Abschlußbilanz der sozialistischen Agrarpolitik vorzunehmen.“

Sehr geschätzter Herr Präsident! Nachdem Sie selbst vor einem Jahr expressis verbis erklärt haben, daß das Agrarbudget 1975 sicherlich das letzte einer sozialistischen Alleinregierung ist, dem die ÖVP nicht zustimmen wird, sind Sie mit Ihrer Fraktion herzlich eingeladen, dem Budget 1976 zuzustimmen. (*Abg. Dr. Bauer: Das macht man normalerweise nicht, wenn man die erste Rede hält, den Präsidenten so zu apostrophieren!* – Heiterkeit.) Danke, für den Tip, ich bin sehr froh darüber.

Daß Ihnen die sozialistische Alleinregierung jedenfalls erhalten geblieben ist, dafür haben die vielen Wähler aus dem ländlichen Raum, der heute so oft zitiert worden ist, gesorgt und dazu beigetragen.

Als einer der Neuen im Hohen Hause habe ich sowohl die Debatte zur Regierungserklärung als auch zur Budgetrede, aber auch die bisherige Debatte zum Bundesfinanzgesetz 1976 mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt.

Es ist selbstverständlich, daß die Opposition die Regierung und ihre Maßnahmen kritisiert, aber sicher ist es für die Mehrheit aller Österreicherinnen und Österreicher enttäuschend, daß die ÖVP-Abgeordneten dabei jedes Maß verloren haben, daß sie die vielen positiven Maßnahmen der sozialistischen Regierung einfach abqualifizieren, nur negative Kritik üben und selbst keine positiven Alternativen anbieten. (*Abg. Hietl: Haben wir!*) Ist das, frage ich

Remplbauer

Sie, der Stil der Sachlichkeit, schafft das das Klima, von dem heute der Herr Dr. Lanner gesprochen hat, ist das etwa der Stil der Zusammenarbeit?

Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! (*Zwischenruf des Abg. Deutschmann.*)

Ich komme gleich auch zu Ihnen, Herr Abgeordneter Deutschmann. Ich habe auch die Presse, soweit sie das Kapitel Landwirtschaft betrifft, in den letzten Monaten genau studiert. Ich darf einige Proben daraus bringen. Lediglich Überschriften aus Presseorganen der ÖVP und aus Ihnen nahestehenden Organen, nur einige Titel, Herr Abgeordneter Deutschmann: „SPÖ gegen die Bauern grundsätzlich negativ.“ „Die Bauern werden immer ärmer.“ (*Ruf bei der ÖVP: Sehr richtig!*) „Mageres Jahr für Agrarier.“ „Bauern werden auch heuer benachteiligt.“ „Sozialer Skandal.“ „Bei SP-Wahlsieg fürchten Bauern um ihre Kammer.“ – Und als letztes noch dazu – es gäbe noch viele -: „ÖVP-Abgeordneter Valentin Deutschmann: Anschlag auf freie Bauern – SPÖ plant Agrarkolchosen.“ (*Abg. Deutschmann: Stimmt ja! Der Konecny hat doch das geschrieben! Soll er Ihnen das Programm vorlesen!*)

Mit all diesen Artikeln, Herr Kollege Deutschmann, erweisen Sie der österreichischen Bauernschaft einen schlechten Dienst! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Ihre maßlose Übertriebung und Ihre Falschmeldungen führen im Einzelfall nur zu unberechtigter Resignation in der Bauernschaft. (*Abg. Deutschmann: Konecny aus der Partei ausschließen!*)

Herr Kollegel Wir Sozialisten erkennen keineswegs die Schwierigkeiten auf dem Agrarsektor. Wir erkennen auch nicht die Probleme der bäuerlichen Bevölkerung und wir erkennen nicht die Situation im ländlichen Raum. Wir wissen um den umfassenden sozialen und betrieblichen Strukturwandel in der österreichischen Landwirtschaft. Doch es ist eine Tatsache: Das ist keine nationale Erscheinung, sondern das ist eine internationale!

Wir wissen, daß dieser Anpassungsprozeß und Umstellungsprozeß charakterisiert ist durch steigende Technisierung und Mechanisierung, verbunden mit einer Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe sowie mit der Zunahme der Nebenerwerbsbetriebe.

Wir wissen auch, daß sich dieser Strukturwandel in den kommenden Jahren fortsetzen wird und daß Österreich eine Agrarquote erreichen wird, die jener in den Industriestaaten der westlichen Welt entspricht.

Wir wissen auch, daß dieser Strukturwandel

von der österreichischen Landwirtschaft nur verkraftet werden kann, wenn alternative Berufsmöglichkeiten in funktionsfähigen ländlichen Räumen vorhanden sind, wenn die Arbeitsmarkt- und Umschulungspolitik weiter intensiviert wird und die notwendigen Investitionsmittel bereitgestellt werden.

Und genau diesen Faktoren, meine Damen und Herren, besonders vom Bauernbund, trägt das Bundesbudget 1976 Rechnung. Es stellt die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung, wie heute bereits ausgeführt wurde.

Die Förderungen für Land- und Forstwirtschaft für 1976 – ich sage es Ihnen noch einmal – betragen 1,5 Milliarden Schilling, davon 1,4 Milliarden Schilling allein im Grünen Plan. (*Abg. Hietl: Wieviel Prozent sind das vom Gesamtbudget?*) 1966, Herr Kollege Hietl, 1966 – ich sage es Ihnen – waren es lediglich 580 Millionen. Das war zur Zeit der Regierung Klaus, das war zur Zeit der ÖVP-Regierung. (*Abg. Hietl: Wieviel Prozent vom Gesamtbudget?*)

600 Millionen Schilling, Herr Kollege, werden zusätzlich durch Vergütung der Bundesmineralölsteuer zur Verfügung gestellt. (*Abg. Dr. Zittmayr: Rechnen hat er nicht gelernt!*) Aber Sie, Herr Kollege Dr. Zittmayr, Sie sind ein Mathematiker! Das habe ich schon gesehen. (*Beifall bei der SPÖ.*) – Sie sind ja bekannt dafür in Oberösterreich, das ist überhaupt keine Frage. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Darf ich Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, ganz kurz die Schwerpunkte im Grünen Plan noch einmal in Erinnerung rufen: 464 Millionen Schilling für kreditpolitische Maßnahmen – Sie haben es heute schon gehört –, mehr als 400 Millionen Schilling für die Verkehrsaufschließung im ländlichen Raum, für regionale Förderung, für die Fortführung des Bergbauern-Sonderprogramms. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Und dazu, Herr Dr. Zittmayr, dazu gibt es mehr als 550 Millionen Schilling für das landwirtschaftliche Schulwesen; dort können Sie Nachhilfeunterricht in Mathematik nehmen! (*Ruf bei der SPÖ: Das versteht er nicht!*)

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Wir Sozialisten wissen um die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft nicht nur Bescheid, wir setzen, seit wir die Alleinverantwortung in diesem Staate tragen, auch die erforderlichen Maßnahmen.

Wir Sozialisten wissen auch um die Bedeutung der Tatsache, daß die österreichische Landwirtschaft den Inlandsbedarf nicht zu 79 Prozent, sondern zu 85 Prozent mit qualitativ hochwertiger Produktion deckt. Auch diese Ihre

Remplbauer

eingangs zitierte Aussage vom Vorjahr, Herr Präsident, ist heute überholt. Sicher ist und bleibt es eine vordringliche Aufgabe des Staates, diesen wichtigen Versorgungsauftrag auch in Zukunft zu erfüllen. Von einer Benachteiligung der Bauern kann aber keine Rede sein. (*Ruf bei der ÖVP: No na!*)

In diesem Zusammenhang darf ich auf geradezu unverantwortbare und nicht genug zu verurteilende Äußerungen Ihres Landwirtschaftssprechers und Obmannes im Landwirtschaftsausschuß, des Abgeordneten Deutschmann, eingehen. Wie ich einem Artikel der „Volkszeitung“ vom 27. September 1975, also wenige Tage vor den Nationalratswahlen, entnehme, leistete sich der neue Obmann des Ausschusses hier eine unglaubliche Entgleisung. Ich zitiere wörtlich aus dem Zeitungsbericht mit dem Titel: „Anschlag auf freie Bauern – SPÖ plant Agrarkolchosen.“

Wörtlich: „Wenn die Sozialisten erneut die Herrschaft in Österreich antreten, wird die Produktionsbereitschaft“ (*Zwischenruf bei der ÖVP*) – das hören Sie nicht gern, ich weiß es – „der österreichischen Landwirte zwangsläufig und systematisch eingeschränkt werden.“ (*Zwischenruf bei der ÖVP: Konecny!*) „Für den Fall nämlich, daß die Junge SPÖ die Wachablöse vornimmt, wird sie sozialistische“ – und jetzt hören Sie! – „Kommunalpolitik im ländlichen Raum perfektionieren, so wie sie es bereits in ihrem Wahlprogramm vorsieht. Kern der sozialistischen Pläne ist die Einrichtung von Agrarfabriken, was eine Kollektivierung des Bauernstandes nach kommunistischem Muster und damit einen schweren Anschlag auf den freien Bauern bedeutet.“ Das erklärte der Herr Abgeordnete Valentin Deutschmann in Kärntner Wählerversammlungen. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Zitieren Sie Konecny!*)

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Das ist eine ungeheuerliche Aussage, die jeder Grundlage entbehrt.

Ich zitiere noch den letzten Satz dieses Zeitungsartikels: „Die beste Antwort auf die Kolchosenpläne der SPÖ ist die Übertragung neuer Regierungsverantwortung an die Volkspartei“, schloß Deutschmann.

Ich darf Ihnen sagen: Die österreichische Wählerschaft hat wirklich am 5. Oktober die beste Antwort gegeben: Vier harte Jahre Opposition für Sie! (*Beifall bei der SPÖ*. – *Zwischenruf bei der ÖVP: Die Belastung durch die Mehrwertsteuer von 20 Prozent für die Landwirtschaft!*) Herr Abgeordneter Valentin Deutschmann! Die beste Antwort – noch einmal – ist gegeben worden!

Ihre Unglaubwürdigkeit (*Zwischenruf bei der*

ÖVP: Ich bin nicht der Deutschmann!) haben Sie ja auch in Ihrem heutigen Debattenbeitrag wieder bewiesen – Sie können es ja dem Herrn Deutschmann sagen; ich kenne ihn, er ist mir sofort aufgefallen.

Ihre ungeheuerlichen Äußerungen entsprechen einem Wunschdenken, das darf ich Ihnen auch sagen, Herr Kollege. Sie entsprechen einem Wunschdenken, das nie in Erfüllung gehen wird. Mit Ihrer Propagandamethode werden Sie auch im Jahr 2000 keinen Erfolg haben. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf bei der ÖVP: Sie werden nimmer da sein!*) Sie sicher auch nicht! – Die „Rote Katze“, das möchte ich Ihnen bei der Gelegenheit wirklich sagen, ist nämlich tot. Sie hat endgültig ihr Leben ausgehaucht.

Meine Herren! Auch die Kapuzenmänner von 1970 konnten sie nicht zu neuem Leben erwecken. Und mit Ihren Aussagen über Errichtung von Agrarfabriken, über Kollektivierung des Bauernstandes nach kommunistischem Muster konnten auch Sie der toten „Roten Katze“ kein Leben einhauchen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer*.) Herr Dr. Bauer, ich weiß es, daß es Ihnen nicht recht angenehm ist, das noch einmal zu hören, das ist selbstverständlich. – Sie befinden sich nämlich mit Ihrer Qualifikation in gleichwertiger Gesellschaft mit Ihrem Parteiobmann Taus, der jüngst auf dem niederösterreichischen Parteitag das Wort vom „nackten Affen“ in den Mund genommen hat. Oder mit dem Herrn Abgeordneten Gasperschitz, der für ein Berufsverbot für Hochschullehrer eintritt. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Was?*) Für ein Berufsverbot für linke Hochschullehrer tritt er ein, Herr Dr. Kohlmaier, eine ganz eigenartige Einstellung des ÖVP-Vorsitzenden der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten (*Zwischenruf bei der ÖVP: Völlig falsch!*), dem noch einmal gesagt werden muß: Ein Berufsverbot nach Art des westdeutschen Radikalenerlasses wird es in Österreich nicht geben. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Herr Dr. Zittmayr! Hier Bauernschreck – da Wirtschaftsapostel, und dann vielleicht dazu noch der Beamtenkommissär: Die österreichische Bevölkerung wird sich ihren Reim darauf machen.

Doch zurück zum Budget. Auch die Zeit, wo Ihre Propagandisten den österreichischen Landwirten weismachen wollten, daß die Sozialisten, falls sie in Österreich an die Regierung kommen sollten, den Bauern die letzte Kuh aus dem Stall treiben werden, ist spätestens seit 1970 vorbei, und diese Behauptung war auch damals unglaublich. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier*.) Die Wahlergebnisse, Herr Dr. Kohlmaier, 1970, 1971, 1975 – Sie werden wirklich immer weniger –, die haben das unter

Reinlbauer

Beweis gestellt, und ich könnte Ihnen auch persönlich aus eigener Erfahrung sagen: Ich stamme aus diesem vielzitierten ländlichen Raum. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Dr. Zittmayr, Sie können Ihren Fraktionskollegen Dr. Gruber fragen, ob das stimmt, was ich jetzt sage; der stammt nämlich aus der Nachbargemeinde. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wissen Sie, Herr Dr. Zittmayr – ja, ja, ich sag' es Ihnen schon! –, wie es vor zwei Wahlperioden in der Gemeinde gestanden ist, wie das Mandat-verhältnis in der Gemeinde im ländlichen Raum war, aus der ich komme? – 15 : 9 : 1 für die ÖVP. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Lehrer!*) Selbstverständlich, aber nicht in meiner Gemeinde, sonst hätte ich noch mehr Bauern bekehrt!

Darf ich Ihnen eines sagen: Wissen Sie, wie es heute steht, Herr Doktor? Auch 15 : 9 : 1, aber nicht für die ÖVP, sondern für die SPÖ. (*Beifall bei der SPÖ.* – *Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich möchte hier nicht Bilanz ziehen. Sie ist nämlich bereits vom Herrn Bundesminister und von unseren Sprechern im wesentlichen gezogen worden. Aber ich darf ein paar Daten doch in Erinnerung rufen.

Österreich kann sich mit nahezu allen Nahrungsmitteln selbst versorgen. Das Realeinkommen der Bauern ist um 28,5 Prozent von 1971 bis 1974 gestiegen. Es wurden erhebliche Zinsenzuschüsse zur Vergrößerung landwirtschaftlicher Betriebe gewährt. Es sind etwa 6000 Betriebe in den Genuß gekommen. Es gab zinsengünstige Kredite in hohem Ausmaß, vor allem auch zur Verbesserung der Besitzstruktur. Der Verkehrserschließung, den Telephonanschlüssen, der Elektrifizierung in ländlichen Gebieten, der Qualitätsproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde eine besondere Förderung zuteil. Für die Berggebiete ebenfalls: Das Bergbauern-Sonderprogramm, damit auch die landschaftserhaltende Arbeit dieser Bergbauern honoriert wird.

Die Agrarmarktpolitik war ausgerichtet auf die Verbesserung der Marktstruktur und die Förderung von Vermarktungszusammenschlüssen. Ich zitiere den Grünen Plan: Seit 1970 waren es 6 Milliarden Schilling, die aufgewendet wurden. Die Zinsenstützungen wurden mit 9,2 Milliarden bereitgestellt. Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft ist wesentlich gestiegen. Die Erzeugerpreise für Brotgetreide, für Qualitätsweizen, der Auszahlungspreis für 1 kg Milch, das landwirtschaftliche Betriebseinkommen – Sie haben es heute schon gehört (*Abg. Fachleutner: Die Mehrwertsteuererhöhung nimmt alles weg!*) – ist um 53,6 Prozent, Herr Kollege, gestiegen. Und ebenso positiv stellt sich auch die Bilanz im Forstwesen und in der

Wasserwirtschaft. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*)

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen vom ÖVP-Bauernbund! Viele Menschen – Herr Dr. Zittmayr, Sie wissen es ja selbst – aus dem ländlichen Raum, auch viele bürgerliche Wähler, haben diese positive, diese aktive Agrarpolitik der sozialistischen Bundesregierung richtig verstanden und neuerlich unterstützt, weil sie ihnen genützt hat, weil sie ihre Lage echt verbessert hat. (*Beifall bei der SPÖ.* – *Widerspruch bei der ÖVP.*)

Entscheidende Bedeutung, meine Damen und Herren, kommt der Stabilisierung der Erzeugerpreise und der Sicherung des Absatzes der agrarischen Produkte durch agrarpolitische Maßnahmen zu. So möchte ich mich dem Kapitel 62, Preisausgleiche, zuwenden.

Im Bundeshaushalt 1976 sind dafür beträchtliche Mittel vorgesehen für Brotgetreideausgleich, für Milchpreisausgleich, für Preisausgleich bei Schlachtrindern und tierischen Produkten, Zuckerpreisausgleich, Futtermittelpreisausgleich (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), Herr Kollege, Düngemittelpreisausgleich. Es sind 2791 Millionen Schilling! (*Abg. Fachleutner: Wie hoch ist die Belastung durch die Mehrwertsteuererhöhung?*) 1975 betrug die Gesamtsumme im Voranschlag etwa 2694 Millionen Schilling. Dazu kamen noch fast 600 Millionen Schilling auf Grund des 1. Budgetüberschreitungsgesetzes und weitere 430 Millionen Schilling auf Grund des 2. Budgetüberschreitungsgesetzes.

Hohes Haus! Es ist zwar geradezu unverständlich, aber es ist eine Tatsache: Diese zusätzlichen Mittel für Preisstützungen haben Sie, die Bauernbundabgeordneten, abgelehnt! Eine zusätzliche Stützung (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr*) – der Herr Minister hat es Ihnen ja heute schon vorgerechnet – von mehr als 1 Milliarde Schilling haben Sie genauso abgelehnt! (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Zittmayr! Zu Ihrer Regierungszeit betrug die Gesamtsumme für Preisausgleiche einschließlich der Ansätze in den Budgetüberschreitungen etwa 2,5 Milliarden Schilling. Heute sind diese Ansätze um 1,2 Milliarden Schilling höher. An Hand dieses Zahlenmaterials ist aber auch die Flexibilität der sozialistischen Bundesregierung beweisbar und die Unglaublichkeit der Argumentation der Bauernbundabgeordneten nachweisbar.

Meine Damen und Herren vom Bauernbund! Sie lehnen das Landwirtschaftsbudget ab, Sie lehnen die Budgetüberschreitungsgesetze ab, Sie lehnen die Förderungsmaßnahmen der sozialistischen Bundesregierung ab, möchten

Rempelbauer

aber die von den Sozialisten in Alleinverantwortung beschlossenen Förderungsmittel an die Landwirte verteilen. Ich glaube, daß Sie da die Rechnung ohne den Wirt machen. Auch in dieser Hinsicht werden wir Überlegungen anstellen. Wer nicht bereit ist, mitzuverantworten, kann nicht Förderungsmittel verteilen. (Abg. Dr. Zittmayer: Wo waren Sie zwischen 1966 und 1970? Wo waren Sie denn da, Herr Kollege?) Die Jahresringe sind verschieden. Daß Sie ein bissel älter sind, ist wirklich nicht meine Schuld, Herr Dr. Zittmayer.

Wir Sozialisten beschließen die Förderungsmaßnahmen. Wir Sozialisten – ich sage es noch einmal – stellen die Finanzmittel in den Budgets zur Verfügung. Und Sie wissen nichts Besseres, als bei Abstimmungen sitzenzubleiben. (Abg. Dr. Zittmayer: Wir zahlen ja schließlich mit!) Das ist Ihre Arbeitsteilung, und das nennen Sie Verantwortung. Mit unseren laufenden Zustimmungen zum Budget, zu den Budgetüberschreitungen, zu Förderungsmaßnahmen sichern wir der gesamten österreichischen Bauernschaft den Absatz ihrer hochwertigen Produkte und einen geregelten Preis für ihre Erzeugnisse.

Ich darf zum Schluß kommen und zusammenfassen, Hohes Haus ... (Abg. Hietl: Das ist gut!) Ich glaube, daß es Ihnen peinlich ist, Sie hören uns nicht gern, Sie haben Ihr Pulver ja schon verschossen, Herr Kollege Hietl. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Zusammenfassend darf ich feststellen: Wir Sozialisten werden dem Agrarbudget gern zustimmen. Wir sind uns der großen Verantwortung auch gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung bewußt. Der bäuerlichen Bevölkerung werden wir aber sagen, daß Sie, die Bauernbundabgeordneten der ÖVP, ein Agrarbudget ablehnen – daß Sie dagegen stimmen –, das die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft sichert, daß Sie ein Budget ablehnen, das die Durchführung des Bergbauern-Sonderprogramms ermöglicht, daß Sie ein Budget ablehnen, das die Preisstützungen und entsprechende Produzentenpreise garantiert, daß Sie ein Budget ablehnen, das Mittel vorsieht für Besitzaufstockung und für die Verkehrsaufschließung des ländlichen Raumes, und daß Sie ein Budget ablehnen, das soziale Maßnahmen gewährleistet und zur weiteren Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum beitragen wird. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, im besonderen von der Opposition! Mit Ihrer Ablehnung des Agrarbudgets erweisen Sie der österreichischen Bauernschaft keinen guten Dienst. Auch ohne Ihre Zustimmung garantieren wir Sozialisten allen Österreicherinnen und Österreichern die Erhaltung der land- und

forstwirtschaftlichen Produktionskraft, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, die Aufrechterhaltung einer angemessenen Nahrungsmittelproduktion von hervorragender Qualität und die Weiterentwicklung des ländlichen Kultur- und Erholungsraumes.

Hohes Haus! Die Agrarpolitik gehört sicher zu den schwierigsten Sachgebieten der Wirtschaftspolitik. Es ist schwierig, sie so zu gestalten, daß sie von den Bauern bejaht und von der Gesellschaft verstanden wird. Das Agrarbudget 1976 entspricht dieser positiven Grundhaltung. Es kann von den Bauern bejaht und von der Gesellschaft verstanden werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Halder. Ich mache auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Halder (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als einer von denen, die in den Landwirtschaftskammern Mitverantwortung tragen, kann ich dem Herrn Abgeordneten Rempelbauer versichern, daß es den Landwirtschaftskammern keineswegs darauf ankommt, die Förderungsmittel allein zu verteilen. Den Landwirtschaftskammern kommt es darauf an, daß die Landwirtschaftskammerzugehörigen gründlich und wirksam gefördert werden. (Abg. Dr. Fischer: Das sind reine Werturteile! Das ist keine Berichtigung!)

Ich komme nun zu dem, was der Herr Abgeordnete Egg ausgesagt hat im Zusammenhang mit der Landwirtschaftsförderung. Er hat nämlich erklärt, die Tiroler Landwirtschaftskammer sei nicht in der Lage, die gewünschten 55 Regionalkonzepte einzusenden, sondern habe nur deren 19 eingesandt. Richtig ist, daß diese 19 Regionalkonzepte schon 1973 eingesandt worden sind und daß das Bundesministerium nicht in der Lage war, seitdem diese integralen, umfassenden Förderungskonzepte mit Förderungsmitteln zu bedienen. Richtig ist weiters, daß derzeit die Tiroler Kammer die 56 Regionalkonzepte in Arbeit hat, ohne dazu vom Landwirtschaftsministerium aufgefordert worden zu sein.

Der Abgeordnete Egg hat weiters mehrmals erklärt, das amtliche Organ der Landwirtschaftskammer und des Raiffeisenverbandes Tirol sei identisch mit der Tiroler Bauernzeitung. Diese Erklärung ist unwahr. Der Aufdruck: „Amtliches Organ der Landwirtschaftskammern Tirols und des Raiffeisenverbandes Tirol“ hier unten in Kleinschrift (Redner zeigt die Zeitung) soll nur bedeuten, daß sich im Inneren des Blattes das Kammerblatt befindet, nämlich die „Landwirt-

Dr. Halder

schaftlichen Blätter". Das war bereits der Ausdruck des Organes des Landeskulturamtes seit 1881. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Und um Ihnen jedwede Sorge zu nehmen, daß hier politische Integration getan wird, hat die Landwirtschaftskammer veranlaßt, daß ab einschließlich 4. Dezember das Wort „Beilagen“ vorangestellt wird, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Kammermitteilungen nicht mit der „Tiroler Bauernzeitung“ identisch sind.

Weiters, Herr Abgeordneter Egg, haben Sie erklärt, der Abgeordnete Dr. Halder habe im Tiroler Kammerorgan den Ausdruck „biologische Endlösung für 30.000 Zuschußrentner“ geprägt. Auch diese Erklärung ist in mehrfacher Hinsicht unwahr, nämlich nicht im amtlichen Organ der Kammer, sondern in der „Tiroler Bauernzeitung“, und es war nicht der Kammeramtsdirektor Dr. Halder, sondern der Abgeordnete Dr. Halder, und nicht der Dr. Halder hat diesen Ausdruck geprägt – wie Sie eigentlich wissen müßten –, sondern das „Profil“, das bekannte Wochenmagazin, vom 11. Juni 1975 in der Nummer 24, in dicken schwarzen Lettern. Es ist mir entgangen, daß seitens der Sozialistischen Partei diese Geschichte irgendwann einmal kritisiert worden sei. Dr. Halder hat diese Angelegenheit unter Anführungszeichen gebracht, um damit lediglich zum Ausdruck zu bringen, was man anderswo über die Zuschußrentnerproblematik denkt.

Weiters hat der Abgeordnete Egg erklärt, wenn diese Sachen nicht berichtigt würden, so würde er sich vorstellen, daß man die Aufsichtsbehörde einschaltet und Amtsmißbrauch gelten mache. Dazu darf ich Ihnen sagen, daß die Landwirtschaftskammer für Tirol regelmäßig sowohl vom Landwirtschaftsministerium wie vom Rechnungshof geprüft wird und alljährlich vom Landeskontrollamt für Tirol. Seit ich dort das Kammeramt leite, seit dem Jahre 1971, hat es jedenfalls keine nennenswerte Beanstandung gegeben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Schluß hat der Abgeordnete Egg erklärt, daß bei der Wahl am 5. Oktober die ÖVP im ländlichen Raum verloren und die Sozialistische Partei gewonnen habe. Ich darf Ihnen mitteilen, daß im Bezirk Innsbruck-Land, in dem ich die Funktion des Bezirksparteiobmannes inne habe, die Sozialistische Partei mit 96,4 Indexpunkten von allen österreichischen Bezirken am allermeisten verloren hat. Wenn man dazurechnet, daß die ÖVP 0,7 Prozent gewonnen hat, ergibt sich eine Stimmendifferenz von 2,1, und damit hätte im Bundesdurchschnitt jedenfalls die Sozialistische Partei derzeit nicht mehr die absolute Mehrheit in diesem Hohen Hause. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brandstätter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Brandstätter (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Rempelbauer wirklich nicht viel zu sagen. Ich möchte nur das eine sagen, vielleicht versteht er es wirklich nicht besser, vielleicht hat er wirklich keine Ahnung, wie die Probleme der Land- und Forstwirtschaft, wie die Probleme der Bauernschaft wirklich liegen. Dann hätte man sich allerdings erwarten können, das er über das spricht, von dem er etwas versteht. Aber bitte sehr, das ist ja schließlich und endlich seine Sache. Nur eines möchte ich doch feststellen.

Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei – und überhaupt die Österreichische Volkspartei – haben ihre Arbeit immer noch dahingehend ausgerichtet, für die Bauernschaft positive Arbeit zu leisten, und das werden wir auch in Zukunft so halten. Nur kann man eben nicht erwarten, wenn das Budget so aussieht wie das Budget 1976, wo der Anteil der Land- und Forstwirtschaft auf 1,6 Prozent gesunken ist, daß sich dann Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei hergeben, hier vielleicht auch noch etwas Positives zu sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte nun zu den Problemen der Forstwirtschaft einiges sagen und möchte mit dem Jahresbericht 1974 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft beginnen. Hier wird ausgeführt, daß der Sägerundholzpreis im Jahr 1974 um 30 Prozent zurückgegangen ist. Es ist auch eine Tatsache, daß sich dieser Sägerundholzpreis seither nicht erholt hat. Immerhin sind das 70 Prozent des Verkaufsholzes. 1975 war der Durchschnitterlös sogar noch um 20 Prozent niedriger als im Jahre 1974. Wenn man noch dazurechnet, daß der Einschlag um 13 Prozent abgenommen hat, beim Kleinwald sogar um 24 Prozent, dann bedeutet das für das Jahr 1975 einen Ertragsrückgang aus der Waldwirtschaft um rund ein Viertel; im Kleinwald sogar einen Rückgang um ein Drittel. Das beweist also, wie die Situation in der Forstwirtschaft bestellt ist.

Dazu kommt aber, daß die Kosten – wie in allen anderen Bereichen natürlich auch hier – ununterbrochen steigen. Ich will nur ein Beispiel erwähnen, weil – ich glaube, vom Herrn Abgeordneten Stögner – hier auch die Dieselöl-rückvergütung angeführt wurde. Hier ist ein Beweis, wo es zu einer echten Verschlechterung in der Forstwirtschaft gekommen ist. Ich weiß sehr gut, daß der Wald auch früher nicht in die Rückvergütung einbezogen war, nur war das

Brandstätter

früher so: Wenn ein gemischter Betrieb sich einen stärkeren Traktor gekauft hat, weil er eben im Wald viel zu tun hatte, dann konnte dieser stärkere Traktor für die Rückvergütung herangezogen werden, und es war dadurch auch eine Berücksichtigung der Forstwirtschaft bei der Treibstoffrückvergütung möglich. Das ist jetzt eben nicht mehr möglich, und daher ist auf diesem Gebiet eine echte Verschlechterung zu verzeichnen.

Für 1976 haben wir wohl die Hoffnung, daß die Mengennachfrage besser werden wird, das stimmt schon, aber auf der Preisseite ist auch für 1976 sehr wenig Hoffnung, daß es Verbesserungen geben wird.

Hier muß eines gesagt werden. Es bestehen echt Zweifel darüber, ob die Zurückhaltung bei den Schlägerungen für das Jahr 1976 überhaupt noch möglich sein wird. Man weiß ja genau, daß nun einmal die Verpflichtungen bei den einzelnen Betrieben vorhanden sind, man weiß genau, daß die Schulden da sind, und man weiß, daß die Kostensteigerungen da sind, und da besteht die Gefahr, daß einfach mehr geschlägert werden muß. Hoffentlich wirkt sich das dann nicht wieder auf den Preis unangenehm aus.

In dieser Situation hätten wir erwartet, und wie wir glauben, mit Recht erwarten können, daß im ersten Jahr des neuen Forstgesetzes gerade auf dem Förderungssektor besondere Anstrengungen unternommen worden wären. Es ist ja das ein Punkt gewesen, wo wir uns im Unterausschuß auch sehr eingehend darüber unterhalten haben, und es ist auch die forstliche Förderung im Gesetz verankert. Wir hätten erwartet, daß eben – wie gesagt – mehr Mittel enthalten wären. Diese Erwartungen sind in keiner Weise erfüllt worden. Sicher wird uns wieder gesagt werden, es ist kein Geld zur Verfügung. Das stimmt, aber dann soll man zugeben, daß eben durch die Mißwirtschaft in der SPÖ-Regierung die Budgetsituation derart angespannt ist. Man soll nicht so tun, als ob für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft etwas getan würde.

Wenn man dann noch dazu weiß, daß drei Viertel des Forstbudgets für die Wildbachverbauung zweckgebunden sind, dann zeigt sich noch einmal, wie eben hier die Geldmittel verwendet werden. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Ich möchte also durchaus nichts gegen die Wildbachverbauung sagen. Kollegen meiner Fraktion haben schon gesagt, wie wichtig sie ist. Ich möchte aber klarstellen, wie die Beträge, gerade im Forstbudget, eingeteilt sind. Ich möchte sagen, daß das ein echter Widerspruch

zur Regierungserklärung ist, in der von attraktiven Lebensbedingungen für die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen, von einem dem allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt angepaßten Status, einer tragfähigen Struktur, von der Erhaltung der Kulturlandschaft, deren Bedeutung als Erholungsraum usw. gesprochen wird. Das sind schöne, aber leere Worte, auf die sehr unschöne Taten folgen.

Ich muß wirklich fragen: Wie soll die Forstwirtschaft weiter bestehen können, wenn gerade in dieser Situation die Förderungsbeiträge rückläufig sind? Wir haben 1975 Holzpreise, die ungefähr zwischen den Werten der Preise von 1972 und 1973 liegen. In der Zwischenzeit sind allerdings die Kosten um 30 bis 40 Prozent gestiegen. Das muß man auch dazu sagen.

Über das Forstgesetz, über das schon gesprochen wurde, möchte ich mich nicht besonders verbreitern. Nur eines: Bei den Beratungen des Unterausschusses hat die Frage der Waldbrandversicherung einen ziemlich breiten Raum eingenommen. Wenn heute wieder behauptet wurde, daß wir gegen die Waldöffnung gewesen seien, dann muß ich sehr eindeutig feststellen, daß das nicht stimmt. Wir haben uns von Haus aus für die Waldöffnung ausgesprochen und haben von allem Anfang an gesagt, daß uns klar ist, welche wichtigen Funktionen der Wald gerade für die Erholungsbedürfnisse der Bevölkerung hat. Nur eines muß auch ganz klar ausgesprochen werden: daß nämlich durch die Waldöffnung verschiedene neue Risiken dazu kommen. Gerade die Entwicklung auf dem Sektor der Waldbrände hat uns auch im vergangenen Jahr wieder gezeigt, daß es immer mehr Waldbrände gibt und es daher richtig ist, daß ein Zuschuß zur Waldbrandversicherung gegeben wird. Nur, wie gesagt, ist eben von bis zu 50 Prozent der Versicherungsprämie gesprochen worden, aber im Budget ist nichts enthalten.

Was beim Forstgesetz zur Übereinstimmung der Parteien geführt hat, stellt sich an der Budgetwahrheit des forstlichen Förderungsbudgets leider Gottes als forstpolitische Impotenz der Regierungspartei heraus. Wer wirklich ernstlich an der Sicherung der Funktionsfähigkeit des Waldes interessiert ist, kann sich mit dieser Vorgangsweise auf keinen Fall einverstanden erklären. Es wird natürlich immer wieder vor der Presse erklärt, was nicht alles für die Landwirtschaft und vor allem für die Forstwirtschaft getan wird. Der Herr Staatssekretär hat in der Presse erklärt, daß die forstpolitischen Schwerpunkte für 1976 die Forstgesetzvollziehung und die Schutzwaldsanierung seien.

Das sind wieder sehr schöne Worte, aber es ist

Brandstätter

unzumutbar, daß in der derzeitigen Ertragslage womöglich die Mittel zur Schutzwaldsanierung zu Lasten der wirtschaftlichen Förderung gehen.

Es wäre natürlich hier noch sehr viel zu sagen, aber ich möchte darauf nicht mehr näher eingehen. Da ich gesagt habe, der Herr Staatssekretär sei immer wieder bereit, vor der Öffentlichkeit schöne Worte zu sagen, möchte ich doch auch erwähnen, was ich in der Presse gelesen habe, von der der Herr Staatssekretär aufmerksam gemacht wurde, daß die Situation in der Landwirtschaft heute derart schlecht ist, daß die Maschinenfirmen Rückgänge bis zu 20 Prozent und noch mehr zu verzeichnen haben, weil die Bauern einfach das Geld nicht haben, um sich die Maschinen anzuschaffen. Dort wurde von einem Vertreter der Maschinenindustrie gefordert, daß die Bauern auch ihren gerechten Lohn bekommen müssen, damit sie in der Lage sind, die Maschinen zu bezahlen. Der Herr Staatssekretär hat sich sehr entrüstet gegeben und hat gesagt, das könne man von ihm nicht verlangen, und ist wegelaufen. Herr Staatssekretär! Ich muß Ihnen eines sagen: Die Flucht vor Problemen hat noch niemandem genützt. Probleme kann man nur meistern, wenn man ihnen in die Augen schaut und wenn man bereit ist, über die Probleme zu reden und zu diskutieren. Aber das Davonlaufen nützt ganz bestimmt nichts. (*Beifall bei der ÖVP*)

Noch ein Problem, das unserer Auffassung nach zu wenig berücksichtigt wird, und zwar das des Forstwegebaues. Die Forstinventur 1961 bis 1970 zeigt auf, daß wir zirka 30 Millionen Festmeter Rückeschäden durch die Rückung ohne Wege in unseren Wäldern haben. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß der Waldbau beim Wegebau beginnt. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre wurden 2127 Kilometer Forstwege gebaut. Die dienen natürlich zur Holzbringung und sind notwendig, um einerseits rascher und rentabler die Holzbringung durchführen zu können und um andererseits auch diese Rückeschäden in der Zukunft zu verhindern. Das ist wieder ein Beweis dafür, daß die Forstwirtschaft sehr viele Mittel für den Wegebau selbst aufbringt, aber für die Maschinen, die zur Bringung eingesetzt werden, keine Treibstoffrückvergütung bekommt. Also auch wieder ein Beweis dafür, daß die Forstwirtschaft ungerecht behandelt wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich nun, weil uns immer wieder von den sozialistischen Rednern gesagt wird, daß es der Landwirtschaft ohnehin um vieles besser geht, als das vorher der Fall war, wieder etwas zitieren – wie ich glaube, einen sehr unverdächtigen Zeugen –, und zwar aus dem Grünen Bericht für das Jahr 1974. Wer sich die Mühe nimmt, kann auf Seite 108 lesen, wo es heißt:

„Im Berichtszeitraum erreichten vor allem die größeren und zumeist unter günstigen Produktionsvoraussetzungen wirtschaftenden Betriebe unter den gegebenen kalkulatorischen Ansätzen eine volle Abdeckung der aufgelaufenen Produktionskosten. Das waren die 20 bis 50 ha großen gemischten Weinbauwirtschaften des nordöstlichen Flach- und Hügellandes, die zwischen 20 und 100 ha liegenden Ackerwirtschaften des nordöstlichen Flach- und Hügellandes und Alpenvorlandes sowie die 20 bis 50 ha großen Ackerwirtschaften des südöstlichen Flach- und Hügellandes und 50 bis 100 ha großen Acker-Grünlandwirtschaften des Kärntner Beckens sowie die 100 bis 200 ha umfassenden Grünland-Waldwirtschaften des Alpenostrandes. In sämtlichen übrigen Betriebsgruppen überstiegen die 1974 aufgelaufenen Produktionskosten die erzielten Roherträge – zum Teil sogar überaus namhaft.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite! Ich glaube, da können Sie nicht sagen, daß das irgendeine Darstellung der Österreichischen Volkspartei wäre. Bei den meisten Betrieben, die hier angeführt sind, übersteigen die Produktionskosten die Roherträge zum Teil erheblich.

Warum ich das hier im Bereich Forstwirtschaft sage? – Weil keine reinen Forstwirtschaften enthalten sind und weil auch bei den gemischten Wirtschaften erst diese Betriebe zwischen 100 und 200 ha vorkommen.

So schaut Ihre Politik aus. Sie sagen immer wieder, Sie machen für die kleinen Bauern etwas. Ihre Politik beginnt erst dort, wo eben erst einer, der einmal 100 Hektar hat, überhaupt mitkommen kann, dem werden erst die Kosten ersetzt, und alle anderen müssen unter ihren Gestaltungskosten arbeiten. Das ist die Politik für kleine Leute, wie sie von der SPÖ betrieben wird.

Nun noch ein Problem, und zwar die Holzimporte. Sie wissen, wie sehr uns die Holzimporte immer wieder Schwierigkeiten machen. Es kann mir darauf natürlich gesagt werden, daß der Rohholzimport liberalisiert ist; das stimmt vollkommen. Nur möchte ich doch die Tatsache aufzeigen, daß in den ersten neun Monaten des Jahres 1975 die Importe von Nadelrundholz allein aus der Tschechoslowakei 144.000 Festmeter ausgemacht haben, und zwar ist das ungefähr das gleiche Volumen als im Vorjahr. Daß das gerade für die niederösterreichische Forstwirtschaft ein schwerer Nachteil ist, ist, glaube ich, sicher.

Eines ist auch sicher: daß die pflanzensanitären Möglichkeiten, die sogenannten phytosanitären Möglichkeiten, die im Gesetz enthalten

Brandstätter

wären, einfach nicht voll zum Tragen gebracht werden. Wir hätten hier Möglichkeiten, daß wir verlangen könnten, daß an der Grenze das Holz behandelt werden muß, das würde sicher einige Möglichkeiten eröffnen, wie sie das Ausland in sehr vielen Bereichen einsetzt. Wir wissen heute, daß es in sehr vielen Bereichen auch Liberalisierungen gibt, und trotzdem sind es die einzelnen Länder, die andere Möglichkeiten zu Hilfe nehmen, sich hier selbst einen gewissen Schutz aufzubauen. Daß die österreichische Forstwirtschaft diesen Schutz in der derzeitigen Situation sehr dringend notwendig hätte, ich glaube, das ist uns allen verständlich.

Es geht hier nicht nur um die Besitzer des Waldes, sondern es geht auch um die Arbeitsplätze, und es geht hier auch unter anderem um die Arbeitsplätze in der Maschinenindustrie, Herr Staatssekretär. Denn wenn der Bauer um ein Viertel oder um ein Drittel weniger einnimmt, als er im vergangenen Jahr eingetragen hat, dann kann sich das nur auf die Investitionen auswirken. Denn das, was er zum Essen und zum Anziehen braucht, muß er sich nach wie vor kaufen, hier kann er natürlich nichts mehr einsparen. Aber bei den Investitionen muß eingespart werden, und das wirkt sich dann so aus, daß die Maschinenindustrie sagt, sie hat Auftragsrückgänge um 20 Prozent, und wenn das dem Herrn Staatssekretär vorgehalten wird, dann läuft er davon.

Ein nächstes Problem, das irgendwie im Zusammenhang mit dem Holzimport steht, ist der Holzexport, die Holzausfuhr. Hier haben wir Statistiken aus der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, die zeigen, daß diese Nachbarstaaten zu Netto-Exporteuren von Rohholz geworden sind.

Die staatliche Forstinventur hat bewiesen, daß wir zu den holzvorratsreichsten Staaten Europas gehören. Daß wir heute immer noch Beschränkungen beim Rohholzexport haben, ist einfach nicht verständlich. Hier müßte wirklich etwas geschehen.

Ich habe im Juli eine Anfrage an den Herrn Handelsminister gerichtet, ob er bereit ist, hier Maßnahmen zu setzen. Er hat gesagt, daß bei Prüfung der Frage ausführseitig mengenmäßige Beschränkungen für Holz abgebaut werden können. Da müssen neben den Interessenvertretungen der Forstwirtschaft auch die Interessen der holzverarbeitenden Industrie im Auge behalten werden. Eine Freigabe der Rohholzexporte könnte nämlich zu Versorgungsschwierigkeiten bei diesem sehr wichtigen Rohstoff führen.

Herr Landwirtschaftsminister! Ich möchte Sie doch bitten, hier mit Ihrem Kollegen vom

Handelsministerium zu reden, denn in der derzeitigen Situation von Versorgungsschwierigkeiten zu reden, ich glaube, das ist einfach nicht die richtige Art, darüber hinwegzuturnen. Es ist eine Tatsache, daß Vorschläge der Forst- und Holzwirtschaft bereits seit Monaten im Handelsministerium liegen und daß man hier endlich das System der Rohholzausfuhr ändern müßte.

Ich habe hier auch noch ein Zitat von Universitätsprofessor Frauendorfer – ich möchte es aber sehr kürzen –, wo auch dieser Universitätsprofessor darauf hinweist, wie die Situation in der Forstwirtschaft derzeit ist.

Meine Damen und Herren! Die Funktion des ländlichen Raumes, von der immer wieder gesprochen wird, ist von den Problemen der Forstwirtschaft einfach nicht zu trennen. Wem es ernst damit ist, die Funktion des ländlichen Raumes so zu erhalten, wie es unbedingt notwendig ist, der muß auch Beweise erbringen, nicht nur Worte, um der Forstwirtschaft zu helfen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hagspiel.

Abgeordneter **Hagspiel** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Die Grundlage für die Errechnung des bürgerlichen Einkommens bilden die buchführenden Betriebe. Wie aus dem Grünen Bericht vom Jahr 1974 sehr deutlich hervorgeht, ist das bergbäuerliche Einkommen pro Familienarbeitskraft auf 39.216 S gesunken. Das entspricht einem Tageslohn von 107,60 S oder einem Monatslohn – aber nur zwölfmal berechnet – von 3.273,80 S.

Trotz der Produktionssteigerung und der Einsetzung moderner Produktions- und Bewirtschaftungstechniken konnte der fühlbar zunehmende Kostendruck nicht aufgefangen werden. Dazu ist noch anzumerken, daß in der Praxis immer weniger Betriebe, die in einer ungünstigen Produktionslage stehen, zum Beispiel wegen schwer bewirtschaftbarer Hangflächen, wegen Zersplitterung des Betriebes, bereit sind, Aufzeichnungen zu machen und das Betriebsergebnis zur Auswertung zur Verfügung zu stellen. Man hat das deprimierende Gefühl, als unfähiger Betriebsführer hingestellt zu werden, wenn der Betrieb dauernd in den roten Zahlen steht. Diese Entwicklung ist besorgnisregend, denn dies gibt ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft.

Der Entwurf eines Berggebietentwicklungsgegesetzes hat im Begutachtungsverfahren wohl einen Rekord von Ablehnungen und Abände-

Hagspiel

rungsvorschlägen von den verschiedensten zuständigen Institutionen entgegennehmen müssen. Wohl der beste Beweis dafür, wie gering der Aussagewert und die konkreten Zielvorstellungen dieses Entwurfes sind. Der Entwurf sagt nichts darüber aus, daß der Bund zu einer Förderung verpflichtet ist. Es ist zu befürchten, daß der geplante Fonds zu einem erheblichen Teil durch Umschichtungen aus bisher ausschließlich für die Förderung von Bergbauernbetrieben bestimmten Budgetansätzen gespeist werden könnte. Ein Rechtsanspruch zugunsten der Bergbauern auf die Abgeltung der Bewirtschaftungerschwernisse würde sich auf diesen Bevölkerungskreis sehr wohltuend auswirken. Leider ist über diese Absicherung auch nichts zu finden. Zurzeit ist es ganz still um diesen Gesetzentwurf geworden. War er nur eine Eintagsfliege? Ist er nur solange zur Diskussion gestanden, bis die Wahl vorüber war? Wir hätten aber reichlich Gelegenheit, auch ohne neue Gesetze das Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung zu heben, wenn der entsprechende Wille vorhanden ist. Ich frage, ist dies eine ehrliche Politik, wenn immer die großangelegten Hilfestellungen gegenüber den Bergbauern propagiert werden? In Wirklichkeit werden sie immer mehr ins Eck gedrängt, wie dies der Grüne Bericht deutlich dokumentiert. Wenn wir den Direktzuschuß der Zone III in der Höhe von 2500 S zum Einkommen dazuzählen, erhöht sich der Tageslohn um 6,80 S, damit kann er sich eine Flasche Mineralwasser kaufen, in der Zone II erhöht sich das um 3,40 S.

Durch die Novellierung der Mehrwertsteuer, die eine Erhöhung von 2 Prozent vorsieht, ohne daß der Vorsteuerabzug von 6 Prozent für pauschalierte Betriebe geändert wird, nimmt der Finanzminister den extremsten Bergbauern wiederum mehr als das Doppelte dessen weg, was er ihnen durch den Zuschuß von 2500 S gibt.

Die errechnete Mehrbelastung im Maschinenpark, der Gebäudeerhaltung, dem Zukauf von Produktionsgütern und für den Bedarf des täglichen Lebens beträgt bei den extremsten Betrieben von 10 bis 20 Hektar Grundfläche 5314 S.

Will man denn die Bauern wirklich zur Buchführung zwingen, damit sie die Steuern in Abzug bringen können? Das würde einen neuen Schock auslösen und vor allem die älteren Betriebsführer mutlos machen. Die Überalterung in der Landwirtschaft und die Sorge um die Betriebsnachfolge ist ja hinlänglich bekannt. Der Verwaltungsaufwand für den Bund stünde aber auch in keinem Verhältnis zum Ertrag.

Die Neuregelung der Treibstoffrückvergütung ist genauso gegen die Bergbauern gerichtet. Drei Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe in

Vorarlberg werden von Bergbauern bewirtschaftet. Unser Land bekam im Jahr 1975 um 2,524.724 S weniger an Steuerrückvergütung für den Kraftstoff als im Jahre 1974.

Wenn wir die Berggebiete in der Berechnung herausschälen, macht die Reduzierung der Treibstoffrückvergütung mehr als die 3,173.000 S, die die extremen Bergbauern in unserem Land durch den Bergbauernzuschuß bekommen, aus. Für die Direktzahlungen sind im Budget 1976 genau wie 1975 58 Millionen Schilling vorgesehen. Nach der Neuzonierung würde man 150 Millionen brauchen.

Die Folge der zu geringen Budgetierung für die Auszahlung der Direktzuschüsse wird eine Umschichtung innerhalb der Budgetgruppe sein. Wenn diese Mittel von der Regionalförderung weggemommen werden, wäre die Folge, daß Zuschüsse für Stahlbauten, Hofzufahrten, Mittel für die Verbesserung von Wohnstätten, der sanitären Anlagen, Heizung und Kücheneinrichtungen, wo es gerade in den österreichischen Bauernhäusern heute noch im argen liegt, worunter besonders die Bäuerin leidet, gekürzt werden müßten. Die zur Verfügung stehenden Mittel waren immer nur ein Ansporn zur Selbsthilfe.

Die Direktzahlungen, die zu bejahen sind, dürfen aber doch nicht ein Aushungern der so notwendigen Investitionsförderung bedeuten, die sich doch nachweisbar gut bewährt hat.

Schon manches Bauernhaus mit Wirtschaftsgebäude wäre dem Verfall preisgegeben, wenn nicht die Landwirtschaftskammern durch ihre Beratung, durch Erstellung von Bauplänen, aber auch durch Mitfinanzierung, zu Hilfe gekommen wären. Gerade in der jetzigen Konjunkturflaute wäre es nicht zu verstehen, wenn diese Wirtschaftsbelebung unterbunden würde.

Es drängt sich einem schon die Frage auf, daß durch die Umschichtung von Geldmitteln, die bisher den Landwirtschaftskammern zur Verfügung standen, sozialistische Gesellschaftspolitik betrieben wird. Es ist bedauerlich, daß Regierungsmitglieder durch unwahre Äußerungen einen Zwist zwischen Bauern und Landwirtschaftskammern anschüren wollen. Finanzminister Androsch mußte es doch wissen, wie säumig er in den Auszahlungen von Verwertungszuschüssen war.

Die Vorarlberger Bauern hatten für Vieh, das im Februar exportiert wurde, im September den Zuschuß noch nicht. Der Jänner hätte nicht einmal zur Gänze ausbezahlt werden können, wenn nicht das Land in die Bresche gesprungen wäre.

Bis zu acht Monate mußten die Bergbauern

652

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Hagspiel

warten, bis sie zu ihrem Zuschuß kamen. In der Landwirtschaftskammer war man stets bemüht, so rasch wie nur möglich die Schlußscheine von den Exporteuren dem Ministerium vorzulegen. Bei einer Wahlversammlung in Nüziders wurde der Herr Finanzminister Androsch auf diese Mißstände aufmerksam gemacht. In einer leichtfertigen Aussage hat er die ganze Schuld der Vorarlberger Landwirtschaftskammer zugeschoben.

Schon vor Jahren wurde von der SPÖ den Landwirtschaftskammern unterstellt, daß sie nicht repräsentativ zusammengesetzt seien. Dazu muß festgestellt werden, daß die Vollversammlung der Kammer alle fünf Jahre bei einer Wahlbeteiligung von zuletzt über 90 Prozent geheim und unmittelbar gewählt wurde.

Es ist selbstverständlich, daß sozialistische Politiker das jeweils weit überwiegende Vertrauen für den österreichischen Beuernbund unangenehm empfinden. Es kommt aber auch niemandem in den Sinn, die mit einer einzigen Ausnahme sozialistisch geführten Arbeiterkammern als nicht repräsentativ für die Arbeitnehmer hinzustellen und abzuqualifizieren. Die gezielte Infragestellung einer demokratisch gewählten Kammervollversammlung muß im Interesse all jener zurückgewiesen werden, die das Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer besitzen. Die Einsetzung sogenannter Landesprüfungskommissionen nach dem Vorbild der Bundesprüfungskommission ist der Beginn einer Entwicklung nicht genehm demokratische und gesetzmäßige Einrichtungen auszuschalten.

Diesbezügliche Anfragen des Abgeordneten Kern im Budgetausschuß an den Minister für Land- und Forstwirtschaft, welchen Kontrolleffekt die Bundesprüfungskommissionen haben, wieviel Ansuchen geprüft wurden, wieviel die Kommissionen den Steuerzahler kosten, und welche Aufgaben die Landesprüfungskommissionen konkret in Zukunft haben sollen, ist leider vom Herrn Minister nicht beantwortet worden, obwohl er zugesagt hat, daß bis zum heutigen Tag diese Anfragen schriftlich beantwortet werden.

Bekanntlich ist es das Bemühen des Herrn Ministers, die Förderungsmaßnahmen in erster Linie über das Ministerium in Wien abzuwickeln. Von einer Zentralisierung der Landwirtschaftsförderung ist nicht viel zu halten, denn die Verhältnisse innerhalb unseres Bundesgebietes sind viel zu verschieden.

Während das Land Vorarlberg bei der Auszahlung der Flächenprämien die tatsächlichen Bewirtschaftungerschwernisse so genau wie nur möglich berücksichtigt, läßt der Bund die leistungsbezogene Denkungsweise völlig

außer Betracht. Sinnvoll wäre es in diesem Fall, wenn der Bund seine Förderungsmittel dem Land zur weiteren Verteilung überließe, statt selbst einen Förderungsapparat aufzubauen.

Paradox ist, daß die sogenannten Landesprüfungskommissionen von Gnaden der Bundesregierung auch für die Beratungstätigkeiten eingesetzt werden sollen, wenn der Bund gleichzeitig die Unterstützung für die Beratungstätigkeit der Landwirtschaftskammer kürzen will, wie dies im Budget 1976 vorgesehen ist.

Aus all dem kann man schließen, daß es der Bundesregierung nicht sosehr um eine bessere Landwirtschaftsförderung geht, sondern in erster Linie um eine Ausschaltung parteipolitisch nicht genehmer Kammerorganisationen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Weihs. Bitte.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. **Weihs:** Herr Präsident! Hohes Haus! Einige Debattenredner veranlassen mich, hier Unklarheiten zu beseitigen beziehungsweise Anfragen zu beantworten.

Herr Abgeordneter Frodl! Ich habe bereits in meiner ersten Beantwortung klargestellt, daß wegen der Grenzlandförderung bisher bei allen Bundesländern Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den jeweiligen Landesregierungen stattgefunden haben.

Es mag sein, daß eine Korrespondenz zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Landeshauptmann von der Steiermark besteht, aber eine Verhandlung über die Frage einer Grenzlandförderung der Steiermark ist bisher noch nicht an uns herangetragen worden, denn sonst hätten wir ja bereits die entsprechenden Programme erarbeitet können.

Zur Frage der Viehwirtschaft darf ich bemerken, daß wir im Jahre 1975, wie ich schon einmal erwähnte, rund 140.000 Rinder exportieren werden, wobei zum Beispiel an Zuschüssen bei Zucht- und Nutzrindern 180 Millionen Schilling aufgewendet wurden, bei einem Gesamtbetrag von 605 Millionen Schilling, der im Jahre 1975 für die Viehwirtschaft zur Verfügung steht.

Bis einschließlich September, soweit die Abrechnungen dem Ressort vorliegen, wurden die Beträge für Zucht- und Nutzrinder-Exporte abgerechnet. Die Ergebnisse des Oktobers sind bis heute bei uns noch nicht eingetroffen, wir können diesen deshalb auch noch nicht abrechnen.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß

Es ist eine Tatsache, daß die Landwirtschaftskammern jeden Bauern, dessen Vieh exportiert wird, darauf prüfen müssen, ob er ein Bergbauer ist oder nicht, und wenn er ein Bergbauer ist, erhält er bekanntlich den Bergbauernzuschlag. Und da dauert es eben eine gewisse Zeit, bis wir diese Unterlagen im Ressort haben. Auch wir brauchen dann natürlich eine gewisse Zeit, um die Beträge entsprechend anzuweisen.

Zu Ihrer Information: Ich habe hier eine Notiz, wonach sich bei 24 Versteigerungen im November 1975 die Durchschnittspreise um 1703 S gegenüber dem Jahre 1974 bei Zuchtrindern erhöht haben und derzeit – im Durchschnitt, betone ich – 15.806 S betragen, wobei besonders hoch die Kalbinnen und die Jungkalbinnen im Preis gestiegen sind.

Wenn Sie gemeint haben, daß die mangelhafte Bereitstellung von Bundesmitteln für den Wasserbau die Ursache dafür sei, daß hier nicht entsprechend gearbeitet werden kann, darf ich Ihnen nur folgendes sagen: Am Ende jeden Monates, im heurigen Jahr bis einschließlich Oktober 1975, bestand ein nicht verbrauchter Kreditrest für den Wasserbau von über 10 Millionen Schilling im österreichischen Durchschnitt. In der Steiermark zum Beispiel betrug er im Juli 12,2 Millionen, im August 12,5 Millionen, im September 12,5 Millionen, im Oktober dürfte es nicht viel weniger sein als 10 Millionen Schilling.

Herr Abgeordneter Huber! Ich darf Ihnen versichern, daß wir wie in der Vergangenheit auch jetzt an einem Fünfjahresprogramm für den Flussbau arbeiten, ausgerichtet auf die Jahre 1976 bis 1980, und daß wir, wie Sie richtig gesagt haben, 854,8 Millionen Schilling für 1976 zur Verfügung haben. Sie haben allerdings übersehen, daß wir noch 179 Millionen Schilling dafür in der Stabilisierungsquote und im Konjunkturausgleichs-Voranschlag vorgesehen haben, womit, wie ich glaube, der aktive Schutz der Besiedlungsgebiete, der Wirtschaft und des Verkehrs vor Hochwasser, Muren und Lawinen weitergeführt werden kann.

Wenn Herr Abgeordneter Brunner gemeint hat, das Verhältnis des Budgets zum Gesamtausgabenrahmen sei verringert, so möchte ich ihm doch in Erinnerung rufen, daß wir zum Budget des Jahres 1975 im Rahmen des 1. und 2. Budgetüberschreitungsgesetzes zusätzlich über 1 Milliarde Schilling dazubekommen haben, und ich glaube, das ist ein Zeichen dafür, wie flexibel, blitzartig und vernünftig die Regierung auf jede Maßnahme, die auf uns zukommt, sei es vom Inland oder Ausland, reagiert.

Sowohl der Herr Abgeordnete Breiteneder als

auch der Herr Abgeordnete Brunner haben sich im besonderen mit den Fragen der Milchwirtschaft befaßt und hier zum Ausdruck gebracht, daß das eigentlich das monatliche Einkommen der Milchbauern ist. Diese Milchbauern sind zu 95 Prozent in Grünlandgebieten, natürlich damit eingeschlossen auch die Bergbauerngebiete.

Der Milchgelderlös wird im Jahre 1975 rund 6205 Millionen Schilling betragen, das sind um 230 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1974, obwohl man im heurigen Jahr mit einer etwas geringeren Anlieferung als im Jahre 1974 rechnet.

Gegenüber dem Jahr 1970, welches 4773 Millionen Milchgelderlöse brachte, ist eine Zunahme zum Jahre 1975 von 1432 Millionen Schilling allein aus der Milch gegeben, und ich glaube, daß die Politik, die diese Regierung betrieben hat, wahrlich eine gute Politik war. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Abgeordneter Hietl brachte wiederum die Förderungskonzepte des Weinbaues ins Gespräch, dazu darf folgendes bemerkt werden: Mit Hilfe von Bundesmitteln aus dem arbeitsteiligen Forschungsprogramm wurden Grundlagen über die Produktionsstruktur und die Absatzstruktur des österreichischen Weinbaues erarbeitet. Und ich betone: Nicht 1 S wurde aus Landesmitteln beigesteuert.

Auf diesen Grundlagen basiert ein Investitionsplan für den Lagerraumausbau. Die gegenwärtige gesamte Lagerkapazität in Österreich beträgt 6,3 Millionen Hektoliter. Wir kennen zwar die marktähnlichen Erfordernisse, nicht aber die Tendenzen der Länder hinsichtlich der Weinbauflächen. Wenn man Weingartenflächen schafft, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, daß dieser Wein auch einmal abgesetzt werden kann und deshalb dem Bund Konzeptlosigkeit vorwirft, ist es, gelinde gesagt, eine sehr, sehr billige Argumentation, man könnte das auch mit einem Fremdwort als „Demagogie“ bezeichnen.

Im Jahre 1975 – Ihre zweite Frage – wurden von Jänner bis September aus der EG 224.657 Hektoliter Wein eingeführt, aus dritten Staaten 440.490 Hektoliter, davon 50 Prozent aus Spanien.

Dazu wäre zu bemerken, daß im dritten Quartal, nämlich Juli bis September, der EG-Anteil bereits auf 40 Prozent gestiegen ist, im September allein auf 42 Prozent. Oktoberziffern habe ich noch keine zur Verfügung, sonst könnte ich Ihnen auch darauf eine Antwort geben.

Herr Abgeordneter Steiner! Weder ich noch die Bundesregierung sind schwerhörig, sondern wir sind sehr hellhörig, möchte ich betonen,

654

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

sonst wären wir keineswegs mit allen auf uns zugekommenen Schwierigkeiten, ob aus dem Ausland oder aus dem Inland, fertig geworden. Ich glaube, man sollte das einmal sehr eindeutig der Allgemeinheit zur Kenntnis bringen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Mehrere Debattenredner haben heute die Behauptung aufgestellt, daß ja für das Bergbauern-Sonderprogramm kein zusätzlicher Betrag zur Verfügung gestellt wurde, sondern daß man einfach die Mittel aus dem Grünen Plan hin- und hergeschoben hat.

Dazu möchte ich klarstellen, daß für das Bergbauern-Sonderprogramm, seit es besteht, seit dem Jahre 1972, zusätzliche Mittel zum Grünen Plan bereitgestellt wurden. Der Grüne Plan 1976 enthält 966,5 Millionen Schilling, das Bergbauern-Sonderprogramm 417,1 Millionen Schilling. Insgesamt stehen demnach 1.383,600.000 S zur Verfügung.

Herr Abgeordneter Hagspiel, es ist richtig, daß das landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft mit 39.582 S im Hochalpengebiet ausgewiesen ist. Aber gerade in den bergbäuerlichen Betrieben spielt das Nebeneinkommen eine besondere Rolle. Man muß also in diesen Betrieben das Gesamteinkommen einer bäuerlichen Familie betrachten. Diese Gesamteinnahme beträgt auch in den bergbäuerlichen Gebieten 57.100 S je Arbeitskraft. (*Abg. Dr. Halder: In der 70-Stunden-Woche!*) Das glauben aber nur Sie, Herr Abgeordneter Dr. Halder! – Das Nebeneinkommen kann deshalb im beträchtlichen Ausmaß, meine Herren, die innerlandwirtschaftliche Disparität mildern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ing. Schmitzer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ing. **Schmitzer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus Zeitgründen möchte ich mich nur mit der ersten Wortmeldung des Herrn Bundesministers befassen, und zwar vorerst mit dem Punkt Agrarkonzept.

Herr Minister! Sie haben von einem Agrarkonzept gesprochen. Wir haben es gesucht, aber leider keines gefunden.

Wenn Sie unter Agrarkonzept Ihr Wirtschaftsprogramm 1968 verstehen, müßte man heute sagen: Sie halten nicht mehr viel davon, denn Sie reden nicht davon, Sie arbeiten auch nicht danach.

Wenn Sie die Budgetreden oder die Regierungserklärungen nehmen, so ist es detto.

Das meiste geben, wenn man ein Agrarkonzept in der SPÖ suchen wollte, noch Ihre

Wortmeldungen hier als Oppositionspolitiker, Herr Minister, her. Allerdings dürften Sie auch diese Wortmeldungen, den Inhalt dieser Wortmeldungen, doch im wesentlichen vergessen haben. Ich werde jetzt einige Punkte herausgreifen.

Sie haben in Ihrer ersten Wortmeldung von der Verbesserung des Einkommens gesprochen, genauso alle Debattenredner der Sozialistischen Partei. Herr Minister! Sie haben mir voriges Jahr vorgeworfen, ich verwechsle bewußt Äpfel mit Birnen, ich reiße Zahlen aus dem Zusammenhang. Wenn das der Fall gewesen wäre, Herr Minister, dann hätte ich es sicherlich von Ihnen gelernt, denn Sie haben dies heute ganz genau vorhergesagt.

Ich darf ein Beispiel bringen: Sie haben gesagt, das Betriebseinkommen sei in der Zeit der sozialistischen Regierung um 69 Prozent gestiegen, 1974 real um 2,5 Prozent (*Bundesminister Dr. Weihs: 2,3!*) 2,3 bitte; ich habe sogar aufgerundet.

Herr Minister! Ich glaube, das allein sagt nichts. Wenn man diese Zahl aus dem Zusammenhang des gesamtwirtschaftlichen Geschehens reißt, sagt das überhaupt nichts! Es hat daher nur einen Sinn, diese Zahlen mit dem vergleichbaren Durchschnittseinkommen der Gesamtbevölkerung zu vergleichen. Dann kann ich feststellen, ob die Disparität kleiner oder größer geworden ist.

Herr Minister! Wenn Sie das machen, müssen Sie feststellen, daß die Disparität um 1,5 bis 2 Prozent größer geworden ist, das heißt, daß die Schere nicht kleiner geworden ist, daß die Landwirtschaft nicht nachgezogen wurde, wie Sie es damals versprochen haben, sondern zurückgeblieben ist.

Dazu kommt noch – das hat mich sehr gestört, denn, Herr Minister, Sie sind als Fachmann bekannt und daher können Sie nicht hinspielen, das folgende nicht zu wissen –, daß Sie gesagt haben, daß es bei der AfA egal ist, ob der Wiederbeschaffungswert oder der Neuwert zugrunde gelegt wird. (*Bundesminister Dr. Weihs: Das haben Sie völlig falsch verstanden! Ich habe erklärt, daß 11 Prozent Zuwachs des bäuerlichen Lebensstandards war, unbeschadet, ob sich jetzt die AfA davon oder . . .*)

Präsident: Herr Minister! (*Bundesminister Dr. Weihs: Entschuldigung!*)

Abg. Ing. Schmitzer (fortsetzend): Herr Minister! Da ist ein wesentlicher Unterschied: Wenn Sie den Neuwert bei der Inflationsrate der letzten drei Jahre zugrunde legen, so ist nun einmal das Einkommen etwa, je nachdem, ob ich

Ing. Schmitzer

jetzt betriebs- oder landwirtschaftliches Einkommen zugrunde lege, um 20 bis 25 Prozent geringer. Daher kann man an dieser Tatsache nicht so einfach vorbeigehen, sondern muß ganz klar sagen, was bei der Berechnung zugrunde gelegt wurde. Da gibt es die Differenz zwischen Wirtschaftsforschungsinstitut und den Buchführungsunternehmen. Es ist ganz klar, daß Sie, um das Ergebnis aufzubessern, eben die Buchführungsresultate zugrunde legen.

Herr Minister! Es wäre interessant, den Arbeitsertrag zur Beurteilung heranzuziehen, denn hier wird ja die Verzinsung des Aktivkapitals, der Reingewinn abgezogen, und es würde der Vergleich mit dem Durchschnittseinkommen eines Unselbständigen besser sein. Das dazu.

Nun zur zweiten Frage. Es wurde immer von der Verbesserung der Agrarstruktur gesprochen. Herr Minister! Sie haben das in Ihren Reden zwischen 1966 und 1968 immer wieder gebracht. Im wesentlichen haben Sie aber seit 1970 nichts Neues gemacht. Sie haben auf diesem Gebiet nicht regiert, sondern verwaltet. Sie haben in der Agrarstrukturpolitik überhaupt nichts Neues gebracht.

Ich darf hier vielleicht zum Kollegen Meißl kurz abschwenken. Er hat uns, der ÖVP, vorgeworfen, wir hätten kein Konzept, einmal reden wir von den Vollerwerbsbauern, einmal von den Nebenerwerbsbauern. Meine Damen und Herren! Beide haben ihre Lebensberechtigung, und beide sollen auch ihre Lebensberechtigung haben! Sowohl die Vollerwerbsbetriebe als auch die Nebenerwerbsbetriebe haben bei einer entsprechenden Struktur und Betriebseinrichtung nach unserem Konzept ihre Lebensberechtigung.

Ein weiterer Diskussionspunkt, bei dem es, wie ich glaube, zu Mißverständnissen kam, war die Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit, des überbetrieblichen Maschinen-einsatzes. Hiezu darf ich ganz klar sagen: Schon etwa vor 15 Jahren haben wir uns mit diesen Fragen beschäftigt. Zum Unterschied von Ihnen! Damals haben Sie zwar schon gesehen, daß diese Maschinenstationen nicht möglich, nicht wirtschaftlich, nicht realisierbar sind, aber wir haben schon damals – wir haben uns das in Bayern sehr genau angeschaut, und zwar nach dem Konzept Dr. Geyersberger – begonnen, Maschinenringe einzurichten. Wir selbst – ich denke da an meine Schule – haben im St. Pöltnner Raum einen sehr großen Maschinenring mit etwa 300 Mitgliedern, der schon etwa zehn Jahre funktioniert.

Herr Minister! Noch eine Frage, die Frage des Budgets auch ganz kurz. Ihre Redner reißen immer wieder Zahlen und Probleme aus dem Zusammenhang. Der Rohertrag allein ist in

meinen Augen für die Beurteilung der Landwirtschaft nicht maßgebend, für mich sind für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage auch nicht allein die Betriebsausgaben ausschlaggebend, zur Beurteilung des Einzelbetriebes ist vielmehr allein das maßgebend, was übrigbleibt: das Betriebseinkommen oder das landwirtschaftliche Einkommen.

Genauso verhält es sich bei der Beurteilung des Budgets. Sie haben in den letzten Jahren immer wieder damit gespielt, daß Sie eine Post herausgehoben haben, diese Post wurde dann in der Öffentlichkeit hochgespielt, und jeder hat den Eindruck gehabt: Wie gut ist doch das Landwirtschaftsbudget in diesem Jahr!

Man muß doch zur Beurteilung das Gesamtbudget und den Anteil der Landwirtschaft an diesem Gesamtbudget heranziehen. Die Zahlen sind ja heute schon einige Male genannt worden: die 16prozentige Steigerung des Gesamtbudgets und der Anteil der Landwirtschaft im Ausmaß von 5 Prozent.

Wenn man das vergleicht, so kommt man nicht umhin, daß der Anteil 1970 noch 2,5 Prozent betrug, Herr Minister, und daß der Anteil 1976 nur mehr 1,6 Prozent ausmacht. Da brauche ich nicht herumzureden, es entspringt einer ganz nüchternen Beurteilung, daß der Anteil des Landwirtschaftsbudgets am Gesamtbudget kleiner geworden ist, daß daher für die Landwirtschaft im Jahre 1976 aus dem Budget weniger zur Verfügung steht als in den vergangenen Jahren.

Herr Minister! Vielleicht noch einen Punkt, bei dem es eine sehr innige Verbindung gibt. Das ist die Marktordnung und die Ernährungssicherung. Sie waren ja einer der stärksten Verfechter des derzeitigen Marktordnungssystems, wobei ich gar nicht abstreiten will, daß Sie sagten – das sagen ja auch wir –, daß Verbesserungen notwendig sind. Es wird im Wirtschaftsleben immer notwendig sein, gesetzliche Regelungen der Entwicklung der Wirtschaft anzupassen. Da sind wir uns sicherlich einig.

Sie haben noch vor einem Jahr bei der Verlängerung der Geltungsdauer der Marktordnungsgesetze auch in der Öffentlichkeit ganz deutlich gesagt, daß Sie sich ein Auslaufen dieser Marktordnung nicht vorstellen können und daß ein Auslaufen dieser Marktordnung nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe, nicht nur die landwirtschaftliche Bevölkerung, sondern auch die Konsumenten treffen würde, weil die heutige Marktordnung nicht allein ein Produzentenschutzgesetz, sondern genauso ein Konsumentenschutzgesetz ist. Der Kollege Remplbauer dürfte nicht ganz informiert gewe-

656

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Ing. Schmitzer

sen sein, wenn er die Preisausgleiche hier zur Beurteilung mit heranzieht.

So glauben wir eben, daß Ihr Entwurf, Ihre Vorlage, die jetzt zur Begutachtung ausgeschickt ist, keine Marktordnung darstellt. Sie ist eine Grundlage für die gesetzliche Regelung der Agrarmärkte. Aber eine Marktordnung im Sinne einer wirtschaftlichen Entwicklung, einer Sicherung sowohl der Konsumenten als auch der Produzenten ist das nicht.

Daher möchte ich auch als Konsument ganz deutlich sagen, daß man mit diesen Fragen nicht spielen soll, daß man zumindest nicht in einer Zeit spielen soll, in der die Ernährungssicherheit eine sehr große Rolle spielt, in der die Sicherung der Agrarmärkte nicht so selbstverständlich ist (*Zustimmung bei der ÖVP*), wie man es vielleicht vor zehn Jahren hingestellt hat.

Herr Minister! Bei Ihnen kann man ja auch nachlesen, daß Sie einmal ein Vertreter eines sehr geringen Selbstversorgungsgrades waren und im Vorjahr im Rahmen der Budgetdebatte damit auch in die Öffentlichkeit gegangen sind und gesagt haben: Wir sind gut, uns kann nichts passieren, wir haben einen Selbstversorgungsgrad von 84 Prozent.

Und noch ein Punkt – und damit mache ich schon Schluß, um die Zeit nicht zu überziehen –: Es wäre jetzt sehr interessant, über das Demokratieverständnis der SPÖ im Zusammenhang mit der Landwirtschaft zu reden, beginnend von den Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers in Baden bis zum heutigen Angriff auf die Bauernkammern, besonders in Niederösterreich.

Herr Minister! Ich kenne diese Situation in Niederösterreich vom Beruf her sehr gut. Es ist einfach nicht so, wie der Herr Kollege Marsch das letzte Mal sagte: 65 Bauernkammern sind zu viel, wir könnten in Niederösterreich mit 21 auskommen. Das ist nicht so einfach. Wir haben ein sehr vielschichtiges Land in Niederösterreich. Wir haben sehr verschiedene Kleinproduktionsgebiete. Und diese Kleinproduktionsgebiete führen vielfach ein sehr starkes Eigenleben, sie führen wirtschaftlich und produktionstechnisch ein Eigenleben. (*Abg. Haberl: Das gibt es in den anderen Bundesländern auch!*)

In den anderen Bundesländern ist es bei weitem nicht so stark wie in Niederösterreich. Daher glauben wir, daß es nicht sachliche, fachliche Gründe sind, daß Sie jetzt gegen diese Bauernkammern polemisieren, wenn ich das Wort verwenden darf, sondern daß es einfach politische Gründe sind, daß Ihnen einfach die Mehrheit der ÖVP in diesen Bauernkammern in Niederösterreich, die heuer um 5 Prozent zugewonnen hat, nicht paßt, daß Sie einfach hier

Strukturen zerschlagen wollen. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Herr Minister! Das ist ein negatives Demokratieverständnis. Eine Organisation, eine Institution, die auf Grund eines Landesgesetzes geschaffen ist, die frei gewählte Vertreter hat, die demokratisch gewählt wurden, soll entmachtet werden und soll dann in Form von – von mir aus – Kommissionen, die zufällig zusammengesetzt sind wie die Bundesprüfungskommission zum Beispiel ersetzt werden.

Herr Minister! In diesem Zusammenhang noch ein paar Fragen, die Sie bisher noch nicht beantwortet haben: Der Herr Kollege Kern hat Sie im Agrarausschuß um einige Dinge gefragt, bei denen Sie versprochen haben, die Antwort entweder schriftlich oder hier im Haus zu geben. (*Abg. Kern: Bis heute nicht eingetroffen! Ich habe sie schriftlich vorgelegt im Ausschuß!*) Wir bitten Sie, diese Fragen vielleicht heute noch zu beantworten, und zwar die Frage: Wenn jetzt die Mehrwertsteuer angehoben wird, was macht das auf die Preise umgelegt aus? Wie hoch müßten die Agrarpreise angehoben werden, damit kein echter Einkommensverlust bei den Bauern dadurch entsteht?

Kern hat Sie gefragt, ob Sie einen Preisantrag stellen werden und wie hoch dieser Preisantrag sein wird.

Eine zweite Frage ist noch nicht beantwortet, die Frage der Einsetzung von Landesprüfungscommissionen. Hier hat Sie Kern gefragt, wie viele Fälle in der Bundesprüfungskommission behandelt wurden, wie die Effektivität dieser Bundesprüfungskommission bisher war, was diese Bundesprüfungskommission bisher gekostet hat und wie Sie sich die Arbeit der Landesprüfungscommissionen vorstellen.

Herr Minister, das dazu. Wir bitten Sie, daß Sie uns diese Fragen noch beantworten. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident: Nächster Redner Abgeordneter Ing. Url. Bitte.

Abgeordneter Ing. Url (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatssekretär Dr. Haiden, Sie haben sich in einem Pressegespräch mit der „Arbeiter-Zeitung“ für die Schaffung eines Bauernrates ausgesprochen, weil man – wie Sie meinen – Agrarpolitik nicht vom Schreibtisch aus betreiben sollte.

Ich bin praktizierender Bauer. Heute habe ich erstmals die große Ehre, an einer Agrardebatte teilnehmen zu können, und ich war eigentlich der Meinung, daß so ein Bauernrat überflüssig ist. Nun, nachdem ich die Agrarsprecher Ihrer

Ing. Url

Faktion gehört habe, kann ich Ihren Wunsch tatsächlich verstehen. Es muß für Sie, Herr Staatssekretär, unangenehm und schwierig sein, von Kollegen in der eigenen Fraktion – von ihren sogenannten Agrarexperten – beraten zu werden, die von der Landwirtschaft – so habe ich das Gefühl – nur vom Hörensagen etwas wissen. (*Zustimmung bei der ÖVP – Abg. Haas: Was versteht denn der Lanner? – Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Lanner ist selbst Bauernsohn und bewirtschaftet noch immer seinen Bauernhof. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Für uns ist diese Frage nicht relevant; wir haben in unserer Fraktion qualifizierte Bauern, die nicht nur eine enge Beziehung zur Landwirtschaft haben, sondern die darüber hinaus die Sorgen der Landwirtschaft fast täglich selbst erleben.

Nun möchte ich auf einen kleinen, aber nicht unwesentlichen Teilbereich der Agrarpolitik, auf die über- beziehungsweise zwischenbetriebliche Zusammenarbeit innerhalb der Landwirtschaft etwas näher eingehen.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung ausgeführt, daß die überbetriebliche Zusammenarbeit einer der Schwerpunkte der künftigen agrarpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung sein wird. Das ist sehr erfreulich zu hören, denn wenn es tatsächlich ernst gemeint ist, dann ist eine der Grundvoraussetzungen für die Weiterentwicklung aller überbetrieblichen Organisationsformen, wie der Maschinenringe, der Erzeugerringe und vor allem auch der Betriebshilfsringe geschaffen.

Der Österreichische Bauernbund hat schon vor etlichen Jahren die Bedeutung der überbetrieblichen Zusammenarbeit richtig erkannt und neben einer intensiven Aufklärungstätigkeit innerhalb der gesamten Bauernschaft eine sehr anschauliche und sehr praxisbezogene Broschüre herausgebracht, die sehr wesentlich zur Weiterverbreitung dieser Idee beigetragen hat. Herr Abgeordneter Pfeifer und Herr Abgeordneter Stöger, ich weiß nicht, ob Sie tatsächlich wissen, was ein Maschinenring ist und wie er funktioniert, ich kann Ihnen das jetzt aus Zeitgründen nicht erklären. (*Zwischenruf des Abg. Samwald.*)

Ich werde Ihnen etwas sagen, Herr Abgeordneter. Wir haben schon im Jahre 1965 – da haben Sie noch gar nicht gewußt, was ein Maschinenring ist – einen Maschinenring gegründet. Ich war als Bauernbundobmann Mitinitiator und langjähriger Obmann dieses Ringes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dieser Maschinenring funktioniert heute noch

bestens. In dieser Gemeinschaft ist das Einvernehmen zwischen den größeren und den kleineren Bauern genauso gut wie zwischen Voll- und Nebenerwerbsbauern.

Herr Abgeordneter Stöger, Sie haben gesagt, aus dem Saulus sei ein Paulus geworden, das trifft eher auf Sie zu. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Die Maschinenhöfe, die von Ihnen früher immer propagiert worden sind, haben sich nicht bewährt und sind heute bedeutungslos. Jetzt reden Sie den Maschinenringen das Wort!

In der Zwischenzeit haben – mit Hilfe und unter Beratung der Landwirtschaftskammern – viele Bauern die Bedeutung der überbetrieblichen Zusammenarbeit erkannt und wissen ganz genau, daß man durch den mehrbetrieblichen Einsatz der Landmaschinen Mechanisierungskosten sparen kann und daß man durch einen gezielten Einsatz der Landmaschinen in fließendem Arbeitsverfahren einen weiteren Rationalisierungseffekt erreichen kann. Vor allem aber hat man erkannt, daß durch den überbetrieblichen Einsatz der Maschinen hinsichtlich der Mechanisierung ein vernünftiger Ausgleich zwischen Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern erreicht werden kann.

Unbedingte Voraussetzung allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, für das Funktionieren eines Maschinenringes ist und bleibt das Telefon. Oft und oft wurde von den Abgeordneten der ÖVP darauf hingewiesen, und immer wieder wurde die Forderung erhoben, mehr Mittel für den Telephonausbau im ländlichen Raum bereitzustellen. Leider müssen wir mit Bedauern feststellen, daß die Mittel im heurigen Budget für den Telephonausbau nicht erhöht, sondern um 250 Millionen Schilling gekürzt worden sind.

Die Abgeordneten Minkowitsch und Dr. Lanner haben im Jahre 1971 und im Jahre 1972 Anträge betreffend Errichtung und Finanzierung von Telephongemeinschaften im Parlament eingebracht. Das wäre die Voraussetzung für die vernünftige Weiterentwicklung der Maschinenringe gewesen, nur haben Sie diese Anträge abgelehnt. (*Abg. Pfeifer: Zehntausende Bauern haben das Telefonieren erst gelernt!*) Das Telefonieren brauchen Sie die Bauern nicht zu lehren, das sage ich Ihnen, den Bauern fehlt lediglich das Telefon! (*Beifall und heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Noch immer warten unzählige Bauern auf den Telefonanschluß, und leider Gottes sind halt wieder die am weitest entfernt Gelegenen, die Bergbauern, am ärgsten betroffen. (*Zwischenruf bei der SPÖ: Wir haben noch ...!*) Daraus sehe ich, daß Sie noch immer nicht wissen, was ein Maschinenring ist!

658

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Ing. Url

(*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich werde Sie im Anschluß daran ein bissel aufklären über Maschinenringarbeit. Ich sehe nämlich, daß Sie nicht wissen, was das ist. Ich rede vom Maschinenring und nicht von Maschinenhöfen!

Ich werde Ihnen ein paar konkrete Zahlen aus der Steiermark nennen. Von 30.000 Telephonanmeldungen jährlich kommen 20.000 aus dem städtischen Bereich und 10.000 aus dem ländlichen Raum. Realisiert werden jährlich etwa 15.000 Ansuchen, davon 14.000 aus dem städtischen Bereich und nur 1000 aus dem ländlichen Raum. Daraus ersehen Sie das Mißverhältnis! Bei den Ansuchen steht es 1 : 2 und beim Ausbau steht es 1 : 14 zugunsten des städtischen Bereiches.

Das Land Steiermark hat zum Glück hier helfend eingegriffen und beträchtliche Mittel sowohl zum Ausbau der Wählämter als auch für die Telephonanschlußgemeinschaften zur Verfügung gestellt: 1,7 Millionen Schilling an Zinsenzuschuß und 2,7 Millionen Schilling als Beihilfe für die vorhin erwähnten Telephonanschlußgemeinschaften. Erst dadurch war es möglich, die dringendsten Vorhaben zu verwirklichen und in ein paar entlegenen Gebieten den Telephonanschluß zu erträglichen Kosten zu ermöglichen.

Ahnlich wie beim Telefon verhält es sich auch mit den Straßen und Wegen. Beim überbetrieblichen Maschineneinsatz – das wissen Sie sehr genau – müssen immer größer werdende Maschinen – ich denke da nur an die großen Traktoren und Mähdrescher – häufig von Betrieb zu Betrieb transportiert werden. Dazu sind entsprechende Straßen- und Wegverhältnisse notwendig. Und gerade hier gibt es – das haben wir heute schon ein paarmal gehört – allergrößte Sorgen und Schwierigkeiten. Vor allem die kleineren Landgemeinden, durch den Finanzausgleich ohnehin benachteiligt und mit einem geringen Steueraufkommen versehen, sind vielfach nicht mehr in der Lage, die entsprechenden finanziellen Mittel für die Wegesanierung aufzubringen.

Ein Hindernis besonderer Art für die Weiterentwicklung der Maschinenringe sind die derzeit geltenden steuerlichen Bestimmungen. Herr Staatssekretär Haiden, ich weiß, Sie befassen sich sehr eingehend mit den Fragen der überbetrieblichen Zusammenarbeit. Tragen Sie bitte auch dazu bei und tun Sie etwas, damit diese Schwierigkeiten beseitigt werden!

In erster Linie geht es um die Erhöhung des pauschalen Vorsteuerabzugsbetrages von derzeit 6 auf mindestens 8 Prozent, besonders im Hinblick auf die ab 1. Jänner 1976 geplante Erhöhung des Normalsteuersatzes von 16 auf

18 Prozent. Die Erhöhung des Vorsteuerabzugsbetrages von 6 auf 8 Prozent ist ein Anliegen der gesamten Landwirtschaft – darauf wurde heute schon mehrmals hingewiesen –, sie betrifft aber im speziellen auch die überbetriebliche Zusammenarbeit, weil bei der Anschaffung von Maschinen erhebliche Ausgaben anfallen, die mit dem vollen Steuersatz belastet sind.

Die neue Gewerbeordnung, die im vergangenen Jahr in Kraft getreten ist, hat auch für die überbetriebliche Nachbarschaftshilfe einen großen Fortschritt gebracht. Diese für die Maschinenringe sehr wesentliche Regelung sollte auch im Steuerrecht ihren Niederschlag finden. Die Umsätze, die im Rahmen der bäuerlichen Nachbarschaftshilfe erzielt werden, müßten zur Gänze unter die Pauschalregelung des Umsatzsteuergesetzes fallen, damit keine gesonderten Aufzeichnungen und separaten Abrechnungen mit dem Finanzamt notwendig werden.

Beim Austausch von Landmaschinen zwischen buchführenden und nichtbuchführenden Betrieben entstehen nach den derzeitigen steuerlichen Bestimmungen ganz arge Wettbewerbsverzerrungen. Während ein pauschalierter Landwirt für seine Leistungen 6 Prozent Mehrwertsteuer verlangt, muß ein buchführender Betrieb 16 Prozent Steuer verrechnen. Auch diese Ungleichheit müßte im Interesse der überbetrieblichen Zusammenarbeit dringend beseitigt werden. (*Zwischenruf bei der ÖVP: ... Sozialisten abgelehnt!*) Deswegen wäre es notwendig, wenigstens für nichtbuchführende Betriebe im Rahmen der Nachbarschaftshilfe den ermäßigten Steuersatz von 8 Prozent einzuführen.

Auch eine Regelung bei der Einkommensteuer wäre wünschenswert.

Ganz allgemein kann man wohl feststellen, daß die österreichischen Bauern trotz der vielen Schwierigkeiten dem Gedanken der überbetrieblichen Zusammenarbeit sehr aufgeschlossen gegenüberstehen und daß auch schon schöne Erfolge erzielt wurden. Es gibt zur Zeit in etwa 230 Maschinenringe in Österreich mit rund 16.000 Mitgliedern. Die Breitenwirkung – das ersehen wird daraus – ist aber noch keineswegs befriedigend.

Herr Staatssekretär! Es wird notwendig sein, auf die Ausbildung der Maschinenringgeschäftsführer in Hinkunft ein noch größeres Augenmerk zu legen und dafür Sorge zu tragen, daß die Mittel für die Förderung der Geschäftsführer und damit der Maschinenringe überhaupt in Zukunft auch sichergestellt sind. (*Zwischenruf bei der SPÖ*).

Zusammenfassend und abschließend möchte ich mit Nachdruck darauf verweisen, daß die

Ing. Url

Bauern in unserem Land bereit sind, alle Möglichkeiten der Kostensenkung, der Rationalisierung und der Produktivitätssteigerung wahrzunehmen, selbstverständlich auch im Rahmen der überbetrieblichen Zusammenarbeit.

Die österreichische Landwirtschaft hat dank ihres unermüdlichen Fleißes und unter Mitwirkung der von Ihnen so verschmähten Landwirtschaftskammern und ihrer Beratungskräfte einen Entwicklungsstand erreicht, der sich sehen lassen kann und jedem internationalen Vergleich standhält. Die heimische Bauernschaft versorgt die österreichische Bevölkerung zu über 80 Prozent mit frischen und gesunden Lebensmitteln in reichhaltigster Auswahl. Das kann man angesichts der labilen Verhältnisse auf dem Weltmarkt nicht oft genug herausstreichen. Daneben sind die Preise für Nahrungsmittel in Österreich wesentlich niedriger als sonst in Europa. Ich beziehe mich da auf die sozialistische Belangsendung, ich will sie nicht mehr zitieren; das ist heute schon mehrmals geschehen.

Tatsache ist auch, daß sich die österreichische Bevölkerung den relativ hohen Lebensstandard zum Teil nur deswegen leisten kann, weil man den Bauern ihren gerechten Lohn in Form von kostendeckenden Preisen schon die längste Zeit vorenthält. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Umso unverständlicher ist es für uns, daß die derzeitige Bundesregierung durch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes und durch viele andere Kostensteigerungen den Bauern neuerlich Belastungen auferlegt, die von vielen Betrieben nicht mehr verkraftet werden können und die abermals zu einer verstärkten Abwanderung aus der Landwirtschaft führen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sitzen alle in einem Boot, die Bauern und alle übrigen Bevölkerungsgruppen. Verlassene Gehöfte, entsiedelte Dörfer und verwilderte Landschaften sind kaum mehr zu rekultivieren, und wenn, dann nur unter Einsatz allergrößter finanzieller Mittel. Die Abhängigkeit hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung vom Ausland könnte für einen neutralen Staat tödlich sein.

Noch haben wir eine funktionierende Landwirtschaft. Der anhaltende Schrumpfungsprozeß in der Landwirtschaft ist allerdings in mehrfacher Hinsicht bedrohlich. Bedenken Sie daher, die Zeche für eine derartige Fehlentwicklung müßten dann alle Österreicher bezahlen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Frühwirth. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige Bemerkungen und Hinweise zur Bedeutung des Waldes im allgemeinen und zur österreichischen Forstwirtschaft im besonderen.

Der Wald wird oft mit Recht als das Kleid der Erde bezeichnet. Tatsächlich ist ein wesentlicher Teil der Erde mit Wald bedeckt, wobei allerdings rund 12 Prozent anthropogen devastiert, also vom Menschen verwüstet sind. Während in den nördlichen Regionen der Wald eine relativ hohe, natürliche Regenerationskraft aufweist, führten die starken Waldnutzungen des Menschen in den Trockenzenen des Südens vielfach zur Verwüstung und zur Verkarstung. Denken Sie nur an den Mittelmeerraum, wo ganze Küstenstriche, die ursprünglich dicht bewaldet waren – wie etwa die gesamte dalmatinische Küste –, heute kahlen Karst darstellen. Und nun müssen diese Länder, wie etwa Jugoslawien, mit großem finanziellen Aufwand darangehen, in mühevoller Kleinarbeit diese großen Kahlflächen wieder aufzuforsten und die Sünden der Vergangenheit gutzumachen.

In Österreich wird seit mehr als 100 Jahren eine forstliche Nachhaltswirtschaft betrieben, wobei der Wald zum Forst, also zu einem Wirtschaftsobjekt wurde. Dabei wird die Holznutzung insgesamt auf den Holzzuwachs abgestimmt, und durch Wiederbestockung der genutzten Flächen bilden Verjüngung und Nutzung des Waldes einen ständigen Kreislauf, wobei folgender hoher Leitgedanke zugrunde liegt: Der Wald soll als nationales Gut vor übermäßigen Ansprüchen einzelner geschützt werden, um ihn möglichst ungeschmälert kommenden Generationen zu erhalten.

Die staatliche Waldfürsorge – die es seit langem in Mitteleuropa gibt – beruht auf der Erkenntnis der landeskulturellen Wohlfahrtswirkungen des Waldes, also der Bedeutung, die der Wald für den Schutz der Landschaft etwa gegen Erosion, die ausgleichende Einwirkung des Waldes auf die Wasserwirtschaft, das Klima und viele andere Faktoren hat. Wie groß die Bedeutung des Waldes etwa für die Wasserwirtschaft ist, geht aus Untersuchungen in den amerikanischen Nationalforsten hervor, wonach der Wert des nachhaltig abgegebenen Wassers bereits das Zehnfache des Geldertrages aus den Holznutzungen beträgt.

Allgemein hat die Bedeutung des Waldes in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen, wobei allerdings eine allmähliche Schwerpunktsverlagerung hinsichtlich der Gewichte seiner Funktionen feststellbar und eine Verlage-

660

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

rung von der Rohstofffunktion hin zur Wohlfahrtsfunktion festzustellen ist. Der Wald erfüllt bei entsprechender Pflege verschiedene Aufgaben, die nicht nur seinen Besitzern und den mit Forst und Holz unmittelbar Beschäftigten große Vorteile bringen, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft, ja für die gesamte Öffentlichkeit von unschätzbarer Bedeutung sind. Sie werden ganz allgemein in den Begriffen „Flächenfunktion“, „Rohstofffunktion“, „Arbeitsfunktion“ sowie „Vermögens- und Einkommensfunktion“ zusammengefaßt.

Leider kann ich hier in diesem Rahmen nicht näher auf die Bedeutung dieser einzelnen Funktionen eingehen, möchte aber doch kurz darauf hinweisen, daß etwa die Flächenfunktion des Waldes in Österreich, wie in allen Industrieländern mit dichter Besiedlung und Konzentration der Bevölkerung auf Ballungsgebiete, bereits eine immense Bedeutung erlangt hat. Sie besteht hauptsächlich in den sogenannten Wohlfahrtswirkungen, die der Wald schon auf Grund seiner eigenartigen Flächenerscheinung auszuüben vermag, sowie im Rahmen der Raumordnung, der Landesplanung sowie als Landreserve. In Österreich sind rund 45 Prozent der Gesamtfläche und rund die Hälfte der Kulturläche – also ohne Ödland – mit Wald bedeckt. Diese Fläche wächst von Jahr zu Jahr zufolge Aufforstung landwirtschaftlicher Grenzertragsböden und natürlichem Samenanflug auf brach liegenden Grundstücken.

Was in einem Fremdenverkehrsland wie Österreich, dem im Konzept der europäischen Wirtschaftsintegration beziehungsweise im Rahmen einer großräumigen europäischen Arbeitsteilung weitgehend die Rolle eines Erholungsraumes zugedacht ist, der Wald als Erholungsfaktor für eine Bedeutung hat, bedarf hier wohl keiner weiteren Erläuterung. Jedenfalls ist der Wald auch ein ganz wesentlicher Aktivposten für die Volksgesundheit geworden.

Die Rohstofffunktion erfüllt der Wald in der Lieferung von Holz und verschiedenen anderen Nebenprodukten von rohstofflichem Wert. Das Holz ist nicht nur einer der ältesten, sondern auch einer der wichtigsten Roh- und Werkstoffe unserer Volkswirtschaft, wobei zu betonen ist, daß der Holzverbrauch weltweit von Jahr zu Jahr zunimmt. Der jährliche Holzeinschlag Österreichs liegt etwa bei 10 Millionen Festmeter, wovon der allergrößte Teil, nämlich rund 84 Prozent, wertvollstes Nadelholz darstellt. Damit ist Österreich nicht nur ein wesentliches Holzüberschüßgebiet, sondern auf dem Gebiet des Holzes und der Holzprodukte einer der wichtigsten Exportstaaten Europas, ja der ganzen Welt!

Die Arbeitsfunktion ist zwar nur von

beschränkter Bedeutung, da die Forstwirtschaft eine relativ extensive Wirtschaftstätigkeit ermöglicht, doch sind hier nicht nur die im Forst unmittelbar Beschäftigten, etwa die Forstingenieure, Förster, Forstarbeiter und so weiter zu berücksichtigen, sondern auch die zahlreichen holzbe- und verarbeitenden Sparten der Industrie und des Gewerbes, die auf dem Rohstoff Holz basieren, mit in die Betrachtung einzubeziehen. So gesehen ist der österreichische Wald auch ein ganz wesentlicher Faktor und die Existenzgrundlage für Hunderttausende Arbeitnehmer.

Die Vermögens- und Einkommensfunktion schließlich basiert hauptsächlich auf dem stokkenden Holzvorrat, denn dieser stellt den weitaus größten Posten des forstwirtschaftlichen Kapitals dar und verleiht der Forstwirtschaft insgesamt eine außerordentlich hohe Kapitalintensität. Der gesamte Vermögenswert des österreichischen Waldes ist zufolge des – auch international gesehen – außerordentlich hohen Holzvorrates pro Hektar enorm und veranlaßt nicht nur – wie gelegentlich behauptet wird – private Waldbesitzer, sondern auch den Staat, in fiskalischen Notzeiten in die „Sparkasse Wald“ zu greifen.

Zusammenfassend zu diesen allgemeinen Betrachtungen muß man objektiv feststellen, daß die Forstwirtschaft in Österreich einen wichtigen Wirtschaftszweig darstellt und daß Österreich zusammen mit der Schweiz und Deutschland – nicht zuletzt dank der in diesem mitteleuropäischen Raum seit Jahrhunderten vorhandenen Forstdordnungen und Forstgesetze – auf diesem Gebiet absolutes Spitzenfeld darstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum habe ich Ihnen das alles vorgetragen? (Abg. Dr. Tull: Das frage ich mich die längste Zeit!) Das fragen Sie sich auch, Herr Kollege Tull? Ich komme schon darauf zurück: Weil ich Ihnen damit die Relation zwischen der Bedeutung des österreichischen Waldes und der österreichischen Forstwirtschaft, der Wichtigkeit dieses Wirtschaftszweiges und der staatlichen Förderung durch diese Regierung aufzeigen will! Diese Relation ist katastrophal! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Haas: Daß Ihre Liste soviel Leute gewählt haben!) Das Forstwesen fällt nach unserer Bundesverfassung in die Kompetenz des Bundes. Wir haben daher noch vor dem Sommer am Ende der vorigen Legislaturperiode gemeinsam das heute schon erwähnte Forstgesetz beschlossen. Der Abschnitt X dieses Gesetzes trägt die Überschrift „Forstliche Förderung“ und der Untertitel lautet: „Geldmittel des Bundes“. Der Zielparagraph dieses Abschnittes, der § 141, lautet wörtlich:

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

„Aufgabe des Bundes nach diesem Bundesgesetz ist es, die Forstwirtschaft hinsichtlich ihrer im öffentlichen Interesse liegenden Wirkungen zu fördern.“

Und dann werden eine ganze Reihe von Punkten bzw. Maßnahmen angeführt, die gefördert werden sollen.

Im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung, wonach es Ziel der Forstpolitik sei, eine ausreichende Produktion des Rohstoffes Holz sowie die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungsfunktion unseres Waldes zu sichern, und mit Rücksicht auf die übereinstimmenden Erklärungen des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dr. Weihs und des Staatssekretärs Dipl.-Ing. Haiden in der Öffentlichkeit, daß der forstpolitische Schwerpunkt des Jahres 1976 in der Vollziehung des Forstgesetzes liegen werde, wartete die forstliche Fachwelt mit großem Interesse auf die diesbezüglichen Budgetansätze! (Abg. Haas: Sind Sie von Orsini-Rosenberg beeinflußt?) Ich bin nicht von Orsini-Rosenberg beeinflußt, Herr Kollege, das habe ich nicht notwendig!

Und wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wieviel in diesem nun zur Beratung stehenden Budget dafür vorgesehen ist? Fast könnte man eine Quizfrage daraus machen, etwa in der Form: Sind es 100 Millionen Schilling, 10 Millionen Schilling oder 0 Millionen Schilling? Gewonnen, meine Herren! Alle enttäuschten Wähler vom 5. Oktober und alle Forstwirte haben gewonnen, die geraten haben: 0 Millionen Schilling. In Wirklichkeit sind es 0,0 Millionen Schilling!

Auf meine Frage an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Budgetausschuß, warum er im Budget 1976 keine Mittel unter diesem Rechtstitel eingesetzt hat, wußte er keine bessere Ausrede, als daß dieses Gesetz erst am 1. Jänner 1976 in Kraft trete und die Budgetberatungen zum Zeitpunkt der Beschußfassung über das Forstgesetz bereits abgeschlossen waren.

Nun, sehr geehrter Herr Minister – er ist momentan nicht da, der Herr Staatssekretär wird es ihm sagen –, diese billige Ausrede wird Ihnen wohl niemand und am wenigsten die enttäuschten österreichischen Forstwirte abnehmen, denn soviel weiß jeder, daß die Budgetberatungen bis jetzt noch nicht abgeschlossen sind und daß auch das Bundesfinanzgesetz – gemeinsam mit dem Forstgesetz – am 1. Jänner 1976 in Kraft treten wird!

Dabei will ich dem Herrn Minister für Land- und Forstwirtschaft gar nicht unterstellen, daß er nicht Mittel für diese wichtige Sache eingesetzt

hätte, wenn er welche gehabt hätte. In Wirklichkeit ist es nur ein Beweis mehr für das finanzielle Fiasko dieser Regierung und der Unfähigkeit ihres Finanzministers! In Abwandlung eines alten Sprichwortes kann man wohl auch hier sagen: „Wo nichts ist, hat nicht nur der Kaiser, sondern auch ein eigener forstlicher Staatssekretär das Recht verloren!“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einen kurzen Hinweis auf die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Stöigner machen, der in diesem Zusammenhang erklärt hat, man könne noch gar nicht den Bedarf abschätzen, man müsse erst abwarten, die Dinge sich entwickeln lassen und sehen, was dabei herauskommt. Ja, wenn man das vielleicht auch derzeit im einzelnen noch nicht weiß, so weiß man doch, daß die Sache jedenfalls Geld kosten wird, das ist doch auch allen sozialistischen Abgeordneten sicherlich klar!

Nun wir warten im Augenblick sogar noch auf die Förderungsrichtlinien. Nach diesem Gesetz sind entsprechende Förderungsrichtlinien zu erlassen: auch die sind bis dato ausständig!

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Lassen Sie mich aber noch ein paar Worte zu den Österreichischen Bundesforsten sagen.

Diese Bundesforste sind mit Gesetz vom 28. Juli 1925 zum selbständigen Wirtschaftskörper gemacht worden und bilden derzeit mit ihren 88 Forstverwaltungen einen maßgebenden österreichischen Forstbetrieb. Sie bewirtschaften rund 15 Prozent, also etwa 490.000 Hektar Waldfläche. Nach diesem genannten Gesetz des Jahres 1925 hat die Bewirtschaftung der Staatsforste bei strengster Sicherung der mit der Forstwirtschaft verbundenen allgemeinen öffentlichen Interessen und unter Erhaltung der Waldsubstanz und der Bodenkraft zu erfolgen. Bei der Verwertung der Forstprodukte und sonstiger Erträge sind die Grundsätze kaufmännischer Betriebsführung zu beachten.

Ich möchte nicht behaupten, daß diese kaufmännischen Grundsätze nicht berücksichtigt wurden, aber es stimmt mich doch, meine Damen und Herren, sehr bedenklich, wenn in den sechziger Jahren – etwa in der Zeit der ÖVP-Regierung – diese Bundesforste noch Überschüsse produziert haben und heute mit einem Betriebsabgang von 136 Millionen Schilling präliminiert sind.

Ich glaube auch nicht, meine Damen und Herren, daß die Bundesforste für dieses Defizit allein verantwortlich gemacht werden können. Ich glaube auch nicht, daß das nur auf den Holzpreisverfall zurückzuführen ist, sondern ich glaube vielmehr, daß diese Regierung nicht in

Dipl.-Ing. Dr. Frühwirth

der Lage war, die entsprechenden wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, die für eine positive Bilanzierung erforderlich sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Seit Monaten ist nun schon von einem neuen Bundesforstgesetz die Rede. Angeblich hat Herr Staatssekretär Haiden auch schon einen fertigen Entwurf hiefür. Die forstliche Fachwelt und meine Fraktion hoffen in diesem Zusammenhang nur, daß bei der Erstellung dieses neuen Bundesforstgesetzes auch wieder so wie im Jahre 1925 betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund stehen und die Österreichischen Bundesforste auch weiterhin nach kommerziellen Kriterien geführt werden können. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.*)

Ja, ich komme schon zum Schluß, Herr Kollege Tull! Ich möchte nur noch zusammenfassen und Ihnen sagen, daß die Forstwirtschaft – Sie wissen es offenbar noch nicht – weder in der Regierungserklärung, wo sie mit ganzen zwei Sätzen abgetan wurde – zwei Sätze hat der Herr Bundeskanzler für diesen bedeutenden Wirtschaftszweig gefunden! – noch im Budget des Jahres 1976 ihrer Bedeutung gemäß berücksichtigt wurde. Daraus folgt geradezu zwingend – (*Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.*) dann mache ich für Sie ein Privatseminar, Herr Kollege Tull, ein Privatissimum, so wie es das UOG vorsieht –, meine Damen und Herren, nachdem die Forstwirtschaft weder in Ihrer Regierungserklärung noch im Budget entsprechend berücksichtigt wurde, daß wir im Interesse des österreichischen Volkes dieses Kapitel ablehnen müssen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden. Bitte.

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte doch auf die Beiträge einiger Debattenredner eingehen, obwohl es mir leider nicht möglich sein wird, das so gründlich zu tun, wie ich gern möchte.

Aber zunächst eine persönliche Feststellung, die mir wichtig erscheint (*Abg. Dr. Mussil: Nicht persönlich werden!*). Die Herren Abgeordneten Gorton und Brandstätter haben Bezug genommen auf eine kurze Meldung in der Tageszeitung „Die Presse“ im Zusammenhang mit dem Referat des Herrn Vizepräsidenten Malina-Altzinger vor dem Kuratorium für Landtechnik. Mir gibt das die Möglichkeit zur Klär- und Richtigstellung, die ich gern im Interesse des Herrn Vizepräsidenten vermieden hätte.

Es ging nicht darum, wie sich die Umsätze im Landmaschinenabsatz entwickeln, und es ging

auch beileibe nicht darum, was mit den Abfertigungsrücklagen geschehen soll. Dazu habe ich mich nicht zu äußern, dazu habe ich nicht Stellung zu nehmen. (*Abg. Dr. Mussil: Gott sei Dank!*) Es ging darum – und ich möchte das mit großer Zurückhaltung und sehr knapp formulieren, weil ich heute soeben einen sehr versöhnlichen, entschuldigenden Brief des Herrn Vizepräsidenten erhalten habe, der hier vor mir liegt –, daß das Mitbestimmungssystem, der Kündigungsschutz in Frage gestellt wurde, daß die Unternehmer – ich zitiere wörtlich – als die Ausgebeuteten überhöhter Lohnabschlüsse bezeichnet wurden.

Ich hätte es für vernünftig empfunden, wenn wir uns darüber unterhalten hätten, wie die Landmaschinenkosten gemeinsam gesenkt werden könnten. Das wäre wesentlich nützlicher gewesen. – Das nur zur Richtigstellung. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten Hanreich, Gorton, Brandstätter und zuletzt Professor Frühwirth haben sich mit der Forstpolitik und auch mit dem Forstgesetz 1975 beschäftigt. Ich bin der Auffassung, daß dieses Forstgesetz ... (*Abg. Dr. Mussil: Nehmen Sie das zurück, Herr Staatssekretär! Nehmen Sie das sofort zurück und entschulden Sie sich bei mir!*) Herr Generalsekretär Mussil! Ich glaube nicht, daß Sie das unterstützen, was dort gesagt worden ist. Dazu sind Sie zu sehr Routinier. Solche Äußerungen hätten Sie sich sicher nicht geleistet. Ich bin fest überzeugt davon. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil. – Abg. Anton Schlager: Entschuldigen Sie sich!*) Aber Herr Kollege Schlager! Sie müssen ja selbst lachen. Lassen Sie mich lieber zum Forstgesetz sprechen; das ist vernünftiger und wertvoller.

Das Forstgesetz 1975 war zweifellos ein guter Kompromiß, an dem alle beteiligt waren. Aber ich bin der Meinung, daß es nicht einer jener Kompromisse war, mit denen nachher niemand mehr rechte Freude hat, weil zuviel an Substanz und Wesentlichem verloren ging.

Das Forstgesetz 1975 ist eine konsequente Realisierung der Regierungsvorlage in allen Fragen der Walderhaltung und des Schutzes unseres Waldes. Das gilt für die Rodungsbestimmungen, für die Aufforstungspflicht, für das Kahlschlagverbot, für die Schutzwaldsanierung, für das Nachhaltigkeitsprinzip und für anderes mehr.

Wenn der Herr Abgeordnete Gorton der Meinung war, die Regierungsvorlage wäre eigentumsfeindlich gewesen (*Rufe bei der ÖVP: No na!*), so möchte ich doch eines feststellen: Vieles davon, was zuvor als eigentumsfeindlich,

Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden

gesellschaftspolitisch und ähnliches mehr herabqualifiziert wurde, ist gemeinsam mit Ihnen hier in diesem Hause beschlossen worden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Natürlich ist weitgehend darauf Rücksicht genommen worden, daß auch die Interessen des Waldbesitzers Gewicht haben müssen. Nicht zuletzt ist es ja so, daß 50 Prozent des Waldes in den Händen unserer Bergbauern liegen. Darauf ist selbstverständlich Bedacht genommen worden. Aber das wollen Sie doch jetzt dem Forstgesetz nicht vorwerfen.

Herr Abgeordneter Hanreich war der Meinung, wir bräuchten zu viele Verordnungsermächtigungen. Das ist doch ausdiskutiert worden: Für jede Verordnung brauchen wir im Gesetz eine Ermächtigung. Sie dürfen nicht übersehen, daß das Forstgesetz 1975 ja praktisch eine Kodifikation des gesamten Forstrechtes darstellt; da sind eben die Verordnungen unerlässlich. Drei davon werden mit 1. Jänner 1976 schon gültig sein. Die wichtigste davon ist die Forstsaatgutverordnung.

Herr Abgeordneter Gorton war der Auffassung, daß im Budget ganz besonders im Zusammenhang mit der Waldöffnung zuwenig auf die Erfordernisse Bedacht genommen wird. Er hat dabei eines übersehen: Die Waldöffnung an sich verursacht dort, wo Gestaltungseinrichtungen nicht notwendig sind, kaum Kosten. Dort, wo im Sinne des Forstgesetzes der Wald zum Erholungswald erklärt werden soll, Herr Abgeordneter Gorton, haben Sie ja ... (*Ruf bei der ÖVP: 1000 S!*) Was heißt 1000 S? Dort haben Sie ja die gleiche Bestimmung wie bei den Bannwaldregelungen, daß die vermögensrechtlichen Nachteile von jenem zu ersetzen sind, der den Antrag stellt, und die Antragsteller haben Sie ebenfalls im Gesetz. So ist die Regelung, die ich doch in Erinnerung bringen darf.

Aber nun doch zu einigen Fragen der forstlichen Förderung, weil Sie die Dinge so darstellen, als ob viel zuwenig in diesem Budget 1976 vorgesehen wäre. Ich möchte in Erinnerung rufen: Wir hatten 1970 für die forstliche Förderung 41 Millionen Schilling im Budget. 1974 waren es dann 58 Millionen Schilling und 1975 waren es 81 Millionen Schilling. Das ist eine Steigerung um volle 40 Prozent! Und 1976 werden es mit der Konjunkturbelebung 91,7 Millionen Schilling sein. Also eine ganz wesentliche Erhöhung!

Wenn Sie nun mit der Zeit von 1966 bis 1970 vergleichen, dann kommen Sie zum Ergebnis, daß in diesem Zeitraum die Mittel für diese forstliche Förderung von 39,2 Millionen Schilling auf 41,4 Millionen Schilling gestiegen sind; sie sind also in diesen vier Jahren praktisch

unverändert geblieben. (*Abg. Dr. Mussil: Aber damals war der Schilling noch etwas wert in diesem Land!*) Aber ich bitte Sie, Herr Generalsekretär: Wollen Sie doch die Inflationstangente, die auch damals bestanden hat, abrechnen. Sie werden dann zum Ergebnis kommen, daß die Mittel in diesem Zeitraum zurückgegangen sind.

Herr Abgeordneter Brandstätter hat die Frage der Sägerundholzpreise releviert. Ich kann mir nicht gut vorstellen, was diese Frage mit dem Budget zu tun haben könnte. Bestenfalls natürlich im Zusammenhang mit den Bundesforsten, wo sich die Sägerundholzpreise selbstverständlich in den Einnahmen niederschlagen.

Herr Abgeordneter! Wir haben ja einen liberalisierten Rohholzmarkt. Das müßten Sie doch selbstverständlich wissen. Aber Sie haben etwas zu sagen vergessen: Die Sägerundholzpreise sind im zweiten Halbjahr 1974 um 30 Prozent zurückgegangen. Von Jänner 1973 bis Sommer 1974 hatten wir eine Konjunktur wie noch nie zuvor in der Holzgeschichte mit einer Steigerung der Holzpreise um nahezu 90 Prozent; das muß man doch auch hinzufügen, um die Dinge richtig darzustellen.

Ich darf gleich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Professor Frühwirth eingehen. Er hat gemeint, die Bundesforste hätten für 1976 keine Überschüsse präliminiert, in der ÖVP-Zeit hingegen wären beachtliche Überschüsse zu Buche gestanden. Ich glaube, der Herr Professor Frühwirth sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht und kann durch den Schleier der Polemik den Sachverhalt nicht richtig erkennen. (*Beifall bei der SPÖ. – Anhaltende Rufe bei der ÖVP: Keine Polemik!*) Herr Abgeordneter Zittmayr! Die Wahrheit wird man von dieser Bank aus wohl auch sagen können. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Herr Professor Frühwirth, ich darf hier eines sagen: Die größten Defizite haben die Bundesforste in den Jahren 1966, 1967 und 1968 gehabt. (*Abg. Dr. Mussil: Da waren Sie dort Direktor!*) Ich sage beileibe nicht, daß Bundeskanzler Klaus daran schuld war. Das war damals eben die Krise durch die große Windwurfkatastrophe. Aber genau so viel Fairneß hätte man für die Darstellung der Entwicklung im Jahr 1974 erwarten können, denn wir hatten doch eine weltweite Krise auf den internationalen Holzmärkten. Das muß man doch sagen und einbekennen. Da kann man doch nicht so tun, als ob das ein Ergebnis der Regierungspolitik wäre. (*Abg. Dr. Mussil: Da war der Direktor Haiden schuld daran!*)

Der Herr Abgeordnete Brandstätter hat die Frage der phytosanitären Kontrolle angeschnitten

Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden

ten. Herr Abgeordneter, ich darf Ihnen sagen, daß in den ersten neun Monaten des Jahres 1975 die Einführen an Rundholz auf 276.000 Festmeter zurückgegangen sind gegenüber 744.000 Festmeter im gleichen Zeitraum 1974. Das heißt, wir haben heuer ganze 37 Prozent des Vorjahres importiert. Was die Kontrolle selbst betrifft, kann diese natürlich nur dort erfolgen, wo tatsächlich ein Schädlingsbefall festgestellt wird. Diese Praxis gibt es unverändert seit dem Jahre 1962, man wird diese auch jetzt nicht gut ändern können.

Daß die Sanierung unserer Schutzwälder und die Hochlagenaufforstung im Vordergrund dieser Regierungsperiode 1976 bis 1979 stehen müssen, ist selbstverständlich, weil diese Bereiche auch am meisten gefährdet sind. Ich kann Ihnen nur am Rande sagen, daß nach jüngsten Schätzungen im Schutzwaldbereich noch etwa 20.000 Kilometer Forstwege zu bauen sein werden. Unter Berücksichtigung der gegebenen Baukapazität werden wir dazu etwa zehn Jahre brauchen.

Besondere Bedeutung messen wir selbstverständlich den Gefahrenzonenplänen bei. Die Gefahrenzonenpläne sind nun in sehr dringlicher Ausarbeitung, und zwar in der ersten Dringlichkeitsstufe werden wir etwa 600 Gemeinden haben, für die Gefahrenzonenpläne nun beschleunigt erstellt werden. In 94 Gemeinden gibt es sie. In 60 weiteren Gemeinden haben wir die Pläne schon konkret in Ausarbeitung.

Ich möchte nur ganz nebenbei sagen, weil mir das auch interessant erscheint, daß die Dienststellen der Wildbach- und Lawinenverbauung sämtliche Liftanlagen in einer Rekordzeit in bezug auf den Lawinenschutz und die erforderlichen Maßnahmen geprüft haben. Ich glaube, es ist angebracht, den Beamten der Wildbach- und Lawinenverbauung für diesen beachtlichen und beispiellosen Einsatz auch gebührend zu danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Übrigens, Herr Abgeordneter Huber, nur einige Feststellungen zu den Budgets für die Wildbach- und Lawinenverbauung. Inklusive des Konjunkturausgleiches und der Stabilisierungsquote, und zwar sowohl für 1975 wie auch für 1976, ergibt sich für die Wildbachverbauung eine Veränderung von 279 Millionen auf 308 Millionen, also eine beachtliche Steigerung, und für die Lawinenverbauung eine Steigerung von 78 Millionen auf 101 Millionen, wobei Sie berücksichtigen wollen, daß zu Beginn dieser Regierung, nämlich 1970, die Ausgaben für die Lawinenverbauung keine 20 Millionen Schilling betragen haben. Also doch eine sehr beachtliche Erweiterung.

Herr Abgeordneter Hanreich hat bemängelt,

däß in der Regierungserklärung die Forstpolitik zu kurz käme. Ich bin nicht dieser Auffassung, Herr Abgeordneter, ich möchte aber darauf hinweisen, daß ergänzend dazu der Herr Bundesminister Weihs während der Pressekonferenz der Regierung auf dem Kahlenberg auch das Programm des Ressorts vorgelegt hat, das Sie natürlich in Ergänzung zur Regierungserklärung lesen sollten. Ich werde es gerne zur Verfügung stellen. Da haben Sie dann – ich möchte es jetzt nicht zitieren und vorlesen – alle eingehenden Ergänzungen zur Forstpolitik für die Periode von 1976 bis 1979. Ich stelle Ihnen das dann zur Verfügung. (Abg. Dipl.-Ing. Hanreich: Es wäre schön, wenn der Herr Minister seine Informationen erst dem Parlament und dann der Presse geben würde!) – Da sind ja keine Budgetziffern drinnen. Das ist das von Ihnen urgierte Konzept, und Konzepte müssen ja nicht unbedingt mit Budgetziffern ausgestattet sein.

Herr Abgeordneter Lanner hat gemeint, wir sollten die Kostensenkung sehr aktiv in Angriff nehmen. Herr Abgeordneter, ich stimme da mit Ihnen voll und ganz überein. Wir könnten zweifellos für unsere Landwirtschaft, für unsere Landwirte sehr Ersparnisliches leisten, wenn uns das gelänge. Es ist in diesem Zusammenhang immer wieder – und das ist heute wiederholt geschehen, ich weiß gar nicht, von wieviel Debattenrednern der großen Oppositionspartei – der Tauschwert agrarischer Produkte ins Treffen geführt worden. (Abg. Kern: Bei der Mehrwertsteuererhöhung zum Beispiel!)

Herr Abgeordneter Lanner! Sie bringen aber immer nur die Zeitperiode von 1970 bis 1975. Sie haben geradezu einen Horror davor, auch das Halbdezzennium 1965 bis 1970 unter die Lupe zu nehmen, und das sollten Sie wirklich tun! Ich glaube, ein natürlicher Instinkt hält Sie davon ab, das zu tun. Denn wenn es die Vernunft wäre, die Ratio, dann müßte man ja sagen, daß Ihre Darstellung ein bißchen manipulativ ist, wenn Sie nur die Periode 1970 bis 1975 heranziehen. (Abg. Dr. Mussil: Reden Sie sich nicht in einen Wickel hinein, Herr Staatssekretär! – Abg. Dr. Gruber: Warum hat das der Herr Minister nicht gesagt? Eine Manipulation von der Regierungsbank!)

Ich möchte Ihnen einige Zahlen nennen. Von 1965 bis 1970 hat sich der Kaufwert des Weizens wie folgt verändert: Für einen 30-PS-Traktor hat man im Jahre 1965 26.506 Kilogramm Weizen benötigt. Im Jahre 1970 waren es 35.269 Kilogramm Weizen. Das sind in dieser Zeitperiode von 1965 bis 1970 um 33 Prozent mehr. Wenn Sie nun die Entwicklung von 1970 bis 1975 weiterführen: 35.269, wie ich sagte, 1970, 1975 43.900 Kilogramm Weizen, also um 24,5 Prozent mehr. Es ist ja verständlich, daß die

Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden

Entwicklung von 1965 bis 1970 wesentlich progressiver war, weil in dieser Zeit der Getreidepreis kaum verändert worden ist.

Bei der Milch sieht es so aus: Für einen 30-PS-Traktor haben Sie 1965 30.000 Liter Milch gebraucht und 1970 39.000 Liter Milch. Das ist eine Steigerung um 30 Prozent. Von 1970 bis 1975 war die Entwicklung 39.000 Liter auf 43.900 Liter, eine Steigerung um 12 Prozent. Sie sehen also, daß diese Entwicklung unentwegt vor sich geht und in Ihrer Zeit wesentlich schneller vor sich gegangen ist als jetzt. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Auch diese Entwicklung bei der Milchpreisparität, bei der Kaufkraft der Milch, beim Vergleichspreis ist logisch, weil Sie ja den Milchpreis nicht verändert haben. Deshalb mußte ja logischerweise die Kaufkraft der Milch wesentlich absinken. Ich gebe gerne zu, daß sich das von 1970 bis 1975 durch die Preissteigerungen ebenfalls weiterentwickelt hat.

Aber, meine Damen und Herren, wir hätten durchaus eine gemeinsame Basis, die Betriebskosten für die Betriebe erheblich zu senken. (*Abg. Kern: Und die Mehrwertsteuer!*) Nein, die Mehrwertsteuer ist – verglichen mit dieser Unterlage – relativ belanglos.

Ich habe hier eine Studie über die Kosten der Landmaschinen in der Bundesrepublik, in der Schweiz, in Italien und in Österreich.

Diese Studie zeigt: Ein Deutz-Traktor, ein Erzeugnis der Bundesrepublik, 45 PS, kostet in der Bundesrepublik 135.000 S, in der Schweiz 136.000 S, in Italien 136.000 S, in Österreich 165.000 S. Das heißt, bei uns sind die Kosten um 22 Prozent höher als in der Bundesrepublik. Beim 70-PS-Traktor ist der gleiche Traktor in Österreich um 38 Prozent teurer. Ein englischer Traktor, ein MF-Traktor, ist um 18 Prozent teurer als in der Bundesrepublik, um 25 Prozent teurer als in Italien. Ein Fingermähwerk von Busati, ein deutsches Erzeugnis, ist bei uns um 73 Prozent teurer als in der Bundesrepublik. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ein Mähdrescher von der Firma Glas, Bundesrepublik, ist um 14 Prozent teurer als in der Bundesrepublik, um 15 Prozent teurer als in der Schweiz und um 30 Prozent teurer als in Italien. So könnte man die Dinge fortsetzen. Wir können sogar feststellen, daß österreichische Produkte, österreichische Landmaschinen in der Bundesrepublik und in Italien erheblich billiger angeboten werden als in Österreich. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das sind nicht die Steyrer Werke, das ist ein anderes Werk, ich könnte Ihnen die Firma nennen, wenn Sie das unbedingt wünschen.

Ich glaube daher, wir müßten gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um die Spannen zu senken, damit unsere Bauern zu billigeren Landmaschinen kommen. Dazu sollten Sie mit beitragen, das wäre nützlicher! (*Beifall bei der SPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das hören Sie natürlich nicht gerne.

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren! Wir können die restliche Zeit, glaube ich, auch noch ein wenig ruhiger verbringen. Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dipl.-Ing. Haiden (fortsetzend): Ich weiß nicht, ob ich richtig höre. Was wollen Sie jetzt? Wollen Sie für die Bauern die Maschinenkosten senken oder wollen Sie das nicht? Wenn Sie's wollen, dann helfen Sie doch mit. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Abtreten sollen Sie! – Abg. Fachleutner: Sie sind vollkommen überflüssig! – Abg. Dr. Gruber: Wir haben einen Minister! Wozu brauchen wir Sie?*)

Herr Abgeordneter Stix hat ein Konzept für das Berggebiet urgert. Herr Abgeordneter Stix, ich möchte daran erinnern – ich möchte das auch nicht zitieren –, daß Sie das Konzept für das Berggebiet in allen Einzelheiten in den Zielsetzungen des Entwurfes eines Berggebieteentwicklungsgesetzes finden können. Ich glaube, dieser Hinweis könnte genügen. Die Arbeiten am Berggebieteentwicklungsgesetz werden selbstverständlich fortgesetzt. Sie finden ja eine entsprechende Feststellung auch in der Regierungserklärung, im übrigen muß ich darauf hinweisen, daß bedauerlicherweise noch nicht sämtliche Stellungnahmen eingegangen sind. (*Abg. Fachleutner: Wir wollen den Bundesminister hören! – Abg. Dr. Blenk: Polemisieren Sie nicht immer, antworten Sie, Herr Staatssekretär!*)

Meine Herren, das hören Sie natürlich nicht gerne. Sie verlangen mehr für die Verkehrsschließung, mehr für den Bergbauernzuschuß, mehr für das Forstgesetz, mehr für die Telefone, mehr für die Beratung, und so weiter und so fort, aber den Budgetabgang bedauern Sie in gleicher Weise, obwohl Sie genau wissen, daß wir, verglichen mit der Zeit 1965/1970, wesentlich mehr getan haben als Sie. Es ist noch nie zuvor soviel für die Landwirtschaft geschehen, wie jetzt, in dieser Zeit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lafer.

Abgeordneter Lafer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein besonderes Gefühl erfäßt mich heute, da mir das erste Mal die Möglichkeit und

Lafer

Gelegenheit gegeben ist, hier im Hohen Hause zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Dieses Gefühl und die innerliche Bewegung verstärken sich, weil ich zu einem Thema sprechen darf, welches mir seit Beginn meiner politischen Tätigkeit besonders am Herzen liegt.

Aber gestatten Sie mir, daß ich doch mit ein paar Worten zu den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Haiden Stellung nehme.

Ich glaube, der Herr Staatssekretär hat beim Vergleich die Mehrwertsteuer vergessen, denn 33 Prozent und 18 Prozent sind 51 Prozent. Ich glaube, Herr Staatssekretär, das haben Sie vergessen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich darf nun zu dem wichtigen Bereich Grenzlandgebiet – Grenzlandproblem, Grenzlandförderung – in der Steiermark Stellung nehmen.

Das Gebiet umfaßt die südöstliche Steiermark, die Bezirke Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Feldbach und Fürstenfeld, in der Größenordnung von zirka 2800 Quadratkilometer und einer Einwohnerzahl von fast einer Viertelmillion Menschen, hat also fast die gleiche Größenordnung wie das Bundesland Vorarlberg.

Nach dem Ersten Weltkrieg ist dieses Gebiet echtes Grenzland geworden. Damit trifft diese Region die ganze Schwere der damit zusammenhängenden Probleme. War früher die wirtschaftliche Entwicklung und Ausrichtung geographisch nach allen Richtungen möglich, so mußte danach bis heute eine totale Umstellung erfolgen.

Als besonders extremen Fall möchte ich das Gebiet um Radkersburg nennen, das durch die Grenzziehung sein natürliches Einzugsgebiet fast zur Gänze verloren hat.

Die Beobachtung der Ergebnisse der periodischen amtlichen Volkszählung ergibt ein genaues Bild über die Bevölkerungsdichte unseres Grenzlandes. Mit Sorge müssen wir feststellen, daß eine zwar langsame, aber stete Abwanderung zu verzeichnen ist. Der Landflucht aus dem Grenzland muß aus staatspolitischen Gründen nachhaltig entgegengewirkt werden. Es muß von seiten des Staates und der maßgeblichen Stellen alles getan werden, damit unser Grenzland wirtschaftlich gedeiht, damit die Menschen dort gerne wohnen und leben. Nur so ist unser Grenzland vor einer Verödung und Verfremdung gesichert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Großteil des gesamten Gebietes von einer bäuerlichen Bevölkerung bewohnt wird. Wenn wir unser Grenzland daher schützen und fördern wollen, so müssen wir zuerst die bäuerlichen Belange

beachten. Eine wirtschaftlich gesunde Landwirtschaft ist auch der beste Partner für Handel und Gewerbe. Diese trägt dazu bei, daß sowohl Handels- und Gewerbebetriebe und somit auch Arbeitnehmer im Grenzland bestehen können.

Die Bevölkerung dieses genannten Gebietes hat außerdem am Ende des Zweiten Weltkrieges schwere Schäden und Verwüstungen hinnehmen müssen. Dank besonderer Tüchtigkeit und großem Fleiß der Bewohner dieses Gebietes und mit Unterstützung des steirischen Landes, welches für die Grenzlandbevölkerung große Förderungsmittel ausgegeben hat, war es überhaupt möglich, diesen wirtschaftlichen Aufbau zu leisten. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Eine besondere Schwierigkeit und ein großes Handicap ist die bäuerliche Betriebsstruktur in diesem steirischen Grenzland. Erlauben Sie mir, einige Zahlen aus dem Bezirk Feldbach, meinem Heimatbezirk, vorzubringen.

Von den über 9000 landwirtschaftlichen Betrieben haben rund 50 Prozent ein Gesamtmaß von unter fünf Hektar und rund 30 Prozent ein Gesamtmaß von fünf bis zehn Hektar.

Hier möchte ich eine kurze Zwischenbemerkung machen. Diese kleinstrukturierten Betriebe haben im Jahre 1975 um 1,8 Millionen Schilling weniger an Treibstoffverbilligung ausbezahlt bekommen als im Jahre 1974. Dazu kommen die kleine Parzellierung sowie die hügeligen Gebiete. Die ungünstige Betriebsstruktur führt natürlich dazu, daß sich die Besitzer dieser Kleinbetriebe um einen Nebenerwerb umsehen müssen, welcher immer schwerer zu finden ist. Da im Grenzland nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, beginnt das sogenannte Pendeln, welches in vielen Fällen mit der echten Landflucht endet.

Ziel einer verantwortungsbewußten Agrarpolitik muß es daher sein, die Voraussetzung für ein wirtschaftlich gesundes Grenzland zu schaffen. Im besonderen wäre eine Verbesserung der Infrastruktur mit dem Ausbau des dazugehörigen Wegenetzes notwendig.

Die Verbesserung und der Nachholbedarf in der Wohnkultur sind eine weitere wichtige Aufgabe, die zur Festigung dieses Grenzraumes mit beiträgt.

Durch die Ansiedlung von zukunftsorientiertem Gewerbe und von Industriebetrieben müssen lohnintensive Arbeitsplätze als Nebenerwerbsmöglichkeit geschaffen werden und sollten daher im Rahmen der Entwicklungsplanung zentrale Orte mit den schon vorhin angeführten Betriebsgründungen auseinander werden.

Lafer

Ein weiterer Schwerpunkt müßte in der Fremdenverkehrswirtschaft in diesem Grenzland geschaffen werden. Die landschaftlichen Schönheiten sowie die naturbelassenen Gebiete würden dem Fremdenverkehr große Chancen eröffnen.

Weiters müßte der Spezialisierung und dem Anbau von Sonderkulturen in der Landwirtschaft großes Augenmerk geschenkt werden. Hier wäre vor allem der Obst- und Weinbau sowie der Feldgemüsebau zu nennen.

Da die Steuerkraft der Gemeinden dieses Gebietes äußerst ungünstig ist – es beträgt die Steuerkopfquote zwischen 1300 und 2000 S pro Einwohner –, müßte auf den Finanzausgleich größtmögliche Rücksicht genommen werden. Auf diese Weise ist es der Gemeinde schwer möglich, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Eine zusätzliche Leistung ist daher kaum zu erwarten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aufzählung all dieser Umstände zeigt, daß sich dieses Gebiet in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage befindet. Bei allem Fleiß der Bewohner dieses Gebietes und trotz der massiven Unterstützung des Landes Steiermark wird es in Zukunft ohne Unterstützung des Bundes nicht möglich sein, dieses Grenzgebiet als lebensfähigen Raum zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Steiermärkische Landesregierung hat daher am 28. April 1975 einstimmig ein Förderungsprogramm für das steirische Grenzland beschlossen. Mit Schreiben vom 29. April 1975 an die Bundesregierung wird die Bundesregierung gebeten, eine entsprechende Mittfinanzierung vorzunehmen. Herr Landeshauptmann Dr. Niederl und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Sebastian wurden beauftragt, Verhandlungen mit der Bundesregierung zu führen.

Dieses Förderungsprogramm wurde in vier Ausfertigungen mit der Bitte um Weiterleitung an die zuständigen Bundesministerien und um die Feststellung der Verhandlungstermine übermittelt.

Am 25. Juni 1975 ein Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Landeshauptmann Dr. Niederl mit dem Vermerk „unaufschiebbare Lösungen erforderlich, danke für die Vorschläge, bin gerne bereit, mit Ihnen und Herrn Sebastian nach Abschluß entsprechender Vorbereitungsarbeiten den ganzen Fragenkomplex zu besprechen“.

Am 21. August 1975 hat Landeshauptmann Dr. Niederl bei Bundeskanzler Dr. Kreisky das erste Schreiben urgiert und die Einsetzung eines Beamtenkomitees verlangt. Notwendige Unter-

lagen werden, falls gewünscht, sofort zur Verfügung gestellt.

Am 10. November 1975 hat Landeshauptmann Dr. Niederl abermals ein Schreiben an Bundeskanzler Dr. Kreisky gerichtet und darin eine ehestmögliche Klärung gefordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit fast einem Jahr ist der ganze Fragenkomplex schon anhängig, und bis jetzt konnte weder ein Termin zur Aussprache noch eine Zusage zur Erfüllung dieser Forderung erreicht werden.

Herr Bundesminister! Sie als Steirer kennen bestimmt diese Schwierigkeiten: Wegebau, Flußverbauung, Grundzusammenlegungen, Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Neubau und Instandsetzung, Telefonausbau und so weiter. Herr Bundesminister, zurzeit ist eine Unsicherheit im Grenzgebiet. Die Aufhebung der Pauschalierung, die Preissteigerungen auf dem Betriebsmittelmarkt und bei Treibstoff und alle diese Dinge tragen dazu bei.

Auch Ihr Herr Staatssekretär Haiden hat in der Wahlwerbung das Gebiet besucht und konnte sich persönlich von den Schwierigkeiten überzeugen, soweit die Bevölkerung überhaupt mit ihm Kontakt aufgenommen hat. Den bäuerlichen Bewohnern dieses Gebietes wurde ein langes Schreiben des Herrn Bundeskanzlers kurz vor der Wahl ins Haus gesandt, wo aufgezeigt wurde, was die Regierung alles für die ländliche Bevölkerung getan hat. Es war natürlich keine Aussage über die Erhöhung der Mehrwertsteuer, keine Aussage über die Nichterfüllung der berechtigten Wünsche der Zuschußrentner, keine Aussage über die Abschaffung der Wirtschaftsgesetze darin enthalten.

Die schwer arbeitenden Menschen dieses Grenzraumes erwarten eine echte Hilfestellung, nicht schöne Worte und Reden. Sie haben bisher ihr Bestmögliches getan. Da die Belastungen auch in der Zukunft immer größer werden, ist es ohne Unterstützung des Bundes nicht möglich, diese Menschen in diesem Raum zu erhalten. Es wäre nun Sache des Bundes, auch seinerseits einen massiven Beitrag zur Grenzlandförderung zu leisten. Es hat sich gezeigt, daß durch die Grenzlandförderungen in den anderen Bundesländern sich wirtschaftlich diese Gebiete erholt haben.

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir alle Kräfte mobilisieren und uns gemeinsam anstrengen – Gemeinden, Länder und Bund –, wird es möglich sein, die Probleme dieses steirischen Grenzlandes zu bewältigen und es in eine Heimstatt glücklicher und zufriedener Menschen zu verwandeln. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst eine kurze Bemerkung zu Herrn Staatssekretär Haiden.

Tauschwertvergleiche werden errechnet und beziehen sich auf den landwirtschaftlichen Paritätsspiegel. Es sind Zahlen, die jederzeit überprüfbar sind, und daher muß der Ausdruck „manipulativ“ in diesem Zusammenhang zurückgewiesen werden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Haiden: Herr Abgeordneter! Sie haben die Zeit von 1965 bis 1970 unterschlagen! – Weitere Zwischenrufe. – Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.)

Herr Staatssekretär, über die Vergleiche 1965 bis 1970 wird so oft und so ausführlich von Ihrer Seite gesprochen, daß es nicht „manipulativ“ ist, wenn wir einen Zeitraum nach diesen Erhebungen hier herausstellen.

Es wäre zweitens interessant – vielleicht können Sie das in einiger Zeit auch diesem Hohen Haus hier vortragen –, wie etwa der Vergleich hinsichtlich der Mehrwertsteuerbelastung bei Handelsdünger, wie etwa die Preise bei Treibstoff in den europäischen Ländern im Vergleich zur österreichischen Landwirtschaft aussehen.

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Remplbauer hat in seinem Beitrag bedauert, daß von den Rednern der Volkspartei zuwenig auf die Leistungen der Regierung hingewiesen werde. Nun, meine Damen und Herren, Sie machen das tagelang in dieser Budgetdebatte so ausführlich, daß es wirklich Zeit- und Energievergeudung wäre, wenn das auch von Seiten der Oppositionspartei geschähe. (Beifall bei der ÖVP.)

Für mich ist es verständlich, daß Sie beschönigen, die Politik Ihrer Regierung möglichst rosig darstellen wollen. Etwas befremdet war ich nur darüber, daß der einzige sozialistische Abgeordnete, der als Berufsbezeichnung Bauer angegeben hat, auch in diese Schönfärberei eingestimmt und die einfach vorhandenen Probleme und Sorgen der Landwirtschaft nicht auch seitens der Regierungspartei aufgezeigt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sie können politisch beschönigen, wie Sie wollen, es gibt Fakten, die man einfach nicht wegdiskutieren kann. Etwa das Faktum, daß einem monatlichen Arbeitnehmereinkommen von 8640 S 1974 ein landwirtschaftliches Einkommen von 4188 S je Familienarbeitskraft gegenübersteht.

Nicht wegdiskutieren kann man, daß nach Erhebungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes der Lebensstandard der bäuerlichen Bevölkerung bei etwa 65, 70 Prozent des städtischen Standards liegt.

Nicht wegdiskutieren kann man, daß nach Erhebungen im Februar 1975 bei den Arbeitnehmern eine durchschnittliche Arbeitszeit je Woche von 38,9 Stunden erreicht werden konnte, während sie bei den Selbständigen in der Landwirtschaft 65,6 Stunden beträgt.

Nicht wegdiskutieren kann man, daß es vor allem für die Landwirte in den Milchviehhaltungsbetrieben einfach jahraus, jahrein keinen Tag gibt, an dem sie von ihrem Betrieb wegkommen können.

Jene Bauern, die heute 50, 60 Jahre alt sind, werden weitermachen, sie werden auch unter schlechten Bedingungen weitermachen. Aber die nachfolgende Generation entscheidet kritisch. Sie vergleicht Arbeitslast, soziale Sicherheit, Einkommen, Freizeit bei den bestehenden Berufsmöglichkeiten. Heute ist schon darauf hingewiesen worden, daß viele dieser jungen Menschen, viele der voraussichtlichen Hofübernehmer gegen die Landwirtschaft entscheiden.

Deshalb möchte ich mit aller Eindringlichkeit sagen: Wenn es uns gemeinsam nicht gelingt, die Nachteile der Bauern hinsichtlich Arbeitszeit, Einkommen, sozialen Status abzubauen, werden für die Österreicher in zehn Jahren eine gesicherte Ernährung aus der eigenen Landwirtschaft und eine kultivierte Erholungslandschaft eben nicht mehr selbstverständlich sein.

Die Agrarpolitik dieser Regierung – das muß noch einmal deutlich herausgestellt werden – steht zur Sicherung der eigenen Versorgung auf längere Frist in Widerspruch. So wurde eine Regierungsvorlage zur Marktordnung ausgesandt, die den empfindlichen Markt der Grundnahrungsmittel einer Notlösung ausliefern will.

Der rapid gestiegene Kostendruck bei Handelsdünger hat zum Beispiel dazu geführt, daß um 20 Prozent weniger Handelsdünger je Hektar eingesetzt wird und daß das natürlich auch Rückwirkungen auf die Erzeugung und damit auf die Versorgung haben wird.

Trotz Bergbauernförderung und vieler Worte darum nomineller Einkommensrückgang in diesem Bereich!

Wenn heute über ein Förderungsbudget in einer Größenordnung von etwa 1,4 Milliarden diskutiert wird, dann muß doch im gleichen Moment darauf hingewiesen werden, daß mit der Änderung der Mehrwertsteuer der österreichischen Landwirtschaft Geld in einer Größenordnung von etwa 1 Milliarde Schilling wieder

Dipl.-Ing. Riegler

abgenommen wird. Das heißt: 1,4 Milliarden werden als Förderungsbudget gegeben, und postwendend wird etwa 1 Milliarde durch die Steuergesetzgebung, die wir als ungerecht und unsozial empfinden, wieder weggenommen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Landwirtschaftsminister hat darauf hingewiesen, daß er in der Vorbegutachtung zum Mehrwertsteuergesetzentwurf Stellung genommen hat, daß das scheinbar nicht akzeptiert wurde und dann auf die Notwendigkeit von Zahlen verwiesen worden ist. Da muß ich doch die Frage stellen, warum nicht auch der Herr Landwirtschaftsminister entsprechende Zahlen zur Kalkulation vorgelegt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Außerdem dürfte ja bekannt sein, daß aus den Ergebnissen der Buchführungsgesellschaft aus dem Jahr 1974 eine aufwandswirksame Mehrwertsteuer in der Landwirtschaft von 8,5 Prozent und eine ertragswirksame Mehrwertsteuer von 5,9 Prozent nachgewiesen wird. Allein das besagt ja, daß die bereits bestehende Regelung nicht neutral ist und umso weniger bei einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes Gerechtigkeit gegeben sein kann.

Abschließend auch noch ein offenes Wort zu Ihrer Arbeitsweise oder politischen Praxis, Herr Staatssekretär Haiden! (*Ruf bei der ÖVP: Sie ist schlecht!*) Staatssekretären kommt landläufig oder nach unserer Auffassung die Aufgabe zu, ihren Minister in einem bestimmten Bereich in der Ausführung seiner Aufgaben zu unterstützen. (*Ruf bei der SPÖ: Wollen Sie uns belehren?*)

Herr Staatssekretär! Sie sehen Ihre Aufgabe aber anscheinend auch darin, durch viele öffentliche Erklärungen in möglichst viele Bereiche Unsicherheit zu bringen.

Ich verweise nur auf die letzte Veröffentlichung in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. Dezember, wonach Sie unter anderem – da wird zitiert – erklärt haben:

„Agrarpolitik soll nicht nur vom Schreibtisch aus betrieben werden, sondern in engem Zusammenhang mit der Praxis.“ Dann erklären Sie weiter:

„Deshalb ist die Errichtung eines Bauernrates auf freiwilliger Basis wünschenswert, in dem keine Funktionäre, sondern Vollerwerbslandwirte mitwirken.“

Und hier frage ich: Was soll das heißen? Unterstellen Sie etwa unseren gewählten Landeskammerräten, unseren gewählten Bezirkskammerräten, unseren gewählten Kammerobmännern, daß sie keine echten oder richtigen oder vollen Bauern wären? (*Ruf bei der SPÖ: Titularbauern!*) Eben! Herr Abgeordneter! Sol-

che Pauschalverdächtigungen haben sich diese Bauern nicht verdient (*Beifall bei der ÖVP*), diese Bauern – wenn Sie die Situation kennen, werden Sie mir recht geben –, die oft unter großer Belastung, unter Belastung ihrer Bäuerinnen und ihrer Familienangehörigen den öffentlichen Funktionen nachgehen müssen. Sie haben es nicht verdient, daß sie hier pauschal als nicht volle und nicht echte Bauern bezeichnet werden.

Eine Frage, meine Damen und Herren gerade von der Gewerkschaftsseite: Was würden Sie sagen, wenn das Ansinnen gestellt würde, man müßte – unter Anführungszeichen – „Arbeiterräte“ auf freiwilliger Basis einrichten, in denen keine Betriebsräte und keine Gewerkschaftsfunktionäre, sondern nur echte Arbeiter vertreten sind?

Ich glaube, diese Argumentation ist einfach nicht zulässig! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir leben in Österreich in einer Demokratie, in einem Bundesstaat mit gesetzlichen Interessenvertretungen, und es besteht nicht der geringste Anlaß, mit irgendwelchen neuen, nicht verankerten Gremien Experimente in Richtung und in Tendenz von Räterepubliken oder ähnlichem zu machen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir werden jedenfalls den Versuch einer Aushöhlung demokratisch gewählter gesetzlicher Interessenvertretungen sowie pauschale Verdächtigungen gegen deren Funktionäre und Beamte in aller Entschiedenheit zurückweisen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Über Sachfragen – und das ist heute mehrmals gesagt worden – kann man gerne und kann man viel diskutieren und sollen wir diskutieren. Die demokratischen Einrichtungen müssen aber unangetastet bleiben.

Wie sehr wir im Interesse gerade unserer hart arbeitenden Bauern und im Interesse der Versorgung Österreichs zu einer konstruktiven Diskussion bereit sind, das haben wir durch unsere Konzepte, durch unsere Initiativen, durch unsere Diskussionsvorschläge in den letzten Jahren deutlich gezeigt. (*Abg. Samwald: Dafür haben Sie auch die Wahlen gewonnen! Nicht wahr?*) Das ist Ihre große Sorge! (*Abg. Brandstätter: Über die Wahlen zum Niederösterreichischen Landtag können wir schon reden!*)

Wir haben nicht nur Vorschläge gemacht, sondern wir haben sie dort, wo wir die Verwirklichungsmöglichkeit haben, auch umgesetzt, etwa in der Landespolitik: Bergbauernförderung, Förderung der Almbewirtschaftung, Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit, Beihilfen für Telephonerschließung, Förderung des Betriebshelferdienstes sind doch politische Verwirklichungen dieser Diskussionsvorschläge in den letzten Jahren gewesen.

670

Nationalrat XIV. GP – 9. Sitzung – 9. Dezember 1975

Dipl.-Ing. Riegler

Und es ist doch einfach so, daß die kräftigen Impulse für die Agrarpolitik aus der Bundesebene in den letzten Jahren nicht im erforderlichen Maß gekommen sind. Wir haben durchaus anerkannt, daß etwa in der Bergbauernförderung mit den Direktzahlungen ein Impuls gesetzt wurde, einer, aber ein ungenügender. Es fehlt aber die Linie, es fehlt das Tonangebende, das seinerzeit ein Landwirtschaftsminister für die österreichische Agrarpolitik immer gewesen ist.

Vor dem 5. Oktober 1975 hat der Herr Bundeskanzler den Bauern einen Brief geschickt, und er hat auch in der Öffentlichkeit erklärt, daß er eine bessere Vertretung der Bauernschaft in der Regierung anstreben werde. Nach dem 5. Oktober 1975 mußten die Bauern erfahren, wie diese bessere Vertretung nun tatsächlich aussieht: neue Belastungen, neue Unsicherheit, weniger Verständnis. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Im Interesse der österreichischen Bevölkerung wäre es hoch an der Zeit, wenn die Sozialistische Partei ihr nach wie vor gestörtes Verhältnis zur Landwirtschaft endlich überwinden würde. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lanner.

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte nicht mehr vor, mich noch einmal zu melden, nur glaube ich, diese Entgleisungen des Herrn Staatssekretärs Haiden kann man nicht widerspruchslos hinnehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Staatssekretär! Wenn Sie keine Argumente haben, wenn Sie sich der Polemik bedienen wollen, steht Ihnen ein anderer Boden zur Verfügung, aber mißbrauchen Sie dazu nicht die Regierungsbank! (Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.) Das ist ein Stil, den wir uns auch von Ihnen nicht bieten lassen! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Haberl: Was glauben Sie eigentlich! – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich kann natürlich auch so brüllen wie der Herr Staatssekretär Haiden, das ist ja der neue Stil in diesem Hohen Haus. Wenn dem Herrn Staatssekretär die Argumente ausgehen, dann beginnt er zu brüllen, das ist es ja! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Herren! Sie verlieren die Fassung. (Andauernde Zwischenrufe bei der SPÖ.) Horchen Sie zu! Haben Sie Angst vor dem, was ich sage? Horchen Sie zu. Haben Sie Angst? Ich frage Sie noch einmal. (Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ. – Abg. Dr. Fischer:

Habt ihr beim Haiden zugehört? – Abg. Libal: Lauter Unsinn, was Sie zum besten geben!

Besprechen Sie sich untereinander, dann werde ich Ihnen die Argumente bringen. Herr Abgeordneter Libal! So geht es nämlich nicht. Die Regierungsbank wird hier mißbraucht, und dem müssen wir Einhalt gebieten. Hier wird, Herr Abgeordneter Tull, hier . . . (Zwischenrufe.)

Präsident Probst (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, bitte um Ruhe! Lassen Sie den Abgeordneten Lanner reden.

Abgeordneter Dr. Lanner (fortsetzend): Hier wurde ein Tauschwertvergleich auf der Grundlage einer offiziellen Quelle zitiert. Der Herr Staatssekretär Haiden hielt es für richtig, das von der Regierungsbank als Manipulation zu bezeichnen. Das ist Polemik, das weisen wir zurück. (Beifall bei der ÖVP.)

Und es war auch der Herr Staatssekretär Haiden, der uns heute – wir haben das das erstmal gehört – deutlich gesagt hat, daß offenbar die verstaatlichte Industrie die landwirtschaftlichen Maschinen im Ausland billiger verkauft als den heimischen Bauern. Eine sehr interessante Mitteilung! Hier ist es höchst an der Zeit, daß Ordnung gemacht wird, Herr Staatssekretär Haiden. (Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Damit Sie sich nicht wundern über den Stil, Herr Abgeordneter Haiden: Ich habe heute versucht, einen sachlichen, wenn Sie wollen, einen versöhnlichen Stil zu prägen, aber Sie sind für eine sachliche Arbeit nicht zu haben, Sie wollen Polemik in diesem Haus! Sie können es haben, wenn Sie wollen.

Ich habe eine Mappe, Herr Staatssekretär Haiden, überschrieben mit dem Titel: „Der glücklose Staatssekretär“. Und in dieser Mappe ist folgendes zu lesen und mit Zitaten belegt: Zunächst wollte niemand den Staatssekretär. Der Minister hat gesagt: Ich brauche keinen Staatssekretär, ich mache die Sache allein. Dann wurde ihm dieser Staatssekretär aufgedrängt. Dann ist der Staatssekretär in der Öffentlichkeit erstmals vor der Presse aufgetreten und hat zu Bergbauernfragen etwas ganz anderes gesagt als der Minister. Darauf wurde der Minister gefragt: Was stimmt denn nun? Darauf antwortete der Minister: natürlich das, was er sage, er habe ja auch die größere Erfahrung, und meinte, der Staatssekretär sollte sich einlesen. Darauf haben Sie sich eingelesen. Kaum hatten Sie sich eingelesen, war der Herr Bundeskanzler auf der Suche nach einer Persönlichkeit, also offenbar sind Sie das auch nicht. Jetzt verlieren Sie die Fassung. Ich würde Ihnen vorschlagen: Ziehen Sie sich wieder zurück, und lesen Sie weiter. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? – Kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehmen werde.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Ausschußantrag, den Bericht der Bundesregierung samt Beilage, III-3 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1976. Es sind dies die Kapitel 60, 62 und 77 samt den zu den Kapiteln 60 und 77 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 2 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über die bei der Verhandlung der Beratungsgruppe VIII des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten drei Entschließungsanträge sogleich vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen eine Einwendung? – Kein Einwand.

Ich lasse daher zunächst über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Meißen und Genossen betreffend Gewährung von Haus-

standsgründungskrediten an jungverheiratete Bäuerinnen abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Deutschmann und Genossen betreffend Versachlichung der Preisgestaltung für Agrarprodukte.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich lasse schließlich über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Helga Wieser und Genossen betreffend die längerfristige unverzinsliche Zurverfügungstellung der Agrarinvestitionskredite zur Verbesserung der ländlichen Hauswirtschaft abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 30/J und 31/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 10. Dezember 1975, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1976 samt Anlagen (2 und Zu 2 der Beilagen) Beratungsgruppe III, Äußeres, und Beratungsgruppe IV, Inneres.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 30 Minuten